Register

über den

Inhalt des II. Bandes 1937

Heft 18 bis 35 (S. 1097–2248)

Bearbeitet von Dr. Gabriele Böhme-Köst, Leipzig

I. Sachregister.
S. *4.

II. Alphabetisches Verzeichnis der im Gesetzesregister (III) angeführten Gesetze und Verordnungen.
S. *58.

III. Gesetzesregister.
A. Zivilrecht. S. *60. – B. Strafrecht. S. *68. – C. Finanz- und Steuerrecht. S. *68. – D. Sonstige Gebiete des öffentl. Rechts. S. *69. E. Internationale Verträge und Vertrag von Versailles. S. *71.

IV. Alphabetisches Verzeichnis der Verfasser von Abhandlungen, kleineren Beiträgen und Entgegnungen (mit Ausnahme der Anmerkungen).
S. *71.

V. Verfasser der Anmerkungen zu den Entscheidungen.
S. *73.

VI. Alphabetisches Verzeichnis des besprochenen Schrifttums.
A. Nach den Namen der Verfasser geordnet. S. *74. – B. Nach den Namen der Besprecher geordnet. S. *76.

VII. Verzeichnis der abgedruckten Entscheidungen.
A. Reichsgericht: a) Zivilsachen S. *77; b) Strafsachen S. *78. – B. Reichserbhofgericht. S. *79. – C. Erbhofgerichte. S. *79. – D. Erbgesundheitsobergerichte. S. *79. – E. Erbgesundheitsobergericht Danzig. S. *79. – F. Erbgesundheitsgerichte. S. *79. – G. Oberlandesgerichte. S. *79. – H. Landgerichte. S. *80. – J. Schöffengerichte. S. *80. – K. Amtsgerichte. S. *81. – L. Arbeitsgerichte. S. *81. – M. Verwaltungsgerichte und Verwaltungsbehörden: a) Reichsbehörden S. *81; b) Landesbehörden S. *81. – N. Ausländische Gerichte. S. *81.

VIII. Fundstellenverzeichnis der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen Bd. 153 und 154 und des Reichserbhofgerichts Bd. 3.
S. *82.

IX. Richtlinien für die Mitarbeit.
S. *86.

I.
Sachregister

Dieses Register umfaßt den II. Band S. 1097—2248 (Heft 18 bis 35)

Bei Zitaten, die nicht ohne weiteres erkennen lassen, ob es sich um Zivil- oder Strafrecht handelt, ist in Klammern „ZR." bzw. „StR." angefügt

Ein Kreuz † vor der Seitenzahl bedeutet, daß es sich um eine Entscheidung handelt, der eine Anmerkung beigefügt ist. Die Abkürzung „Anm." hinter der Seitenzahl bedeutet, daß der zitierte Rechtsgedanke nicht in der Entscheidung, sondern nur in der dazugehörigen Anmerkung enthalten ist.

Abänderungsklage (§ 323 ZPO.)
Einrede des § 826 BGB. gegenüber Geltendmachung eines rechtskräftigen Urteils, gegen das A. möglich ist 2196[9]

Abfindung
Keine Aberkennung des gesetzlichen A.anspruchs des infolge der Umwandlung ausscheidenden Gesellschafters durch die Gesellschafterversammlung 1739[37]

Ablösungsrezeß 1721[19]

Abschreibung
vgl. unter Grundstücksteilung

Abstammung
§ 286 ZPO. Einholung eines weiteren erbbiologischen Gutachtens zur Klärung der A.frage 2222[39]

Abtreibung
Wann ist von Arzt unter Einwilligung der Schwangeren vorgenommene Schwangerschaftsunterbrechung nicht rechtswidrig? Beschränkung des Berufsverbots gemäß § 42 I StGB. auf Behandlung von Frauenkrankheiten 1799[48]
Zwischen vollendeter A. und Körperverletzung keine Tat-, sondern Gesetzeseinheit 1332[32]

Abtretung
Die Bedeutung der Eintragung in die Patentrolle bei der Übertragung eines Patents 1858
A. von Erstattungs- oder Vergütungsansprüchen des Steuerpflichtigen und von Steuerforderungen des Steuerberechtigten 1218
Das Meistgebot und die A. der Rechte daraus im Grunderwerbsteuerrecht 1530
Vorgehen der Sonderbestimmungen der §§ 392, 406 BGB. für die Aufrechnung gegenüber der allgemeinen Vorschrift des § 404 BGB. † 1631[3]
Unwirksamkeit der bei Kauf unter Eigentumsvorbehalt vereinbarten A. der dem Käufer im Fall des Eigentumsübergangs der gelieferten Waren auf Dritten durch Verarbeitung der Ware erwachsenden Forderungsrechte auf den Verkäufer † 1961[2]
Anspruch des Gesellschafters auf Instandsetzung von ihm der Gesellschaft zur Verfügung gestellter, später sicherungsübereigneter Geräte nicht abtretbar 1256[23]
Frage der Zulässigkeit der A. und Pfändung von Ansprüchen auf Auszahlung von Baugeld 2232[59]
Wann liegt in der A. des Anspruchs auf die Versicherungssumme durch den Versicherungsnehmer an den bisher Bezugsberechtigten der Widerruf des Bezugsrechts? 1504[17]
Zur Frage der Zugehörigkeit zur Konkursmasse von 1. aufschiebend bedingten, vor Konkurseröffnung abgetretenen Forderungen, 2. zukünftigen, vor Konkurseröffnung abgetretenen, danach erst wirksam gewordenen Forderungen 1615[18]

Abwertung
Vortragsabend im Hause der Deutschen Rechtsfront über die französische A. und die zwischenstaatlichen Verträge 1301
Keine Anwendung der Danziger A.gesetzgebung auf Hypothek, die Reichsdeutscher vor dem Krieg auf ein heute zum Gebiet der Freien Stadt Danzig gehörendes Grundstück geliehen hat † 1972[8]

Abwesenheitsgeld
§ 78 RAGebO. Keine Tage- und Abwesenheitsgelder für Wahrnehmung auswärtiger Termine durch Probeassessor 1419[15]

Abzahlungsgeschäft
Kein Schutz gemäß § 811 Ziff. 1 ZPO. für das unter Eigentumsvorbehalt auf Abzahlung gelieferte Rundfunkgerät gegenüber dem Lieferanten 1669[35]

Ackernahrung
Zugehörigkeit von Miteigentumsanteil an Ackergrundstück zum Erbhof, daher bei A. zu berücksichtigen 2139[40]
Bei Mischbetrieben mit überwiegender Landwirtschaft und zusätzlichem Obst- oder Gemüsebau Berücksichtigung der Erträge aus den Zusatzbetrieben bei Prüfung der A. 2144[47]
Verneinung der A. wegen auf dem Hof lastender Sielrente 1573[30]
Welche Leistungen sind bei Prüfung des Vorliegens der A. zu berücksichtigen? † 1582[33]

Akademie für Deutsches Recht
Abteilung für Rechtsforschung an der A. f. D. R. 1766
Der polnische JustMin. Grabowski auf der 12. Vollsitzung der A., Gründung der deutsch-polnischen Arbeitsgemeinschaft 1392

Akkordlohn
Tariflicher Stundenlohn nicht ohne weiteres Akkordmindestlohn 1176[46]

Aktenbeiziehung
Die Beweisgebühr bei A. 1615
Keine Beweisgebühr bei Benutzung von Beiakten nur zur „Information" 1420[18]

Akteneinsicht
Sachverständigengebühren eines beamteten Chemikers für Erteilung schriftlicher Auskunft und für A. 1746[50]

Aktennotizen
Zur Urkundensteuerpflicht von rechtsgeschäftlichen Erklärungen, die in A. niedergelegt sind 1373

Aktien
Gründung einer zur Verwaltung von Aktienbesitz bestimmten Familien-GmbH. zwecks Ausnutzung des Schachtelprivilegs gemäß § 9 I KörpStG. 1934 als mißbräuchliche Rechtsgestaltung i. S. des § 6 StAnpG. † 1275[40]

Aktiengesellschaft
AktG. v. 30. Jan. 1937. Schrifttum 1143 1396 1695
Das neue Aktienrecht. Schrifttum 2031
Gesetz über A. und KommGes. a. A. nebst EinfG. und „Amtlicher Begründung". Schrifttum 1952
Die Bilanz der A. Schrifttum 1954
Der Konzernbegriff im Gesetz über A. und KommGes. a. A. v. 30. Jan. 1937 1198
Die Wertbegriffe und Bewertungsbestimmungen für die Bilanz der A. nach dem neuen Aktienrecht 1453
Das Mindestgrundkapital im neuen AktG. unter besonderer Beachtung der Übergangsregelung 1688
Zwei Fragen zum neuen AktG.: a) Berechnung der Stimmzahl bei mehreren Aktiengattungen mit verschiedenem Aktiennennbetrag und verschieden hoher Einzahlung; b) Übertragung der Bestellung und Abberufung des Vorstands durch Satzungsbestimmung auf Ausschuß des Aufsichtsrats 1455
§§ 189, 195, 200 HGB. Haftung der Gründer gegenüber den Aktienzeichnern für die von ihnen aufforderungsgemäß geleisteten Einzahlungen bei Scheitern der geplanten Stufengründung. Zur Frage des Verfügungsrechts der Gründer über die eingezahlten Beträge, nachdem die Bindung der Zeichner aus den Zeichnungsscheinen erloschen † 1988[17]
Ist Stellvertretung für die Gründerversicherungen aus § 195 III HGB. zuläs-

sig? Prüfung des Gründungshergangs durch besondere Revisoren gem. § 192 II HGB. Zur Haftung für Handlungen, die der spätere Vorstand zusammen mit Dritten während des Gründungsvorgangs gegen die A. verübt hat 2208 [23]

Keine Beschränkung der gesetzlich festgelegten Vertretungsmacht des Vorstands einer A. durch die Satzung 2187 [1]

Zum neuen schweizerischen Aktienrecht 1536

Alkohol

A.nachweis bei Verkehrsunfällen. Schrifttum 1394

Zur Frage des Haftungsverzichts des Teilnehmers an Gefälligkeitsfahrt mit vorangegangenem A.genuß gegenüber dem Fahrer 1490 [9]

Entziehung des Führerscheins wegen Fahrens von Kraftfahrzeug nach übermäßigem A.genuß 1847 [140]

Bei Prüfung der Frage der Zurechnungsfähigkeit bzw. erheblich verminderten Zurechnungsfähigkeit im Fall starker Angetrunkenheit erforderliche Feststellungen 1328 [21] 1329 [22]

Allgemeines preußisches Landrecht

vgl. auch unter Amtspflichtverletzung

§§ 717 ff. II 2 PrALR. Einkindschaftsvertrag 1716 [13]

§ 579 II 11. Geistliches Patronat. Erlöschen der Baupflicht des Patrons durch Observanz (§ 710 II 11) 1717 [14]

§ 623 II 11. Haftung der Beamten und der ein kirchliches Ehrenamt versehenden Gemeindekirchenratsmitglieder evangelischer Kirchengemeinden für Amtspflichtverletzung bei Verwaltung des Kirchenvermögens 2047 [20]

Altenteil

Keine Genehmigung des ausbedungenen Leibgedinges an übergeber, die selbst noch im Besitze eines Erbhofs sind 1586 [43]

Amtsarzt

ErbkrNachwGes. Antragsrücknahme durch den A. 2053 [31]

Amtsdelikte

Beurkundung unrichtiger Geldempfangstage „in den Vorgängen des FinA." durch stellvertretenden Vollziehungsbeamten keine vorsätzliche Falschbeurkundung öffentlicher Urkunden i. S. des § 348 II StGB. 1337 [43]

Tateinheit zwischen „Sichverschaffen" gemäß § 1497 RVO. und §§ 348 II, 349 StGB. 1807 [60]

Empfang von Geld in amtlicher Eigenschaft i. S. des § 350 StGB. durch zur Empfangnahme amtlich nicht zuständigen Beamten 1336 [40 42]

Voraussetzung der Annahme der Absicht, sich Vermögensvorteil zu verschaffen (§ 349 StGB.). Zeitweilige Vorenthaltung einer Urkunde als Unterdrückung i. S. des § 351 StGB. 1336 [40]

Begehung von Amtsunterschlagung in Tateinheit mit Untreue durch Hauptlehrer an öffentlicher Schule, der die als Leiter der Schulsparkasse von den Schülern und deren Angehörigen empfangenen Spargelder nicht bei der Kreissparkasse einzahlt, sondern sich rechtswidrig zueignet 1803 [55]

Bei Tateinheit zwischen § 266 StGB. n. F. und § 351 Entnahme der Strafe aus § 266 1809 [63]

§ 359 StGB. Grundsätze für Feststellung der Beamteneigenschaft 1811 [65]

Personen, deren Stellung durch Dienstvertrag geregelt ist, als Beamte i. S. des § 359 StGB. 1811 [67]

§ 359 StGB. Beamteneigenschaft des Rendanten einer evangelischen Kirchengemeinde in Preußen 1811 [66]

Amtsgericht

Zuständigkeit des AG. für Klage auf Feststellung, daß der Beklagte der Erzeuger der Klägerin ist 2229 [51]

Vollstreckungsgericht und Zivilstreitgericht eines AG. als „dieselbe Behörde" i. S. des § 158 StGB. 1329 [24]

Amtspflichtverletzung

Zur Rechtsprechung über Schadensersatzansprüche wegen A. 1452

Verhältnis zwischen den §§ 824 und 839 BGB. 1706 [5] † 1967 [5]

Begriff des „Dritten" i. S. des § 839 BGB. auf dem Gebiete des öffentlichen Beurkundungs- und Beglaubigungswesens 2208 [23]

§ 839 I 2 BGB. Bei im Fall des nur fahrlässigen Verschuldens des Beamten zu prüfender Möglichkeit anderweiten Ersatzanspruchs Abwägung des beiderseitigen Verschuldens gemäß § 254 BGB. ausgeschlossen 1307 [4]

§ 91 II 10 PrALR.; § 839 BGB. Entscheidung über etwaige Ersatzmöglichkeiten im Rechtsstreit gegen den schuldigen Beamten, besondere Verfahren gegen etwaige Ersatzverpflichtete nicht erforderlich, auch bei Anwendung des § 254 BGB. † 1321 [14]

§ 839 I 2 BGB. Bei nur fahrlässiger Amtspflichtverletzung mehrerer Beamter keine Abwälzung des Schadens von einem Beamten auf den anderen im Verhältnis zwischen Staat und anderer öffentlich-rechtlicher Korporation 1235 [6]

Bei fahrlässigen A. gehört die Unmöglichkeit, anderweit Ersatz zu verlangen, zur Klagebegründung 2113 [16]

Rechtsmittel i. S. des § 839 III BGB. 1235 [6] 2038 [8]

Amtspflicht der Beamten jedem Dritten gegenüber, die Grenzen ihrer Zuständigkeit einzuhalten 1491 [11]

Rechtsweg für Schadensersatzklagen wegen A. von Beamten der hoheitlichen Straßenverwaltung. Haftung der wegebaupflichtigen Körperschaft für in Ausübung öffentlicher Gewalt begangene unerlaubte Handlungen gemäß Art. 131 RVerf. 1544 [2]

Ausschluß des Rechtsweges in Steuersachen gilt nicht bezüglich A. der Steuerbeamten 1548 [3]

Haftung der Beamten und der ein kirchliches Ehrenamt bekleidenden Gemeindekirchenratsmitglieder einer evangelischen Kirchengemeinde für A. bei Verwaltung des Kirchenvermögens 2047 [20]

Verjährung der Schadensersatzansprüche von Staat und Gemeinden in Bayern gegen ihre Beamten wegen pflichtwidriger Handlungen. Ausschlußfrist gemäß Art. 124 BayAusfG. z. BGB. für Geldzahlungsansprüche 1922 [28]

Schuldhafte Veranlassung der „Anprangerung" eines Volksgenossen auf Grund unrichtiger Angaben durch Beamten 1922 [27]

A. des Konkursrichters in Erfüllung der Aufsichtspflicht gegenüber dem Konkursverwalter, insbesondere bezüglich Ausführung der Beschlüsse der Gläubigerversammlung 1993 [20]

Pflicht des Grundbuchrichters zur sorgfältigen Prüfung der ihm eingereichten Urkunden 1306 [3]

Schaden des Gläubigers bei Rangverschlechterung seiner Hypothek durch Amtsversehen des Grundbuchbeamten 1917 [23]

Zur Frage des Vorliegens einer A. des Grundbuchrichters, der die Einziehung des Hypothekenbriefs über eine infolge Zwangsversteigerung erloschene Hypothek unterläßt 2075

Die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft im Ermittlungsverfahren gegen den Beschuldigten begründet keine dem Beamten einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht 1966 [4]

Nachprüfung der Zurücknahme einer Zulassung zur Rechtsanwaltschaft auf Grund § 3 Ges. über Zulassung zur Rechtsanwaltschaft wegen kommunistischer Betätigung durch die ordentlichen Gerichte über Art. 131 WeimVerf. 1723 [22]

Zur Frage des Vorliegens von Amtspflichtverletzung bei Notar, der die Ausführung des von ihm beurkundeten Vertrages nachträglich vereitelt 1707 [6]

Nach württembergischen Landesrecht keine Haftung des Staates für Amtsversehen der öffentlichen Notare 2208 [23]

Voraussetzung der Amtspflicht des Notars, eine von ihm beurkundete oder beglaubigte Erklärung mit dem Antrag auf Vornahme der erforderlichen Eintragung beim GBA. einzureichen 2121 [25]

Lehrer der höheren Lehranstalt einer Stadtgemeinde als „für den Dienst des Kommunalverbands angestellte Beamte" i. S. des § 4 PrBHaftG. 1721 [18]

Zur Haftung wegen schuldhafter A. der mit der Durchführung der der Kassenärztlichen Vereinigung obliegenden öffentlich-rechtlichen Aufgaben betrauten Personen 1704 [4]

Ablieferung des Versteigerungserlöses durch den Gerichtsvollzieher an die Pfandgläubiger vor Übertragung des Eigentums an den zugeschlagenen Gegenständen auf den Meistbietenden 1443 [59]

Keine Haftung der NSDAP. für unerlaubte Handlungen eines SA.-Manns gemäß Art. 131 RVerf. für Vorgänge vor dem 1. Dez. 1933 — Erlaß des RGes. über Verleihung der Rechte einer Körperschaft öffentlichen Rechts an die NSDAP. 2211 [25]

Amtsverschwiegenheit

Pflicht des Beamten zur A. im Verhältnis zu dem Rechtsanwalt, dessen er sich als Verteidiger im Dienststrafverfahren bedient 1385

Analogie (§ 2 StGB.)

Auch im Wege der A. Bestrafung ohne Schuld unzulässig 1808 [62]

Verhängung der Todesstrafe für Tötung bei nicht mit Sicherheit festzustellendem Merkmal der Überlegung mit Hilfe des § 2 StGB. unzulässig † 1328 [19]

Bestrafung wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt gemäß § 2 StGB. bei Hinderung des Gerichtsvollziehers an der Wegschaffung gepfändeter Gegenstände ohne Gewaltanwendung? † 1790 [25]

Keine analoge Anwendung (§ 2 StGB.) des § 164 StGB., wenn dem Täter bestimmter Vorsatz hinsichtlich der Einleitung behördlicher Maßnahmen fehlt 1794 [33]

Bestrafung falscher Anschuldigung bei Parteidienststelle gemäß §§ 2, 164 StGB. 1794 [34]

Bestrafung von vor dem 1. Sept. 1935 aus sexuellen Gründen von Frauen begangener Tierquälerei als Unzucht mit Tieren unzulässig † 1352 [63]

Keine Strafbarkeit unzüchtiger Handlungen mit willenloser Frau nach §§ 176 Ziff. 2, 2 StGB. 1331 [30]

§§ 2, 173 StGB. Keine Ausdehnung des dem Verbot der Blutschande zugrunde liegenden Gedankens auf bloße Unzucht zwischen Verwandten † 1796 [36]

Entsprechende Anwendung des § 242 StGB. auf Eigentümer einer Sache, der diese nach Übertragung auf Dritten unter Eigentumsvorbehalt dem Dritten in Zueignungsabsicht wegnimmt 1167 [32]

Entsprechende Anwendung des § 243 Ziff. 2 StGB. auf den, der Behältnis aus Gebäude stiehlt und es außerhalb des Gebäudes erbricht? † 1800 [50] 1801 [51]

Strafbarkeit der Ersatzehlerei gemäß §§ 2, 259 StGB. † 1167 [31] † 1802 [53]

Keine Bestrafung in analoger Anwendung des § 361 Ziff. 10 StGB. bei Inanspruchnahme fremder Hilfe ohne Vermittlung der zuständigen Behörde bzw. Verweigerung der Unterhaltzahlung trotz Aufforderung durch unzuständige Behörde 1812 [68 69]

Aneignung von Grundstücken (§ 928 BGB.)

Keine Anwendung des § 892 BGB. auf diese A. 1636 [8]

Anerbe

Keine Anerkennung eines Erbbrauchs zugunsten des Jüngsten aus der letzten Ehe des Hofeigentümers entgegen § 21 IV RErbhofG. Austauschrecht des bereits einen Erbhof besitzenden A. gemäß § 22 RErbhofG. Überspringen des Bruders des Erblassers zugunsten seines Sohnes bedarf der Genehmigung des AnerbG. (§ 25 IV 2 RErbhofG.) 1577 [35]

Versagung der anerbengerichtlichen Zustimmung zur Wahl eines Trägers krankhafter Erbanlage, wenn noch völlig erbgesunde Anerben in der Sippe vorhanden 2150 [54]

Voraussetzung der Wirksamkeit der A.bestimmung gemäß § 25 V RErbhofG. ist, daß beim Eintritt des Erbfalls anerbenberechtigte Personen der Erbordnungen des § 20 RErbhofG. fehlen 1576 [34]

Nachdem Ehegatten sich in gemeinschaftlichem Testament gleichzeitig zu Alleinerben und die Kinder aus der ersten Ehe des Mannes und aus der gemeinschaftlichen Ehe je zu gleichen Teilen als Erben des zuletzt Versterbenden eingesetzt haben, stirbt der Ehemann vor dem 1. Okt. 1933. Die überlebende Ehefrau bestimmt den A. für den vom Ehemann stammenden Erbhof unter den eingesetzten Kindern 2155 [58]

Kein Beschwerderecht des nächsten gesetzlich A.berechtigten, der in Übergabevertrag bei freiem Bestimmungsrecht des Bauern übergangen worden ist 1585 [42]

Anerkenntnis

Das Anerkenntnis verjährter Forderungen 2169

Anerkennung ausländischer Urteile

§ 328 Ziff. 4 ZPO. In Ehescheidungssachen Verbürgung der Gegenseitigkeit mit Lettland. Zur A. einer von Deutschen im Ausland durchgeführten Scheidung im gegenseitigen Einverständnis † 1977 [11]

Anfechtung

IrrtumsA. eines Vergleichs über Ansprüche aus Körperverletzungen 1217

§ 119 BGB. Zu Frage des A.rechts eines wiederholt wegen Betrugs Bestraften gegenüber Vertragspartner mit gleichfalls nicht einwandfreiem Vorleben 1242 [11]

A. des Kaufs eines unfallbeschädigten Lastzugs wegen arglistiger Täuschung des Käufers. Entfallen der Haftung aus § 819 BGB. bei anfechtbaren Rechtsgeschäften 1959 [1]

§ 122 BGB. Befugnis nur des Erklärungsgegners zur Geltendmachung von Vertrauensschaden † 1412 [9]

§ 51 GenG. A. eines Generalversammlungsbeschlusses † 1997 [26]

Anfechtungsgesetz

§ 3 Nr. 1, 3, 4, § 7. Umfang der Rückgewährpflicht des aus einer Versicherung Begünstigten bei erfolgreicher Gläubigeranfechtung † 1504 [17]

§ 3 Nr. 1. Mittelbare Gläubigerbenachteiligung 2214 [27]

§ 7. Wirkung der erfolgreichen Anfechtung der Aufgabe eines schuldrechtlichen Anspruchs auf Übereignung eines ideellen Grundstückanteils 2233 [60]

§§ 7, 9. Die Fassung des Klageantrags bei der Anfechtung von Hypothekbestellungen während des Zwangsversteigerungsverfahrens 1528

Anfechtungsklage gegen Ausschlußurteil (§ 957 II ZPO.) 2235 [65]

Angestellte

Unterbringung älterer A. bei Durchführung des Vierjahresplanes 1098

Kündigungsschutz für ältere A. 1124

Kündigungsschutz leitender A. 1131

A. von Versicherungsgesellschaften und § 157 ZPO. 1379 1435 [46] † 1436 [48]

Ausschließung genossenschaftlicher Treuhandstellen und ihrer A. als Bevollmächtigte gemäß § 157 ZPO. † 1436 [47]

Die Reichsangestelltentarifordnung 1134

§§ 850, 850 b ZPO. Notwendiger Unterhalt eines A. in Berlin, ferner eines A. in der Reichsleitung der NSV., der nebenbei ehrenamtlich in der NSDAP. tätig ist 1166 [23]

Handlungsweise einer russischen Firma, die in Deutschland bei ihr angestellte russische Staatsbürger durch Druck zur Zeichnung russischer Staatsanleihe unter entsprechenden Abzügen vom Gehalt veranlaßt, nach russischem Recht nicht sittenwidrig 1187 [62]

Angestelltenversicherung

Der Ersatzanspruch der Fürsorgeverbände gegen die A. 1464

Übergang der Rechte des unfallversicherten Angestellten gemäß § 49 RVGfA. 1164 [25]

Anhänger an Kraftfahrzeugen (§ 18 RStraßVerkO.) † 1817 [80]

Ankaufsrecht

Vorkaufs- und Ankaufsrecht können den Fall eines Verkaufs im Wege der Zwangsvollstreckung nicht überdauern 2102 [8]

Anleihe

vgl. unter Staatsanleihe, Dollaranleihe

Anlieger

Übertragung der Straßenreinigungspflicht von der Stadtgemeinde durch Ortsstatut auf die Straßenanlieger 1812 [71]

Zur Frage der Zurückforderung einer zur Erlangung der Baugenehmigung für Straßenanlagekosten gegenüber der Stadtgemeinde eingegangenen Anerkennungs- und Verpflichtungserklärung, wenn es sich um Bebauung an historischer Straße gehandelt hat 2108 [14]

Annahme an Kindes Statt

Bei Annahme eines unehelichen Kindes an Kindes Statt regelmäßig kein Recht der Mutter auf weiteren persönlichen Verkehr mit dem Kinde 2043 [14]

„Anreißen"

§ 366 Ziff. 10 StGB. Verbot des A. 1812 [70]

Anschlußberufung

§ 521 ZPO. Befugnis zur A. nach Verwerfung der vorher selbständig eingelegten Berufung wegen Versäumung der Berufungsbegründungsfrist als unzulässig † 1440 [54]

Zulassung ordnungsgemäß begründeter Anschlußberufung nach vorheriger, nicht formgerecht gemäß § 522 a II ZPO. begründeter A. † 1441 [55] † 2227 [47]

Pflicht des Anschlußberufungsklägers zur Tragung der Kosten der unselbständigen A. bei Berufungszurücknahme 1434 [45]

Anstiftung

Zur Frage der A. durch „Herbeiführung eines Irrtums" 1789 [24]

Mittäterschaft bei der A. 1785 [18]

§ 356 StGB. Strafbarkeit der Partei, die sich die pflichtwidrigen Dienste leisten läßt, wegen A. oder Beihilfe † 1809 [64]

§§ 5, 3 BlutschG. A. zur Beschäftigung deutschblütiger Angestellten in jüdischem Haushalt † 1164 [26]

A. zur Verletzung des Steuergeheimnisses ist Steuerzuwiderhandlung † 1826 [101]

Anwaltsassessor

Gebührenanspruch des Rechtsanwalts für Tätigkeit des ihm überwiesenen A. 2247 [83], insbes. Erstattungsanspruch des Armenanwalts gegen die Reichskasse 1382 1650 [16]

Anwaltsgemeinschaft

Das Einkommensteuerrecht der Sozietät: Eigentliche und uneigentliche Sozietät 2172

Gesetzliche Grundlage der einheitlichen Gewinnfeststellung 2173

Keine einheitliche Gewinnfeststellung bei bloßer Bürogemeinschaft und bei persönlich vorbehaltenen Geschäften 2174

Einzelfragen: Gebäude, Verlust, Betriebsausgaben 2175

Auflösung der Sozietät insbesondere durch Tod 2176

Feststellungsbescheid, Rechtsmittel 2177

Vereinbarungen über Sicherung der Hinterbliebenen in Sozietätsverträgen 1378

§ 91 ZPO. Auswirkung des Eintritts eines Sozius in bestehende Sozietät auf die laufenden Prozeßaufträge 2217 [22]

§ 7 RAGebO. Anspruch jedes von mehreren verklagten assoziierten Anwälten auf die vollen Anwaltsgebühren 2243 [78]

Anwaltsprozeß

vgl. unter Rechtsanwalt

Anwartschaft

Übertragung der A. des Nacherben auf den Vorerben 1553 [15]

Arbeitsamt

Erfordernis der Zustimmung des A. zur Einstellung von Metallarbeitern 1099

Arbeitsbeschaffung

Abgrenzung des mittelbaren Arbeitsverhältnisses vom A.vertrag 1116

Arbeitsdienst

Keine Anwendung der für Angehörige des ReichsA., die nach Erfüllung der Dienstpflicht ausscheiden, erlassenen Vorschriften auf im freiwilligen A. tätig gewesene Personen 1168 [33]

Arbeitseinsatz
Vierjahresplan und Arbeitsrecht:
Abschlußzwang 1097
Abschlußverbote 1099
Vertragstreue 1100
Kündigung 1101
Einwirkung des Vierjahresplanes auf die Gestaltung der Tarifordnungen 1102
Rechtsprechung betreffs Verstöße gegen A.bestimmungen 1108
Arbeitsvermittlung und A. Schrifttum 1143
Die gesamten Vorschriften über den A. nach dem Vierjahresplan. Schrifttum 1143
Lehrbuch für A. und Arbeitslosenhilfe. Schrifttum 1143

Arbeitsfront, Deutsche
Keine Haftung der DAF. für die Verpflichtungen der früheren Gewerkschaften aus § 419 BGB. 1145[3]
Keine Anwendung der Vorschriften des ÖffArbOG. auf die DAF. 1183[56]

Arbeitsgericht
vgl. auch unter ReichsA.
Unzuständigkeit des Gerichts und Unzulässigkeit des Rechtswegs in Arbeitssachen 2069[62]
§ 276 ZPO. Verweisung des Rechtsstreits vom unzuständigen AG. an das ArbG. Erstattung der Kosten des den Beklagten vor dem AG. vertretenden Rechtsanwalts durch den Kl. † 1191[68], dagegen keine Erstattung der Kosten des den vor dem ArbG. obsiegenden Kläger zunächst vor dem AG. vertretenden Rechtsanwalts durch den Beklagten 1192[69]
§ 61 ArbGG. Beiordnung des Rechtsanwaltspflegers als Armenanwalt für A.prozeß 1186[60]
§ 69 ArbGG. Nachholung des im Urteil unterlassenen Ausspruchs der vor Urteilsverkündung beschlossenen relativen Berufungs- oder Revisionsfähigkeit durch Berichtigungsbeschluß 1185[59]
Beweisersuchen arbeitsgerichtl. Schiedsgerichte gemäß § 96 II ArbGG. Entscheidung des übergeordneten OLG. über Ablehnung des Ersuchens durch AG. † 1162[24]

Arbeitslohn
Arglisteinrede gegenüber Geltendmachung unverzichtbarer Tarifansprüche † 1190[66]
Tariflicher Stundenlohn nicht ohne weiteres Akkordmindestlohn 1176[46]
§§ 850, 850b ZPO. Pfändungsschutz bei Zusammentreffen von Ruhegehalt und A., keine Zusammenrechnung der beiden Bezüge 2231[57]

Arbeitslose
Handkommentar zum ArbVermG. Schrifttum 1142
Lehrbuch für Arbeitseinsatz und A.hilfe. Schrifttum 1143
§ 113 II ArbVermG. Übergang der Forderungen des Beschäftigten auf Bezüge aus dem Arbeitsverhältnis in Höhe der ihm zu Unrecht gezahlten A.unterstützung auf die Reichsanstalt † 1179[51]
§ 120 ArbVermG. Höhe des Wochengelds für A. 1366[95]
Unzulässigkeit des Rechtswegs für Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gegen Gemeinde wegen Verletzung ihrer öffentlich-rechtlichen Pflichten gemäß §§ 172, 175 ArbVermG. dadurch, daß sie die ihr vom Arbeitsamt zur Auszahlung an Unterstützungsempfänger überwiesenen Beträge weiter ausgezahlt hat, nachdem die Empfänger, wie ihr bekannt, inzwischen Arbeit gefunden hatten 2048[23]
VollstrMißbrG. Keine Befreiung erwerbsloser Schuldner von der Unterhaltspflicht für uneheliches Kind 1274[38]

Arbeitsrecht
Schrifttum
Das neue deutsche A. Schrifttum 1142
A.kartei. Schrifttum 1143 2185
Unternehmer und Betriebsführer, Wirtschaftsordnung und Arbeitsordnung. Schrifttum 1538
Aufsätze
Grundfragen des Arbeitsverhältnisses im Lichte der neueren Rechtsprechung:
Grundsätzliches zur Auffassung vom Arbeitsvertrag 1103
Der Inhalt des Arbeitsverhältnisses und § 2 ArbOG.; insbesondere Fürsorgepflicht und Urlaubspflicht 1105
Umgehungs- und Scheingeschäfte 1106
Lohnwucher 1107
Verstoß gegen Arbeitsschutz- und Arbeitseinsatzbestimmungen 1108
Betriebsübergang und Identität des Unternehmens 1108
Rechtsstellung des Minderjährigen im Betrieb 1109
Rangordnung der einzelnen Gestaltungsmittel des Arbeitsverhältnisses 1109
Ergebnisse der Rechtsprechung für das Rechtssystem 1110
Betriebsgemeinschaft u. Arbeitsverhältnis:
Arbeitsverhältnis und Arbeitsverfassung 1111
Das Arbeitsverhältnis als gemeinschaftsgebundene Rechtsstellung 1112
Arbeitsverhältnis und Arbeitsvertrag 1113
Betriebsgemeinschaft und Führergrundsatz 1114
Das mittelbare Arbeitsverhältnis 1115
Neue Durchführungsvorschriften zum ArbOG.:
Beratung des Vertrauensrates 1595
Erweiterter Schutz der Vertrauensmänner 1596
Unternehmensbeirat und Gruppenbeirat 1597
Öffentlicher Dienst und Schlußvorschriften 1599
Rangverhältnis von Gesetz, Tarifordnungen und Einzelvereinbarungen bei der Frage nach Verzicht und Verwirkung tariflicher Ansprüche 1109
Die Verwirkung im Arbeitsrecht systematisch besprochen unter Berücksichtigung der neuesten reichsarbeitsgerichtlichen Rechtsprechung:
Begriff der Verwirkung; rechtspolitische Begründung 1118
Verwirkung und Unabdingbarkeit 1119
Voraussetzung der Verwirkung im einzelnen; abgestufte Anwendung der Verwirkung 1120
Die verwirkungshindernde Geltendmachung 1121
Verwirkung von Unternehmeransprüchen 1122
Die Kündigung in der Rechtsprechung der Arbeitsgerichte:
Kündigungserklärung, Empfang der Kündigung 1122
Nichtige Kündigung 1123
Allgemeines zur ordentlichen Kündigung 1123
Kündigungsfrist, Kündigungsschutz 1124f.
Außerordentliche Kündigung, wichtige Gründe 1126f.
Folgen der Kündigung 1127
Die Verpflichteten bei der Kündigungswiderrufsklage:
Offene Handelsgesellschaft 1128
Erbengemeinschaft 1129
Gesellschaft bürgerlichen Rechts 1130
Nichtrechtsfähiger Verein 1130
Entscheidungen
Treupflicht und Kündigungsrecht 1172[40]
§ 2 ArbOG. Verletzung der Pflichten gegenüber der Gefolgschaft durch Anstellungsbedingungen, die Umgehung der Kündigungsschutzbestimmungen und der Möglichkeit der Kündigungswiderrufsklage bezwecken 1173[41]
§§ 1, 35 ArbOG. In den Werkstätten von Wohltätigkeitsanstalten beschäftigte Wanderarbeiter keine Betriebsangehörigen 1173[42]
Keine Anwendung der Vorschriften des ÖffArbOG. auf die DAF. 1183[56]

Arbeitsschutz
Der A. und seine Durchführung. Schrifttum 1142

Arbeitsvermittlung
Handkommentar zum ArbVermG. Schrifttum 1142
Arbeitsvermittlung und Arbeitseinsatz. Schrifttum 1143
Aus der A. des NSRB. 1223
Keine Anwendung der durch § 75d ArbVermG. getroffenen, den ordentlichen Tarif abändernden Bestimmung auf Arbeiter, die zu Arbeiten herangezogen, die zu den Aufgaben der Fürsorgeverbände gehören und von ihnen ohnehin geleistet werden müßten 2071[66]

Arbeitszeit
Die Arbeitszeitnormen der Betriebsordnungen 1133
„Mehrarbeit" i. S. der TarO. für die in Gaststätten beschäftigten Musiker in Schlesien 1192[70]

Arbitrageordnung des Reichsnährstands 2084

Arglist
Einwand der A. gegenüber Festhalten an einem auf irriger Geschäftsgrundlage zustande gekommenen Vergleich. Nachprüfung der Wirksamkeit des Vergleichs nach Erhebung des Einwands 1149[6]
A.einrede des Maklers, wenn sich der andere Teil nach Aufhebung des Maklervertrags der Zahlung des Maklerlohnes entziehen will, obwohl er den Nachweis des Maklers verwertet hat 1489[8]
A.einrede gegenüber Geltendmachung unverzichtbarer Tarifansprüche † 1190[66]
Einwand der A. gegenüber der Einrede der Verjährung † 1305[1]

Armenanwalt
AV. d. RJM. betr. Auswahl von Armenanwälten 1948
Zur Beiordnung von A. in Parteiprozessen für vom Jugendamt bevormundete arme Parteien † 1418[11]
Beiordnung des Rechtsanwaltspflegers als A. im Unterhaltsprozeß 2240[73]
Beiordnung des Rechtsanwaltspflegers als A. für Arbeitsgerichtsprozeß 1186[60]
Ist durch die gesetzliche Beiordnungsmöglichkeit eines A. für auswärtige Beweisaufnahme gemäß § 39 II RAO. die Substitutenbestellung durch den A. ausgeschlossen? † 1651[18]

Armenanwaltsgebühren
Können A. aus der Reichskasse erstattet werden, wenn ein Probe- oder Anwaltsassessor den Rechtsanwalt vertritt? 1382 1650[16]

§ 1 ArmAnwG. Grundsätzlich entspricht jeder Beiordnung ein Ersatzanspruch an die Reichskasse † 2237 67
Keine stillschweigende Ausdehnung der Beiordnung als Armenanwalt zwecks Einbeziehung weiterer als bisher rechtshängiger Ansprüche in Vergleich 2241 76
Zeitliche Schranken für Abänderung der Armenanwaltkostenfestsetzung 1422 23
Anhängiges gerichtliches Verfahren ist nicht Voraussetzung des Gebührenanspruchs des Armenanwalts an die Reichskasse 1423 24
Bedeutung der Verweisung des Rechtsstreits an anderes Gericht für die Rechtsstellung des Armenanwalts zur Reichskasse 1424 25
§ 1 ArmAnwG. Kein Anspruch des durch das Prozeßgericht für den Prozeß beigeordneten Armenanwalts auf Gebührenerstattung wegen vormundschaftsgerichtlicher Genehmigung eines Prozeßvergleichs gegen die Reichskasse 1656 22
Ersatzanspruch des Rechtsanwalts gegenüber der Reichskasse bei Einreichung der Klagschrift als Anlage zum Armenrechtsgesuch 1424 26
§ 1 IV ArmAnwG. Keine Herbeiführung der Fälligkeit der Armenanwaltgebühren und des Ersatzanspruchs gegen die Reichskasse durch Grundurteil aus § 304 I ZPO. † 2238 69
Gebührenanspruch des Armenanwalts, der infolge Einberufung in den Staatsdienst sein Mandat niederlegt 1424 27
Gebührenverlust des wegen eigenen Verhaltens entlassenen Armenanwalts bei nochmaliger Entstehung der Gebühren für den Nachfolger 1655 20
Zur Frage der Erstattungsfähigkeit von Auslagen des Armenanwalts, insbesondere für Exhumierung einer Leiche † 1427 30
Anspruch des Armenanwalts auf Ersatz der Auslagen und Gebühren des von ihm für auswärtigen Beweistermin bestellten Substituten? † 1426 29
Kein Anspruch des zum Armenanwalt für Patentrechtsstreit bestellten, an anderem LG. zugelassenen Rechtsanwalts auf Erstattung der durch Reisen zwischen Wohnort und Prozeßgericht entstandenen Kosten gegen die Reichskasse 2239 70
Ermäßigung der Prozeßgebühr gemäß § 14 RAGebO. für Armenanwalt, der vor Beiordnung die mit dem Armenrechtsgesuch eingereichte Ehescheidungsklage dem Gerichtsvollzieher zur Zustellung übergibt, wenn dieser sie entgegen § 185 ZPO. an die Klagepartei als Ersatzperson zustellt 1746 49
Armenanwaltsgebühren für Wiederaufnahmeverfahren in Ehesachen 1425 28
Keine Erstattung der Vergleichsgebühr aus der Reichskasse für Mitwirkung des für die erste Instanz bestellten Armenanwalts bei nach Berufungseinlegung geschlossenem Vergleich † 1657 24
Betreibung des Festsetzungsverfahrens aus § 4 ArmAnwG. durch den Pfändungsgläubiger des Ersatzanspruchs des Armenanwalts an die Reichskasse 1653 19
Erstattungsanspruch der Reichskasse gemäß § 5 ArmAnwG. gegen den erstattungspflichtigen Gegner, dem das Armenrecht bewilligt und Nachzahlungsanordnung noch nicht ergangen † 1655 21 2004 32
§ 5 ArmAnwGebG. Entfallen des Erstattungsanspruchs der Reichskasse bei Abschluß eines von der Kostenentscheidung abweichenden außergerichtlichen Vergleichs durch die Parteien vor Eintritt der Rechtskraft † 2003 31

Armenrecht
Rechtsbetreuung und A. 1618
Erstattung von Reisekosten der armen Partei zu Terminen, zu denen ihr Erscheinen angeordnet ist 2240 74
Gegen Ablehnung der von der Reichskasse bzw. dem Armenanwalt beantragten Anordnung der Nachzahlung durch die arme Partei gemäß § 125 ZPO. Beschwerde der Reichskasse bzw. des Armenanwalts zulässig † 2242 77
Erstattungsanspruch der Reichskasse gemäß § 5 ArmAnwG. gegen den erstattungspflichtigen Gegner, dem das A. bewilligt und Nachzahlungsanordnung noch nicht ergangen † 1655 21 2004 32
Bei Festsetzung der zu erstattenden Prozeßkosten auf den Namen der armen Partei kein Anspruch des vom Armenanwalt mit der Vollstreckung beauftragten Gerichtsvollziehers auf Zahlung der Vollstreckungskosten gegen den Armenanwalt 1656 23

Armenrechtsbeschluß
Aufhebung der infolge nicht formgemäß erfolgter Zustellung eingetretenen rechtlichen Wirkungslosigkeit des A. durch Bevollmächtigung und Auftreten des im Beschluß beigeordneten Rechtsanwalts 1429 32

Armenrechtsbewilligung
Getrennte A. für Prozeß und für damit zusammenhängendes Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit 1656 22

Armenrechtsgesuch
Behandlung eines als A. bezeichneten Schriftsatzes als Berufungsbegründung 1439 53
Behandlung des A. einer OHG. 1428 31
Hemmung der Verjährungsfrist im Anwaltsprozeß, wenn arme Partei infolge verzögerter Entscheidung auf rechtzeitig gestelltes A. die Klage nicht innerhalb der Verjährungsfrist hat erheben können 2188 3
§ 519 VI ZPO. Hemmungswirkung eines A. nur einmalig, aber bei nach Ablehnung des ersten Gesuchs sich bietenden neuen Tatsachen zur erfolgreichen Begründung eines Gesuchs Möglichkeit, Verlängerung der Nachweisfrist zu beantragen 1997 25
Nach Versagung des Armenrechts wegen Aussichtslosigkeit der Rechtsverfolgung und Verstreichenlassen der nach Zustellung des Versagungsbeschlusses gesetzten Nachweisfrist gemäß § 519 VI ZPO. keine Wiedereinsetzung wegen Fortdauer der Mittellosigkeit allein 2222 41
Keine entsprechende Anwendung des § 519 VI S. 4 ZPO. auf den Antrag aus § 53 PatG. 1899 14
Ersatzanspruch des Rechtsanwalts gegenüber der Reichskasse bei Einreichung der Klageschrift als Anlage zum A. 1424 26 1429 33

Armenrechtsverfahren
Prozeßbetrug im A. 1760
Gegen die Verweigerung des Parteirechts auf Anwesenheit bei Erhebungen im A. 1690
Keine Beendigung von Eheprozessen durch Parteierklärungen ohne Zuziehung von Anwälten im A. gemäß § 118a III ZPO. 2019
Keine weitere Beschwerde im A. im Bereich des anerbengerichtlichen Verfahrens 2158 62
Keine Erstattungsfähigkeit der Verkehrsgebühr für Tätigkeit des erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten im A. zweiter Instanz 2240 75

Armenrechtsversagung
A. für den Rechtsmittelbeklagten bei völliger Aussichtslosigkeit seiner Rechtsverfolgung 1430 34 35
A. für Klage polnischer Staatsangehöriger auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft, wenn diese nur der Vorbereitung einer Scheidungsklage dienen soll, für die die deutschen Gerichte bei polnischen Parteien nicht zuständig sind 2239 72

Arrest
§ 927 ZPO. Entscheidung über die Kosten des A.anordnungs- und Widerspruchsverfahrens wird durch das A.aufhebungsurteil nicht angetastet 2233 63
§ 945 ZPO. Zur Bindung des über den Schadensersatzanspruch entscheidenden Prozeßrichters an die im Widerspruchsverfahren unter Aufhebung des A. bzw. der einstweiligen Verfügung dahin ergangene Entscheidung, daß die Voraussetzungen für die Erlassung zur Zeit der Anordnung objektiv nicht vorgelegen, insbesondere wenn der Umbruch dazwischenliegt 2234 64
Nach A.pfändung der Ansprüche des Versicherungsnehmers auf Auszahlung der Lebensversicherungssumme und seines Rechts zum Widerruf einer Begünstigung keine Befugnis des Gläubigers zum Widerruf 1504 17

„Arzneibuch, Deutsches"
Das D. A. enthält revisibles Recht 1999 27

Arzt
Die Ärzte und wir (Berufsfragen) 1949
Wann ist von Arzt unter Einwilligung der Schwangeren vorgenommene Schwangerschaftsunterbrechung nicht rechtswidrig? Beschränkung des Berufsverbots gemäß § 42 I StGB. auf Behandlung von Frauenkrankheiten 1799 48
Entschädigung der als Beisitzer im Erbgesund.Ger. tätigen Ärzte für Weg von und zur Sitzung 2067 57
Keine Vergütung für A., der im Erbgesundheitsverfahren schriftlich Auskunft über seine Feststellungen erteilt hat 2069 61

Arztpraxis
Ist der Verkauf einer ärztlichen Praxis als Verstoß gegen die guten Sitten (§ 138 I BGB.) nichtig? 1513 † 1546 4

Assessor
vgl. unter AnwaltsA., GerichtsA.

Aufgebotsverfahren
Auch für Anfechtungsklage gegen Ausschlußurteil aus § 957 II ZPO. ist Rechtsschutzbedürfnis Voraussetzung 2235 65

Auflassung
Kein Einfluß der Unwirksamkeit des Grundstückskaufvertrags auf die Wirksamkeit der damit verbundenen A. 2187 2
A. nicht erforderlich zur Umschreibung der beim Nachlaßkonkurs auf den Konkursverwalter als Eigentümer im Grundbuch eingetragenen Grundstücke auf den Erben † 2121 27

Auflösung
A. von Zweckspar unternehmen vgl. unter Z.
A. von Fideikommissen vgl. unter F.

A. von Kapitalgesellschaften vgl. auch unter Umwandlung
Zulässigkeit des Rechtswegs für A. einer GmbH. in Preußen 1270 34

Aufrechnung
Das Zahlungsverbot bei Zweckspar-unternehmen und die A. 1458 1459
Vorgehen der Sonderbestimmungen der §§ 392, 406 BGB. für die A. gegenüber der allgemeinen Vorschrift des § 404 BGB. † 1631 3
Zur Frage der Tilgung klagloser Verbindlichkeiten aus Börsentermingeschäften durch A. gegenüber allgemeinen Akontozahlungen 1245 12
Genehmigung des VormGer., nicht erforderlich zu Entscheidungen des Pflegers darüber, ob er Geldansprüche des Pflegebefohlenen verfolgen oder die zwecks A. geltend gemachte Gegenforderung anerkennen will 2198 12

Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft
Übertragung der Bestellung und Abberufung des Vorstands durch Satzungsbestimmung auf Ausschuß des Aufsichtsrats 1455

Auftrag
§ 313 BGB. Keine selbständige Bedeutung der Verpflichtung des mit Verschaffung des Eigentums an einem Grundstück Beauftragten, der das Grundstück zunächst für Rechnung des Geschäftsherrn im eigenen Namen erworben hat, zur Übereignung an den Geschäftsherrn 1306 2

Aufwertung
Ablehnung der A. von Wechselsummen † 1485 6
Bewirkung der Erhaltung der Aufwertung der Papiermarkhypothek nach AufwG. durch in der irrigen Annahme der Anwendbarkeit der Schweizer Goldhypothekenabkommen vor dem 31. März 1931 gestellten Antrag auf Eintragung einer Schweizer Frankengrundschuld an Stelle der zu löschenden Papiermarkhypothek 1636 8
Kein Anspruch der Inhaber von Schuldverschreibungen der 5%igen Dollaranleihe der Freien Hansestadt Bremen (Dez. 1923) auf Befriedigung zum vollen Golddollarwert † 1697 1

Augenscheinseinnahme
§ 559 ZPO. Nachprüfung der Verletzung der Grundsätze über die Beweislast durch das RevGer. von Amts wegen, nicht dagegen der zur Frage der Beweiswürdigung gehörenden Grundsätze über den Augenscheinsbeweis 2228 48
Freies Ermessen der StrK. gegenüber Antrag auf A. 1360 83

Ausgleichsgesetz
§ 4. Bedeutung des Bescheids des R.- u. PrMdJ., dem Kläger werde „die Weiterverfolgung des geltend gemachten Anspruchs im Rechtsweg überlassen" 1922 27
Zur Anwendung des A. Zusammenhang des Nachteils mit bestimmtem politischen Vorgang erforderlich 2211 25

Ausgleichspflicht
§ 242 BGB. Keine Anerkennung von A. bei zur Zeit des Eintritts des störenden Ereignisses bereits vollkommen erfülltem Vertrag und nur nachträglicher Verschlechterung der vom Benachteiligten empfangenen Leistung † 1485 6

Auskunft
§ 209 BGB. Keine Unterbrechung der Verjährung durch Klage auf Rechnungslegung und A.erteilung 2101 6
Verpflichtung der Gerichte, den einzelnen Sachstand selbst zu erörtern, auch wenn A. des Reichsnährstands vorliegt (ZR.) 2230 53
§ 17 RAGebO. Keine weitere Verhandlungsgebühr, wenn das Gericht auf Antrag der Parteien nach Eingang von A. ohne neue Verhandlung ein Urteil verkündet † 2005 35

Ausland
Anwaltliche Vertretung im A. 1537 2181
Wann begründet die im A. bestehende Verkehrsgeltung eines Warenzeichens einen Schutzanspruch in Deutschland? † 1905 16
Umwandlung einer Marke in Freizeichen und Rückbildung zum Individualzeichen. Feststellung der Auffassung der beteiligten Verkehrskreise, insbesondere auch im A. 1927 33
§§ 1, 4 VO. zum Schutz von Volk und Staat. Teilnahme eines Inländers an ausländischen Versammlungen eines für das Inland verbotenen und aufgelösten Vereins 1831 108

Ausländer
vgl. auch unter Devisenrecht
§§ 1, 3 UnlWG. Unzulässigkeit der Werbebehauptung, der Käufer der Ware unterstütze deutsche Arbeiter und Angestellte, wenn das Unternehmen und großer Teil seiner Arbeiter und Angestellten nicht deutsch ist 1875 1
§§ 1, 3 UnlWG. Unzulässigkeit der Bezeichnung „deutsches Unternehmen" für GmbH., wenn sämtliche Geschäftsanteile in ausländischem Besitz und die deutschen Leiter an die Weisungen der ausländischen Geschäftsinhaber gebunden 1876 2
Wann ist die Kennzeichnung eines Mitbewerbergeschäfts, das dem maßgebenden Einfluß von A. unterliegt, als „ausländisch" als unlautere Wettbewerbshandlung anzusehen? 1878 3
Zwangsvollstreckung in das inländische Vermögen bei Auslandskonkurs einer ausländischen juristischen Person † 1507 18

Ausländerpolizei
Unzulässigkeit des Rechtswegs für Nachprüfung ausländerpolizeilicher Verfügungen 1356 70

Ausländisches Recht
Anwendung ausländischen Rechts auf Vertragsverhältnis von Ausländern in Deutschland bei dahingehendem Willen der Vertragsparteien 1187 62

Ausländische Urteile
vgl. unter Anerkennung a. U.

Auslegung
A. eines Testaments 2200 14, insbesondere eines gemeinschaftlichen Testaments 1410 7
Grundsätze für A. eines Vergleichs 1701 2
A. dinglicher Verträge 2187 1
A. unklarer Vertragsbestimmungen, insbesondere bei Versprechen künftiger Erhöhung der Dienstbezüge † 1189 65
§ 42 PatG. Mangels Beschwer Unzulässigkeit der Berufung des Patentinhabers gegen eine die Nichtigkeitsklage abweisende Entscheidung des RPatA. mit der Begründung, das RPatA. habe das Patent in den Gründen einschränkend ausgelegt 1898 13
A. einer erteilten Vollstreckungsklausel 1509 19
Strenge A. der Bestimmungen über Kündigungsfristen in Versicherungsvertrag 1167 30
A. von Tarifbestimmungen 1175 44
Freie Auslegung der AllgVersBed. durch das RevGer. als „typische" Vertragsbestimmungen † 1498 15
Beschränkte A. eines Prozeßvergleichs durch das RevGer. 2001 28

Ausschlagung des Erbhofs 2153 56

Ausschlußfrist
vgl. unter KlageA.

Ausschlußurteil
im Aufgebotsverfahren 2235 65

Aussetzung des Verfahrens
A. d. V., in dem die Ehefrau auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft klagt, bis zur Entscheidung des vorher bei einem anderen LG. vom Ehemann anhängig gemachten Scheidungsprozesses 2221 38
VollstrMißbrG. v. 13. Dez. 1934. A. des Offenbarungseidverfahrens auf Widerspruch des Schuldners unter Auferlegung von Ratenzahlungen 1445 63
§§ 10, 37 RErbhofG. A. des Genehmigungsverfahrens bis zur Durchführung des Feststellungsverfahrens 2147 51
A. d. V. vor den Anerbenbehörden zwecks Herbeiführung einer Entscheidung der ordentlichen Gerichte über die Eigentumsfrage 2147 52
A. d. V. in Erbgesundheitssachen 2059 43 2060 44

Ausstattung
Genehmigung der Veräußerung von Grundstücken eines Erbhofs zum Zweck der A. eines Kindes 1581 37
§ 37 III RErbhofG. Genehmigung für Gewährung von A. an auf dem Erbhof bleibenden Abkömmling durch Überlassung nur eines angemessenen Teils zur freien Verfügung 2154 57
Grundstückserwerb durch Bauern aus den Erträgnissen seines Erbhofs zur künftigen A. seiner minderjährigen Tochter auf deren Namen und einstweilige Bewirtschaftung vom Erbhof aus 1742 42

Ausstellung
Der NSRB. auf der A. „Gebt mir vier Jahre Zeit!" 1223

Ausverkauf
Geltung des Verbots der Fortsetzung des Geschäftsbetriebs nach A.beendigung (§ 7c UnlWG.) auch für KonkursA. 1356 69

Automaten
„Warenhaus" im Sinne des REG. über Warenverkauf aus A. 1672 48
WarenA. als den Veranstaltungsvorschriften der Bauordnungen unterliegende Reklamevorrichtungen † 1587 45

Bahnpolizei
Zuständigkeit der B. zum Erlaß polizeilicher Strafverfügungen 1361 86

Bandenschmuggel
„Bandenschmuggel in Tateinheit mit Bannbruch" nicht denkbar † 1827 102

Bank
vgl. auch unter StaatsB.
Bank- und Börsenwesen und Preisstop-VO. 1595
Die Deutsche Bank- und Kreditgesetzgebung. Schrifttum 1396
Gewährung eines effektiven Währungskredits durch inländische B. an inländischen Kunden auf Grund Auslandskredits. Verpflichtung der B., den Kunden bei Abbau des effektiven Währungskredits zu unterstützen, insoweit sie ihre eigenen Währungsverpflichtungen dem Ausland gegenüber durch Rückzahlung in Sperrmark abdeckt † 1401 3

Bankdepotgesetz
Schrifttum 1953

Bankrott
§ 239 KO. Beziehungen zwischen Zahlungseinstellung und B.handlung. Benachteiligungsabsicht 1833 [116]
§ 240 KO. Bestrafung der tatsächlichen Leiter der GmbH., die nicht Geschäftsführer sind, wegen unordentlicher Buchführung 1833 [115]

Bannbruch
§ 146 VZollG. kein selbständiger Tatbestand. „Bandenschmuggel in Tateinheit mit B." nicht denkbar † 1827 [102]

Bauernfähigkeit
Freisein von krankhaften Erbanlagen ist nicht Voraussetzung der B. 2150 [54]
Keine Befreiung vom Erfordernis der B. beider Ehegatten gemäß § 17 ErbhRVO. bei Unmöglichkeit der Erlangung der Erbhofeigenschaft des überschuldeten Besitzes. Keine Behandlung von früherem Antrag des Kreisbauernführers auf Feststellung der Erbhofeigenschaft gemäß § 10 RErbhofG. als Befreiungsantrag aus § 17 IV ErbhRVO. † 1583 [40]
Keine Befugnis des Gläubigers zur Herbeiführung von Entscheidung über die jetzige B. des Bauern 1584 [41]
§ 49 IV RErbhofG. Kein neuer selbständiger Beschwerdegrund, wenn AnerbG. und ErbhGer. die Wirtschaftsfähigkeit verneint haben, das ErbhGer. außerdem aus demselben Tatbestand Fehlen der Ehrbarkeit folgert 2157 [60]
Besonders sorgfältige Prüfung bei Aberkennung der Ehrbarkeit. Bei Verneinung der Ehrbarkeit nur durch die zweite Instanz ist neuer selbständiger Beschwerdegrund gegeben. Zur Frage der Unlauterkeit der Veräußerung eines zum Zweck der Zwangsvollstreckung beschlagnahmten Grundbesitzes, der in der Hand des bauernfähigen Erwerbers Erbhofeigenschaft erlangen soll 2149 [53]

Bauernführer
Beschwerdeberechtigung des B. gegenüber Ausstellung eines Erbscheins, der landwirtschaftliche Besitzung betrifft † 2098 [2]
Unzulässigkeit der sofortigen Beschwerde des LandesB. gegen die Begründung eines im Ergebnis von ihm für zutreffend gehaltenen Beschlusses 2157 [61]

Baugeld
Frage der Zulässigkeit der Abtretung und Pfändung von Ansprüchen auf Auszahlung von B. 2232 [59]

Baugewerbe
Arbeitseinsatzmaßnahmen zur Durchführung des Vierjahresplanes im B. 1097 ff.

Baumschule
Grundbesitz, auf dem neben der Landwirtschaft B. betrieben wird, als Erbhof 1569 [28]

Baurecht
Anwendung der Verunstaltungsvorschriften in Bauordnungen auf an der Außenwand eines Gebäudes angebrachte Reklamevorrichtungen (Warenautomaten) † 1587 [45]
Verlangen der Beseitigung gröblich verunstaltender Bauausführungen auf Grund des § 1 VerunstaltG. 1845 [139]
§§ 12, 15, 17 FluchtlG. Zur Frage der Zurückforderung einer zur Erlangung der Baugenehmigung für Straßenanlagekosten gegenüber der Stadtgemeinde eingegangenen Anerkennungs- und Verpflichtungserklärung, wenn es sich um Bebauung an historischer Straße gehandelt hat 2108 [14]
§ 367 Ziff. 15 StGB. Irrtum über das Erfordernis der baupolizeilichen Genehmigung. Beginn des Laufs der Verjährungsfrist mit Vollendung des genehmigungspflichtigen Baues 1813 [72]

Bausparkassen
Die Versicherungs- und B.aufsichtsnovelle vom 5. März 1937: Übersicht 1679
Behandlung des Deckungsstocks 1680
Beaufsichtigung von kleinen Versicherungsunternehmungen durch RAufsA. unter Mitwirkung der Landesbehörde 1680
Voraussetzung für Erteilung der Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb 1680
Geschäftsplanänderung und Bestandsübertragungen 1682
Eingreifen der Aufsichtsbehörde in genehmigte Geschäftspläne von Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen. Änderung der Bedingungen gewährter Bauspardarlehen 1682
Vereinfachung des Verfahrensrechts für die Aufsichtsbehörden 1683
Neuordnung im Bausparwesen 1684
Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen und B. Schrifttum 1538

Bayern
Verjährung der Schadensersatzansprüche von Staat und Gemeinden in B. gegen ihre Beamten wegen pflichtwidriger Handlungen. Ausschlußfrist gemäß Art. 124 BayAusfG. z. BGB. für Geldzahlungsansprüche 1922 [28]

Beamte
vgl. auch unter Besoldung, GemeindeB., Wiederherstellung des Berufsbeamtentums
Begründung des B.- und des Arbeitsverhältnisses 1114
Deutsches Beamtengesetz und ReichsdienststrafO. Schrifttum 1225 1396
Deutsches Beamtengesetz. Schrifttum 1542 1767
Gebührenanspruch des Armenanwalts, der infolge Einberufung in den Staatsdienst sein Mandat niederlegt 1424 [27]
Entschädigung nach § 3 ZeugGebO. für beamteten auswärtigen Sachverständigen, der nur Fahrkosten, kein Tagegeld erhalten 1357 [76]
Zubilligung der Unbestraftheit als Milderungsgrund bei Strafzumessung für B. † 1804 [56]

Beamtendienstwohnung
Keine Umzugskostenentschädigung gemäß § 32 II MietSchG. für Inhaber einer B. bei Neubau i. S. des § 33 MietSchG. 1258 [25]

Beamtenehefrau
§ 1568 BGB. Ehezerrüttung durch B., die gegen den Willen ihres Mannes der internationalen Vereinigung der Bibelforscher angehört 1308 [7]

Beamtenunfallfürsorgegesetz
Einbeziehung der Polizeiverwaltungsbeamten in den Schutz des B., soweit sie gemeinschaftlich mit Polizeivollzugsbeamten dienstlich tätig sind 1720 [17]

Bedingter Vorsatz
B. V. bei Patentverletzung 1895 [11]
Für § 164 StGB. genügt b. V. nicht 1794 [33]

Bedingung
Bedingte Verzeihung (§ 1570 BGB.) 2040 [11]
§§ 1821, 1822 BGB. Verknüpfen der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung zu Rechtsgeschäft mit widersinniger oder unerfüllbarer B. unzulässig 1551 [12]
§ 2074 BGB. Testamentarische Verwirkungsklausel 2201 [15]
Keine Zugehörigkeit aufschiebend bedingter Forderungen zur Konkursmasse bei Abtretung vor Konkurseröffnung 1645 [13]

Beförderungsmittel
Keine Einziehung der vom Täter zur Begehung der Tat benutzten B. möglich bei Abschluß von Werkvertrag zwischen Täter und gutgläubigem Dritten 1829 [105]
Einziehung der zur Begehung eines Devisenausfuhrvergehens benutzten B. † 1157 [15]

Beförderungsvertrag
Haftung des Unternehmers für Gesundheitsschaden, den der Reisende durch Beförderungsvorgänge oder -einrichtungen erleidet. Beweislast 2190 [5]

Beglaubigung
Keine Zuständigkeit des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des AEG. zur UnterschriftsB. 1577 [35]
Begriff des „Dritten" i. S. des § 839 BGB. auf dem Gebiete des öffentlichen Beurkundungs- und B.wesens 2208 [23]

Begünstigung
Fortsetzungszusammenhang zwischen Hehlerei und B. nicht möglich 1334 [36]
Strafbarkeit der an einem Verbrechen gegen das BlutschutzG. beteiligten Frau wegen B. durch wissentlich unwahre Aussage im Verfahren gegen den Mann 1781 [9]
§ 60 Ziff. 3 StPO. Beeidigung des Zeugen, der sich durch falsche Aussage in der Hauptverhandlung der B. schuldig macht 1357 [77]

Behörde
Vollstreckungsgericht und Zivilstreitgericht eines AG. als „dieselbe B." i. S. des § 158 StGB. 1329 [24]

Behördenangestellte
Die Reichsangestelltentarifordnung 1134
Anwendung des BRÄndG. auf B., die nach seinem Erlaß, aber vor Durchführung der Angleichungsmaßnahmen neu eingestellt sind 1184 [57]

Beihilfe
B. durch Unterlassen, wo Rechtspflicht zum Handeln besteht 1785 [19]
§ 175a Nr. 4 StGB. B. zur gewerbsmäßigen Unzucht mit Männern 1159 [19]
§ 356 StGB. Strafbarkeit der Partei, die sich die pflichtwidrigen Dienste leisten läßt, wegen Anstiftung oder B. † 1809 [64]
§§ 5, 3 BlutschutzG. B. zur Beschäftigung deutschblütiger Angestellten in jüdischem Haushalt † 1164 [26]
Erkennen auf dauernde Eidesunfähigkeit wegen B. zum Meineid unzulässig 1329 [25]

Beiräte
der Sozialversicherungsträger 1365 [94]

Beistand
Hat die geschiedene Mutter, der nur die Personensorge zusteht, Anspruch auf einen B.? 2022

Bekanntmachung
§ 474 II RAbgO. Öffentliche B. von Steuerstrafen † 1829 [106]

Beleidigung
Ehre und B. Schrifttum 1957
§§ 823, 824 BGB. Widerrufsanspruch. Wahrnehmung berechtigter Interessen durch die Presse 1261 [29]

Nicht falsche Anschuldigung, sondern evtl. B. gegeben bei richtigem tatsächlichen Vorbringen einer Anzeige, aber falschem daraus gezogenen Schluß einer strafbaren Handlung 1792 31
B. des Vaters durch Vornahme unzüchtiger Handlungen mit der Tochter 1331 30
§ 193 StGB. Keine Wahrnehmung berechtigter Interessen durch Beleidigungen zwecks Herbeiführung eines Strafverfahrens gegen sich selbst, wodurch Möglichkeit der Wiederaufrollung für den Angeklagten ungünstig ausgegangener Rechtsverfahren geschaffen werden soll 1160 21
§ 196 StGB. B. des Amtswalterkorps einer Ortsgruppe der NSV. 1799 45

Bereicherung, ungerechtfertigte
Zur Frage der Zurückforderung einer zur Erlangung der Baugenehmigung für Straßenanlagekosten gegenüber der Stadtgemeinde eingegangenen Anerkennungs- und Verpflichtungserklärung, wenn es sich um Bebauung an historischer Straße gehandelt hat 2108 14
Entfallen der Haftung aus § 819 BGB. bei anfechtbaren Rechtsgeschäften † 1959 1

Bergrecht
§ 148 PrAllgBergG. Abhilfe des Bergwerkseigentümers durch Herstellung dort geboten, wo die Beseitigung der Einwirkungen durch die Vernunft gefordert 1715 12

Berichtigung des Standesregisters 1745 47

Berichtigung von Verfügungen (Steuerrecht)
Nachträgliche Heranziehung zur Reichsfluchtsteuer nach irrtümlicher Freistellung gemäß § 2 Ziff. 4 RFluchtStVO. 1364 92

Berichtigungsbeschluß (§ 319 ZPO.)
Nachholung des im Arbeitsgerichtsurteil unterlassenen Ausspruchs der vor Urteilsverkündung beschlossenen relativen Berufungs- oder Revisionsfähigkeit durch B. 1185 59

Berlin
700 Jahre Rechtsanwaltschaft in B. 2026
§§ 850, 850 b ZPO. Notwendiger Unterhalt eines Angestellten in B. 1166 28

Berufsausübung, Untersagung (§ 421 StGB.)
Untersagung der Ausübung „jedweden" Handelsgewerbes auf bestimmte Zeit 1784 15
Begrenzung des Verbots der B. auf bestimmten Berufszweig oder -teil 1799 48

Berufsbetreuung
Schadensverhütung ist Pflicht 1619

Berufsfragen
Rechtsbetreuung und Armenrecht 1618
Zur Einstellung des Strafverteidigers bei Schuld oder Geständnis des Angeklagten 1389
Komplizierte Berufsethik? 1389
Der Umfang der notwendigen Verteidigung 1391
Die Überzeugung des Verteidigers 1950
Kann ein jüdischer Rechtsanwalt vor den Schiedsgerichten des Reichsnährstandes auftreten? 1951
Die Ärzte und wir 1949

Berufsstände
Zur Frage der Standes- und Sittenwidrigkeit des Verkaufs einer Arztpraxis 1518 1520
Berufsständisches Strafrecht. Schrifttum 1225

Berufswechsel
§ 361 I Ziff. 10 StGB. Zumutbarkeit des B. 1338 44

Berufung
Sofortige Beschwerde gegen Beschluß des OLG., der die Berufung in Ehesache als unzulässig verwirft, nur soweit sie im Beschluß für zulässig erklärt worden; keine nachträgliche Ergänzung des Beschlusses 2223 43
§ 42 PatG. Mangels Beschwer Unzulässigkeit der Berufung des Patentinhabers gegen eine die Nichtigkeitsklage abweisende Entscheidung des RPatA. mit der Begründung, das RPatA. habe das Patent in den Gründen einschränkend ausgelegt 1898 13
Rechtsmittel i. S. des § 839 III BGB. ist nicht der mit der B.einlegung gestellte Antrag auf einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung 2038 8
§ 514 ZPO. Kein Widerruf des Verzichts auf das Recht der Berufung nach Rechtskraft des Urteils 1438 51
§ 516 ZPO. Keine Wahrung der Berufungsfrist durch rechtzeitige Einreichung bei dem zur Entgegennahme bereiten Vorsitzenden des nach der Geschäftsverteilung unzuständigen Senats? † 1438 52
§ 519 VI ZPO. Hemmungswirkung eines Armenrechtsgesuchs nur einmalig, aber bei nach Ablehnung des ersten Gesuchs sich bietenden neuen Tatsachen zur erfolgreichen Begründung eines Gesuchs Möglichkeit, Verlängerung der Nachweisfrist zu beantragen 1997 25
Nach Versagung des Armenrechts wegen Aussichtslosigkeit der Rechtsverfolgung und Verstreichenlassen der nach Zustellung des Versagungsbeschlusses gesetzten Nachweisfrist gemäß § 519 VI ZPO. keine Wiedereinsetzung wegen Fortdauer der Mittellosigkeit allein 2222 41
Auch der Patentinhaber als Berufungskläger ist nicht Antragsteller i. S. des § 37 V PatG. im Berufungsverfahren 1898 12
Keine entsprechende Anwendung des § 519 VI S. 4 ZPO. auf den Antrag aus § 53 PatG. 1899 14
Bei Zulassung der Klageänderung als sachdienlich nicht gleichzeitig Zurückweisung des neuen, zu ihrer Begründung dienenden Vorbringens nach § 529 ZPO. als verspätet 2223 42
Niederschlagung der Kosten der Berufung im Fall des § 539 ZPO. 1670 38
§ 565 ZPO. Bindung des BG. an die rechtliche Beurteilung des RevG. in späterem Rechtsstreit zwischen denselben Parteien, nur wenn er dasselbe Rechtsverhältnis zur Grundlage hat 2229 50
§ 566 a ZPO. Sprungrevision nach Einlegung und späterer Zurücknahme der Berufung 1723 22
Nach Beilegung des Rechtsstreits vor Berufungseinlegung durch Vergleich Berufungseinlegung mit dem Antrag, den Rechtsstreit in der Hauptsache für erledigt zu erklären und dem Gegner die Kosten aufzuerlegen, unzulässig 1996 22
ArbG. Nachholung des im Urteil unterlassenen Ausspruchs der vor Urteilsverkündung beschlossenen relativen Berufungs- oder Revisionsfähigkeit durch Berichtigungsbeschluß 1185 59
§ 6 GKG. Niederschlagung der Gerichtskosten vor Fälligkeit, wenn Revision durch unrichtige Sachbehandlung in der VerInst. veranlaßt worden 2248 84
Gerichtliche Prozeßgebühr bei Berufung gegen mehrere in demselben Rechtsstreit ergangene Urteile, ferner wechselseitige Berufung gegen dasselbe Urteil 1447 66
Fortfall bzw. Ermäßigung der Prozeßgebühr gemäß § 29 GKG. bei Zurücknahme einer vor dem BG. erhobenen Restitutionsklage 1447 67
Keine Anwendung des § 74 II 1 GKG. auf das Berufungsverfahren. Zur Anwendung des § 74 II 3 GKG. bei Erweiterung des Klageantrags gegenüber dem ursprünglichen Klageantrag oder dem ursprünglichen Berufungsantrag 1447 68
§ 77 GKG. Kostenhaftung der Partei, deren erstinstanzlicher Prozeßbevollmächtigter gegen ihren Willen Auftrag zur Berufungseinlegung erteilt hat 1671 41
Keine Erstattungsfähigkeit der Verkehrsgebühr für Tätigkeit des erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten im Armenrechtsverfahren zweiter Instanz 2240 75
Fester Gebührensatz von 24 RM für Gebührenberechnung in Ehesachen auch bei Erwirkung von Verlustigkeitsurteil (§ 515 III ZPO.) 2238 68
Keine Erstattung der Vergleichsgebühr aus der Reichskasse für Mitwirkung des für die erste Instanz bestellten Armenanwalts bei nach Berufungseinlegung geschlossenem Vergleich † 1657 24
B. gegen ein abweichend von der Anklage statt Vergehens nur Übertretung annehmendes und den Angeklagten ausschließlich zu Geldstrafe verurteilendes Urteil 1360 85

Berufungsbegründung
Behandlung eines als Armenrechtsgesuch bezeichneten Schriftsatzes als B. 1439 53
Befugnis zur Anschlußberufung nach Verwerfung der vorher selbständig eingelegten Berufung wegen Versäumung der B.frist als unzulässig † 1440 54
Zulassung ordnungsgemäß begründeter Anschlußberufung nach vorheriger, nicht formgerecht gemäß § 522 a II ZPO. begründeter Anschlußberufung † 1441 55 † 2227 47
§ 233 ZPO. Beginn der B.frist bei verspätet eingelegter Berufung † 1666 32
§ 234 ZPO. Nichtrechtzeitiges Gesuch um Verlängerung der Frist für die B. 1437 49

Berufungszurücknahme
Nach B. keine Beschwerde des Berufungsklägers gegen Verwerfung der Berufung 1667 33
Streitwert in Ehesachen nach B. 1432 37
Pflicht des Anschlußberufungsklägers zur Tragung der Kosten der unselbständigen Anschlußberufung bei B. 1434 43

Beschlagnahme
B. im Disziplinarverfahren 1836 125

Beschränkung des Rechtsmittels
B. d. R. auf Teil der gemäß § 45 DevG. eingezogenen Werte 1157 14

Beschwerde
Zivilprozeß
Nach Berufungszurücknahme keine B. des Berufungsklägers gegen Verwerfung der Berufung 1667 33
Sofortige B. gegen Beschluß des OLG., der die Berufung in Ehesache als unzulässig verwirft, nur soweit sie im Beschluß für zulässig erklärt worden; keine nachträgliche Ergänzung des Beschlusses 2223 43

Keine B. gegen Entscheidung des Prozeßgerichts gemäß § 157 ZPO. über Zulassung oder Nichtzulassung von Vertretern 1435 46

§ 102 ZPO. Grobes Verschulden des OLG.-Anwalts bei Einlegung von B. beim LG., die erst nach Ablauf der B.frist beim OLG. eingeht 2220 36

Gegen Ablehnung der von der Reichskasse bzw. dem Armenanwalt beantragten Anordnung der Nachzahlung durch die arme Partei gemäß § 125 ZPO. B. der Reichskasse bzw. des Armenanwalts zulässig † 2242 77

Freiwillige Gerichtsbarkeit

Bei Verweigerung der übernahme von Vormundschaft durch deutsches VormGer. auf Ersuchen eines nicht der deutschen Gerichtsorganisation unterstehenden Gerichts ist nicht Verfahren des § 46 II FGG., sondern B. des ersuchenden Gerichts aus § 19 FGG. gegeben 2203 17

§ 57 Ziff. 3 FGG. B.recht der Verwandten und Verschwägerten des Pfleglings 2205 19

§ 59 I FGG. B.recht des Mündels gegen Festsetzung einer Vergütung für den Vormund; Begründung des Antrags des Mündels auf Entlassung des Vormunds mit dessen mangelhafter Vermögensfürsorge 2204 18

Nach Ablehnung des Antrags des JugA. auf Anordnung der Fürsorgeerziehung durch das VormGer. keine Befugnis des LG. als BeschwG., dem Kindesvater die Personensorge gem. § 1666 I BGB. zu entziehen 2207 21

B.berechtigung des Bauernführers gegenüber Ausstellung eines Erbscheins, der landwirtschaftliche Besitzung betrifft † 2098 2

Zuständigkeit zur Entscheidung über weitere B. gegen Entscheidung des LG. Hechingen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit 1267 32

Vorlegung beim RG. gem. § 28 II FGG., wenn eines der zwei allein jetzt noch zur Entscheidung berufenen OLG. von der Entscheidung eines dazu nicht mehr berufenen OLG. abweichen will † 1982 14

B.berechtigung der Organe des Handelsstandes im Ordnungsstrafverfahren gemäß § 140 HGB. zwecks Berichtigung des Handelsregisters † 1268 33

§§ 140, 142 FGG. Keine weitere B. gegen die vom LG. auf B. angeordnete Einleitung eines Firmenmißbrauchs- oder Amtslöschungsverfahrens. Keine Bindung des RegGer. bei Entscheidung über Einspruch an die der Entscheidung des LG. zugrunde liegende Auffassung der Sach- und Rechtslage † 1985 15

Vollstreckungsrecht

Einwand der Eidesleistung ist im Offenbarungseidstermin vorzubringen, kann nicht mit B. gegen Haftbefehl nachgeholt werden † 2233 61

Zurückverweisung an das Vollstreckungsgericht bei Berufung des Schuldners in der B.instanz auf das VollstrMißbrG.? 2180

Erbhofrecht

Kein B.recht des nächsten gesetzlich Anerbenberechtigten, der in übergabevertrag bei freiem Bestimmungsrecht des Bauern übergangen worden ist 1585 42

Unzulässigkeit der sofortigen B. des Landesbauernführers gegen die Begründung eines im Ergebnis von ihm für zutreffend gehaltenen Beschlusses 2157 61

§§ 48, 49 RErbhofG. Abänderung der Entscheidung zuungunsten des B.führers im Verfahren über Feststellung und Anlegung eines Erbhofs 2156 59

§ 49 IV RErbhofG. Neuer selbständiger B.grund bei Verneinung der Ehrbarkeit nur durch die zweite Instanz 2149 53

§ 49 IV RErbhofG. Kein neuer selbständiger B.grund, wenn AnerbG. und ErbhGer. die Wirtschaftsfähigkeit verneint haben, das ErbhGer. außerdem aus demselben Tatbestand Fehlen der Ehrbarkeit folgert 2157 60

Keine weitere B. im Armenrechtsverfahren im Bereich des anerbengerichtlichen Verfahrens 2158 62

§ 10 II der 2. DurchfVO. z. RErbhofG. B.recht des Notars, der das Rechtsgeschäft noch nicht beurkundet hat, aber mit Beurkundung für den Fall der Erteilung der anerbengerichtlichen Zustimmung beauftragt ist 1581 37

Erbgesundheitssachen

B. gegen Pflegerbestellung 2060 46 † 2063 51

B. gegen den Vormund 2061 48

B. von Vater oder Mutter als gesetzliche Vertreter für das über 18 Jahre alte minderjährige Kind 2062 49

Auslegung einer unzulässigen, aber sachlich berechtigten B. als Wiederaufnahmeantrag † 2063 52

Sachliche Prüfung trotz Rücknahme der B. gegen den die Unfruchtbarmachung anordnenden Beschluß 2066 56

B. im Hinterlegungsverfahren nach RHinterlegO. 1372

§ 20 II 2 PrHinterblFürsG. „Entscheidung" der Provinzialbehörde, die zur Einhaltung der Klageausschlußfrist rechtzeitig mit B. an den Departementschef angefochten werden muß 1156 13

Besetzung des Gerichts

§ 338 Ziff. 1 StPO. Revision wegen nichtvorschriftsmäßiger B. des Schwurgerichts 1836 129

Besitzer

Begehung von Unterschlagung durch den mittelbaren B. 1334 35

Besoldung

vgl. auch unter Ruhegehalt

BO. über die Pfändbarkeit von Einbehaltungsbeträgen 1388

Pfändungsbeschränkung gemäß § 850 b ZPO. auch für Gehaltsrückstände 2232 58

Durch § 41 III BRÄndG. Bindung des Gerichts nur bzgl. der Vorfrage, ob eine in Durchführung des BRÄndG. vorgenommene Kürzung von Bezügen den Angleichungsvorschriften des Gesetzes entspricht 2070 63

Kein neuer Vorbescheid nach § 7 PrKommBeamtG. für Vollstreckungsgegenklage einer Behörde gegen Urteil, das Beamter gegen die Behörde auf Gehaltszahlung erwirkt 1250 16

Bestätigung

Nichtigerklärung einer kinderlosen Rassenmischehe trotz Vorliegens von B. 2197 10

Bestialität

§ 175 b StGB. Bestrafung von vor dem 1. Sept. 1935 aus sexuellen Gründen von Frauen begangener Tierquälerei als Unzucht mit Tieren unzulässig † 1352 63

Bestimmung der Leistung (§ 315 BGB.)

Zur Frage, ob Abschluß eines Schiedsvertrags gemäß § 1025 ZPO. oder Einräumung des Bestimmungsrechts für eine Vertragspartei gem. § 315 BGB. vorliegt 1401 1

Betriebsausgaben

B. bei Anwaltsgemeinschaften 2173

Betriebsgemeinschaft

Bedeutung des Arbeitsvertrags gegenüber der Regelung der B. 1103

B. und Arbeitsverhältnis:

Arbeitsverhältnis und Arbeitsverfassung 1111

Das Arbeitsverhältnis als gemeinschaftsgebundene Rechtsstellung 1112

Arbeitsverhältnis und Arbeitsvertrag 1113

B. und Führergrundsatz 1114

Betriebsordnung

Zur Normenwirkung der B. 1132

B. ist nicht ohne weiteres Inhalt der von ihr erfaßten Arbeitsverträge. Wirkung der Aufhebung der B. für den Inhalt des Arbeitsverhältnisses † 1174 43

Betriebsprüfung

Die B. und das B.-Archiv der Reichsfinanzverwaltung. Schrifttum 1229

Betriebsstillegung

§§ 1, 2 RErbhofG. Nicht nur vorübergehende Stillegung eines zu gemischtem Betrieb gehörenden Teils von Gewerbebetrieb 2143 45

Betriebsvermögen

Bewertungsgrundsätze und Bewertungsbeispiele für das gewerbliche B. Schrifttum 1229

Betrug

Vermögensberechnung bei Sachwucher und B. 1289

ProzeßB. 1760

Vermögensschädigung des Erwerbers eines Einrichtungsgegenstandes, der sich grobfahrlässig über Bestehen von Vermieterpfandrecht daran täuschen läßt 1802 54

Gegenüber § 263 StGB. ist § 268 Ziff. 1 StGB. das mildere, § 268 Ziff. 2 StGB. das schwerere Strafgesetz 1334 38

Beurkundung

vgl. auch unter Notar

Maklerprovision beim Grundstückskauf und B.pflicht 1300

Übersicht über die Rechtsprechung zur RKostO. betr. B. 1930

Ersetzung der gesetzlichen Schriftform durch die gerichtliche B. in der freiwilligen und streitigen Gerichtsbarkeit 1701 2

Anforderungen an die Vollständigkeit der B. eines Rechtsgeschäfts, das nach dem Gesetz zur Rechtswirksamkeit der schriftlichen Form bedarf † 1626 1

Geltung der Formvorschrift des § 29 GBO. für die Erklärungen der Vertreter einer Handelsgesellschaft bei Umschreibung eines für diese unter der Firma ihrer Hauptniederlassung eingetragenen Rechts auf die abweichende Firma von Zweigniederlassung 1713 43

Bedeutung des Zeitpunkts der behördlichen Genehmigung einer Grundstücksveräußerung gemäß VO. v. 15. März 1918 über Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken und des Zeitpunkts der B. des Kaufvertrags für die Geltendmachung des gesetzlichen Vorkaufsrechts nach §§ 4 ff. RSiedlG. 2037 6 2123 30

Ausschlagung des Erbhofs durch vor dem zuständigen AnerbG. zu Protokoll gegebene und von diesem beurkundete Erklärung 2153 56

Der Erbverzicht kann nicht einseitig, sondern nur in gerichtlich oder notariell beurkundetem Vertrag ausgesprochen werden 1577 35

B.zwang für die zur Erlangung eines Erbscheins erforderlichen, durch eidesstattliche Versicherungen nachzuweisenden Angaben 1735 33

Wann bedarf Vollmacht zur Übertragung des Erbteils der gerichtlichen oder notariellen B.? 2035 3

Begriff des „Dritten" i. S. des § 839 BGB. auf dem Gebiete des öffentlichen B.- und Beglaubigungswesens 2208 23

Bedarf die bei Übertragung von Geschäftsanteilen einer GmbH. an anderen zu treuen Händen eingegangene Verpflichtung zur jederzeitigen Rückübertragung der B.? 1145 1

Beweisantrag

Unzulässigkeit des B. auf Parteivernehmung neben anderen Beweismitteln (ZR.) 1723 21

Zurückweisung des Urkundenbeweises bei Beantragung der unmittelbaren Beweiserhebung durch Vernehmung von Zeugen- und Sachverständigen (ZR.) 2226 45

§ 286 ZPO. Einholung eines weiteren erbbiologischen Gutachtens zur Klärung der Abstammungsfrage 2222 39

§ 244 II StPO. Wahrheitserforschungspflicht des Strafrichters unabhängig von Anträgen der Staatsanwaltschaft und des Angeklagten 1359 81, insbesondere bzgl. Glaubwürdigkeit jugendlicher weiblicher Zeugen in Sittlichkeitsdelikten 1360 82

§ 245 StPO. Begründung der Ablehnung eines B. wegen Unerheblichkeit 1836 127

§ 245 StPO. Freies Ermessen der StrK. gegenüber Antrag auf Augenscheinseinnahme 1360 83

Beweisaufnahme

Erstattungsfähigkeit der Reisekosten des Rechtsanwalts zur Wahrnehmung auswärtiger Beweistermine auch, wenn sie höher als die Kosten eines Substituten 2247 83

Anspruch des Armenanwalts auf Ersatz der Auslagen und Gebühren des von ihm für auswärtigen Beweistermin bestellten Substituten? † 1426 29

Ist durch die gesetzliche Beiordnungsmöglichkeit eines Armenanwalts für auswärtige Beweisaufnahme gem. § 39 II RAO. die Substitutenbestellung durch den Armenanwalt ausgeschlossen? † 1651 18

Weitere Verhandlungsgebühr des Rechtsanwalts trotz fehlender Protokollierung bzgl. der Verhandlung vor der B. 2004 34

Keine weitere Verhandlungsgebühr des Rechtsanwalts, wenn das Gericht auf Antrag der Parteien nach Eingang von Auskunft ohne neue Verhandlung ein Urteil verkündet † 2005 35

Beweisersuchen arbeitsgerichtl. Schiedsgerichte gem. § 96 II ArbGG. † 1162 24

Beweisgebühr des Rechtsanwalts

Die B. bei Aktenbeiziehung 1615

Keine B. bei Benutzung von Beiakten nur zur „Information" 1420 18

Beweislast

B. für Verschulden des Unternehmers bei Beförderungsvertrag 2190 5

§ 843 BGB. Frage der zumutbaren Energieleistung für Beurteilung der Minderung der Erwerbsfähigkeit als Frage der Beweiswürdigung, nicht der B. 1916 21

Keine Auferlegung der B. für Beteiligten im Erbhofverfahren zur Führung des Gegenbeweises gegen die Vermutung des § 891 BGB. 1574 32 2147 52

§ 839 BGB. Verfehlungen des Vormundschaftsrichters in Erfüllung seiner Aufsichtspflicht, bzw. des Konkursrichters bei Aufsicht gegenüber dem Konkursverwalter. B. für Verursachung von dem Mündel bzw. dem Konkursgläubiger entstandenem Schaden 1993 20

B. bei Rücktritt des Gläubigers vom außergerichtlichen Vergleich wegen ungleichmäßiger Befriedigung der Gläubiger 1473 1

§ 559 ZPO. Nachprüfung der Verletzung der Grundsätze über die B. durch das RevG. von Amts wegen 2228 48

Beweissicherungsverfahren

Streitwert des B. † 2216 31

Beweiswürdigung

§ 843 BGB. Frage der zumutbaren Energieleistung für Beurteilung der Minderung der Erwerbsfähigkeit als Frage der B., nicht der Beweislast 1916 21

Freie B. durch das Gericht gegenüber Klassifikationsattesten bei Feststellung der Seetüchtigkeit eines Schiffes 1920 25

§ 286 ZPO. Würdigung von Lichtbildern als Beweismittel. Versuchsweise Rekonstruktion eines Unfalls 1776 7

§ 286 ZPO., nicht § 287, ist maßgebend für Feststellung des Tatbestands, aus dem Folgerungen bzgl. der Entstehung eines Schadens und in welcher Höhe zu ziehen sind 2226 45

§ 559 ZPO. Nachprüfung der Verletzung der Grundsätze über die Beweislast durch das RevG. von Amts wegen, nicht dagegen der zur Frage der B. gehörenden Grundsätze über den Augenscheinsbeweis 2228 48

Bewertung

B.fragen bei Umwandlung von Kapitalgesellschaften 1193 ff.

Die Wertbegriffe und B.bestimmungen für die Bilanz der Aktiengesellschaft nach dem neuen AktG. 1453

B.grundsätze und B.beispiele für das gewerbliche Betriebsvermögen. Schrifttum 1229

§§ 14, 63 RBewG. B.- von Währungsschulden 1361 88

§ 67 RBewG. Ansetzung einer Rente ohne klagbaren Anspruch mit ihrem Kapitalwert beim sonstigen Vermögen 1752 56

Bibelforscher

§ 1568 BGB. Ehezerrüttung durch Beamtenehefrau, die gegen den Willen ihres Mannes der internationalen Vereinigung der B. angehört 1308 7

Kündigung von Dienstverhältnis wegen früherer Zugehörigkeit zur Internationalen B.vereinigung 1368 97

Bilanz

Die Wertbegriffe und Bewertungsbestimmungen für die B. der Aktiengesellschaft nach dem neuen AktG. 1453

Bilanzierungsfragen bei Umwandlung von Kapitalgesellschaften 1193 1946

Auswirkung der Behandlung eines Tatbestandes als verdeckte Gewinnausschüttung im Körperschaftsteuerrecht 1295

B. und Steuer. Schrifttum 1227

Die B. der Aktiengesellschaft. Schrifttum 1954

Buchmäßige Behandlung eines vom Verpächter dem Pächter zum Verbrauch überlassenen eisernen Bestands an Wirtschaftsgütern bei Verpflichtung zur Rückgabe eines gleichen Bestandes am Ende der Pacht † 1281 47

Bindung der Gerichte

Bindende Kraft der Entscheidung des die Zuständigkeit bestimmenden gemeinschaftlichen höheren Gerichts gem. § 36 ZPO. für das mit der Sache später befaßte untere Gericht † 1994 21

Zur Bindung des über den Schadensersatzanspruch entscheidenden Prozeßrichters an die im Widerspruchsverfahren unter Aufhebung des Arrests bzw. der Einstweiligen Verfügung dahin ergangene Entscheidung, daß die Voraussetzungen für die Erlassung zur Zeit der Anordnung objektiv nicht vorgelegen, insbesondere wenn der Umbruch dazwischen liegt 2234 64

An die der vom LG. auf Beschwerde angeordneten Einleitung eines Firmenmißbrauchs- oder Amtslöschungsverfahrens zugrunde liegende Auffassung des LG. ist das Registergericht bei Entscheidung über Einspruch nicht gebunden † 1985 15

B. d. G. durch Feststellungsbescheid einer Devisenstelle nach § 10 der 8. DurchfVO. z. DevVO. 1934 † 1339 48

B. d. G. an die Maßnahme, die die Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands gegenüber den Kassenärzten wegen ihrer Zulassung zur Kassenpraxis trifft 1704 4

B. d. G. an auf Grund § 1 Teil 4 Kap. V NotVO. v. 4. Sept. 1932 ergangene Anordnung der Reichsregierung zwecks Einschränkung der Personalausgaben bei subventionierten Unternehmungen 1184 58

Durch § 41 III BRÄndG. Bindung des Gerichts nur bezüglich der Vorfrage, ob eine in Durchführung des BRÄndG. vorgenommene Kürzung von Bezügen den Angleichungsvorschriften des Gesetzes entspricht 2070 63

Keine B. d. G. an die Ausführungs-Anweisung v. 6. Juni 1928 zum MittelschullehrerbesoldungsG. v. 30. April 1928 1718 16

§ 296 IV RAbgO. Bei Entscheidung im zweiten Rechtsgang keine B. des FinGer. und des RFH. an der Zurückverweisung zugrunde liegende rechtliche Beurteilung bei Aufgabe des bisherigen Rechtsstandpunktes durch die Rechtsprechung 1364 93

§ 901 RVO. B. d. G. an die Entscheidung der Versicherungsbehörden 1204

Blindheit

§ 224 StGB. Der völligen B. gleichzusetzende Verminderung der Sehschärfe 1332 33

Blutgruppenuntersuchung

Bewertung der Blutgruppen A_1 und A_2 bei der Frage der offenbaren Unmöglichkeit der ehelichen Abstammung † 1970 6

Im Zivilprozeß Unzulässigkeit der Anordnung zwangsweiser B. von Zeugen 1996 24

Einschreiten des VormGer. bei Weigerung des Vormunds eines unehelichen Kindes zur Gestattung der B. 2043 15

Blutschande

Zur Bestrafung wegen B., wenn die Blutsverwandtschaft der Angeklagten zweifelhaft ist 1758 1795 35

§§ 2, 173 StGB. Keine Ausdehnung des dem Verbot der B. zugrundeliegenden Gedankens auf bloße Unzucht zwischen Verwandten † 1796 36

§ 173 II StGB. Strafbarkeit des Beischlafs zwischen Verschwägerten auf- und absteigender Linie, der erst nach Auflösung der die Schwägerschaft begründenden Ehe begangen wurde 1796 37

Blutschutzgesetz
§§ 2, 5 BlutschutzG. Zum Begriff des Geschlechtsverkehrs 1338[46] 1783[13]
Rassenschande des Juden, der nach Scheidung von seiner deutschblütigen Frau die geschlechtlichen Beziehungen zu dieser wieder aufnimmt 1781[11]
Heiratsabsicht des Juden gegenüber deutschblütiger Person, mit der er Rassenschande getrieben hat, kein Strafmilderungsgrund 1782[12]
§§ 5, 3 BlutschutzG. Wer wird bestraft bei Beschäftigung deutschblütiger Angestellten in jüdischem Haushalt? †1164[26]
Verbrechen gegen §§ 2, 5 II BlutschutzG. in Tateinheit mit Verbrechen gegen § 176 I Ziff. 1 StGB. 1781[10]
Strafbarkeit der an einem Verbrechen gegen das BlutschutzG. beteiligten Frau wegen Begünstigung durch wissentlich unwahre Aussage im Verfahren gegen den Mann 1781[9]
Nichtvereidigung einer im Verfahren wegen Rassenschande vernommenen Zeugin 1358[78]

Börsen
Bank- und Börsenwesen und PreisstopVO. 1595

Börsentermingeschäfte
Zur Frage der Tilgung klagloser Verbindlichkeiten aus B. durch Aufrechnung gegenüber allgemeinen Akontozahlungen 1245[12]

Botot
„Eau de Botot" (Markenrechtsentscheidung) 1927[33]

Boykott
Wann ist der Boykott mit Verrufserklärungen als zulässiges Kampfmittel zum Austrag von Interessengegensätzen anzusehen? 2195[8]

Brandstiftung
Verneinung der Erbhofeigenschaft eines durch B. und Versicherungsbetrug erworbenen Hofes 1571[29]
§ 309 StGB. Pflicht des Versicherungsnehmers sowie des Versicherten, zu dessen Gunsten anderer Versicherung genommen hat, für Löschung des von Drittem ohne sein Einverständnis an ihm gehöriges gegen Feuer versichertes Gebäude gelegten Brandes zu sorgen. Dasselbe gilt für Bäuerin 1808[62]

Bremen
Kein Anspruch der Inhaber von Schuldverschreibungen der 5%igen Dollaranleihe der Freien Hansestadt B. (Dez. 1923) auf Befriedigung zum vollen Golddollarwert †1697[1]

Buchbindereien
Nichtigkeit der Vereinbarung des die Rohtexte eines Buches an B. liefernden Verlegers mit diesen über Einhaltung bestimmter vom Verleger vorgeschriebener Preise 2212[26]

Buchdrucker
Geltung der deutschen B.tarifordnung für Buchdruckereiabteilungen fachfremder Unternehmungen 1175[45]

Buchführung
§ 240 KO. Bestrafung der tatsächlichen Leiter der GmbH., die nicht Geschäftsführer sind, wegen unordentlicher B. 1833[115]

Buchhalter
vgl. unter StundenB.

Buchhandel
Ermäßigter Steuersatz gemäß § 7 III UmsStG. 1934 bei Lieferung von Büchern, Zeitschriften usw., die Verleger von anderem Unternehmen aus von diesem beschafften Stoffen betriebsfertig hat herstellen lassen, im Großhandel 2008[44]

BGB.
BGB. nebst JugWohlfG. Schrifttum 1872

Bürgerliches Recht
Die Neugestaltung des Deutschen B. R. Schrifttum 1695
Das ABGB. und die wichtigsten Nebengesetze. Schrifttum 2032
Kommentar zum Schweizer. ZivGesBuch. Schrifttum 1958

Bürgersteuer
Einführung in die Praxis des B.rechts. Schrifttum 1144
Fortgesetzte Hinterziehung von B. 1829[104]

Bürgschaft
Die Behandlung von Bürgschaften im landwirtschaftlichen Schuldenregelungsverfahren nach der VO. v. 16. Febr. 1937 1526
Ausdehnung der Befreiung des Bürgen bei Herabsetzung der Forderung gem. § 35 LandwEntschG. auch auf den Fall des Wegfalls der Forderung †1559[19]
Bei Verzicht des Bürgen auf den Einwand aus § 767 BGB. liegt selbständiges Schuldversprechen vor, anders bei Verzicht auf Einrede aus § 768 BGB. oder Einrede der Verjährung. Erlöschen von B., die für auf Grund des Ges. v. 26. Mai 1933 ohne Liquidation und ohne Rechtsnachfolge durch Staatsakt aufgelöste juristische Person übernommen worden 1408[5]
§ 774 BGB. Bedeutung der Entlassung eines Gesamtschuldners aus der Haftung für den, der sich für Gesamtschuld verbürgt hat 1410[6]
Einwand der Arglist gegenüber der Einrede der Verjährung nicht gegeben, wenn Gläubiger es unterlassen hat, den Schuldner rechtzeitig auf die ungenügende Zahlungsweise desjenigen, der die Schuld mitübernommen oder sich dafür verbürgt hat, und darauf hinzuweisen, daß er Zahlung vom Schuldner selbst erwarte †1305[1]
Versagung der Gebühr aus § 87 RAGebO. für Hinterlegung zur Sicherstellung der bürgenden Bank †1660[27]

Chemiker
Sachverständigengebühren eines beamteten Ch. für Erteilung schriftlicher Auskunft und für Akteneinsicht 1746[50]

„Creditreform"
§ 7 Gesetz zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiet der Rechtsberatung. Eintragung des Vereins „Creditreform" in das Vereinsregister 1730[26]

Dänemark
Dänische Juristen in Deutschland 2088

Danzig
Maßgebliches Recht für persönliche Forderung bei Hypothek, die Reichsdeutscher vor dem Krieg auf ein heute zum Gebiet der Freien Stadt D. gehörendes Grundstück geliehen hat †1972[8]

Darlehn
Behandlung der D. der Kapitalgesellschaft an den Allein- oder Hauptgesellschafter bei Umwandlung von Kapitalgesellschaften 1194
Schutz nach dem VollstrMißbrG. vom 13. Dez. 1934 für D.geber, der dem im Geschäft seiner Ehefrau tätigen Mann zur Verwendung in diesem Geschäft D. gegeben hat, das Rückzahlungsurteil gegen den Ehemann infolge Intervention seitens der Ehefrau nicht vollstrecken kann und nun als der im Interventionsprozeß unterlegene Teil von der Ehefrau wegen des Prozeßkostenanspruchs zum Offenbarungseid geladen wird †2215[28]

Defektenverfahren
Keine Nachprüfung der formellen Voraussetzung des im thüringischen Feststellungsverfahren ergangenen Verwaltungsbeschlusses im ordentlichen Rechtsweg 2048[22]

Depot
BankdepG. Schrifttum 1953

„Deutsches Unternehmen" (UnlWG.)
1875[1] 1876[2]

Devisenrecht
Die Feststellung der devisenrechtlichen In- und Ausländereigenschaft:
Grundlagen; Zuständigkeit; Aufhebung der Feststellung 1608
Wirkung der Feststellung 1609
Das neue D. Schrifttum 2184
Die Nebenkosten des Handelsverkehrs im Deutschen D. Schrifttum 2184
Gewährung eines effektiven Währungskredits durch inländische Bank an inländische Kunden auf Grund Auslandskredits. Verpflichtung der Bank, den Kunden bei Abbau des effektiven Währungskredits zu unterstützen, insoweit sie ihre eigenen Währungsverpflichtungen dem Ausland gegenüber durch Rückzahlung in Sperrmark abdeckt †1401[3]
§ 11 II DevG. Zur Grundstücksveräußerung durch Ausländer nicht schon wegen der dadurch eintretenden Befreiung von der dinglichen Hypothekenhaftung Genehmigung der Devisenstelle erforderlich 2187[2]
Beibringung der Genehmigung der Devisenstelle für Kostenfestsetzung nicht erforderlich 1435[45]
§§ 39, 40 DevG. Ergehen eines auf Verurteilung zu nach den DevG. genehmigungspflichtiger Leistung lautenden Schiedsspruchs unter Vorbehalt nachfolgender Genehmigung der DevStelle. Vollstreckbarkeitserklärung †1251[17]
§ 41a DevG. Keine Schadensersatzansprüche gegen das Deutsche Reich wegen Versagung der Devisengenehmigung 1253[18]
§ 45 DevG. Feststellung der Voraussetzungen der Einziehung im Urteil. Beschränkung des Rechtsmittels auf Teil der eingezogenen Werte 1157[14]
§ 45 DevG. Einziehung der zur Begehung eines Devisenausfuhrvergehens benutzten Beförderungsmittel †1157[15]
Nach Einstellung eines Verfahrens wegen Devisenzuwiderhandlung auf Grund des StraffreihG. Einziehung unzulässig 1158[16]
Fortsetzungszusammenhang zwischen verschiedenen Verstößen gegen die Straftatbestände des § 36 I Nr. 3 DevVO. †1338[47]
Bindung der Gerichte durch Feststellungsbescheid einer Devisenstelle nach § 10 der 8. DurchfVO. z. DevVO. 1934. Abgrenzung des Versuchs. Verhältnis mehrerer Devisenzuwiderhandlungen †1339[48]

Diebstahl
vgl. auch unter Räuberischer D.
Entsprechende Anwendung des § 242 StGB. auf Eigentümer einer Sache, der diese nach Übertragung auf Dritten unter Eigentumsvorbehalt dem Dritten in Zueignungsabsicht wegnimmt 1167[32]

Entsprechende Anwendung des § 243 Ziff. 2 StGB. auf den, der Behältnis aus Gebäude stiehlt und es außerhalb des Gebäudes erbricht? † 1800[50] 1801[51]
Schwerer D. aus Auto 1800[49]
§ 244 StGB. Die Rückfallsvoraussetzungen sind im Urteil anzugeben, Verweisung auf Eröffnungsbeschluß unzulässig 1802[52]

Dienstaufsichtsbeschwerde
D. im Hinterlegungsverfahren nach RHinterlO. 1372

Diensterfindung 2192[6]

Dienstherr
§ 230 StGB. Prüfungspflicht des D. bezüglich der Führungstauglichkeit des Kraftwagenlenkers bei Beginn der Fahrt (übermüdung) † 1348[57]

Dienststrafrecht
Deutsches BeamtG. u. RDStrO. Schrifttum 1225 1396
Die Rechtsprechung des RDisz H. v. Jan. bis Dez. 1936. Schrifttum 1768

Dienststrafverfahren
Die Stellung des RA. als Verteidiger und Berater im D. gegen Beamte auf Grund der RDStrO. v. 26. Jan. 1937 1382
Beschlagnahmen und Durchsuchungen im D. 1836[125]

Dienstvertrag
Auch bei D. auf bestimmten Erfolg gerichteter Zweck möglich. Trotz Zweifelhaftigkeit des Enderfolgs Haftung der zur Leistung von Diensten höherer Art bestellten Personen für sachgemäße Ausführung der Dienste 1234[4]
§ 612 I BGB. Keine Annahme stillschweigender Vereinbarung von Dienstlohn für Verwaltung gemeinnütziger Einrichtungen, die grundsätzlich ehrenamtlich erfolgt 1168[34]
Auslegung unklarer Vertragsbestimmungen, insbesondere bei Versprechen künftiger Erhöhung der Dienstbezüge † 1189[65]
Erfordernis der Unmißverständlichkeit von Kündigungserklärungen. Fristlose Entlassung eines Angestellten, dessen Verhalten gegenüber leitenden Betriebsangehörigen die weitere Zusammenarbeit unmöglich macht. Wegfall der Ruhegehaltsansprüche bei fristloser Kündigung 1169[35]
Durch Vereinbarung einer Ruhegehaltsberechtigung nicht ohne weiteres Ausschluß der ordentlichen Kündbarkeit. Zulässige Vereinbarungen darüber, was als wichtiger Grund gelten soll 1169[36]
§ 621 III BGB. Bei 15. des Monats an einem Sonntag Kündigung am folgenden Werktag rechtzeitig † 1188[63]
Kündigung von Dienstverhältnissen wegen früherer Zugehörigkeit zur Internationalen Bibelforschervereinigung 1368[97]
§ 626 BGB. „Verdacht" als wichtiger Grund zur fristlosen Kündigung. Auch der Dienstverpflichtete, der Kündigungsgrund für ungerechtfertigt hält, muß sich — auch im Prozeß — so verhalten, daß Dienstverhältnis fortgesetzt werden kann † 1146[5]
Fristlose Entlassung eines Angestellten, der es unterläßt, die ihm angebotenen Schmiergelder sofort abzulehnen und seinem Vorgesetzten Meldung zu machen † 1186[61]
Pflicht zur Aufklärung des Dienstverpflichteten über Wechsel des Betriebsinhabers. — Haftung des Erwerbers des Geschäfts kraft Gesetzes für Vergütungsansprüche aus Dienstverhältnis 1171[38]

Dingliche Verträge
Auslegung von d. V. 2187[1]

Dollaranleihe
Kein Anspruch der Inhaber von Schuldverschreibungen der 5%igen D. der Freien Hansestadt Bremen (Dez. 1923) auf Befriedigung zum vollen Golddollarwert † 1697[1]

Doppelbesteuerung
Mindestbesteuerung (§ 17 KörpStG. 1934) für Gewinnausschüttungen aus Einkünften, die gemäß D.Abk. Steuerbefreiung genießen 1361[87]

Duldung der Zwangsvollstreckung
Bei Pfändung oder Verpfändung des Anteils eines Gesamthänders an in Gesamthandsgemeinsch. stehendem Grundstück Duldungstitel gegen Pfandgläubiger zur Anordnung der Zwangsversteigerung des Grundstücks erforderlich 2129[35]

Durchfuhr
§ 1041 Ziff. 2 ZPO. Durch Anerkennung von Schadensersatzforderungen aus Warendurchfuhrgeschäften kein Verstoß gegen die öffentliche Ordnung † 1251[17]

Durchsuchungen
D. im Disziplinarverfahren 1836[125]

Eheanfechtung
E. wegen Irrtums eines Ehegatten darüber, daß der andere Ehegatte nicht nur jüdischer Mischling, sondern Volljude ist 2040[10]
Nichtigerklärung einer kinderlosen Rassenmischehe trotz Vorliegens von Bestätigung 2197[10]
Maßgebend für Beginn der Anfechtungsfrist des § 1339 BGB. ist die tatsächliche Kenntnis des Anfechtungsgrundes 1708[7]
Keine Zuständigkeit deutscher Gerichte für E.klage eines Ausländers ohne Wohnsitz in Deutschland gemäß Gesetz über Anwendung deutschen Rechts bei der Ehescheidung v. 25. Jan. 1935 1324[17]

Ehebruch
Reform des Ehescheidungsrechts: zur Frage der Beibehaltung des E. als absoluten Scheidungsgrundes 2015
Eingehung neuer Dispensehe nach Scheidung der ersten Ehe auf Grund österreichischen Rechts von Tisch und Bett als E. gegenüber dem ersten Ehegatten † 1307[6]

Ehefrau
Durch Gesetz über Anwendung deutschen Rechts bei der Ehescheidung v. 24. Jan. 1935 lediglich Schutz der deutschen Frau, nicht des Mannes 1324[17]
Keine Anwendung der Vergünstigung des § 850 b ZPO. für unterhaltsberechtigte Ehefrauen auf unterhaltsberechtigte, in eheähnlichen Verhältnissen lebende Frau 1670[37]

Ehegattenerbhof
Keine Befreiung vom Erfordernis der Bauernfähigkeit beider Ehegatten gem. § 17 EHRV. bei Unmöglichkeit der Erlangung der Erbhofeigenschaft des überschuldeten Besitzes. Keine Behandlung von früherem Antrag des Kreisbauernführers auf Feststellung der Erbhofeigenschaft gem. § 10 RErbhofG. als Befreiungsantrag aus § 17 IV EHRV. † 1583[40]
Voraussetzungen für Entstehung eines E. nach § 18 II EHRV. 2142[44]
Anwendung des § 18 II u. III EHRV. nur für Besitzungen, die nicht schon früher Erbhof geworden sind; daher keine Entstehung eines E. durch Hinzuerwerb von Land durch einen Ehegatten zu dem vorhandenen Alleineigentumserbhof des anderen Ehegatten 2145[48]

Ehegesundheitsgesetz
Geistige Störung i. S. des § 1 c bei erblicher Belastung, kriminellem und asozialem Verhalten und früh einsetzender Kriminalität 2067[58]
Geistige Störung i. S. des § 1 c abgelehnt bei Intelligenzschwäche 2068[59]
§ 1 d. Versagung des Ehetauglichkeitszeugnisses bei Polydaktylie und Syndaktylie 2068[60]

Eheleute
Gemeinschaftliches Testament 1410[7] 2155[58]
Einreden gegen eine gemäß § 850 d ZPO. fingierte Entgeltforderung zwischen E. 2072[67]
Schutz nach dem VollstrMißbrG. vom 13. Dez. 1934 für Darlehnsgeber, der dem im Geschäft seiner Ehefrau tätigen Mann zur Verwendung in diesem Geschäft Darlehn gegeben hat, das Rückzahlungsurteil gegen den Ehemann infolge Intervention seitens der Ehefrau nicht vollstrecken kann und nun als der im Interventionsprozeß unterlegene Teil von der Ehefrau wegen des Prozeßkostenanspruchs zum Offenbarungseid geladen wird † 2215[28]
§ 176 Ziff. 1 StGB. Erzwingung des Beischlafs durch einen Ehegatten von dem anderen mit Gewalt keine unzüchtige Handlung 1330[29]

Eheliches Güterrecht
vgl. unter Gütergemeinschaft

Ehelichkeitsanfechtung
Kein starres Festhalten an der Jahresfrist für Anfechtung der Ehelichkeit bei Unvereinbarkeit mit dem nationalsozialistischen Rechtsempfinden † 1971[7] 2016
Voraussetzung des Beginns der Anfechtungsfrist aus § 1594 BGB. ist, daß der Anfechtungsberechtigte sich der Bedeutung der Tatsache der Geburt bewußt ist 2040[12]
Anfechtung der Ehelichkeit eines während der gültigen Ehe eines Ausländers empfangenen Kindes nach dem Heimatrecht des Ausländers. Keine Übertragung der nationalsozialistischen Forderung nach Klärung der rassischen Abstammung auf ausländische Gesetzgebung anderer Einstellung 1727[24]

Ehenichtigkeit
Die nach Ehescheidung nachträglich erhobene E.klage ist einfache Feststellungsklage. Anwendung des Haager Eheschließabk., wenn nur einer der Verlobten einem Vertragsstaat angehört. Bestimmung der persönlichen Fähigkeit zum Abschluß der Ehe gemäß § 1325 BGB. auch für den ausländischen Verlobten. Durch die nach Art. 13 EGBGB. in Betracht kommende Rechtsordnung Regelung der Folgen einer fehlerhaften Eheschließung und der Möglichkeit ihrer Heilung 2039[9]
Kein Anspruch der Frau auf Unterhaltsrente nach Ungültigerklärung einer österr. Dispensehe † 1979[12]

Eherecht
§ 1360 BGB. schreibt nicht Halbierung der Bareinkünfte des Mannes zwischen ihm und seiner Frau vor. Gesetzliche Unterhaltspflicht des Mannes als Maßstab der Ansprüche der Witwe nach § 844 BGB. 1240[9]
§ 844 BGB. Zur Frage, ob die junge, arbeitsfähige, kinderlose Witwe, die wegen Tötung des Ehemannes Schadensansprüche geltend macht, sich einen Erwerb, den sie erzielen könnte, anrechnen lassen muß 1703[3]

Ehesachen
Die Möglichkeiten der Beendigung von Eheprozessen: Vergleich, Zurücknahme der Klage in der Rechtsmittelinstanz 1934
Keine Beendigung von E. durch Parteierklärungen ohne Zuziehung von Anwälten im Sühnetermin, im Prozeß oder durch Vergleich im Armenrechtsverfahren gemäß § 118a III ZPO. 2019
Sofortige Beschwerde gegen Beschluß des OLG., der die Berufung in E. als unzulässig verwirft, nur soweit sie im Beschluß für zulässig erklärt worden; keine nachträgliche Ergänzung des Beschlusses 2223 [43]
Auch in Ehe- und Familienstandssachen Zustellung der Restitutionsklage an den Bekl. zu Händen seines Prozeßbevollmächtigten 2222 [39]
Streitwert in E. 1446 [65], insbes. nach Berufungszurücknahme 1432 [37]
Bis zur Verbindung mehrerer gleichzeitig schwebender Eheprozesse derselben Parteien Erwachsen der Gebühren für den Prozeßbevollmächtigten in jedem Verfahren gesondert 2004 [33]
Fester Gebührensatz von 24 *RM* für Gebührenberechnung in E. auch bei Erwirkung von Verlustigkeitsurteil (§ 515 III ZPO.) 2238 [68]
Vergleichsgebühr des RA. in E. 1420 [17]
Armenanwaltsgebühren für Wiederaufnahmeverfahren in E. 1425 [28]

Ehescheidung
Zur Neugestaltung des deutschen Eherechts (Reform des E.rechts, Einführung der Generalklausel objektiver Zerrüttung) 2009
Hat die geschiedene Mutter, der nur die Personensorge zusteht, Anspruch auf einen Beistand? 2022
§ 1568 BGB. Ehezerrüttung durch Beamtenehefrau, die gegen den Willen ihres Mannes der internationalen Vereinigung der Bibelforscher angehört 1308 [7]
Bewertung des Gesamtverhaltens als schwere Eheverfehlung i. S. des § 1568 BGB., obwohl die einzelnen Vorgänge nicht als selbständige Scheidungsgründe anzuerkennen sind. Bedingte Verzeihung 2040 [11]
Scheidung der Ehe aus § 1568 BGB. nach dem ersten Termin, in dem der Bekl., ohne Rechtsanwalt, persönlich erschienen und die Behauptungen der Kl. zugegeben hat † 1442 [56]
§ 1570 BGB. Voraussetzung der Wirksamkeit der Verzeihung ist Kenntnis der Tragweite der Handlung des anderen Ehegatten für das künftige Eheleben. Verzeihung von Straftaten, wegen deren Sicherungsverwahrung angeordnet wird † 1710 [8]
Bedeutung der Aufforderung gemäß § 1571 II BGB. für die Klagefrist auch bezüglich der nach Empfang der Aufforderung begangenen Eheverfehlungen 1309 [8]
Zugehörigkeit von Grundstück, das der Tochter bei ihrer Verheiratung zur eigenen Bewirtschaftung zugeteilt, von deren Scheidung 1927 ab wieder von der Hofstelle der Eltern aus bewirtschaftet worden ist, zum Erbhof der Eltern 1573 [31]

Die nach E. nachträglich erhobene Ehenichtigkeitsklage ist einfache Feststellungsklage 2039 [9]
Aussetzung des Verfahrens, in dem die Ehefrau auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft klagt, bis zur Entscheidung des vorher bei einem anderen LG. vom Ehemann anhängig gemachten Scheidungsprozesses 2221 [38]
Rechtsanwaltsgebühren in E.sache für Nachweis der Ladung des Bekl. und Antrag auf Anberaumung des zweiten Termins nach § 618 II ZPO. 1421 [19]
§ 14 RAGebO. Ermäßigte Prozeßgebühr für Armenanwalt, der vor Beiordnung die mit dem Armenrechtsgesuch eingereichte E.klage dem Gerichtsvollzieher zur Zustellung übergibt, wenn dieser sie entgegen § 185 ZPO. an die Klagepartei als Ersatzperson zustellt 1746 [49]

Durch Gesetz über Anwendung deutschen Rechts bei der E. v. 24. Jan. 1935 lediglich Schutz der deutschen Frau, nicht des Mannes 1324 [17]
Gemäß Art. 15 EGBGB. Ermittlung des maßgebenden Rechts für Anspruch einer Ehefrau auf Zahlung von Prozeßkostenvorschuß durch den ausländischen Ehemann im Scheidungsprozeß † 1974 [10]
Verbürgung der Gegenseitigkeit mit Lettland. Zur Anerkennung einer von Deutschen im Ausland durchgeführten E. im gegenseitigen Einverständnis † 1977 [11]
Eingehung neuer Dispensehe nach Scheidung der ersten Ehe auf Grund österr. Rechts von Tisch und Bett als Ehebruch gegenüber dem ersten Ehegatten † 1307 [6]
Unzuständigkeit der deutschen Gerichte für die E. tschechoslowakischer Staatsangehöriger 1297 1322 [15]
Keine Zuständigkeit der deutschen Gerichte für die E. polnischer Staatsangehöriger † 1324 [16]
Zuständigkeit der deutschen Gerichte für Klagen polnischer Staatsangehöriger auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft. Versagung des Armenrechts für diese Klage, wenn sie offensichtlich nur zur Vorbereitung der E.klage dienen soll, für die bei polnischen Parteien die deutschen Gerichte unzuständig sind 2239 [72]
Haager EhewirkAbk. Maßgeblichkeit des Güterrechtsstatuts für eine infolge E. erfolgende Auseinandersetzung zwischen Eheleuten 1973 [9]

Rassenschande des Juden, der nach Scheidung von seiner deutschblütigen Frau die geschlechtlichen Beziehungen zu dieser wieder aufnimmt 1781 [11]

Ehevertrag
Überführung eines zum Gesamtgut der allgemeinen Gütergemeinschaft gehörenden Grundstücks in das Alleineigentum eines Ehegatten. Begründung der Vorbehaltsguteigenschaft durch E. 2118 [21]

Ehrbarkeit
vgl. unter Bauernfähigkeit

Ehrenamt
vgl. auch unter NSDAP.
Keine Annahme stillschweigender Vereinbarung von Dienstlohn für Verwaltung gemeinnütziger Einrichtungen, die grundsätzlich ehrenamtlich erfolgt 1168 [34]

Ehrengerichtsbarkeit
Tagung der Ehrenrichter des NSRB. u. der Deutschen Rechtsfront 1694
Unlauterer Wettbewerb und die Ehrengerichtsordnung der gewerblichen Wirtschaft 1202 1762
Ehrengerichtsordnung der gewerblichen Wirtschaft. Schrifttum 1397

Ehrenrechtsverlust
Gegenüber § 175 StGB. a. F. ist § 175 StGB. n. F. das mildere Gesetz, da er nicht E. androht 1797 [38]

Eidesnotstand
Anwendung des § 157 I Ziff. 1 StGB. bei Gefahr der Strafverfolgung wegen Unterdrückung des Personenstandes durch falsche Bezeichnung des Erzeugers 1792 [29 30]
§ 157 Ziff. 2 StGB. Vor der zweiten Zeugenvernehmung versehentlich unterbliebene nochmalige Belehrung über Zeugnisverweigerungsrecht 1329 [23]

Eidesstattliche Versicherung
Beurkundungszwang für die zur Erlangung eines Erbscheins erforderlichen, durch e. V. nachzuweisenden Angaben 1735 [33]
§ 156 StGB. Zuständigkeit des Oberversicherungsamts zur Abnahme von e. V. 1791 [27]
§ 156 StGB. Abgabe von e. V. vor der zuständigen Behörde bei Aushändigung durch den Versichernden an Partei eines Zivilprozesses und Vorlegung beim Prozeßgericht durch diese 1792 [28]

Eidesunfähigkeit
Erkennen auf dauernde E. wegen Beihilfe zum Meineid unzulässig 1329 [25]

Eier
EierBO., LebMittG. Sachlich unrichtige Kennzeichnung des Eies oder der Packung, zu hohe Bezeichnung des Durchschnittsgewichts 1354 [65]

Eigenheim
§ 8 Ziff. 9 Satz 3 GrErwStG. Begriff des E. † 1283 [49]

Eigentumserwerb
Unabhängigkeit des Übergangs von Lasten der Kaufsache vom E. des Käufers 1628 [2]
Zum gutgläubigen Erwerb eines neuen Kraftwagens Vorlegung des Kraftfahrzeugbriefs nicht erforderlich 1417 [11]
§ 817 ZPO. E. des Meistbietenden mit Ablieferung der zugeschlagenen Sachen durch den Gerichtsvollzieher gegen Barzahlung 1443 [59]

Eigentumsstörung
§ 1004 BGB. Unterlassungsanspruch des Eigentümers des Nachbargrundstücks gegen die Benutzung einer Kraftwagengarage † 2116 [19]

Eigentumsvorbehalt
Verlängerter E. — wie lange noch? Schrifttum 1952
Unwirksamkeit der bei Kauf unter E. vereinbarten Abtretung der dem Käufer im Fall des Eigentumsübergangs der gelieferten Waren auf Dritten durch Verarbeitung der Ware erwachsenden Forderungsrechte auf den Verkäufer † 1961 [2]
Einfluß des Zahlungsverbots für Zwecksparunternehmen auf den Anspruch auf Herausgabe einer unter E. verkauften Sache † 1511 [20]
Kein Schutz gemäß § 811 Ziff. 1 ZPO. für das unter E. auf Abzahlung gelieferte Rundfunkgerät gegenüber dem Lieferanten 1669 [35]
Entspr. Anwendung des § 242 StGB. auf Eigentümer einer Sache, der diese nach Übertragung auf Dritten unter E. dem Dritten in Zueignungsabsicht wegnimmt 1167 [32]

Einbehaltungsbeträge
VO. über die Pfändbarkeit von E. 1388
Einheitswert
Zurechnung der vom Erwerber übernommenen Wertzuwachssteuer zum E.? 1221
Einkindschaftsvertrag (§§ 717 ff. II 2 ALR.) 1716 [13]
Einkommensteuer
vgl. auch unter Lohnsteuer
EinkStG. v. 16. Okt. 1934 mit DurchfVO. und Verwaltungsanweisungen. Schrifttum 1696
Steuererleichterungen bei Umwandlung von Kapitalgesellschaften 1945
Steuerpflicht bei Unterhaltsrentenverträgen 1687
Das E.recht der Sozietät:
Eigentliche und uneigentliche Sozietät 2172
Gesetzliche Grundlage der einheitlichen Gewinnfeststellung 2173
Keine einheitliche Gewinnfeststellung bei bloßer Bürogemeinschaft und bei persönlich vorbehaltenen Geschäften 2174
Einzelfragen: Gebäude, Verlust, Betriebsausgaben 2175
Auflösung der Sozietät insbesondere durch Tod 2176
Feststellungsbescheid, Rechtsmittel 2177
§§ 5, 6 EinkStG. 1934. Buchmäßige Behandlung eines vom Verpächter dem Pächter zum Verbrauch überlassenen eisernen Bestandes bei Verpflichtung zur Rückgabe eines gleichen Bestandes am Ende der Pacht † 1281 [47]
§§ 5, 12 EinkStG. 1934. Steuerfreier Sanierungsgewinn 1279 [42]
§ 16 EinkStG. 1925. Umzugskosten der durch ihren Arbeitgeber an anderen Dienstort versetzten Privatangestellten als Werbungskosten 1279 [43]
§ 32 II 1c, 2 EinkStG. 1934. Pflegekindschaftsverhältnis 1279 [44]
Ermessensentscheidung ist nicht die Entscheidung über die Anwendbarkeit des § 33 EinkStG., sondern nur über die Höhe der Steuerermäßigung 1751 [54]
Keine Berücksichtigung der Auswirkungen der begehrten Änderung der im Streit befangenen E. auf die zukünftigen E.vorauszahlungen bei Bemessung des Streitwerts 1925 [30]
Einstellung der Zwangsversteigerung
vgl. unter Z.
Einstellung der Zwangsvollstreckung
vgl. unter Z.
Einstellung des Strafverfahrens
E. d. St. auf Grund StraffreihG. vgl. unter Straffreiheit
Mangels des erforderlichen Strafantrags ist Einstellung des Verfahrens geboten und auch die Anordnung bloßer Sicherungsmaßregeln unzulässig 1799 [46]
Einstweilige Verfügung
vgl. auch unter Arrest
Kein Verbot einer im Verwaltungszwangsverf. vorgenommenen Zwangsvollstreckung durch E. V. 1446 [64]
Voraussetzung der Eintragungsfähigkeit einer durch E. V. angeordneten „Sequestration" eines Grundstücks im Grundbuch 2115 [18]
Kein Anspruch der Ehefrau nach österr. Recht auf Prozeßkostenvorschuß des Ehemanns im Scheidungsprozeß, daher keine dahingehende E. V. † 1974 [10]
Einzelhandel
Feststellung der Voraussetzungen für Anwendung des § 7 III u. IV UmsStG. 1934 bei Gesamtrechtsnachfolge † 1362 [91]
Einzelhandelsschutz
Das EinzelhandelSchG. und die Ausdehnung des Verkaufs auf eine „artfremde Ware" 1137
Der einzelhandelsschutzrechtliche Begriff der Verkaufsstelle:
Die an den Begriff „Verkaufsstelle" anknüpfenden genehmigungspflichtigen Tatbestände 1601
Begriffsmerkmal „Verkaufsstelle" 1603
Desgl. „Einzelhandel" 1604
Desgl. „Ware", „Verkauf" 1605
Desgl. „Feilhalten" 1606
Welche Räume gehören zur Einzelhandelverkaufsstelle eines Kaufmanns mit offenem Ladengeschäft? 2166 [69]
Fortführung einer Verkaufsstelle durch einen der beiden bisherigen Mitinhaber. Umwandlung eines Einheitspreisgeschäfts in Gemischtwarengeschäft 1713 [10]
Einziehung
Verjährung der Nebenstrafe der E. nach § 61 RJagdG. 1354 [67]
§ 45 DevG. Feststellung der Voraussetzungen der E. im Urteil. Beschränkung des Rechtsmittels auf Teil der eingezogenen Werte 1157 [14]
E. der zur Begehung eines Devisenausfuhrvergehens benutzten Beförderungsmittel † 1157 [15]
Nach Einstellung eines Verfahrens wegen Devisenzuwiderhandlung auf Grund des StraffreihG. E. unzulässig 1158 [16]
Keine Fortsetzung des auf Grund des StraffreihG. eingestellten Verfahrens zwecks Ausspruch der E. 1834 [120]
§ 401 RAbgO. Keine E. der vom Täter zur Begehung der Tat benutzten Beförderungsmittel möglich bei Abschluß von Werkvertrag zwischen Täter und gutgläubigem Dritten 1829 [105]
Schlachtsteuerhinterziehung. E. und Wertersatz bei fortgesetzter Handlung und bei Wechsel der Gesetzgebung † 1828 [103]
Einziehung kommunistischen Vermögens
vgl. unter Vermögensbeschlagnahme
Eisenbahn
Pflicht der E. zur Sicherung verkehrsreicher und gefahrbringender Bahnübergänge i. S. des § 46 EisBVBetrO. Wann wird die Haftung der Bahn nach § 1 RHaftpflG. wegen eigenen Verschuldens des Getöteten oder Verletzten ausgeschlossen? † 1776 [7]
§§ 82, 83 EVO. Ausschluß der Haftung der E. für Beschädigung von Gütern bei äußerlich nicht erkennbarem Mangel der Verpackung. Entlastung der E. durch Möglichkeit der Entstehung des Schadens aus der Eigentümlichkeit des Gutes 1780 [8]
Eisenbahntransportgefährdung 1158 [17]
Eisenwirtschaft
vgl. unter Metallwirtschaft
Elterliche Gewalt
§§ 1667 ff. BGB. Grund für Einschreiten des VormGer. nicht gegeben, wenn die sorgeberechtigte Kindesmutter den ihr in Erbengemeinschaft mit dem Kinde gehörenden Besitz in Erbhofgröße selbst erwerben, nicht dem Kinde übertragen will 1551 [11]
Maßnahmen des VormGer., um den Vater als Inhaber der e. G. zur gerichtlichen Geltendmachung von Rechten der Kinder als Nacherben aus § 2119 BGB. gegen Dritten anzuhalten 2042 [13]
§§ 9, 8 ErbkrNachwG. Beschwerde von Vater oder Mutter als gesetzlichem Vertreter für das über 18 Jahre alte minderjährige Kind 2062 [49]
Eltern
Strafantragsrecht der E. gem. § 182 II StGB. 1332 [31]
Entmannung
E. wegen Unzucht mit Kindern, die ausschließlich auf Grund gleichgeschlechtlicher Veranlagung begangen wurde † 1784 [14]
Entmündigung
Maßgebend für den Erfolg der Anfechtungsklage ist die Rechtmäßigkeit des E.beschlusses zur Zeit seines Erlasses 1726 [23]
Entscheidungsammlungen (Schrifttum)
Deutsche Rechtskartei — E. in Karteiform 1872
Entscheidungen des KG. und des OLG. München in Kosten-, Straf-, Miet- und Pachtschutzsachen 2032
Jahrbuch für Entscheidungen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und des Grundbuchrechts 1395
Die Rechtsprechung des RDiszH. v. Jan.-Dez. 1936 1768
Warneyers Jahrbuch der Entscheidungen 2096
Entscheidungsmagazin 2184
Erbauseinandersetzung
vgl. unter Miterben
Erbbiologie
Rassenkunde, E., Rassenpflege. Schrifttum 1958
§ 286 ZPO. Einholung eines weiteren erbbiologischen Gutachtens zur Klärung der Abstammungsfrage 2222 [39]
Erben
vgl. auch unter Miterben
Überlassung von Patenten durch geschäftsführenden Gesellschafter an GmbH Kündigungsrecht der Erben des Geschäftsführers nach dessen Tode? 1246 [13]
Zusammentreffen von Nachlaß- und Eigenkonkurs des E. Haftung gegenüber den Nachlaßgläubigern † 1648 [14] Anm.
Erbhof
Fristen und Termine, Versäumung und Wiedereinsetzung im Erbhofverfahren:
Fristen und Termine 2079
Berechnung, Verlängerung, Verkürzung der Fristen 2080
Versäumung und Wiedereinsetzung 2080
Rechtsprechung zur Gebührenermäßigung gem. § 67 der 1. DurchfVO. zum RErbhofG. 1934
RErbhofG. mit ERVO. und EhVfO. Schrifttum 1472
RErbhofG. Schrifttum 1957 2095
ERVO. und EhVfO. v. 21. Dez. 1936. Schrifttum 1395
§ 1 RErbhofG. Hopfenbau rein landwirtschaftliche Nutzung 2139 [41]
§ 1 RErbhofG. Begriff des Alleineigentums 2140 [42 43] 2142 [44] 2145 [49]
§ 1 RErbhofG. E.eigenschaft von Grundbesitz in sich zur Vorstadtgemeinde eines Großstadtkomplexes entwickelnder Gemeinde 1568 [27]
Alleineigentum i. S. des § 1 RErbhofG. von der Beschlagnahme des Hofs zum Zweck der Zwangsvollstreckung unberührt 2149 [53]
Der Inhaber des E. hat wirkliches Eigentum, nicht etwa nur Nießbrauchersteilung 2151 [55]
§§ 1, 2 RErbhofG. Maßgebender Zeitpunkt für Beurteilung von Haupt- und Nebenbetrieb bei gemischtem Betrieb 1582 [38]

Biblioteka Główna
Biblioteka

§§ 1, 2 RErbhofG. Nicht nur vorübergehende Stillegung eines zu gemischtem Betrieb gehörenden Teils von Gewerbebetrieb 2143 45

E.eigenschaft eines gemischten Betriebs, wenn der Hofeigentümer die auf der Besitzung von ihm eingerichtete und anfänglich selbst betriebene Gastwirtschaft verpachtet hat. Abwägung der beiderseitigen Erträge 2143 46

§ 1, 6 RErbhofG. Grundbesitz, auf dem neben der Landwirtschaft Baumschule betrieben wird, als E. 1569 28

Verneinung der E.eigenschaft eines unehrlich erworbenen Besitzes, solange der Makel fortbesteht 1571 29

§ 2 RErbhofG. Ackernahrung 1573 30 † 1582 39 2144 47
(Einzelheiten vgl. unter Ackernahrung)

§ 4 RErbhofG. Zugehörigkeit von Miteigentumsanteil an Ackergrundstück zum E., daher bei Ackernahrung zu berücksichtigen 2139 40

Prüfung der Erbhofzugehörigkeit von Miteigentumsanteilen 2143 46

§ 6 III RErbhofG. Mischbetriebe mit überwiegender Landwirtschaft und zusätzlichem Obst- oder Gemüsebau 2144 47

§ 7 RErbhofG. Bewirtschaftung des Grundstücks von der Hofstelle aus 2145 49 2146 50

§ 7 RErbhofG. Zugehörigkeit von Grundstück, das der Tochter bei ihrer Verheiratung zur eigenen Bewirtschaftung zugeteilt, von deren Scheidung 1927 ab wieder von der Hofstelle der Eltern aus bewirtschaftet worden ist, zum E. der Eltern 1573 31

§ 7 RErbhofG. Keine Auferlegung der Beweislast für Beteiligten im E.verfahren zur Führung des Gegenbeweises gegen die Vermutung des § 891 BGB. 1574 32 2147 52

Zugehörigkeit der im Zusammenlegungsverfahren einem Hof als Ersatz für abgetrennte Grundstücke zugewiesenen Grundstücke zur Wirtschaftseinheit des Hofes 1574 32

§§ 8, 39 RErbhofG. Auch zum Verkauf bestimmtes Vieh ist Hofzubehör, soweit es für die Bewirtschaftung vorhanden † 2097 1

§ 10 RErbhofG. Voraussetzung der Entscheidung über die E.eigenschaft ist nicht, daß die Entscheidung zur Durchführung der besonderen Aufgaben des RErbhofG. nötig ist 2151 55

§ 10 RErbhofG. Aussetzung des Verfahrens durch die Anerbenbehörden zwecks Herbeiführung einer Entscheidung der ordentlichen Gerichte über die Eigentumsfrage 2147 52

§§ 10, 37 RErbhofG. Verhältnis von Feststellungs- und Genehmigungsverfahren, Feststellungs- und Genehmigungsentscheidung 2147 51

Bauernfähigkeit † 1583 40 1584 41 2150 54 2157 60
insbesondere Ehrbarkeit 2149 53
(Einzelheiten vgl. unter Bauernfähigkeit)

EhegattenE. † 1583 40 2142 44 2145 48
(Einzelheiten vgl. unter EhegattenE.)

§§ 20 ff. RErbhofG. Berufung zum Anerben 1577 35

§ 25 RErbhofG. Anerbenbestimmung 1576 34 1577 35 1585 42 2150 54 2155 58
(Einzelheiten vgl. unter Anerbe)

Übergehen von Anerbenberechtigten in Gutsübergabevertrag bei freiem Bestimmungsrecht des Bauern. Beschwerderecht 1585 42

§ 29 RErbhofG. Form der Ausschlagung des E. 2153 56

Getrennte Durchführung von Streitverfahren nach § 32 RErbhofG. und Genehmigungsverfahren nach § 37 II RErbhofG., wenn bei Streit über gesetzliche Versorgungsansprüche ein Beteiligter die gerichtliche Festsetzung seines Versorgungsrechts und gleichzeitig dessen dingliche Sicherung begehrt 2153 56

§§ 37, 30 II RErbhofG. Grundstückserwerb durch Bauern aus den Erträgnissen seines E. zur künftigen Ausstattung seiner minderjährigen Tochter auf deren Namen und einstweilige Bewirtschaftung vom E. aus 1742 42

§ 37 II RErbhofG. Genehmigung der Veräußerung von Grundstücken zum Zweck der Ausstattung eines Kindes 1581 37

§ 37 III RErbhofG. Genehmigung für Gewährung von Ausstattung an auf dem E. bleibenden Abkömmling durch Überlassung nur eines angemessenen Teils zur freien Verfügung 2154 57

§ 37 II RErbhofG. Versagung der Genehmigung des AnerbG. zur Abtrennung von Grundstücken von dem im Entschuldungsverfahren befindlichen E. zwecks Schuldendeckung aus dem Erlös 1580 36

Keine Genehmigung des ausbedungenen Leibgedinges an Übergeber, die selbst noch im Besitze eines E. sind 1586 43

Verknüpfen der vormundschaftgerichtlichen Genehmigung zur Übertragung des überschuldeten Hofes vom bauernunfähigen Vater auf den minderjährigen Sohn mit der Bedingung, daß das Grundstück E. wird, unerfüllbar, daher unzulässig 1551 12

§§ 37 III, 25 RErbhofG. Nachdem Ehegatten sich in gemeinschaftlichem Testament gleichzeitig zu Alleinerben und die Kinder aus der ersten Ehe des Mannes und aus der gemeinschaftlichen Ehe je zu gleichen Teilen als Erben des zuletzt Versterbenden eingesetzt haben, stirbt der Ehemann vor dem 1. Okt. 1933. Die überlebende Ehefrau bestimmt den Anerben des vom Ehemann stammenden E. bzw. übergibt denselben unter Lebenden an Tochter unter übergehung des Sohnes 2155 58

Der entgegen § 38 RErbhofG. ergangene Zuschlag ist anfechtbar; seine Genehmigung durch die Anerbenbehörden ist ausgeschlossen 2151 55

§§ 39, 59 RErbhofG. Die pfändbaren Erzeugnisse des E. fallen bei Eröffnung von Konkurs über den Nachlaß des Bauern in die Konkursmasse † 2099 3

§§ 40, 41 RErbhofG. Keine Zuständigkeit des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des AnerbG. zur Unterschriftsbeglaubigung 1577 35

§§ 48, 49 RErbhofG. Abänderung der Entscheidung zuungunsten des Beschwerdeführers im Verfahren über Feststellung und Anlegung eines E. 2156 59

Subjektive Zulässigkeit der Beschwerde 1585 42

Objektive Zulässigkeit der Beschwerde † 2098 2 2157 61

§ 49 IV RErbhofG. Neuer selbständiger Beschwerdegrund 2149 53 2157 60
(Einzelheiten vgl. unter Beschwerde)

Keine weitere Beschwerde im Armenrechtsverfahren im Bereich des anerbengerichtlichen Verfahrens 2158 62

§ 55 RErbhofG. Erbschaftsteuerbefreiung der vom AnerbG. genehmigten Übertragung des E. an nicht anerbenberechtigte Person 2160 64

§ 64 II der 1. DurchfVO. Genehmigung zur Verpachtung von Teil des E. 1586 44

Ermächtigung des Notars gem. § 10 I der 2. DurchfVO. zum RErbhofG., die anerbengerichtliche Entscheidung zu beantragen, ist widerlegbare gesetzliche Vermutung der Bevollmächtigung 1575 33

§ 10 der 2. DurchfVO. zum RErbhofG. Beschwerderecht des Notars, der das Rechtsgeschäft noch nicht beurkundet hat, aber mit Beurkundung für den Fall der Erteilung der anerbengerichtlichen Zustimmung beauftragt ist 1581 37

§ 1 I ERVO. Erlangung der E.eigenschaft durch landwirtschaftlichen Besitz, wenn die Schulden seines Eigentümers 70% seines zuletzt festgestellten steuerlichen Einheitswerts übersteigen und die sachlichen und persönlichen Erfordernisse der E.eigenschaft erst zwischen 22. und 31. Dez. 1936 gegeben sind? † 2159 63

Keine Befreiung vom Erfordernis der Bauernfähigkeit beider Ehegatten gemäß § 17 ERVO. bei Unmöglichkeit der Erlangung der E.eigenschaft des überschuldeten Besitzes. Keine Behandlung von früherem Antrag des Kreisbauernführers auf Feststellung der E.eigenschaft gemäß § 10 RErbhofG. als Befreiungsantrag aus § 17 IV ERVO. † 1583 40

§ 36 VI ERVO. Weitergeltung der bisherigen Vorschriften für bei anderen Stellen als den Anerbenbehörden zur Zeit des Inkrafttretens der VO. anhängige Verfahren 2153 56

§ 39 III ERVO. Zur Prüfung, ob die Veräußerung eines zum Zwecke der Zwangsvollstreckung beschlagnahmten Grundbesitzes, der in der Hand des bauernfähigen Erwerbers E.eigenschaft erlangen soll, als unlautere Machenschaft oder als Versuch, den Vollstreckungsschutz des § 38 RErbhofG. zu mißbrauchen, anzusehen ist 2149 53

§ 309 StGB. Rechtspflicht der Bäuerin, für Löschung des von Drittem ohne ihr Einverständnis an den E. gelegten Brandes zu sorgen 1808 62

Erbkranker Nachwuchs

Unterbleiben der Unfruchtbarmachung mangels Fortpflanzungsfähigkeit des Erbkranken 2051 24 25 26

Kretinismus nicht Erbkrankheit 2051 27

§ 1 II Ziff. 1 ErbkrNachwGes. Schwachsinn 2052 28 bis 2053 33 2060 46 2061 47

§ 1 II Ziff. 2 ErbkrNachwGes. Schizophrenie 2054 34

§ 1 II Ziff. 4. Fallsucht 2054 35 2055 36

§ 1 II Ziff. 7 ErbkrNachwGes. Taubheit 2055 37

§ 1 II Ziff. 8 ErbkrNachwGes. Schwere körperl. Mißbildung 2056 38 bis 2059 42
(Einzelheiten vgl. unter den vorstehenden Stichworten)

Antragsrücknahme durch den Amtsarzt 2053 31

§ 8 ErbkrNachwGes. Aussetzung des Verfahrens 2059 43 2060 41

Erfordernis bestimmter Feststellungen in den Gründen des Beschlusses über die Unfruchtbarmachung 2060 45

§ 8 ErbkrNachwGes. Beschwerde gegen Pflegerbestellung 2060 46 † 2063 51
Beschwerde gegen den Vormund 2061 48
§§ 9, 8 ErbkrNachwGes. Beschwerde von Vater oder Mutter als gesetzlichem Vertreter für das über 18 Jahre alte minderjährige Kind 2062 49
Auslegung einer unzulässigen, aber sachlich berechtigten Beschwerde als Wiederaufnahmeantrag † 2063 52
§ 9 ErbkrNachwGes. Rechtsmittelverzicht nach Verkündung, aber vor Zustellung des Beschlusses 2062 50
Kostenpflicht der Krankenkasse gem. § 13 ErbkrNachwGes. 1672 43
§ 15 ErbkrNachwGes. Öffentliche Zustellung im Erbgesundheitsverfahren 2064 53
Art. II AusfVO. v. 5. Dez. 1933. Wann liegt Anstaltsbedürftigkeit vor? 2064 54
Art. 4 II AusfVO. v. 5. Dez. 1933. Übernahme einer anhängigen Erbgesundheitssache durch anderes ErbgesGer. aus Zweckmäßigkeitsgründen 2065 55
Art. 3 der 2. AusfVO. Sachliche Prüfung trotz Rücknahme der Beschwerde gegen den die Unfruchtbarmachung anordnenden Beschluß 2066 56
Art. 3 der 3. AusfVO. Entschädigung der als Beisitzer im ErbgesGer. tätigen Ärzte 2067 57
§ 16 ZeugGebO. Keine Vergütung für Arzt, der schriftlich Auskunft über seine Feststellungen erteilt hat 2069 61

Erbkrankheit
Freisein von krankhaften Erbanlagen ist nicht Voraussetzung der Bauernfähigkeit. Versagung der anerbengerichtlichen Zustimmung zur Wahl eines Trägers krankhafter Erbanlage, wenn noch völlig erbgesunde Anerben in der Sippe vorhanden 2150 54
§ 1 d EhegesundhG. Versagung des Ehetauglichkeitszeugnisses bei Polydaktylie und Syndaktylie 2068 60

Erbrecht
Staudingers Kommentar zum BGB.: Erbrecht. Schrifttum 1621
Meckl.-Schwer. AusfVO. z. BGB. Keine Anwendung der Vorschriften des BGB. über gesetzliche Erbfolge und Erbteilung auf das Lehnsvermögen 2201 15
Genehmigung des VormGer. nicht erforderlich zur Bekanntgabe des E. des Fürsorgeverbands an den Pfleger von in unentgeltlicher Anstaltsverpflegung verstorbenen oder laufend aus Wohlfahrtsmitteln unterstützten Personen 2047 19

Erbschaftsteuer
Schenkungssteuerpflicht von Unterhaltsrentenverträgen 1685
Anzuwendende Steuerklasse bei Antrag des Nacherben auf Besteuerung nach seinem Verhältnis zum Erblasser 1286 51
E.befreiung der vom AnerbG. genehmigten Übertragung des Erbhofs an nicht anerbenberechtigte Person 2160 64

Erbschein
Sind Angaben des einem Vorerben erteilten E. über die Rechtsfolgen beim etwaigen künftigen Wegfall des Nacherben erforderlich? 2045 17 2046 18
Erbeinsetzung nur einzelner Kinder durch überlebenden Ehegatten bei fortgesetzter westfälischer Gütergemeinschaft zu Erben des gütergemeinschaftlichen Vermögens. Anforderungen an den E. zum Nachweis der Verfügungsbefugnis der Erben gegenüber dem GBA. 1744 44
Beurkundungszwang für die zur Erlangung eines E. erforderlichen, durch eidesstattliche Versicherungen nachzuweisenden Angaben 1735 33
Keine Bindung des VormGer. bei Beurteilung der Frage, ob Kinder Nacherben sind, an bereits erteilten E. 2042 13
Beschwerdeberechtigung des Bauernführers gegenüber Ausstellung eines E., der landwirtschaftliche Besitzung betrifft † 2098 2

Erbvertrag
Einkindschaftsvertrag gem. §§ 717 ff. II 2 ALR. enthält regelmäßig E.; keine Erschütterung durch Einführung des BGB. 1716 13
Nach Abschluß von E. ist weiteres Bedenken des Vertragsgegners durch einseitige Verfügung von Todes wegen auf Kosten der übrigen vertragsmäßig Bedachten möglich 2203 16

Erbverzicht
Beschränkung des E. auf Bruchteil, jedoch nicht auf realen Teil der Erbschaft zulässig 1735 32
E. kann nicht einseitig ausgesprochen werden, bedarf des gerichtlichen oder notariell beurkundeten Vertrags 1577 35

Erfindung
vgl. auch unter Patent
Diensterfindung 2192 6

Erfüllungsstatt
Hingabe an E. eines von Drittem akzeptierten, mit Giro des Schuldners versehenen Wechsels † 1485 6

Ergänzungsbeschluß (§ 321 ZPO.)
Sofortige Beschwerde gegen Beschluß des OLG., der die Berufung in Ehesache als unzulässig verwirft, nur soweit sie im Beschluß für zulässig erklärt worden; keine nachträgliche Ergänzung des Beschlusses 2223 43
Nachholung des im Arbeitsgerichtsurteil unterlassenen Ausspruchs der vor Urteilsverkündung beschlossenen relativen Berufungs- oder Revisionsfähigkeit durch Berichtungsbeschluß, nicht durch E. 1185 59
Verfahrensanordnung für MEA. Frist für Beantragung der Kostenfestsetzung zur Erstattung durch E. 1259 26

Erinnerung
Antrag des Schuldners nach dem Vollstr.-MißbrG. ist E. gem. § 766 ZPO. 2180
Rechtsmittel i. S. des § 839 III BGB. ist die E. aus § 766 ZPO. 2038 8

Erledigung der Hauptsache
Nach Beilegung des Rechtsstreits vor Berufungseinlegung durch Vergleich Berufungseinlegung mit dem Antrag, den Rechtsstreit in der Hauptsache für erledigt zu erklären und dem Gegner die Kosten aufzuerlegen, unzulässig 1996 22
E. d. H. und Kostenfolge. Der Kläger trägt die Gefahr, ob sein Anspruch nach dem Gesetz Bestand behält 2195 8

Ermessensentscheidung
E. ist nicht die Entscheidung über die Anwendbarkeit des § 33 EinkStG., sondern nur über die Höhe der Steuerermäßigung 1751 54

Eröffnungsbeschluß
§ 244 StGB. Die Rückfallsvoraussetzungen sind im Urteil anzugeben, Verweisung auf E. unzulässig 1802 52

Ersatzfreiheitsstrafe
Im Hinblick auf § 2 Ziff. 2 StraffreihG. ist auch für Geldstrafe, auf die die Untersuchungshaft angerechnet wird, E. festzusetzen 1835 121

Ersatzpfändung
Pfändbarmachung unpfändbarer Sachen durch Hingabe eines Ersatzgegenstandes 1673, insbesondere Rundfunkgerät 2231 56
Frage der Kostentragung bei E. 1677 2231 55

Ersitzung
Verwirkung und E. im Warenzeichenrecht 1862

Ersuchen
vgl. unter Rechtshilfe

Etuis
Umsatzsteuerentscheidung 2008 46

Exhumierung
Erstattungsfähigkeit von Auslagen des Armenanwalts für E. einer Leiche † 1427 30

Facharbeiter
Sicherstellung des F.nachwuchses bei Durchführung des Vierjahresplanes 1098

Fahrerflucht (§ 22 KraftfG.) 1813 75 76

Fahrlässige Brandstiftung (§ 309 StGB.) 1808 62

Fahrlässige Körperverletzung
vgl. unter K.

Fahrlässige Tötung
vgl. unter T.

Fahrlässigkeit
Gefälligkeitsfahrt. Annahme des Verzichts auf Ersatzansprüche bei durch grobe F. verursachtem Unfall nur ausnahmsweise † 1633 5
Bei im Fall des nur fahrlässigen Verschuldens des Beamten zu prüfender Möglichkeit anderweiten Ersatzanspruchs Abwägung des beiderseitigen Verschuldens gem. § 254 BGB. ausgeschlossen 1307 4
§ 91 II 10 PrALR.; § 839 BGB. Entscheidung über etwaige Ersatzmöglichkeiten im Rechtsstreit gegen den schuldigen Beamten, besondere Verfahren gegen etwaige Ersatzverpflichtete nicht erforderlich, auch bei Anwendung des § 254 BGB. † 1321 14
§ 839 I 2 BGB. Bei nur fahrlässiger Amtspflichtverletzung mehrerer Beamter keine Abwälzung des Schadens von einem Beamten auf den anderen im Verhältnis zwischen Staat und anderer öffentlich-rechtlicher Korporation 1235 6
Bei fahrlässigen Amtspflichtverletzungen gehört die Unmöglichkeit, anderweit Ersatz zu verlangen, zur Klagebegründung 2113 16
Patentverletzung. Grobe F. des Verletzers, der sich auf erkennbar mangelhaftes technisches Gutachten eines Sachverständigen verläßt 1895 11
§ 60 RJagdG. Fahrlässige Zuwiderhandlung gegen Schonzeitvorschriften 1355 68
F. genügt für Bestrafung des Umherlaufenlassens von Hunden nach § 60 II Ziff. 13 RJagdG., § 21 II Ziff. a RNatSchG. 1832 111
Begriff der Leichtfertigkeit des § 164 V StGB. etwa dem der groben F. gleichzusetzen 1793 32

Führregal
Pachtvertrag über öffentliches F. 2106 11

Fallsucht (§ 1 II Ziff. 4 ErbkrNachwGes.)
Pyknoleptische Anfälle 2054 35
Durch Cardiacoleinspritzung ausgelöster epileptischer Anfall 2055 36

Falsche Anschuldigung
Prüfungspflicht vor Erstattung von Anzeigen. Berechtigte Interessenwahrnehmung und guter Glaube 1329 26

Wann ist f. A. gegeben bei nach richtiger Beurteilung des tatsächlichen Vorbringens der Anzeige zu bejahender Verdächtigung? 1792 31

Keine analoge Anwendung (§ 2 StGB.) des § 164 StGB., wenn dem Täter bestimmter Vorsatz hinsichtlich der Einleitung behördlicher Maßnahmen fehlt 1794 33

Bestrafung falscher A. bei Parteidienststelle gem. §§ 2, 164 StGB. 1794 34

§ 164 V StGB. Begriff der Leichtfertigkeit 1793 32

Familiengesellschaft

Gründung einer zur Verwaltung von Aktienbesitz bestimmten Familien-GmbH. zwecks Ausnutzung des Schachtelprivilegs gem. § 9 I KörpStG. 1934 als mißbräuchliche Rechtsgestaltung i. S. des § 6 StAnpG. † 1275 40

Familienrecht

Nationalsozialistische Rassen- und Familiengesetzgebung. Schrifttum 2182

Familienstandssachen

Auch in Ehe- und F. Zustellung der Restitutionsklage an den Beklagten zu Händen seines Prozeßbevollmächtigten 2222 39

Feld- und Forstpolizei

§ 368 Ziff. 8 StGB.; § 32 Ziff. 4 PrFeldF-PolG. Unterschied zwischen „Schonungen" und „Forstkulturen" 1813 74

§§ 36, 37 PrFeldFPolG. Beerensammeln auf Forstgrundstücken 1833 114

Revision nach § 55 FeldFPolG. zulässig gegen Verurteilung wegen einfacher Entwendung trotz Feststellung der Erschwerungsgründe im Urteil 1833 113

Feststellungsbescheid

F. für Anwaltsgemeinschaften 2177

Feststellungsklage

Zuständigkeit des AG. für Klage auf Feststellung, daß der Beklagte der Erzeuger der Klägerin ist 2229 51

Die nach Ehescheidung nachträglich erhobene Ehenichtigkeitsklage ist einfache F. 2039 9

Zulässigkeit des Rechtswegs für Klage auf Feststellung des Bestehens eines Patronatsverhältnisses zwischen Kirchengemeinde und einem Dritten 1663 30

§ 546 ZPO. Antrag auf Feststellung der Nichtigkeit eines Generalversammlungsbeschlusses † 1997 26

§ 209 II BGB. Keine Unterbrechung der Verjährung durch Verteidigung gegenüber verneinender Feststellungswiderklage † 1476 3

Streitwert des Antrags auf Feststellung, daß der Beklagte in vermögensrechtlicher Beziehung der Vater sei 2216 29

Streitwert der Klage auf Feststellung, daß das Mietverhältnis über bestimmten Zeitpunkt hinaus fortbestehe 2135 38

Feuerbestattung

Maßgeblicher Wille des nach § 2 III FBestG. Zunächstberufenen bei Streit der Hinterbliebenen über den Ort der Beisetzung. Umbettung einer beigesetzten Urne nur aus ganz besonderen Gründen 1920 26

Feuerwehr

§ 368 Ziff. 8 StGB. Schuldhafte Versäumnis von Pflichtfeuerwehrübungen 1813 73

Fideikommiß

Meckl.-Schwer. AusfVO. z. BGB. Keine Anwendung der Vorschriften des BGB. über gesetzliche Erbfolge und Erbteilung auf das Lehnsvermögen 2201 15

Finanzamt

§ 249 RAbgO. Nachsichtgewährung bei Einwurf einer Rechtsmittelschrift in vom FinA. unterhaltenes Postschließfach † 1924 29

§ 472 RAbgO. Ladung des FinA. mit Nebenklägerstellung zur Hauptverhandlung. Zulässigkeit der Revision der Staatsanwaltschaft insoweit, als nur das FinA. beschwert ist † 1826 101

Beurkundung unrichtiger Geldempfangstage „in den Vorgängen des FinA." durch stellvertretenden Vollziehungsbeamten keine vorsätzliche Falschbeurkundung öffentlicher Urkunden i. S. des § 348 II StGB. 1337 43

Firma

Unzulässige Abweichungen bei der Firma einer Zweigniederlassung von der Hauptfirma. Beschwerderecht der Organe des Handelsstandes im Ordnungsstrafverfahren gem. § 140 FGG. zwecks Berichtigung des Handelsregisters † 1268 33

Bei Umwandlung von Kapitalgesellschaft unveränderte Fortführung der nur den Familiennamen, nicht Vornamen einer natürlichen Person enthaltenden Firma durch den übernehmer zulässig 1738 36

§ 3 UnlWG. Wann ist Firmenbezeichnung des Mitbewerbers, in der die Herstellung patentierter Ware zum Ausdruck gebracht wird, als irreführend anzusehen? Verwirkungseinwand 1881 4

§§ 290 ff. StPO. Veräußerung eines zum beschlagnahmten Vermögen gehörenden Handelsgeschäfts mit abgeleiteter Firma durch Güterpfleger. Gestattung der Fortführung der Firma gegen den Willen des Flüchtigen 2207 22

Fiskus

vgl. auch unter Aneignung von Grundstücken (§ 928 BGB.), ReichsF.

Rechtsstellung des F. als Hinterleger 2002 30

Fluchtlinie

vgl. unter Baurecht

Forderungspfändung

Pfändung einer Forderung „in Höhe" eines bestimmten Betrags zuzüglich Zinsen und Kosten † 2133 37

Pfändung von Mietsforderungen 1443 58

Formvorschriften

Keine F. für Vorvertrag, in dem sich Partei zur Ausstellung vollstreckbarer Urkunde wegen bestimmter von ihr übernommener Leistungen zugunsten der anderen Partei verpflichtet 2100 4

Keine F. für obligatorischen Verpfändungsvertrag über Geschäftsanteil einer GmbH. 2118 20

Forstwirtschaftliche Grundstücke

Verkehr mit land- und f. G. Schrifttum 1956

Fortgesetzte Gütergemeinschaft

vgl. unter G.

Fortpflanzungsfähigkeit

Unterbleiben der Unfruchtbarmachung mangels F. des Erbkranken 2051 24 25 26

Fortsetzungszusammenhang

F. bei Verbrechen gegen § 175a Ziff. 3 StGB. 1330 27

§ 175 StGB. a. u. n. F. Beischlafsähnliche Unzucht in F. 1330 28

F. zwischen Hehlerei und Begünstigung nicht möglich 1334 36

F. zwischen verschiedenen Verstößen gegen die Straftatbestände des § 36 I Nr. 3 DevVO. † 1338 47

Verhältnis mehrerer Devisenzuwiderhandlungen † 1339 48

§§ 3, 5, 6, 9 JGG. Begehung von Teilen einer fortgesetzten Handlung teils vor, teils nach Vollendung des 18. Lebensjahres 1356 71

Fortgesetzte Steuerhinterziehung † 1160 22; Strafbemessung hierbei 1827 102

Fortgesetzte Hinterziehung von Bürgersteuer 1829 104

F. zwischen Hinterziehung von sächsischer Schlachtsteuer und Reichsschlachtsteuer. Einziehung und Wertersatz bei F. † 1828 103

Zum Verbrauch der Strafklage bzgl. fortgesetzter Straftaten durch finanzamtliche Unterwerfungsverhandlung; zur Anrechnung von Strafen aus Unterwerfungsverhandlungen bei nicht-verbrauchten Strafklagen † 1829 106

F. zwischen dem „Sichverschaffen" und dem „Wiederverwenden" alter Versicherungsmarken nach § 1497 RVO. 1807 60

Frachtprüfer

Werbetätigkeit von F. gem. 4. AusfVO. zum Ges. zur Verhütung von Mißbräuchen auf Gebiet der Rechtsberatung 1301

Fragerecht, richterliches

§ 139 ZPO. Keine Pflicht des Richters im Anwaltsprozeß, auf die evtl. zum Erfolg führende Klagbegründung hinzuweisen? † 2220 37

Frankreich

Vortragsabend im Hause der Deutschen Rechtsfront über die französische Abwertung und die zwischenstaatlichen Verträge 1301

Das Recht des Kaufmanns im Ausland. Heft 5: Frankreich. Schrifttum 2031

Frau

RMin. Dr. Frank über die Stellung der F. im Rechtswahrerberuf vor den Berliner Studentinnen 1619

Führung der Bezeichnung „Frau" durch unverheiratete weibliche Personen 2023

Freiheitsstrafe

vgl. unter ErsatzF.

Freiwillige Gerichtsbarkeit

Jahrbuch für Entscheidungen in Angelegenheiten der f. G. und des Grundbuchrechts. Schrifttum 1395

Kosten der f. G. Schrifttum 1539

Formularbuch und Praxis der f. G. Schrifttum 2094

Zuständigkeit zur Entscheidung über weitere Beschwerde gegen Entscheidungen des LG. Hechingen in Angelegenheiten der f. G. 1267 32

Vorlegung beim RG. gem. § 28 II FGG., wenn eines der zwei allein jetzt noch zur Entscheidung berufenen OLG. von der Entscheidung eines dazu nicht mehr berufenen OLG. abweichen will † 1982 14

Getrennte Armenrechtsbewilligung für Prozeß und für damit zusammenhängendes Verfahren der f. G. 1656 22

Verfahren der f. G. Wirksame Zustellung an den Beteiligten persönlich, der Bevollmächtigten bestellt hat 1745 48

Freizeichnungsklausel

In allgemeinen Lieferungsbedingungen vereinbarter Haftungsausschluß für Lieferungsverzögerungen. Unzulässigkeit der Geltendmachung des Haftungsausschlusses, mit dessen Ernstlichkeit der Besteller erkennbar nicht rechnete 1479 4

Friedenspolitik

Kollektivsicherheit, Bündnispolitik, Völkerbund. Schrifttum 1468

Fristen
Einhaltung von Kündigungsfristen bei Versicherungsverträgen 1166 30
Fristverlängerung
§ 234 ZPO. Erfordernis rechtzeitigen Nachsuchens der Verlängerung für Berufungsbegründungsfrist 1437 49
§ 236 ZPO. Nachträgliches Gesuch um F. ersetzt nicht Nachholung der versäumten Prozeßhandlung 1438 50
F. im Erbhofverfahren 2080
Fristversäumung
vgl. unter Wiedereinsetzung in den vorigen Stand
Frühgeburt
§ 165 RVO. Krankheit im Rechtssinn bei lebensschwacher F. 2162 65
Führergrundsatz
Betriebsgemeinschaft und F. 1114
Führerschein
§ 2 KraftfG. Ungeeignetheit zum Führen von Kraftfahrzeugen wegen staatsfeindlicher Gesinnung 2168 70
Erzwingung der Vorlegung des F. zum Zwecke der Eintragung von Verkehrsstrafen durch PolVfg. † 1839 138
Entziehung des F. wegen Fahrens von Kraftfahrzeug nach übermäßigem Alkoholgenuß 1847 140
Fundstellenverzeichnis
F. der Entscheidungen des RG. in Zivilsachen. Band 153 1625
F. der Entscheidungen des RErbhGer. Band 3 1567
Fürsorge, öffentliche
Der Ersatzanspruch der F.verbände gegen die Angestelltenversicherung 1464
Ersatzansprüche des F.verbands. Schrifttum 1304
§§ 25 ff. FürsVO. Anerkennung eines Ersatzanspruchs des F.verbands wegen unerlaubter Handlung durch den Pfleger 2198 12
§ 19 FürsPflVO. Unterscheidung zwischen öffentlich- und privatrechtlichem Beschäftigungsverhältnis des Unterstützten zur F.stelle 1182 53
Genehmigung des VormGer. nicht erforderlich zur Bekanntmachung des Erbrechts des F.verbands an den Pfleger von in unentgeltlicher Anstaltsverpflegung verstorbenen oder laufend aus Wohlfahrtsmitteln unterstützten Personen 2047 19
Keine Anwendung der durch § 75d ArbVermG. getroffenen, den ordentlichen Tarif abändernden Bestimmung auf Arbeiter, die zu Arbeiten herangezogen, die zu den Aufgaben der F.verbände gehören und von ihnen ohnehin geleistet werden müßten 2071 66
Fürsorgeerziehung
Antrag auf Anordnung der vorläufigen F. eines Minderjährigen wegen Gefahr im Verzug vom Jugendamt als Kollegium zu stellen 2206 20
Nach Ablehnung des Antrags des Jugendamts auf Anordnung der F. durch das VormGer., keine Befugnis des LG. als BeschwG., dem Kindesvater die Personensorge gem. § 1666 I BGB. zu entziehen 2207 21
Fusion
vgl. unter Verschmelzung.
Garage
Unterlassungsanspruch des Eigentümers des Nachbargrundstücks gegen die Benutzung einer Kraftwageng. † 2116 19
Gas
Anpreisen und Gewährung von Freigas an die Käufer von Gasgeräten als verbotene Zugabe 1882 5
Gaststätte
vgl. auch unter Schankerlaubnis
Erbhofeigenschaft eines gemischten Betriebs, wenn der Hofeigentümer die auf der Besitzung von ihm eingerichtete und anfänglich selbst betriebene Gastwirtschaft verpachtet hat. Abwägung der beiderseitigen Erträge 2143 46
„Mehrarbeit" i. S. der TarO. für die in G. beschäftigten Musiker in Schlesien 1192 70
Für den Begriff der G. i. S. des Umsatzsteuerrechts ist Vermietung möblierter oder vom Mieter zu möblierender Räume belanglos † 1925 31
Gebrauchsmuster
Schutzansprüche für zweckmäßige Ausbildung einer an sich bekannten Vorrichtung zur Lösung einer Aufgabe, für die die Vorrichtung bisher nicht gebraucht wurde 1915 19
Schutzfähigkeit der Erfindung bei Anmeldung eines bestimmten Werkstoffes für Herstellung bestimmter Gegenstände zum Gebrauchsmusterschutz unter Beifügung von Stoffprobe anstatt Nach- oder Abbildung; hierauf gestützte Löschungsklage gemäß § 6 GebrMustG. erfolglos † 1265 31
Rückwirkung des § 1 II 2 GebrMustG. — neuheitsunschädliche Vorbenutzung durch Anmelder — auf vor dem 1. Okt. 1936 eingetragene G. † 1555 17
Erstattungsfähigkeit der Kosten eines neben dem RA. hinzugezogenen Patentanwalts † 2219 35
Gebühren
vgl. auch unter Gerichtskosten
Das Kostenrecht. Schrifttum 2096
Kostengesetze und Gebührenordnungen der Rechtspflege. Schrifttum 2032
Wegfall der G.freiheit jüdischer milder Stiftungen 1766
Gebührenfreiheit eines aus familienrechtlichen Gründen erfolgenden Erbauseinandersetzungsvertrags, der gleichzeitig der Durchführung eines Siedlungsverfahrens dient † 1564 25
Gefälligkeitsfahrt 1490 9 † 1633 5
Gegenseitiger Vertrag
Kein Leistungsverweigerungsrecht des Schuldners, der bei zweifelhafter Rechtslage seine Erfüllungspflicht bestreitet 1233 2
Gehaltskürzung
Bindung der Gerichte an auf Grund § 1 Teil 4 Kap. V NotVO. v. 4. Sept. 1932 ergangene Anordnung der Reichsregierung zwecks Einschränkung der Personalausgaben bei subventionierten Unternehmungen 1184 58
Gehaltsrückstände
Pfändungsbeschränkung gemäß § 850b ZPO. auch für G. 2232 58
Geisteskrankheit
vgl. unter Schizophrenie
Zur Frage der Scheidung der Ehen Geisteskranker wegen Zerrüttung 2011
Geistige Störung (EhegesundhG.)
G. St. i. S. des § 1c EhegesundhG. bei erblicher Belastung, kriminellem und asozialem Verhalten und früh einsetzender Kriminalität 2067 58
G. St. i. S. des § 1c EhegesundhG. abgelehnt bei Intelligenzschwäche 2068 59
Geldstrafen
Die G. im privaten Verbandsstrafrecht 1753
Gemeindebeamte
Bemessung des Ruhegehaltsanspruchs eines gem. § 6 BWHG. in den Ruhestand versetzten, leitenden G. † 1642 13
Kein neuer Vorbescheid nach § 7 PrKomm-BeamtG. für Vollstreckungsgegenklage einer Behörde gegen Urteil, das Beamter gegen die Behörde auf Gehaltszahlung erwirkt 1250 16
Gemeindekirchenrat
vgl. unter Kirchengemeinde
Gemeinderecht
Die Deutsche GemO. Schrifttum 2184
Handbuch des Reichssteuerrechts, unter besonderer Berücksichtigung der Belange der Gemeinden und Gemeindebetriebe. Schrifttum 1539
Keine Beseitigung der Rechte und Pflichten der Jugendämter als Kollegialbehörden durch § 32 DGemO. 2206 20
„Gemeinnutz geht vor Eigennutz"
Mißbräuchliche Berufung auf den Grundsatz 1479 5
Gemeinschaft
vgl. auch unter BetriebsG.
Schadensersatzanspruch und Gemeinschaftsgedanke 1449
Gemeinschaftliches Testament
vgl. unter T.
Gemüsebau
§ 6 RErbhofG. Mischbetriebe von überwiegender Landwirtschaft und zufälligem Obst- oder G. 2144 47
Generalversammlung
Zulässigkeit der Einberufung einer Genossenvollversammlung bei Genossenschaft, deren Vertreterversammlung nicht mehr vorhanden † 1161 23
Gültiger Generalversammlungsbeschluß betreffend Umwandlung der Kapitalgesellschaft auf von Mehrheit der Gesellschafter gebildete Personalgesellschaft ohne zweiwöchige Ankündigung des Beschlußgegenstands. Keine Aberkennung des gesetzlichen Abfindungsanspruchs des infolge der Umwandlung ausscheidenden Gesellschafters durch die G. 1739 37
§ 546 ZPO. Antrag auf Feststellung der Nichtigkeit eines G.beschlusses † 1997 26
Generalvertreter
vgl. unter Handlungsagent
Genossenschaften
Die Zwangsstundung von Hypothekenzinsen auf Grund des Gesetzes über VerbraucherG. v. 21. Mai 1935 2077
Urkundensteuer bei G. 2181
§ 43a GenG. Zulässigkeit der Einberufung einer Genossenvollversammlung bei G., deren Vertreterversammlung nicht mehr vorhanden † 1161 23
Bezüglich der Beschlüsse der Vertreterversammlung gem. § 43a GenG. kein Anfechtungsrecht der Genossen, die nicht Vertreter sind, aus § 51 GenG. Niederlegung des Amts als Vertreter † 1997 26
Verschmelzung von zwei G. Gesamtschuldnerische Haftung der aufnehmenden G. und des Vermögens der aufgenommenen G. gegenüber den Gläubigern der aufgenommenen G. † 1645 14
Bestandsübertragung einer Zweckparkasse von G. auf GmbH. mit personengleichen Vertretern unter nachträglicher Genehmigung des Reichsbeauftragten für Zweckspartunternehmen und des Liquidators 1731 28
§ 157 ZPO. Ausschließung genossenschaftlicher Treuhandstellen und deren Angestellter als Bevollmächtigte † 1436 47
§ 146 GenG. Verübung der Untreue nicht nur in der Eigenschaft als Vorstands-, Aufsichtsratsmitglied oder Liquidator 1357 73
Erwerbs- und WirtschaftsG. i. S. des § 21 Ziff. 2 KörpStG. 1925 2008 39

Geltung der Übergangsregelung des § 36 der 1. DurchfVO. z. KörpStG. 1934 für alle Erwerbs- und WirtschaftsG. 1751 55

Gerichtsassessoren
Ausschließliche Ernennung von G. zu Beisitzern im Schwurger. nicht ratsam 1836 129

Gerichtsbekannt
Im Strafverfahren gerichtsbekannte Tatsachen, Sonderkenntnisse und Erfahrungen des Richters aus anderen Prozessen 1358 80

Gerichtskosten
Entscheidungen des KG. und des OLG. München in Kosten-, Straf-, Miet- und Pachtschutzsachen. Schrifttum 2032
Kosten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Schrifttum 1539
Übersicht über die Rechtsprechung zur RKostO. betreffend G. 1929
Gebührenfreie Benutzung des Schuldnerverzeichnisses durch einen armen Gläubiger 1532
Beseitigung der landesrechtlichen Gebührenfreiheit des Wohnungsbaus in der streitigen Gerichtsbarkeit durch VO. über Gebührenbefreiung beim Kleinwohnungsbau v. 27. Aug. 1936 1274 37 † 2135 39
Gemäß Art. 15 EGBGB. Ermittlung des maßgebenden Rechts für Anspruch einer Ehefrau auf Zahlung von Prozeßkostenvorschuß durch den ausländischen Ehemann im Scheidungsprozeß † 1974 10
Zwischenverfügung des Grundbuchrichters gem. § 18 GBO. zugleich mit Verfügung, durch die die Erledigung des Antrags von Vorwegleistung der Kosten abhängig gemacht wird 2121 26
§ 519 VI ZPO. Hemmungswirkung eines Armenrechtsgesuchs nur einmalig, aber bei nach Ablehnung des ersten Gesuchs sich bietenden neuen Tatsachen zur erfolgreichen Begründung eines Gesuchs Möglichkeit, Verlängerung der Nachweisfrist zu beantragen 1997 25
Nach Versagung des Armenrechts wegen Aussichtslosigkeit der Rechtsverfolgung und Verstreichenlassen der nach Zustellung des Versagungsbeschlusses gesetzten Nachweisfrist gemäß § 519 VI ZPO. keine Wiedereinsetzung wegen Fortdauer der Mittellosigkeit allein 2222 41
§ 554 VII ZPO. Eingang des Vorschusses bei der Kasse des RG. 2002 29
Auch der Patentinhaber als Berufungskläger ist nicht Antragsteller i. S. des § 37 V PatG. im Berufungsverfahren 1898 12
Keine entsprechende Anwendung des § 519 VI S. 4 ZPO. auf den Antrag aus § 53 PatG. 1899 11

§ 6 GKG. Niederschlagung der G. vor Fälligkeit, wenn Revision durch unrichtige Sachbehandlung in der VerInst. veranlaßt worden 2248 84
§ 6a GKG. Verjährung des Anspruchs auf Rückzahlung überhobener G. 2248 85
§ 6 GKG. Niederschlagung der Kosten der Berufung im Fall des § 539 ZPO. 1670 38
§ 25 GKG. Bezüglich des Kostenrechts eröffnet Fortsetzung eines durch gerichtlichen Vergleich geschlossenen Verfahrens wegen behaupteter Unwirksamkeit des Vergleichs kein neues Verfahren 1670 39
§§ 25, 13 GKG. Prozeßgebühr bei Berufung gegen mehrere in demselben Rechtsstreit ergangene Urteile, ferner wechselseitige Berufung gegen dasselbe Urteil 1447 66
Fortfall bzw. Ermäßigung der Prozeßgebühr gem. § 29 GKG. bei Zurücknahme einer vor dem BG. erhobenen Restitutionsklage 1447 67
§§ 71, 72 GKG. Nichterhebung von Schreibgebühren und Portoauslagen für Erteilung von Vollstreckungsbefehlen 1301
§ 72 Ziff. 7 GKG. Erstattung von Reisekosten der armen Partei zu Terminen, zu denen ihr Erscheinen angeordnet ist 2240 74
Keine Anwendung des § 74 II 1 GKG. auf das Berufungsverfahren. — Zur Anwendung des § 74 II 3 GKG. bei Erweiterung des Klagantrags gegenüber dem ursprünglichen Klagantrag oder dem ursprünglichen Berufungsantrag 1447 68
§ 77 GKG. Keine Einleitung einer neuen Instanz durch Einspruch gegen Versäumnisurteil. Haftung für nach Einspruchserhebung entstandene G. 1671 40
§ 77 GKG. Kostenhaftung der Partei, deren erstinstanzlicher Prozeßbevollmächtigter gegen ihren Willen Auftrag zur Berufungseinlegung erteilt hat 1671 41
Voraussetzung der Inanspruchnahme eines Streitteils als Kostenschuldner gemäß § 79 Ziff. 2 GKG. 1671 42

Gerichtskostenmarken
Einziehung von G. 2088

Gerichtsschreiber
Gegen die Verwendung des überholten Ausdrucks „Gerichtsschreiber" und „Gerichtsschreiberei" statt „Urkundsbeamter der Geschäftsstelle" 1694

Gerichtsvollzieher
Aufgaben des G. bei Pfändbarmachung unpfändbarer Sachen durch Hingabe eines Ersatzgegenstandes 1675
§ 817 ZPO. Eigentumserwerb des Meistbietenden mit Ablieferung der zugeschlagenen Sachen durch den G. gegen Barzahlung. Amtspflichtverletzung des G., der vor Eigentumsverschaffung den Erlös an die Pfandgläubiger abführt 1443 59
Bei Festsetzung der zu erstattenden Prozeßkosten auf den Namen der armen Partei kein Anspruch des vom Armenanwalt mit der Vollstreckung beauftragten G. auf Zahlung der Vollstreckungskosten gegen den Armenanwalt 1656 23
Bestrafung wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt gemäß § 2 StGB. bei Hinderung des G. an der Wegschaffung gepfändeter Gegenstände ohne Gewaltanwendung? † 1790 25
Zur Frage der Begehung von Untreue durch G., der dem Gläubiger, den er von der fruchtlosen Zwangsvollstreckung benachrichtigt, nicht mitteilt, 1. daß dem Schuldner gegen den G. eine Forderung zustehe, 2. daß der Schuldner durch Verheimlichen pfändbarer beweglicher Sachen den Mißerfolg der Pfändung bewirkt hat 1806 59

Gerste (UmsStEntsch.) 2008 43

Gesamthand
G.beteiligungen (Erbengemeinschaft und eheliche Gütergemeinschaft) bei Umwandlung von Kapitalgesellschaften 1600
Bei Pfändung oder Verpfändung des Anteils eines Gesamthänders an in G.gemeinschaft stehendem Grundstück Duldungstitel gegen Pfandgläubiger zur Anordnung der Zwangsversteigerung des Grundstücks erforderlich 2129 35

Gesamtschuldner
Bedeutung der Entlassung eines G. aus der Haftung für den, der sich für Gesamtschuld verbürgt hat 1410 6
Haftung der Mitgesellschafter neben der OHG für Anspruch eines Gesellschafters gegen die OHG. auf Grund eines mit dem Gesellschaftsverhältnis rechtlich nicht zusammenhängenden Vertragsverhältnisses, aber keine Haftung auf das Ganze als G. † 1637 9
Geltendmachung eines dem Gesellschafter der OHG. gegen die Mitgesellschafter als G. zustehenden, nicht mit dem Gesellschaftsverhältnis zusammenhängenden Anspruchs unter Abzug des nach seinem Verlustanteil zu berechnenden Forderungsteils † 1986 16
Auch bei wechselrechtlich gesamtschuldnerischer Haftung Befugnis nur des Empfängers der angefochtenen Erklärung zur Geltendmachung von Vertrauensschaden (§ 122 BGB.) † 1412 9
Verschmelzung von zwei Genossenschaften. Gesamtschuldnerische Haftung der aufnehmenden Genossenschaft und des Vermögens der aufgenommenen Genossenschaft gegenüber den Gläubigern der aufgenommenen Genossenschaft † 1645 14

Gesamtstrafe
Mit Aufhebung von G. auch Aufhebung der im Urteil ausgesprochenen Anrechnung der Untersuchungshaft 1789 23
§ 2 StraffreiheitG. „Zu erwartende" G. durch Vereinigung der im anhängigen Verfahren zu erwartenden Einzelstrafe mit bei Inkrafttreten des StraffreiheitG. bereits rechtskräftig erkannter Einzel- oder G. 1834 119

Geschäftsbesorgung
vgl. auch unter Auftrag
Zur Frage der Zulässigkeit des Rechtswegs für Geltendmachung des Anspruchs einer Person des öffentlichen Rechts gegen andere Person des öffentlichen Rechts auf Erstattung von Aufwendungen für Besorgung deren öffentlich-rechtlicher Geschäfte † 1430 36
Freie Erfindung und Diensterfindung. Anmeldung der Erfindung zum Patent durch den Angestellten für sich, und Abschluß von Lizenzverträgen. Wann sind die Lizenzgebühren aus der G. erlangt? 2192 6

Geschäftsführung ohne Auftrag
Maßgeblichkeit des Willens, für sich oder anderen zu handeln, bei Geschäften, die ihrer Natur nach eigene oder fremde sein können 1629 2

Geschäftsstelle
Gegen die Verwendung des überholten Ausdrucks „Gerichtsschreiber" und „Gerichtsschreiberei" statt „Urkundsbeamter der G." 1694
Keine Zuständigkeit des Urkundsbeamten der G. des AEG. zur Unterschriftsbeglaubigung 1577 35

Geschäftsübernahme
Maßgebender Zeitpunkt für die Vermögenslage der OHG. wegen der Auseinandersetzung gemäß § 142 II HGB. G. nach § 142 I HGB. bei in der Person eines Gesellschafters gegebenem Grund zum Verlangen von dessen Ausschließung 1242 11

Geschäftsveräußerung
Rechtsprechung zu Betriebsübergang und Identität des Unternehmens 1108
Pflicht zur Aufklärung des Dienstverpflichteten über Wechsel des Betriebsinhabers. — Haftung des Erwerbers des Geschäfts kraft Gesetzes für Vergütungsansprüche aus Dienstverhältnis 1171 38
§§ 290 ff. StPO. Veräußerung eines zum beschlagnahmten Vermögen gehörenden Handelsgeschäfts mit abgeleiteter Firma durch Güterpfleger. Gestattung der Fortführung der Firma gegen den Willen des Flüchtigen 2207 22

Geschäftsverteilung
Keine Wahrung der Berufungsfrist durch rechtzeitige Einreichung bei dem zur Entgegennahme bereiten Vorsitzenden des nach der G. unzuständigen Senats? † 1438 52

Geschlechtskrankheiten
§ 7 GeschlKrG. „Behandlung" der G. 1834 118
§ 184 Ziff. 3, 3a StGB. Strafbare öffentliche Ankündigung von auch zur Verhütung v. G. dienenden Mitteln und Gegenständen als empfängnisverhütend zum Gebrauch in der Ehe 1799 41

Geschmacksmuster
Verlängerung der erstmalig für G. beanspruchten Schutzfrist von mehr als 3 Jahren auf 10 bzw. 15 Jahre. Beschränkung des Schutzes des G. auf die Teile eines hinterlegten Erzeugnisses, die durch ihre äußere Gestaltung auf den Form- oder Farbensinn einwirken können 1913 18
Erstattungsfähigkeit der Kosten eines Patentanwalts im G.rechtsstreit † 2219 34

Gesellschaft, bürgerlich-rechtliche
Kündigungswiderrufsklage gegen b. G. 1130
Anspruch des Gesellschafters auf Instandsetzung von ihm der G. zur Verfügung gestellter, später sicherungsübereigneter Geräte nicht abtretbar 1256 23
Formlose Errichtung von bürgerlich-rechtlicher G., auf die das Vermögen der umzuwandelnden Kapitalgesellschaft übertragen werden soll; Einreichung von Gesellschafterliste nicht erforderlich † 1272 36
§ 723 BGB. Rücktritt vom G.vertrag nur möglich, solange mit Ausführung der G. noch nicht begonnen, danach nur noch Kündigung zulässig 2230 54
Nichtigkeit eines in der Gesellschafterversammlung gefaßten Strafbeschlusses wegen Nichteinhaltung der im Gesellschaftsvertrag für die Einberufung der Gesellschafterversammlung vorgesehenen Form 2038 7
Zur gerichtlichen Nachprüfung der Rechtmäßigkeit des Ausschlusses aus Verein und aus bürgerlich-rechtlicher G. 1548 7

GmbH.
vgl. auch unter Familiengesellschaft
Überlassung von Patenten durch geschäftsführenden Gesellschafter an GmbH. Kündigungsrecht der Erben des Geschäftsführers nach dessen Tode? 1246 13
Keine Formvorschrift für obligatorischen Verpfändungsvertrag über Geschäftsanteil einer GmbH. 2118 20
Zulässigkeit der Übertragung von Geschäftsanteilen einer GmbH. an anderen zu treuen Händen mit Verpflichtung, sie dem übertragenden jederzeit zurückzuübertragen 1145 1
Kein „Fehlen" eines Geschäftsführers i. S. des § 29 BGB., wenn dieser einzelnen Geschäftsführungsakt ablehnt 1730 27
Keine Umwandlung einer aus zwei Gesellschaftern bestehenden GmbH. mit einer anderen GmbH., deren alleiniger Gesellschafter der eine der beiden ist, auf dieselbe von ihnen gegründete Personalgesellschaft † 1991 18
Bestandsübertragung einer Zweckparkasse von Genossenschaft auf GmbH. mit personengleichen Vertretern unter nachträglicher Genehmigung des Reichsbeauftragten für Zweckparunternehmungen und des Liquidators 1731 28
§ 62 GmbHG. Zulässigkeit des Rechtswegs für Auflösung einer GmbH. in Preußen 1270 34
Wiedereintragung des Liquidators einer gelöschten GmbH. beim Vorhandensein von Vermögen derselben 2211 24
§ 240 KO. Bestrafung der tatsächlichen Leiter der GmbH., die nicht Geschäftsführer sind, wegen unordentlicher Buchführung 1833 115

Gesetzeseinheit
G. zwischen vollendeter Abtreibung und Körperverletzung 1332 32

Gesetzessammlungen (Schrifttum)
Schnellkartei des Staats- und Verwaltungsrechts 1226
Die Reichssteuergesetze 1226
Die Gesetzgebung Adolf Hitlers 1542 2186
Das neue deutsche Reichsrecht 1696
Schönfelder: Deutsche Reichsgesetze 1396
Jäger: Reichszivilgesetze 1768
Sammlung von Reichsgesetzen staats- und verwaltungsrechtlichen Inhalts 2032

Gesetzgebung
Die Rechtsentwicklung der Jahre 1933 bis 1935/36. Schrifttum 1224
Ein Wegweiser durch die Reichsversorgungsgesetze 1532
Schlachtsteuerhinterziehung. Einziehung und Wertersatz bei Wechsel der G. † 1828 103

Gesetzlicher Vertreter
Gebührenrechtliche Stellung der Rechtsbeistände als g. V. einer Partei 2244 79

Geständnis
Zur Einstellung des Strafverteidigers bei Schuld oder G. des Angeklagten 1389

Gesundheitswesen
Reichsgesundheitswesen. Schrifttum 1767

Gewerbeordnung
Schrifttum 1144
§§ 29, 147 I Ziff. 3 GewO. Befugnis zur Führung des ärztähnlichen Titels „Dr. chir. dent." 1357 75
§ 123 Ziff. 8 GewO. Fristlose Entlassung von Gefolgschaftsmitglied bei absolut kurzer Arbeitsunfähigkeit † 1191 67

Gewerbesteuer
GewStG. Schrifttum 2185 2186
Das Gewerbesteuerrecht. Schrifttum 2185
Steuererleichterungen bei Umwandlung von Kapitalgesellschaften 1946

Gewerblicher Rechtsschutz
G. R. Schrifttum 1231
Merkblatt für g. R. Schrifttum 1873

Gewerbliche Wirtschaft
Unlauterer Wettbewerb und die Ehrengerichtsordnung der g. W. 1202

Gewerbsmäßigkeit
Zurechnung der G. als straferhöhende persönliche Eigenschaft bei Täter oder Teilnehmer 1328 20
§ 175a Nr. 4 StGB. Beihilfe zur gewerbsmäßigen Unzucht mit Männern 1159 19

Gewerkschaften
Keine Haftung der DAF. für die Verpflichtungen der früheren G. aus § 419 BGB. 1145 3
Keine Anrechnung der vor der Anstellung als preußischer Landrat auf dem Posten eines früheren sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretärs zurückgelegten Dienstzeit bei Ruhegehaltsregelung 2047 21

Gewinnausschüttung
Auswirkung der Behandlung eines Tatbestandes als verdeckte G. im Körperschaftsteuerrecht 1295
Mindestbesteuerung (§ 17 KörpStG. 1934) für G. aus Einkünften, die gemäß Doppelbesteuerungsabkommen Steuerbefreiung genießen 1361 87

Giroverkehr
Überweisung des Beitrags zum NSRB. durch G. 1223

Glas (Umsatzsteuerentscheidung) 2008 47

Gläubigerausschuß
vgl. unter Konkurs

Gläubigerschutz
G. in Polen. Schrifttum 1542

Gnadensachen
Verfahren in Gnadensachen bei Steuerzuwiderhandlungen 1222

Goldhypotheken
vgl. unter Schweizer G.

Goldklausel
Gold- und Valutaklausel in deutscher und niederländischer Gerichtspraxis. Schrifttum 1873

Großhandel
§ 7 III UmsStG. 1934. Ermäßigter Steuersatz bei Lieferungen außerhalb des G. im letzten Kalenderjahr im Betrage von nicht mehr als 75% des Gesamtumsatzes 1362 90
Feststellung der Voraussetzungen für Anwendung des § 7 III u. IV UmsStG. 1934 bei Gesamtrechtsnachfolge † 1362 91
Wird die Anwendung des ermäßigten Steuersatzes für G.lieferungen gemäß § 7 III UmsStG. 1934 ausgeschlossen, da neues Verkehrsgut entsteht, durch: Zerschneiden von Grubenlanghölzern zu Grubenstempeln 2008 41
Einsalzen von frischen Lebern 2008 42
Reinigen von Gerste 2008 43
Betriebsfertig herstellen lassen von Büchern, Zeitschriften usw. durch anderen Unternehmer aus von diesem beschafften Stoffen 2008 44
Verkauf von lebendem Vieh nach Schlachtgewicht durch Viehhändler an Fleischer 2008 45
Ausstattung von Etuis mit anderweit erworbenen Kämmen, Bürsten u. dgl. 2008 46
Schneiden von Flachglas auf bestimmte Maße 2008 47

Großstadt
vgl. auch unter Stadtgemeinde
Erbhofeigenschaft von Grundbesitz in sich zur Vorstadtgemeinde eines G.komplexes entwickelnder Gemeinde 1568 27

Grubenlanghölzer (Umsatzsteuerentscheidung) 2008 41

Grundbuch
Gesetz über die Eintragung von Zinssenkungen im G. 1388
Rechtsprechung zur RKostO. betreffend G.sachen 1932

Kommentar z. GBO. v. 5. Aug. 1935 1395
Jahrbuch für Entscheidungen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und des G.rechts. Schrifttum 1395

§§ 873, 1115 BGB. Eintragungspflicht für die sog. Kursschwankungsklausel und die Verpflichtung zur Entrichtung von Verzugszinsen aus Kapital und Zinsen 1635 7
Keine Auferlegung der Beweislast für Beteiligten im Erbhofverfahren zur Führung des Gegenbeweises gegen die Vermutung des § 891 BGB. 1574 32 2147 52
Keine Anwendung des § 892 BGB. auf Grundstückserwerb kraft Aneignungsrecht gemäß § 928 BGB. 1636 8
§ 839 BGB. Pflicht des G.richters zur sorgfältigen Prüfung der ihm eingereichten Urkunden 1306 3

§§ 13, 16 GBO. Ein Antragsteller beantragt Erledigung nur eines von mehreren in einer Urkunde gestellten Eintragungsanträgen, ein anderer behält gleichzeitige Erledigung der Anträge vor 2121 24
§ 15 GBO. Voraussetzung der Amtspflicht des Notars, eine von ihm beurkundete oder beglaubigte Erklärung mit dem Antrag auf Vornahme der erforderlichen Eintragung beim GBA. einzureichen 2121 25
Zwischenverfügung des G.richters gemäß § 18 GBO. zugleich mit Verfügung, durch die die Erledigung des Antrags von Vorwegleistung der Kosten abhängig gemacht wird 2121 26
§§ 19, 20 GBO. Zu Nachlaß gehört ideelle Grundstückshälfte. Erwerb der anderen Grundstückshälfte durch die Erbengemeinschaft und G.umschreibung auf sie 2199 13
§§ 19, 27 GBO. Befreiung von der Beschränkung des § 181 BGB. bei Bevollmächtigung des Grundstückseigentümers durch den Hypothekengläubiger zur Löschungsbewilligung 1401 2
§ 22 GBO. Auflassung nicht erforderlich zur Umschreibung der beim Nachlaßkonkurs auf den Konkursverwalter als Eigentümer im G. eingetragenen Grundstücke auf den Erben † 2121 27
§ 29 GBO. Erbeinsetzung nur einzelner Kinder durch überlebenden Ehegatten bei fortgesetzter westfälischer Gütergemeinschaft zu Erben des gütergemeinschaftlichen Vermögens. Anforderungen an den Erbschein zum Nachweis der Verfügungsbefugnis der Erben 1744 44
Geltung der Formvorschrift des § 29 GBO. für die Erklärungen der Vertreter eines Handelsgeschäfts bei Umschreibung eines für diese unter der Firma ihrer Hauptniederlassung eingetragenen Rechts auf die abweichende Firma von Zweigniederlassung 1743 43
§ 39 GBO. Eintragung von Hypotheken in auf den Namen einer OHG. oder KommGes. eingetragenen Grundstücken nach Wechsel sämtlicher Gesellschafter 2122 28
§ 54 GBO. Keine Neueintragung einer nach früherem Recht zulässigerweise eingetragenen öffentlichen Last, die alsdann gelöscht worden ist 1512 22
§ 62 GBO. Kann das GBA. die Vorlegung des Hypothekenbriefs verlangen und erzwingen, wenn die Hypothek infolge einer Zwangsversteigerung erloschen ist? 2073
LandwEntschG. Keine G.eintragung der Mündelsicherheitsgrenze und des Betriebswerts des entschuldeten Grundstücks 2128 34
Ersuchen des EntschuldA. an das GBA. um Eintragung der Erstreckung von Hypotheken auf bisher nicht belastete, vom Entschuldungsverfahren betroffene Grundstücke 1560 20
Voraussetzungen der Eintragungsfähigkeit einer durch EinstwVfg. angeordneten „Sequestration" eines Grundstücks im G. 2115 18

Grundbuchberichtigung
G. bei Abweichen der in den Grundakten befindlichen beglaubigten Abschrift der Eintragungsbewilligung von der Urschrift und Bezugnahme des Eintragungsvermerks auf die Eintragungsbewilligung 1549 9

Grund des Anspruchs, Urteil über den (§ 304 ZPO.)
Bei Unterbleiben der Kostenentscheidung im Revisionsurteil über das Grundverfahren Geltung der Vorschrift des § 97 I ZPO. auch für die nunmehr durch das LG. im Betragsverfahren zu fällende Kostenentscheidung 1435 44
Keine Herbeiführung der Fälligkeit der Armenanwaltsgebühren und des Ersatzanspruchs gegen die Reichskasse durch Grundurteil aus § 304 I ZPO. † 2238 69
§ 1542 RVO. Behandlung der Frage, nach dem vollständigen oder teilweisen übergang des Anspruchs auf Versicherungsträger im Verfahren über den Grund des Anspruchs † 1155 12

Gründerhaftung (AktG.) † 1988 17 2208 23

Grunderwerbsteuer
Das Meistgebot und die Abtretung der Rechte daraus im G.recht 1530
§ 12 GrErwStG. Maklerprovision beim Grundstückskauf und Beurkundungspflicht 1300
G. bei Umwandlung von Kapitalgesellschaften 1195 1944
Steuererleichterungen für übergang der Anteile einer Personenvereinigung i. S. des § 3 GrErwStG. bei Umwandlung von AktGes. unter gleichzeitiger Errichtung einer KommGes. † 1282 48
§ 8 Nr. 9 GrErwStG. Steuerbefreiung erstmaliger übertragungen bebauter Grundstücke durch Personenvereinigungen zur Verwirklichung des Satzungszweckes der Bereitstellung neuer Kleinwohnungen. Begriff des Eigenheims † 1283 49

Grundschuld
Anwendbarkeit der §§ 182 ff. BGB. auf die Zustimmung des Vormerkungsberechtigten zu Hypotheken- oder G.bestellung 2102 8
Bei Auflösung einer juristischen Person ohne Liquidation und Rechtsnachfolge durch Staatsakt auf Grund des Ges. v. 26. Mai 1933 Verwandlung von auf einem dieser gehörigen Grundstück ruhender Hypothek in G. 1408 5
Dritter als Mitschuldner des Betriebsinhabers im landwirtschaftlichen Entschuldungsverfahren, wenn der Betriebsinhaber von ihm ohne Genehmigung des Gläubigers eine Schuld übernommen hat, für die auf dem Betriebsgrundstück G. eingetragen ist † 2126 33

Grundstückseigentümer
vgl. auch unter Nachbarrecht
§ 831 BGB. Entlastungsbeweis des G., der sich nicht selbst um die Erfüllung der Streupflicht kümmert, bezüglich des Hauswarts und des Hausverwalters 1917 22 † 2194 7

Grundstückserwerb
Keine Anwendung des § 892 BGB. auf G. kraft Aneignungsrecht gemäß § 928 BGB. 1636 8
Zu Nachlaß gehört ideelle Grundstückshälfte. Erwerb der anderen Grundstückshälfte durch die Erbengemeinschaft und Grundbuchumschreibung auf sie 2199 13
Überführung eines zum Gesamtgut der allgemeinen Gütergemeinschaft gehörenden Grundstücks in das Alleineigentum eines Ehegatten. Begründung der Vorbehaltsguteigenschaft durch Ehevertrag 2118 21
G. durch Bauern aus den Erträgnissen seines Erbhofs zur künftigen Ausstattung seiner minderjährigen Tochter auf deren Namen und einstweilige Bewirtschaftung vom Erbhof aus 1742 42
§ 7 AnfG. Wirkung der erfolgreichen Anfechtung der Aufgabe eines schuldrechtlichen Anspruchs auf übereignung eines ideellen Grundstücksanteils 2233 60

Grundstückslasten, öffentliche
§ 54 GBO. Keine Neueintragung einer nach früherem Recht zulässigerweise eingetragenen öffentlichen Last, die alsdann gelöscht worden ist 1512 22

Grundstücksteilung
Bei Erbengemeinschaft als Hypothekengläubigerin bewilligen einige Miterben die Löschung der Hypothek, die anderen pfandfreie Abschreibung einer Parzelle 1553 14
Genehmigung der Veräußerung von Grundstücken zum Zweck der Ausstattung eines Kindes 1581 37
Versagung der Genehmigung des AnerbG. zur Abtrennung von Grundstücken von dem im Entschuldungsverfahren befindlichen Erbhof zwecks Schuldendeckung aus dem Erlös 1580 36

Grundstücksveräußerung
vgl. auch unter Grunderwerbsteuer
Verbot der Preiserhöhungen gemäß VO. v. 26. Nov. 1936 für G. 1766
Urkundensteuer bei Grundstücksverkäufen mit Zubehör 1526 1693
Verkehr mit land- u. forstwirtschaftlichen Grundstücken. Schrifttum 1956
§ 313 BGB. Keine selbständige Bedeutung der Verpflichtung des mit Verschaffung des Eigentums an einem Grundstück Beauftragten, der das Grundstück zunächst für Rechnung des Geschäftsherrn im eigenen Namen erworben hat, zur übereignung an den Geschäftsherrn 1306 2
§ 463 BGB. Höhe der Hauszinssteuer ist Eigenschaft des verkauften Grundstücks 1253 19
Kein Einfluß der Unwirksamkeit des Grundstückskaufvertrags auf die Wirksamkeit der damit verbundenen Auflassung. Keine Beeinträchtigung der Wirksamkeit des Grundstückskaufvertrags durch Unwirksamkeit der darin vereinbarten Schuldübernahme. Zu G. durch Ausländer nicht wegen der dadurch eintretenden Befreiung von der dinglichen Hypothekenhaftung Genehmigung der Devisenstelle erforderlich 2187 2
Wann kann in der Überlassung eines Grundstücks eine Vermögensübernahme gefunden werden? 2037 6
Ausübung des Verkaufsrechts gegenüber Kaufvertrag, der der Genehmigung gemäß VO. v. 15. März 1918 über Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken bedarf 2037 6 2123 30

Verknüpfen der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung zur Übertragung des überschuldeten Hofes vom bauernunfähigen Vater auf den minderjährigen Sohn mit der — unerfüllbaren — Bedingung, daß das Grundstück Erbhof werde, unzulässig 1551 12

Unzulässigkeit der Hypothekenbestellung nach Eröffnung des Entschuldungsverfahrens auf Betriebsgrundstück, das die in Erbengemeinschaft befindlichen Betriebsinhaber an einen Miterben veräußern 2125 32

Grundwassersenkung

Häuserschäden durch G. beim Untergrundbahnbau. Schrifttum 1542

Gruppenbeirat (ArbOG.) 1599

Gutachten

§§ 91, 104 ZPO. Erstattung der Vergütung für PrivatG. 2218 33

§ 286 ZPO. Einholung eines weiteren erbbiologischen G. zur Klärung der Abstammungsfrage 2222 39

Entlassung eines Generalvertreters wegen Verbreitung von Unwahrheiten durch diesen über eine erfolgte anerkennende Begutachtung des zu vertreibenden Artikels durch angesehenen Sachverständigen † 1311 10

Patentverletzung. Grobe Fahrlässigkeit des Verletzers, der sich auf erkennbar mangelhaftes technisches G. eines Sachverständigen verläßt 1895 11

Gütergemeinschaft

Eheliche G. bei der Umwandlung von Kapitalgesellschaften 1600

Überführung eines zum Gesamtgut der allgemeinen G. gehörenden Grundstücks in das Alleineigentum eines Ehegatten. Begründung der Vorbehaltsguteigenschaft durch Ehevertrag 2118 21

Erbeinsetzung nur einzelner Kinder durch überlebenden Ehegatten bei fortgesetzter westfälischer G. zu Erben des gütergemeinschaftlichen Vermögens. Anforderungen an den Erbschein zum Nachweis der Verfügungsbefugnis der Erben gegenüber dem GBA. 1744 44

Keine die fortgesetzte westfälische G. beendende Auseinandersetzung mit den Kindern durch Übertragsvertrag auf Grund des § 10 IV PrGes. v. 15. April 1860, bei dem das Barvermögen ausdrücklich ausgenommen ist 2147 52

Güterpflegschaft

§§ 290 ff. StPO. Veräußerung eines zum beschlagnahmten Vermögen gehörenden Handelsgeschäfts mit abgeleiteter Firma durch Güterpfleger. Gestattung der Fortführung der Firma gegen den Willen des Flüchtigen 2207 22

Gutsübergabe

Nachdem Ehegatten sich in gemeinschaftlichem Testament gleichzeitig zu Alleinerben und die Kinder aus der ersten Ehe des Mannes und aus der gemeinschaftlichen Ehe je zu gleichen Teilen als Erben des zuletzt Versterbenden eingesetzt haben, stirbt der Ehemann vor dem 1. Okt. 1933. Die überlebende Ehefrau will den vom Ehemann stammenden Erbhof an eine Tochter unter übergehung eines Sohnes übergeben 2155 58

Kein Beschwerderecht des nächsten gesetzlich Anerbenberechtigten, der in Übergabevertrag bei freiem Bestimmungsrecht des Bauern übergangen worden ist 1585 42

Keine Genehmigung des ausbedungenen Leibgedinges an Übergeber, die selbst noch im Besitze eines Erbhofs sind 1586 43

Erbschaftssteuerbefreiung der vom AnerbG. genehmigten Übertragung des Erbhofs an nicht anerbenberechtigte Person 2160 64

Haager Eheschließungsabkommen

Anwendung des H. E., wenn nur einer der Verlobten einem Vertragsstaat angehört 2039 9

Haager Ehewirkungsabkommen

Maßgeblichkeit des Güterrechtsstatuts für eine infolge Ehescheidung erfolgende Auseinandersetzung zwischen Eheleuten 1973 9

Haftpflicht

Unfall an unbeschranktem Bahnübergang. Wann wird die Haftung der Bahn nach § 1 RHaftpflG. wegen eigenen Verschuldens des Getöteten oder Verletzten ausgeschlossen? † 1776 7

Haftpflichtecke 1619

Haftpflichtversicherung

Der Versicherungsfall in der H. 1206

Probleme des H.rechts. Schrifttum 1956

Kraftfahrzeughaftpflichtrecht und -versicherung im In- und Ausland. Schrifttum 2089

Bemessung des Schmerzensgeldes bei H. des Schädigers 1257 24

„Gesetzliche Haftpflichtbestimmungen privatrechtlichen Inhalts" i. S. der AllgHaftpflVersBed. sind auch solche, bei denen sich die Haftung aus Vertragspflicht ergibt. Begriff „Personenschaden" i. S. der AllgVersBed. † 1496 14

Hamburg

Seit Inkrafttreten des RGes. über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen v. 26. Jan. 1937 und des RGes. über Gerichtsgliederung in Hamburg usw. v. 16. März 1937 ist Meckl.-Schwer. AusfVO. z. BGB. v. 9. April 1899 u. Meckl.-Schwer. Ges. über Aufl. der FamFid. v. 16. Mai 1922 revisibles Recht 2201 15

Handelsgewerbe

§ 421 StGB. Untersagung der Ausübung „jedweden" H. auf bestimmte Zeit 1784 15

Handelsrecht

Schnellkartei. Schrifttum 1955

H. I. Teil: Einzelkaufmann, Handelsgesellschaften.

II. Teil: Handelsgeschäfte, Seerecht, Recht der Wertpapiere. Schrifttum 2031

Das österr. allg. HGB. Schrifttum 2032

Handelsregister

Beschwerdeberechtigung der Organe des Handelsstandes im Ordnungsstrafverfahren gem. § 140 HGB. zwecks Berichtigung des H. † 1268 33

Verpflichtung des geschäftsführenden Gesellschafters der OHG., bei kleingewerblichem Umfang des Geschäftsbetriebs die Löschung der Fa. zu beantragen † 1982 14

§§ 140, 142 FGG. Keine weitere Beschwerde gegen die vom LG. auf Beschwerde angeordnete Einleitung eines Firmenmißbrauchs- od. Amtslöschungsverfahrens. Keine Bindung des RegGer. bei Entscheidung über Einspruch an die der Entscheidung des LG. zugrunde liegende Auffassung der Sach- und Rechtslage † 1985 15

§ 142 FGG. Beseitigung der Löschung einer vermögenslosen Kapitalgesellschaft nur wegen Verletzung wesentlicher Verfahrensvorschriften, nicht wegen nachträglicher Feststellung des Vorhandenseins von Vermögen 1739 38

Wiedereintragung des Liquidators einer gelöschten GmbH. beim Vorhandensein von Vermögen derselben 2211 24

Handelsverkehr

Die Nebenkosten des H. im Deutschen Devisenrecht. Schrifttum 2184

Handlungsagent

§ 92 II HGB. Kündigung eines auf unbeschränkte Dauer laufenden Vertrags, wonach jemandem der Generalvertrieb eines Artikels „unwiderruflich" übertragen wird, wegen Zerstörung des Vertrauensverhältnisses durch einmalige Unwahrhaftigkeit des Generalvertreters † 1311 10

Zur Frage der Sittenwidrigkeit des Verzichts auf Kündigung, ferner der Beschränkung wichtiger Kündigungsgründe auf gewisse Tatbestände 1639 10

Handlungsgehilfe

Zeitungswerber als H. 2070 64

Anspruch der nur Provision beziehenden H. auf „Gehalt und Unterhalt" im Fall des unverschuldeten Unglücks. Bemessung der Urlaubsvergütung 1170 37

Hausangestellte

Notwendiger Unterhalt bei Unterhaltspfändung einer H. mit freier Verpflegung und Unterkunft 1166 29

§§ 5, 3 BlutschG. Wer wird bestraft bei Beschäftigung deutschblütiger Angestellten im jüdischen Haushalt? † 1164 26

Häuserschäden

H. durch Grundwassersenkung beim Untergrundbahnbau. Schrifttum 1542

Hausschlachtung (Schlachtsteuer) 1926 32

Hausstand

Begriff des eigenen H. i. S. des § 6 VO. über Einberufung zu Übungen der Wehrmacht v. 25. Nov. 1935 1181 52

Hausstandskinder (§ 1617 BGB.)

§ 844 BGB. Umfang der Schadensersatzleistung an Töchter bemittelter Eltern, die keinen Beruf erlernt haben 1550 10

Gem. § 845 BGB. auch Ersatzanspruch bzgl. der sonst vom Getöteten geleisteten Dienste, die die Eltern jetzt ohne Aufwendung von Geld selbst ausführen 1490 10

Hausverwalter

§ 831 BGB. Entlastungsbeweis des Grundstückseigentümers, der sich nicht selbst um die Erfüllung der Streupflicht kümmert, bzgl. des Hauswarts und des Hausverwalters 1917 22 † 2194 7

Hauswart

vgl. unter Hausverwalter

Hauszinssteuer

§ 463 BGB. Höhe der H. ist Eigenschaft des verkauften Grundstücks 1253 19

Hehlerei

Fortsetzungszusammenhang zwischen H. und Begünstigung nicht möglich 1334 36

Strafbarkeit der ErsatzH. gem. §§ 2, 259 StGB. † 1167 31 † 1802 53

SteuerH., ZollH. † 1350 59

Das jüdische Hehlerrecht. Schrifttum 1620

Heimarbeiter

Sachwucher und Betrug bei Erzielung übermäßigen Gewinns mit der Lieferung von Plaketten, die durch unzureichend entlohnte H. hergestellt worden sind 1289

Heimtückegesetz

Bestrafung gem. § 2 nur für Äußerungen, die geeignet sind, das Vertrauen des Volkes zur politischen Leitung zu untergraben 1832 110

Herausgabeanspruch

RHinterlO. Herausgabe der Hinterlegungsmasse 1371

Einfluß des Zahlungsverbots für Zwecksparunternehmungen auf den Anspruch auf Herausgabe einer unter Eigentumsvorbehalt verkauften Sache † 1511 20

§ 886 ZPO. Pfändung über Überweisung des H. bei auf Verschaffung lautendem Vollstreckungstitel 1445 62

Hinterbliebenenfürsorge
H. bei Abgabe und Übertragung einer Rechtsanwaltspraxis 1467 1518 1378 2176
Keine Anrechnung der H. auf Grund Freigebigkeit Dritter oder auf Grund Vertrags auf die Geldrenten aus § 844 BGB. Rechtsnatur des „Pensionsvereins für die bayrischen Notare und ihre Hinterbliebenen" 1240 9

Hinterbliebenenfürsorgegesetz, preuß.
§ 20 II 2. „Entscheidung" der Provinzialbehörde, die zur Einhaltung der Klageausschlußfrist rechtzeitig mit Beschwerde an den Departementschef angefochten werden muß 1156 13

Hinterlegung
Zum Inhalt der Reichshinterlegungsordnung:
H.behörden; H.gegenstände; Annahme zur H. 1369
Verwaltung der H.masse 1370
Herausgabe der H.masse; das besondere Herausgabeverfahren nach § 16 HinterlegO. 1371
Erlöschen des H.anspruchs; Kosten; Rechtsbehelfe im H.verfahren 1372
HinterlO. v. 10. März 1937. Schrifttum 1395 2096
Rechtsstellung des Fiskus als Hinterleger 2002 30
Versagung der Gebühr aus § 87 RAnwGebO. für H. zur Sicherstellung der bürgenden Bank † 1660 27
Vermögensteuerpflicht für Wertpapiere, die der Steuerpflichtige zur Sicherung einer künftig entstehenden Steuerschuld auf Sperrdepot hinterlegt hat 1361 89

Holland
Gold- und Valutaklausel in deutscher und niederländischer Gerichtspraxis. Schrifttum 1873

Homosexualität
Äußerer Tatbestand des vollendeten Vergehens gegen § 175 StGB. 1797 39
Onanie mit anderem Manne als widernatürliche Unzucht i. S. des § 175 StGB. a. F. Fortsetzungszusammenhang 1330 28
Gegenüber § 175 StGB. a. F. ist § 175 StGB. n. F. das mildere Gesetz, da er nicht Ehrenrechtsverlust androht 1797 38
§ 175a I Ziff. 3 StGB. Begriff des „Verführens". Abgrenzung straffloser Vorbereitungshandlungen vom Versuch 1797 40
§ 175a Nr. 2 und 3 StGB. Unterordnungsverhältnis, Verführung, Fortsetzungszusammenhang 1330 27
§ 175a Nr. 4 StGB. Beihilfe zur gewerbsmäßigen Unzucht mit Männern 1159 19

Hopfenbau
§ 1 RErbhofG. H. rein landwirtschaftliche Nutzung 2139 41

Hunde
§ 40 II RJagdG. Tötung von wildernden H. † 1832 112
Bestrafung des Umherlaufenlassens von Hunden im „Jagdbezirk" nach § 60 II Ziff. 13 RJagdG., im „Schongebiet" nach § 21 II Ziff. a RNatSchG. 1832 111

Hypothek
§§ 873, 1115 BGB. Eintragungspflicht für die sogenannte Kursschwankungsklausel und die Verpflichtung zur Entrichtung von Verzugszinsen aus Kapital und Zinsen 1635 7
Eintragung von H. in auf den Namen einer OHG. oder Kommanditgesellschaft eingetragenen Grundstücken nach Wechsel sämtlicher Gesellschafter 2122 28
Keine Vollstreckung wegen Reichsmarkforderung an der Rangstelle einer GoldmarkH. 1509 19
§ 839 BGB. Schaden des Gläubigers bei Rangverschlechterung seiner H. durch Amtsversehen des Grundbuchbeamten, wenn infolgedessen die vordem entfernte Möglichkeit eines Ausfalls der H. näher gerückt und damit die Befriedigung des Gläubigers gefährdet ist 1917 23
Befreiung von der Beschränkung des § 181 BGB. bei Bevollmächtigung des Grundstückseigentümers durch den H.gläubiger zur Löschungsbewilligung 1401 2
Anwendbarkeit der §§ 182 ff. BGB. auf die Zustimmung des Vormerkungsberechtigten zu H.- oder Grundschuldbestellung 2102 8
Zur Grundstücksveräußerung durch Ausländer nicht schon wegen der dadurch eintretenden Befreiung von der dinglichen H.haftung Genehmigung der Devisenstelle erforderlich 2187 2
Maßgebliches Recht für persönliche Forderung bei H., die Reichsdeutscher vor dem Krieg auf ein heute zum Gebiet der Freien Stadt Danzig gehörendes Grundstück geliehen hat † 1972 8
Bei Auflösung einer juristischen Person ohne Liquidation und Rechtsnachfolge durch Staatsakt auf Grund des Ges. v. 26. Mai 1933 Verwandlung von auf einem dieser gehörigen Grundstück ruhender H. in Grundschuld 1408 5
Unzulässigkeit der H.bestellung nach Eröffnung des Entschuldungsverfahrens auf Betriebsgrundstück, das die in Erbengemeinschaft befindlichen Betriebsinhaber an einen Miterben veräußern 2125 32
Ziel der landwirtschaftlichen Entschuldung ist Umwandlung der bestehenbleibenden H. in unkündbare Tilgungs-H. † 1559 19
Ersuchen des Entschuldungsamts an das GBA. um Eintragung der Erstreckung von H. auf bisher nicht belastete, vom Entschuldungsverfahren betroffene Grundstücke 1560 20
Die Fassung des Klagantrags bei der Anfechtung von H.bestellungen während des Zwangsversteigerungsverfahrens 1528
§§ 108, 109 RAbgO. Keine steuerlichen Verpflichtungen des gem. § 1189 BGB. bestellten Vertreters bzgl. der für die Schuldverschreibungen empfangenen Zinsen † 2007 38

Hypothekenbrief
Kann das GBA. die Vorlegung des H. verlangen und erzwingen, wenn die Hypothek infolge einer Zwangsversteigerung erloschen ist? 2073
Rangloser Vermerk einer im Grundbuch eingetragenen Entschuldungsrente im H. über auf dem Grundstück lastende Hypothek 1561 21

Hypothekenfälligkeit
Zinspflicht für eine unter die NotVO. über H. v. 11. Nov. 1932 fallende bisher unverzinsliche Schuld setzt deren Fälligkeit, also regelmäßig Kündigung, voraus 2122 29

Hypothekenlöschung
Bei Erbengemeinschaft als Hypothekengläubigerin bewilligen einige Miterben die Löschung der Hypothek, die anderen pfandfreie Abschreibung einer Parzelle 1553 14
Löschungsbewilligung des Testamentsvollstreckers für eine auf seinem Grundstück haftende Nachlaßhypothek und Zustimmung zur Löschung als Eigentümer 2100 5
Zur Löschung der auf Nachlaßgrundstück eingetragenen Hypothek auf Antrag des nicht befreiten Vorerben Zustimmung des Nacherben nicht erforderlich 2120 23

Hypothekenzinsen
Die Zuständigkeit der Zinssenkungsstelle bei der Einwendung des Vergleichs 1607
Die Zwangsstundung von H. auf Grund des Ges. über Verbrauchergenossenschaften v. 21. Mai 1935 2077
Zinspflicht für eine unter die NotVO. über Hypothekenfälligkeit v. 11. Nov. 1932 fallende bisher unverzinsliche Schuld setzt deren Fälligkeit, also regelmäßig Kündigung, voraus 2122 29
§ 2 HypZinsG. Bindung des Richters an die Richtlinien über die Höhe des angemessenen Hypothekenzinses 1566 26
§ 3 I Ziff. 1 HypZinsG. Ablösungstilgungshypotheken als langfristige Bodenbeleihung 1742 41
Art. 3 der 1. DurchfVO. z. HypZinsG. Berücksichtigung eines Damnos im Zinssenkungsverfahren 1742 40

Jagdrecht
Entstehung und Bildung der Jagdbezirke. Schrifttum 2095
§ 40 II RJagdG. Befugnis zur Tötung von wildernden Hunden und Katzen † 1832 112
Bestrafung des Umherlaufenlassens von Hunden im „Jagdbezirk" nach § 60 II Ziff. 13 RJagdG., im „Schongebiet" nach § 21 II Ziff. a RNatSchG. 1832 111
§ 60 RJagdG. Fahrlässige Zuwiderhandlung gegen Schonzeitvorschriften 1355 68
Verjährung der Nebenstrafe der Einziehung nach § 61 RJagdG. 1354 67

Jagdvergehen
Tateinheit nicht möglich zwischen Erwerb einer Waffe ohne Waffenerwerbsschein und ihrem Führen einerseits, der Wilderei andererseits, dagegen möglich zwischen verbotenem Führen der Waffe und dem J. 1808 61

Japan
Empfang japanischer Rechtsgelehrter durch RMin. Dr. Frank 1619

Industrie
§ 906 BGB. Ortsüblichkeit schädlicher Einwirkungen industrieller Anlagen auf landwirtschaftliche Betriebe in Gegend, wo sowohl J. wie Landwirtschaft ortsüblich † 1237 8

Information
vgl. unter Aktenbeiziehung

Institutsverwalter
§ 10 VollstrMaßVO. v. 26. Mai 1933. Entlassung des Zwangsverwalters bei nachträglicher Benennung eines J. 1745 45

Internationales Privatrecht
Maßgebliches Recht für persönliche Forderung bei Hypothek, die Reichsdeutscher vor dem Krieg auf ein heute zum Gebiet der Freien Stadt Danzig gehörendes Grundstück geliehen hat † 1972 8
Geltung der von den Parteien im Vorvertrag abgegebenen Erklärung, den Hauptvertrag einem bestimmten Recht zu unterstellen, auch für weitere Be-

stimmungen des Vorvertrags. Maßgeblichkeit des Güterrechtsstatuts für eine infolge Ehescheidung erfolgende Auseinandersetzung zwischen Eheleuten 1973 [9]
Art. 12 EGBGB. Kein Anspruch der Frau auf Unterhaltsrente nach Ungültigerklärung einer österreichischen Dispensehe † 1979 [12]
Gemäß Art. 15 EGBGB. Ermittlung des maßgebenden Rechts für Anspruch einer Ehefrau auf Zahlung von Prozeßkostenvorschuß durch den ausländischen Ehemann im Scheidungsprozeß † 1974 [10]
Anwendung des Haager Eheschließungsabkommen, wenn nur einer der Verlobten einem Vertragsstaat angehört. Bestimmung der persönlichen Fähigkeit zum Abschluß der Ehe gemäß § 1325 BGB. auch für den ausländischen Verlobten. Durch die nach Art. 13 EGBGB. in Betracht kommende Rechtsordnung Regelung der Folgen einer fehlerhaften Eheschließung und der Möglichkeit ihrer Heilung 2039 [9]
Art. 30 EGBGB. In Ehescheidungssachen Verbürgung der Gegenseitigkeit mit Lettland. Zur Anerkennung einer von Deutschen im Ausland durchgeführten Scheidung im gegenseitigen Einverständnis † 1977 [11]
Anfechtung der Ehelichkeit eines während der gültigen Ehe eines Ausländers empfangenen Kindes nach dem Heimatrecht des Ausländers. Keine Übertragung der nationalsozialistischen Forderung nach Klärung der rassischen Abstammung auf ausländische Gesetzgebung anderer Einstellung 1727 [24]
Maßgebendes Erbstatut für im In- und Ausland befindlichen beweglichen und unbeweglichen Nachlaß eines tschechoslowakischen Erblassers aus dem Landesteil Böhmen 1728 [25]

Internationaler Zahlungsverkehr
Vortragsabend im Hause der Deutschen Rechtsfront über die französische Abwertung und die zwischenstaatlichen Verträge 1301

Internationales Zivilprozeßrecht
Keine Zuständigkeit deutscher Gerichte für die Eheanfechtungsklage eines Ausländers ohne Wohnsitz in Deutschland gemäß Gesetz über Anwendung deutschen Rechts bei der Ehescheidung vom 25. Jan. 1935 1324 [17]
Unzuständigkeit der deutschen Gerichte für die Ehescheidung tschechoslowakischer Staatsangehöriger 1297 1322 [15]
Keine Zuständigkeit der deutschen Gerichte für die Ehescheidung polnischer Staatsangehöriger † 1324 [16]
Bei sowohl deutscher als auch polnischer Staatsangehörigkeit der Beklagten steht § 606 IV ZPO. der Zuständigkeit der deutschen Gerichte nicht entgegen † 1979 [13]
Zuständigkeit der deutschen Gerichte für Klagen polnischer Staatsangehöriger auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft. Versagung des Armenrechts für diese Klage, wenn sie offensichtlich nur zur Vorbereitung der Scheidungsklage dienen soll, für die bei polnischen Parteien die deutschen Gerichte unzuständig 2259 [72]

Invalidenversicherung
§ 1255 RVO. Begriff der Invalidität 1182 [55]
Gem. § 1262 II S. 2 RVO. genügt Leistung von 250 Pflichtbeiträgen aller Art 2162 [66]
§ 1267 II RVO. Wiederaufleben der erloschenen Anwartschaft, wenn bei der ersten nach Vollendung des 60. Lebensjahres erfolgten Erneuerung des Versicherungsverhältnisses mindestens tausend Wochenbeiträge entrichtet worden 2162 [67]
Voraussetzungen des § 1271 II RVO. gelten nicht für Gewährung des Kinderzuschusses an die Witwe 1672 [46]
„Empfänger einer Rente" i. S. des § 1286 IV RVO. 1672 [47]
Tateinheit zwischen „Sichverschaffen" des § 1407 RVO. und den §§ 348 II, 349 StGB. Zwischen „Sichverschaffen" und „Wiederverwenden" alter Versicherungsmarken gemäß § 1497 RVO. Tatmehrheit oder Fortsetzungszusammenhang 1807 [60]

Irrtum
Anfechtung eines Vergleichs über Ansprüche aus Körperverletzungen 1217
§ 119 BGB. Zur Frage des Anfechtungsrechts eines wiederholt wegen Betrugs Bestraften gegenüber Vertragspartner mit gleichfalls nicht einwandfreiem Vorleben 1242 [11]
Eheanfechtung wegen I. eines Ehegatten darüber, daß der andere Ehegatte nicht nur jüdischer Mischling, sondern Volljude ist 2040 [10]
Zur Frage der Anstiftung durch „Herbeiführung eines I." 1789 [24]
§ 367 Ziff. 15 StGB. I. über das Erfordernis der baupolizeilichen Genehmigung 1813 [72]

Italien
Il Giudizio di Rinvio. Schrifttum 1304

Jude
Das Judentum in der Rechtswissenschaft: Rechtsquellenlehre und Judentum. — Judentum und Wettbewerb. Schrifttum 1224
Jüdisches Hehlerrecht. — Jüdisches Wucherrecht im Mittelalter. — Die Juden im katholischen Kirchenrecht. — Judeneid. Schrifttum 1620
Keine Zugehörigkeit von Mischlingen zum NSRB. 2181
Fristlose Entlassung von J. 1127
Kann ein jüdischer Rechtsanwalt vor den Schiedsgerichten des Reichsnährstandes auftreten? 1951
Beiordnung eines deutschen Rechtsanwalts für auswärtigen Juden im Parteiprozeß † 1650 [17]
Nichtigerklärung einer kinderlosen Rassenmischehe trotz Vorliegens von Bestätigung 2197 [10]
Eheanfechtung wegen Irrtums eines Ehegatten darüber, daß der andere Ehegatte nicht nur jüdischer Mischling, sondern Volljude ist 2040 [10]
Entlassung des jüdischen Vermögenspflegers wegen Gefährdung i. S. des § 1886 BGB. 2119 [22]
Ist der Hinweis auf die Tatsache, daß ein Wettbewerber J. ist, als unlautere Wettbewerbshandlung anzusehen? 1864 1878 [3]
Bezeichnung der Erzeugnisse eines unter jüdischem Einfluß stehenden Unternehmens als „deutsch" irreführend 1876 [2]
Wegfall der Gebührenfreiheit jüdischer milder Stiftungen 1766
Gem. § 4 II der 1. VO. z. RBürgG. Weiterbezug der vollen Dienstbezüge nur für entlassene jüdische Beamte, die Frontkämpfer waren 2070 [65]

Jugendamt
Zur Beiordnung von Armenanwälten in Parteiprozessen für vom J. bevormundete arme Parteien † 1418 [14]
Antrag auf Anordnung der vorläufigen Fürsorgeerziehung eines Minderjährigen wegen Gefahr im Verzug vom J. als Kollegium zu stellen 2206 [20]
Nach Ablehnung des Antrags des J. auf Anordnung der Fürsorgeerziehung durch das VormGer. keine Befugnis des LG. als BeschwG., dem Kindesvater die Personensorge gem. § 1666 I BGB. zu entziehen 2207 [21]

Jugendgericht
§§ 3, 5, 6, 9. Begehung von Teilen einer fortgesetzten Handlung teils vor, teils nach Vollendung des 18. Lebensjahres 1356 [71]

Jugendliche Zeugen
J. weibliche Z. in Sittlichkeitsprozessen 1360 [82]

Jugendrecht
Jahrbuch des J. Schrifttum 1232

Jugendwohlfahrtsgesetz
BGB. nebst JugWohlfG. Schrifttum 1872

Juristentag 1936, Deutscher
Uraufführung des Tonfilms „Der deutsche J. 1936" 1142

Juristische Person
Zwangsvollstreckung in das inländische Vermögen bei Auslandskonkurs einer ausländischen j. P. † 1507 [18]
Kein Anspruch j. P. auf Steuerermäßigung gem. § 5 I SchlachtStDurchfVO. für sog. Hausschlachtungen 1926 [32]

Justizverwaltung
Vertretung des Reichsfiskus im Geschäftsbereich der ReichsJ. 1948

Kammergericht
Entscheidungen des KG. und des OLG. München in Kosten-, Straf-, Miet- und Pachtschutzsachen. Schrifttum 2032

Kapitalerhöhung
Bilanzierung der Kosten der K. nach dem neuen AktG. 1454

Kapitalgesellschaften
vgl. unter Umwandlung

Kartell
K.- und Patentmonopol (zur Auslegung des § 54 PatG.) 1849
Wirksamkeit der Einsetzung eines Schiedsgerichts für ein als Verein gestaltetes K. † 1557 [18]

Kartellpreise
PreisstopVO. v. 26. Nov. 1936. Keine Untersagung des schon am 17. Okt. 1936 geübten Unterbietens von Kartell- und Markenartikelpreisen als unlauterer Wettbewerb 1737 [35]

Kasse des RG.
§ 554 VII ZPO. Eingang eines Vorschusses bei der K. 2002 [29]

Kassenärzte
Öffentlich-rechtliche Natur des Verhältnisses der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands zu den K., desgleichen der Berechtigung und Verpflichtung der K. zur Teilnahme an der kassenärztlichen Versorgung. Amtspflichtverletzung der mit der Durchführung der der Kassenärztlichen Vereinigung obliegenden öffentlich-rechtlichen Aufgaben betrauten Personen 1704 [4]

Katholische Kirche
vgl. unter Kirchengemeinde

Katzen
§ 40 II RJagdG. Tötung von wildernden K. † 1832 [112]

Kauf
vgl. auch unter Eigentumsvorbehalt, Grundstücksveräußerung
§ 434 BGB. Unabhängigkeit des Übergangs von Lasten der Kaufsache vom Eigentumserwerb des Käufers 1628 [2]
Anfechtung des Kaufs eines unfallbeschädigten Lastzugs wegen arglistiger Täuschung des Käufers † 1959 [1]
Ausschluß der Haftung aus Verschulden beim Vertragsschluß durch §§ 459 ff. BGB. 1253 [19]

Kaufmann
Das Recht des K. im Ausland. Heft 5: Frankreich. Schrifttum 2031

Kinder
vgl. auch unter Unehelichkeit
§ 850 III ZPO. Konkurrenz von Unterhaltsansprüchen eines unehelichen und eines volljährigen ehelichen Kindes 1445 [60]
§ 176 I Ziff. 3 StGB. Keine Unzüchtigkeit von äußerlich harmlosen Handlungen wegen Handeln des Täters aus Geschlechtslust 1798 [41]
Tateinheit zwischen Rassenschande und Verbrechen gegen § 176 StGB. bei Beischlafsersatzhandlungen mit elfjährigem Mädchen 1783 [13]
Entmannung wegen Unzucht mit K., die ausschließlich auf Grund gleichgeschlechtlicher Veranlagung begangen wurde † 1784 [14]

Kirchengemeinde
vgl. auch unter Patronat
Was ist bei dem Abschluß von Rechtsgeschäften mit einer katholischen K. zu beachten? 2178
Haftung der Beamten und der ein kirchliches Ehrenamt bekleidenden Gemeindekirchenratsmitglieder einer evangelischen K. für Amtspflichtverletzungen bei Verwaltung des Kirchenvermögens 2047 [20]
§ 359 StGB. Beamteneigenschaft des Rendanten einer evangelischen K. in Preußen 1811 [66]

Kirchenrecht
Die Stellung der Juden im katholischen K. Schrifttum 1620

Klageänderung
Keine K., wenn an Stelle der für nichtrechtsfähigen Verein klagenden Mitglieder der inzwischen rechtsfähig gewordene Verein tritt † 1659 [26]
Bei Zulassung der K. als sachdienlich nicht gleichzeitig Zurückweisung des neuen, zu ihrer Begründung dienenden Vorbringens nach § 529 ZPO. als verspätet 2223 [42]

Klageantrag
Die Fassung des K. bei der Anfechtung von Hypothekenbestellungen während des Zwangsversteigerungsverfahrens 1528

Klageausschlußfrist
§ 20 II 2 PrHinterblFürsG. „Entscheidung" der Provinzialbehörde, die zur Einhaltung der K. rechtzeitig mit Beschwerde an den Departementschef angefochten werden muß 1156 [13]

Klagebefugnis
§ 24 PatG. Bedeutung der Eintragung in die Patentrolle für die K. 1859

Klagebegründung
Bei fahrlässigen Amtspflichtverletzungen gehört die Unmöglichkeit, anderweit Ersatz zu verlangen, zur Klagebegründung 2113 [16]
§ 139 ZPO. Keine Pflicht des Richters, im Anwaltsprozeß auf die eventuell zum Erfolg führende K. hinzuweisen? † 2220 [37]

Klageeinreichung
Ersatzanspruch des Rechtsanwalts gegenüber der Reichskasse bei Einreichung der Klageschrift als Anlage zum Armenrechtsgesuch 1424 [26] 1429 [33]

Klagerhebung
§ 209 I BGB. Unterbrechung der Verjährung durch förmliche K., nicht durch Verteidigung gegenüber verneinender Feststellungswiderklage † 1476 [3]
§ 209 BGB. Keine Unterbrechung der Verjährung durch Klage auf Auskunfterteilung und auf Rechnungslegung 2101 [6]

Klageerweiterung
Keine K. i. S. des § 74 II 3 GKG. bei Anfechtung lediglich des Urteils der ersten Instanz 1447 [68]

Klagezurücknahme
Rechtsmitteleinlegung nur zum Zwecke der K. in Ehesachen 1935
Fortfall bzw. Ermäßigung der Prozeßgebühr gem. § 29 GKG. bei Zurücknahme einer vor dem BG. erhobenen Restitutionsklage 1447 [67]

KleingartenPachtlandO.
Pachtverträge über Kleingartenland mit Dauerwohnlauben in Wohnsiedlungsgebieten; Abschluß mit dem Zwischenpächter (Kleingärtnergruppe) unter Ausschluß d. Wohnlaubenflächen 1260 [27]
Zahlung des von den Inhabern der Dauerwohnlauben dem Verpächter für Benutzung der Lauben zu Wohnzwecken geschuldeten Entgelts durch den Zwischenpächter 1562 [23] 2107 [12]

Kleinwohnungsbau
vgl. unter Wohnungsbau

Kommanditgesellschaft
vgl. unter OHG.

Kommunalbeamte
vgl. unter GemeindeB.

Kommunismus
Nachprüfung der Zurücknahme einer Zulassung zur Rechtsanwaltschaft auf Grund § 3 Ges. über Zulassung zur Rechtsanwaltschaft wegen kommunistischer Betätigung durch die ordentlichen Gerichte über Art. 131 WeimVerf. 1723 [22]

Kommunistisches Vermögen
vgl. unter Vermögensbeschlagnahme

Kompetenzkonflikt
Unzuständigkeit des Gerichts und Unzulässigkeit des Rechtswegs in Arbeitssachen. K. in Preußen 2069 [62]

Konkurs
vgl. auch unter NachlaßK.
Das Zahlungsverbot für Zwecksparunternehmungen im K. 1458 1462
Die Genehmigung von obligatorischen Verträgen, die für den Gemeinschuldner vor der Eröffnung des K. ohne Vertretungsmacht abgeschlossen sind 1374 2024
§ 88 KO. Pflichten des Rechtswahrers als Gläubigerausschußmitglied 1619
Die Haftung des Gemeinschuldners für Masseansprüche. Schrifttum 1231
Kommentar zur ReichsKO. Schrifttum 2094
KO. und VerglO. Schrifttum 2093
Ersetzung der gesetzlichen Schriftform durch Beurkundung des K.richters 1701 [2]
§ 15 KO. Zur Frage der Zugehörigkeit zur K.masse von 1. aufschiebend bedingten, vor K.eröffnung abgetretenen Forderungen, 2. zukünftigen, vor K.eröffnung abgetretenen, danach erst wirksam gewordenen Forderungen 1645 [13]
§§ 64, 68 KO. Verschmelzung von zwei Genossenschaften. Gesamtschuldnerische Haftung der aufnehmenden Genossenschaft und des Vermögens der aufgenommenen Genossenschaft gegenüber den Gläubigern der aufgenommenen Genossenschaft † 1645 [14]
§ 83 KO.; § 839 BGB. Verfehlungen des K.richters bei Erfüllung seiner Aufsichtspflicht gegenüber dem K.verwalter, besonders hinsichtlich der Ausführung der Beschlüsse der Gläubigerversammlung 1993 [20]
§ 181 KO. Rücktritt des Gläubigers vom außergerichtlichen Vergleich, wenn sich die nach Rundschreiben des Gemeinschuldners zu erwartende gleichmäßige Befriedigung aller Gläubiger nicht bewahrheitet. Kein Rücktritt bei Befriedigung der bevorzugten Gläubiger aus dem Vermögen eines Dritten 1473 [1]
§§ 237, 238 KO. Zwangsvollstreckung in das inländische Vermögen bei AuslandsK. einer ausländischen juristischen Person † 1507 [18]
§ 239 KO. Beziehungen zwischen Zahlungseinstellung und Bankrotthandlung. Benachteiligungsabsicht 1833 [116]
§ 240 KO. Bestrafung der tatsächlichen Leiter der GmbH., die nicht Geschäftsführer sind, wegen unordentlicher Buchführung 1833 [115]
Anwendung des § 80 VersAufsG. auf den K. von Rückversicherungsunternehmen † 1493 [13]

Konkursanfechtung
§ 31 Ziff. 1 KO. Mittelbare Gläubigerbenachteiligung 2214 [27]

Konkursausverkauf 1356 [69]

Konnossemente
Zur Frage der Ersatzpflicht der durch verspätete Lieferung der K. entstandenen Lagerkosten 1628 [2]

Kontokorrent
vgl. unter Laufende Rechnung

Konzern
Der K.begriff im Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften a. A. v. 30. Jan. 1937 1198

Körperschaft des öffentlichen Rechts
ÖffArbOG. Die DAF. keine K. d. ö. R. 1183 [56]

Körperschaftsteuer
Auswirkung der Behandlung eines Tatbestandes als verdeckte Gewinnausschüttung im Körperschaftssteuerrecht 1295
Steuererleichterungen bei Umwandlung von Kapitalgesellschaften 1945
§ 9 KörpStG. 1934. Schachtelprivileg † 1275 [40] 2008 [40]
§ 11 Ziff. 4 KörpStG. 1934. Steuerfreier Sanierungsgewinn † 1279 [45]
§ 12 Ziff. 1 KörpStG. 1934. Keine Abzugsfähigkeit der in Erfüllung des satzungsmäßigen Zwecks einer Stiftung gezahlten Versorgungsrenten 1280 [46]
Mindestbesteuerung (§ 17 KörpStG. 1934) für Gewinnausschüttungen aus Einkünften, die gemäß Doppelbesteuerungsabkommen Steuerbefreiung genießen 1361 [87]
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften i. S. des § 21 Ziff. 2 KörpStG. 1925 2008 [39]
Geltung der Übergangsregelung des § 36 der 1. DurchfVO. z. KörpStG. 1934 für alle Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften 1751 [55]

Körperverletzung
Spätfolgen nach Abschluß eines Vergleichs über Ansprüche aus K. 1214 1235 5
§ 224 StGB. Der völligen Blindheit gleichzusetzende Verminderung der Sehschärfe 1332 33
Tateinheit zwischen § 251 und § 226 StGB. 1328 21
§ 230 StGB. Inwieweit muß Kraftfahrer mit unvorschriftsmäßigem törichten Verhalten der Fußgänger rechnen? 1819 84, insbesondere in ländlichen Gegenden? † 1814 77
§§ 222, 230 StGB. Der Kraftwagenfahrer darf sich nicht allein darauf verlassen, daß die vor ihm liegende Fahrbahn zunächst frei ist 1825 95
§ 230 StGB. Prüfungspflicht des Dienstherrn bzgl. der Führungstauglichkeit des Kraftwagenlenkers bei Beginn der Fahrt (Übermüdung) † 1348 57
Tateinheit von fahrlässiger K. und Übertretungen der RStraßVerkO. 1816 78
Zwischen vollendeter Abtreibung und K. keine Tat-, sondern Gesetzeseinheit 1332 32

Kosten
Zur Frage der K.tragung bei Pfändbarmachung unpfändbarer Sachen durch Hingabe eines Ersatzgegenstandes 1677 2231 55
§ 823 BGB. Ersatzpflicht des Verletzers bzgl. der K. der Nebenklage des Verletzten, die diesem nach Einstellung des Strafverfahrens auf Grund Amnestie auferlegt worden 1635 6
Entscheidung über die K. des Arrestanordnungs- und Widerspruchsverfahrens wird durch das Arrestaufhebungsurteil nicht angetastet 2233 63
§ 91 ZPO. Beschränkung der Kostentragungspflicht auf die zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung notwendigen K. auch bei Beendigung des Rechtsstreits durch Vergleich 1434 42
Zur Frage der Erstattungsfähigkeit der K. eines Patentanwalts im Geschmacksmuster- und Gebrauchsmusterrechtsstreit † 2219 34 35
§ 91 ZPO. Bemessung der Vergütung für Privatgutachten 2218 33
§ 91 ZPO. K. der Sicherheitsleistung als „Rechtsstreitskosten" † 1660 27
K.erstattung für zweiten Rechtsanwalt nach Verweisung des Rechtsstreits auf Widerspruch im Mahnverfahren an das LG. 1442 57
§ 91 ZPO. Auswirkung des Eintritts eines Sozius in bestehende Sozietät auf die laufenden Prozeßaufträge 2217 32
§ 97 ZPO. Pflicht des Anschlußberufungsklägers zur Tragung der K. der unselbständigen Anschlußberufung bei Berufungszurücknahme 1434 43
Bei Unterbleiben der K.entscheidung im Revisionsurteil über das Grundverfahren Geltung der Vorschriften des § 97 I ZPO. auch für die nunmehr durch das LG. im Betragsverfahren zu fällende K.entscheidung 1435 44
§ 99 ZPO. Nach Beilegung des Rechtsstreits vor Berufungseinlegung durch Vergleich ist Berufungseinlegung mit dem Antrag, den Rechtsstreit in der Hauptsache für erledigt zu erklären und dem Gegner die K. aufzuerlegen, unzulässig 1996 22
Erledigung der Hauptsache und Kostenfolge. Der Kläger trägt die Gefahr, ob sein Anspruch nach dem Gesetz Bestand behält 2195 8
§ 101 ZPO. Kostentragungspflicht des Streitverkündeten, der dem Rechtsstreit beigetreten ist und demnächst den Beitritt zurücknimmt, bzgl. der K. der Nebenintervention 1996 23
§ 102 ZPO. Grobes Verschulden des OLG.-Anwalts bei Einlegung von Beschwerde beim LG., die erst nach Ablauf der Beschwerdefrist beim OLG. eingeht 2220 36
§ 276 ZPO. Verweisung des Rechtsstreits vom unzuständigen AG. an das ArbGer. Erstattung der K. des den Beklagten vor dem AG. vertretenden Rechtsanwalts durch den Kläger 1191 68, dagegen keine Erstattung der K. des den vor dem ArbGer. obsiegenden Kläger zunächst vor dem AG. vertretenden Rechtsanwalts durch den Beklagten 1192 69
Auferlegung der K. nicht dem Geschädigten, der aus anständiger Gesinnung den Strafantrag zurückzieht, sondern dem Angeklagten, der dadurch vor Strafe bewahrt bleibt 1838 133

Kostenfestsetzung
K. von Auslagen, für deren Aufwendung der Nachweis nicht erbracht wird, in der Form, daß die unterlegene Partei für Rechnung des Obsiegenden an den Dritten zu zahlen hat 2218 33
§ 104 ZPO. Beibringung der Genehmigung der Devisenstelle für K. nicht erforderlich 1435 45
§§ 104, 100 ZPO. Keine Vermengung der Kostenerstattungsansprüche einerseits zwischen dem Kläger und dem unterlegenen Streitgenossen, andererseits zwischen dem obsiegenden Streitgenossen und dem Kläger 1662 28
§ 124 ZPO. Zeitliche Schranken für Abänderung der ArmenanwaltsK. 1422 23
Verfahrensanordnung für MEA. Frist für Beantragung der K. zur Erstattung durch Ergänzungsbeschluß 1259 26

Kraftfahrzeug
vgl. auch unter Garage
Zur Rechtsprechung über Schadensersatzansprüche wegen Verletzung der Sorgfaltspflicht im K.recht 1451
Kraftfahrer vor dem Richter. Schrifttum 1624
K.gesetzgebung. Schrifttum 1874
K.haftpflichtrecht und -versicherung im In- und Ausland. Schrifttum 2089
Zur Frage des Haftungsverzichts des Teilnehmers an Gefälligkeitsfahrt mit vorangegangenem Alkoholgenuß gegenüber dem Fahrer 1490 9
Gutgläubiger Eigentumserwerb an neuem K. — Sicherungsübereignung von Kraftwagen durch K.händler an Kreditgeber 1417 11
Anfechtung des Kaufs eines unfallbeschädigten Lastzugs wegen arglistiger Täuschung des Käufers † 1959 1
Kein Pfändungsschutz gem. § 811 Ziff. 5 ZPO. für unbrauchbaren Kraftwagen, dessen sich Geschäftsreisender für seine Tätigkeit bedient hatte und aus dessen Erlös er neuen Kraftwagen anschaffen will 1669 36
§ 831 BGB. Anforderungen an den Entlastungsbeweis des Geschäftsmanns bzgl. der Überwachung der Personen, die er in seinem Gewerbebetrieb ständig Kraftwagen fahren läßt † 1964 3
Unfall an unbeschranktem Bahnübergang. Pflicht des Kraftfahrers, vor Antritt der Fahrt über ihm nicht genau bekannte Strecke die Karte anzusehen und sich gefährliche Stellen ins Gedächtnis zu bringen † 1776 7
§ 2 KraftfG. Ungeeignetheit zum Führen von K. wegen staatsfeindlicher Gesinnung 2168 10
Anbringung und Unterhaltung der Warnungstafeln gem. § 5a KraftfG. zur Kennzeichnung gefährlicher Stellen an Durchgangsverkehrsstraßen als Teil der Wegebaupflicht. Schadensersatzansprüche bei Verletzung dieser Verkehrssicherungspflicht † 1314 12
§§ 7, 18 KraftfG. Verantwortlichkeit des mitfahrenden Halters für fehlerhaftes Fahren des Fahrzeugführers † 1770 2
Aufstellung eines Sicherungspostens unter Umständen zur Beobachtung jeder Sorgfalt i. S. des § 7 II KraftfG. für den K.fahrer geboten 1772 3
Unterschied zwischen § 8 Nr. 1 und Nr. 2 KraftfG. Ausgleichspflichtige Schadensersatzpflicht nicht nur auf Grund des KraftfG., sondern auch auf Grund unerlaubter Handlung † 1769 1
Kraftfahrzeuge nicht „andere Verkehrsteilnehmer" i. S. des § 27 I 2 RStrVerkO. Bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 17 KraftfG. Anwendung des § 9 KraftfG. oder des § 254 BGB. durch die Sondervorschrift des § 17 II KraftfG. ausgeschlossen † 1312 11
§ 22 KraftfG. Fahrerflucht 1813 75 76
§§ 5, 18 RStrVerkO. Begriff der Fahrzeuge; dazu gehören auch Anhänger zum Mitführen hinter K. † 1817 80
§§ 20, 25 RStrVerkO. Geschwindigkeit als Schadensursache 1761
§ 25 RStrVerkO. In welchem Abstand darf Kraftfahrer an auf dem Gehsteig sich bewegenden Fußgängern vorbeifahren? Mitverschulden des Fußgängers † 1770 2
§ 25 RStraßVerkO. Grundsatz des Linksüberholens auch für Einbahnstraßen und Kreisverkehr 1818 82
§ 25 RStraßVerkO. Sorgfaltspflicht des Kraftfahrers beim Überholen in hügeligem Gelände 1819 85
§ 25 RStraßVerkO. Pflichten des Kraftfahrers beim überholen von Radfahrern 1821 87; desgleichen von Pferdegeschirren 1821 88
§§ 25, 27 RStraßVerkO. Vorsicht des Vorfahrtberechtigten beim Hineinfahren in belebte Kreuzung 1418 12
§§ 25, 27 RStraßVerkO. Auch der vorfahrtberechtigte Kraftfahrer muß an unübersichtlichen Kreuzungen vorsichtig fahren, um notfalls ein vor ihm ankommendes Fahrzeug vorbeizulassen † 1366 96 † 1773 5 1823 92
Grundsätzlich kein Recht des Nichtvorfahrtsberechtigten, das Vorfahrtrecht des von rechts Kommenden deshalb zu schmälern, weil er früher an die Einfahrt in die Kreuzung gelangt ist † 1824 94 1826 96
§§ 25, 36 RStraßVerkO. Fortsetzung der Fahrt über Kreuzung durch Vorfahrtpflichtigen beim Herannahen eines Bevorberechtigten 1343 52 † 1346 56
§§ 25, 36 RStraßVerkO. Bei bereits beobachtetem verkehrswidrigem Verhalten eines Verkehrsteilnehmers muß Kraftwagenfahrer mit weiterem solchen Verhalten rechnen 1342 51
§§ 25, 36 RStraßVerkO. Parken, Be- und Entladen von Fahrzeugen † 1343 53
§ 26 RStraßVerkO. Kraftfahrer, der entgegenkommendem Fahrzeug nach rechts ausweichen muß, will vorher ein rechtsbefindliches Fahrzeug überholen 1822 90

§ 27 II RStraßVerkO. Sorgfaltspflichten der beiden Kraftfahrer beim überholen und Einbiegen des vorderen Kraftwagens † 1414 10

§ 222 StGB. Strafbarkeit des Kraftfahrers, der Anhängen eines Radfahrers an sein Fahrzeug duldet 1345 54
§§ 222, 230 StGB. Der Kraftwagenfahrer darf sich nicht allein darauf verlassen, daß die vor ihm liegende Fahrbahn zunächst frei ist 1825 95
§ 230 StGB. Prüfungspflicht des Dienstherrn bzgl. der Führungstauglichkeit des Kraftwagenlenkers bei Beginn der Fahrt (übermüdung) † 1348 57
§ 230 StGB. Inwieweit muß Kraftfahrer mit unvorschriftsmäßigem, törichtem Verhalten der Fußgänger rechnen? 1819 84, insbesondere in ländlichen Gegenden? † 1814 77
Schwerer Diebstahl aus Auto 1800 49
§§ 267, 268 StGB. Unbefugte Verwendung der auf dem amtlichen Kennzeichen, das von K. getrennt ist, befindlichen echten Stempelabdrücke zur Herstellung eines amtlichen Kennzeichens für anderes K. 1805 58

§§ 2—6 KraftfG. Erzwingung der Vorlegung des Führerscheins zum Zwecke der Eintragung von Verkehrsstrafen durch PolVfg. † 1839 138
Entziehung des Führerscheins wegen Fahrens von K. nach übermäßigem Alkoholgenuß 1847 140
Ges. über Verkauf mit unedlem Metall. Keine Erlaubnispflicht für Ankauf und Zerlegung alter Kraftfahrzeuge und Weiterverkauf als Altmetall 1356 72

Kraftfahrzeugbrief 1417 11

Krankenkasse
Ges. über Aufbau der Sozialversicherung v. 5. Juli 1934. Feststellung der Zahl der Beiratsmitglieder aus dem Kreis der Versicherten und der Betriebsführer in K.satzung 1365 94
§ 1504 RVO. Ersatzanspruch der K. gegen den Träger der Unfallversicherung auf Ersatz ihrer Aufwendungen 1839 136 137
Kostenpflicht der K. gem. § 13 ErbkrNachwGes. 1672 43

Krankenversicherung
§ 165 RVO. Krankheit im Rechtssinn bei lebensschwacher Frühgeburt 2162 65
Belanglosigkeit des vom Beschäftigten im Fall seiner Dienstuntauglichkeit zu beanspruchenden Ruhegehalts für Versicherungsfreiheit nach § 169 II RVO. 1672 44
§ 405 RVO. Kein Erlaß von der Rechtskraft fähigen Entscheidungen über die K.pflicht im Spruchverfahren der K. 1672 45

Kreditwesen
Die Deutsche Bank- und Kreditgesetzgebung. Schrifttum 1396
Die allgemeinverbindlichen Zinsabkommen und das Wettbewerbsabkommen der Kreditinstitute v. 22. Dez. 1936 Schrifttum 1469
Art. 8 der 1. DurchfVO. z. ZinssenkVO. v. 8. Dez. 1931 betrifft nicht nur Darlehn, sondern alle Geldgeschäfte, bei denen keine langfristige Kreditgewährung beabsichtigt ist 1740 39
Gewährung eines effektiven Währungskredits durch inländische Bank an inländische Kunden auf Grund Auslandskredits. Verpflichtung der Bank, den Kunden bei Abbau des effektiven Währungskredits zu unterstützen, insoweit sie ihre eigene Währungsverpflichtung dem Ausland gegenüber durch Rückzahlung in Sperrmark abdeckt † 1401 3

Kreissparkasse
vgl. unter Sparkasse

Kretinismus
K. keine Erbkrankheit 2051 27

Kulturelle Leistungen
K. L. und PreisstopVO. 1595

Kündigung
Anordnungen zur Durchführung des Vierjahresplanes betr. K. von Arbeitsverhältnissen 1101
Die K. in der Rechtsprechung der ArbG.:
K.erklärung, Empfang der K. 1122
Nichtige K. 1123
Allgemeines zur ordentlichen K. 1123
K.frist, K.schutz 1124 f.
Außerordentliche K., wichtige Gründe 1126 f.
Folgen der K. 1127
Treupflicht und K.recht 1172 40
Wichtiger Grund für Lösung dauernder Vertragsverhältnisse, die persönliches Zusammenarbeiten und daher gutes Einvernehmen der Beteiligten verlangen, insbesondere Miete und Pacht 1146 4
K. eines auf unbeschränkte Dauer laufenden Vertrags, wonach jemandem der Generalvertrieb eines Artikels „unwiderruflich" übertragen wird, wegen Zerstörung des Vertrauensverhältnisses durch einmalige Unwahrhaftigkeit des Generalvertreters † 1311 10
K. von Dienstverhältnissen wegen früherer Zugehörigkeit zur Internationalen Bibelforschervereinigung 1368 97
§ 626 BGB. „Verdacht" als wichtiger Grund zur fristlosen K. Auch der Dienstverpflichtete, der K.grund für ungerechtfertigt hält, muß sich — auch im Prozeß — so verhalten, daß Dienstverhältnis fortgesetzt werden kann † 1146 5
Fristlose Entlassung eines Angestellten, der es unterläßt, die ihm angebotenen Schmiergelder sofort abzulehnen und seinem Vorgesetzten Meldung zu machen † 1186 61
Erfordernis der Unmißverständlichkeit von K.erklärungen. Fristlose Entlassung eines Angestellten, dessen Verhalten gegenüber leitenden Betriebsangehörigen die weitere Zusammenarbeit unmöglich macht. Wegfall der Ruhegehaltsansprüche bei fristloser K. 1169 35
Durch Vereinbarung einer Ruhegehaltsberechtigung nicht ohne weiteres Ausschluß der ordentlichen Kündbarkeit. Zulässige Vereinbarungen darüber, was als wichtiger Grund gelten soll 1169 36
§ 621 III BGB. Bei 15. des Monats an einem Sonntag K. am folgenden Werktag rechtzeitig † 1188 63
Anstellungsvertrag für Handlungsagenten. Zur Frage der Sittenwidrigkeit des Verzichts auf K., ferner der Beschränkung wichtiger K.gründe auf gewisse Tatbestände 1639 10
§ 123 Ziff. 8 GewO. Fristlose Entlassung von Gefolgschaftsmitglied bei absolut kurzer Arbeitsunfähigkeit † 1191 67
§ 142 HGB. Geschäftsübernahme durch den einen Gesellschafter bei in der Person des anderen vorliegendem wichtigen Grund zur K. 1242 11
K. von Gesellschaftsvertrag des bürgerlichen Rechts aus Gründen des Allgemeininteresses 2230 54
Zinspflicht für eine unter die NotVO. über Hypothekenfälligkeit v. 11. Nov. 1932 fallende bisher unverzinsliche Schuld setzt deren Fälligkeit, also regelmäßig K., voraus 2122 29
Unwirksamkeit der zwecks Mieterhöhung nach Inkrafttreten der PreisstopVO. ohne Genehmigung ausgesprochenen K. 1545 3 † 1737 34
Behörde fordert Umbau von zum Molkereibetrieb vermieteten Räumen. Fristlose K. des Vertrags durch Mieter bei Ablehnung des Vermieters, den Umbau auszuführen 1254 20
K.befugnis des Verpächters auch ohne rechtfertigenden Grund, aber Einwendung des Rechtsmißbrauchs für den Pächter gegeben † 2108 13
Überlassung von Patenten durch geschäftsführenden Gesellschafter an GmbH. K.recht der Erben des Geschäftsführers nach dessen Tode? 1246 13
Einhaltung von K.fristen bei Versicherungsverträgen 1166 30
Erfordernis der Einwilligung des Versicherten zu Verfügungen des Versicherungsnehmers gem. § 19 II AllgVersBed. nicht für K. des Vertrags durch den Versicherungsberechtigten 1498 15

Kündigungsschutz
Rechtsprechung zum allgemeinen und besonderen K. 1124 f.
K. leitender Angestellter 1131
K. für Schwerbeschädigte 1125 1179 50
Verletzung der Pflichten gegenüber der Gefolgschaft durch Anstellungsbedingungen, die Umgehung der K.bestimmungen u. der Möglichkeit der Kündigungswiderrufsklage bezwecken 1173 41

Kündigungswiderrufsklage (§ 56 ArbOG.)
Rechtsprechung zur K. 1124
Die Verpflichteten bei der K.:
OHG. 1128
Erbengemeinschaft 1129
Gesellschaft bürgerlichen Rechts 1130
Nichtrechtsfähiger Verein 1130
Verletzung der Pflichten gegenüber der Gefolgschaft durch Anstellungsbedingungen, die Umgehung der Kündigungsschutzbestimmungen u. der Möglichkeit der K. bezwecken 1173 41
Im K.verfahren ist übergang der Forderung des Beschäftigten auf Bezüge aus dem Arbeitsverhältnis auf die Reichsanstalt in Höhe der zu Unrecht gewährten Arbeitslosenunterstützung nicht berücksichtigt worden. Vollstreckungsgegenklage des Unternehmers gegen Vollstreckung aus dem im K.verfahren ergangenen Urteil † 1179 51

Künftige Forderungen
Zugehörigkeit künftiger, vor Konkurseröffnung abgetretener, danach erst wirksam gewordener Forderungen zur Konkursmasse 1645 13

Kunstschutzgesetz
Grundgedanke des § 20 KunstSchG. ist Ausübung eines weder vom Eigentümer noch vom Urheber einschränkbaren Gemeingebrauchs durch die für zulässig erklärten Handlungen † 1411 8

Kuppelei
K. begangen durch Mutter, die Untermieter trotz stattgefundenem Geschlechtsverkehr zwischen diesem und ihrer dreizehnjährigen Tochter in der Wohnung behält 1160 20
Tateinheit zwischen kupplerischer Zuhälterei und schwerer K. 1798 42 43

Kursschwankungsklausel
Eintragungspflicht für die sogenannte K. und die Verpflichtung zur Entrichtung von Verzugszinsen aus Kapital und Zinsen 1635 7

Kurzarbeit
Entsprechende Kürzung der Urlaubsvergütung, wenn während der Urlaubszeit K. geleistet wird 1172 39

Ladung
Ordnungsgemäße L. ist Voraussetzung der Verwerfung des Antrags des Angekl. auf gerichtliche Entscheidung gegen polizeil. Strafverfügung wegen unentschuldigten Ausbleibens 1360 84
§ 472 RAbgO. L. des FinA. mit Nebenklägerstellung zur Hauptverhandlung † 1826 101

Lagerkosten
Zur Frage der Ersatzpflicht der durch verspätete Lieferung der Konnossemente entstandenen L. 1628 2

Laienrichter
Der Volksrichter in der neuen deutschen Strafrechtspflege. Schrifttum 1767

Landarbeiter
Durchführungsmaßnahmen für den Vierjahresplan zur Verhütung von Vertragsuntreue der L. 1100
Einbehaltung von Barlohn gemäß § 10 VorlLandarbO. 1747 52

Landesbauernführer
vgl. unter Bauernführer

Landeskultur
Zulässigkeit der Revision in Ablösungssachen nur, soweit Verfahren gemäß § 33 II PrGes. über L.behörden vom 3. Juni 1919 nach den vorher geltenden Bestimmungen zu Ende geführt werden 1721 19

Landesrecht
VO. über Vollstreckung landesrechtlicher Schuldtitel 1301
Beseitigung der landesrechtlichen Gebührenfreiheit des Wohnungsbaus in der streitigen Gerichtsbarkeit durch VO. über Gebührenbefreiung beim Kleinwohnungsbau v. 27. Aug. 1936 1274 37 † 2135 39

Landrat
Keine Anrechnung der vor der Anstellung als preuß. L. auf dem Posten eines früheren sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretärs zurückgelegten Dienstzeit bei Ruhegehaltsregelung 2047 21

Landwirtschaft
§ 906 BGB. Ortsüblichkeit schädlicher Einwirkungen industrieller Anlagen auf landwirtschaftliche Betriebe in Gegend, wo sowohl Industrie wie L. ortsüblich † 1237 8
§§ 1667 ff. BGB. Grund für Einschreiten des VormGer. nicht gegeben, wenn die sorgeberechtigte Kindesmutter den ihr in Erbengemeinschaft mit dem Kinde gehörenden Besitz in Erbhofgröße selbst erwerben, nicht dem Kinde übertragen will 1551 11

Landwirtschaftliche Entschuldung
Die Behandlung von Bürgschaften im landwirtschaftlichen Schuldenregelungsverfahren nach der VO. v. 16. Febr. 1937 1526
Die Beseitigung der relativen Rangverhältnisse mit Hilfe des Art. 31 der 7. DurchfVO. z. LandwEntschuldG. 1867
Der Wechselanspruch im Rechtsstreit während eines Schuldenregelungsverfahrens 1466
Ist für den Erlaß eines Versäumnisurteils Voraussetzung der Nachweis der Genehmigung nach der VO. über die Veräußerung von E.betrieben v. 6. Jan. 1937? 1531
Entscheidungen betr. Gebührenfragen 1934

Das Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse. Schrifttum 1622

Anwendung des LandwEntschuldG. auf im Saarland gelegene, betriebszugehörige Grundstücke eines im übrigen Reichsgebiet liegenden E.betriebs 2125 31
§ 8 LandwEntschuldG. Unzulässigkeit der Hypothekenbestellung nach Eröffnung des E.verfahrens auf Betriebsgrundstück, das die in Erbengemeinschaft befindlichen Betriebsinhaber an einen Miterben veräußern 2125 32
§§ 14, 83, 84 LandwEntschuldG. Ziel der landwirtschaftlichen E. ist Umwandlung der bestehenbleibenden Hypothek in unkündbare Tilgungshypothek. Ausdehnung der Befreiung des Bürgen bei Herabsetzung der Forderung gemäß § 35 LandwEntschuldG. auch auf den Fall des Wegfalls der Forderung † 1559 19
§ 35 LandwEntschuldG. Dritter als Mitschuldner des Betriebsinhabers im landwirtschaftlichen E.verfahren, wenn der Betriebsinhaber von ihm ohne Genehmigung des Gläubigers eine Schuld übernommen hat, für die auf dem Betriebsgrundstück Grundschuld eingetragen ist † 2126 33
§§ 49, 80, 91 ff. LandwEntschuldG. Keine Grundbucheintragung der Mündelsicherheitsgrenze und des Betriebswerts des entschuldeten Grundstücks 2128 34
§ 52 LandwEntschuldG. Ersuchen des EntschuldA. an das GBA. um Eintragung der Erstreckung von Hypotheken auf bisher nicht belastete, vom E.verfahren betroffene Grundstücke 1560 20
§ 53 II LandwEntschuldG. Erzwingung der Vorlegung des Hypothekenbriefs über von der Eintragung betroffene Hypothek nach Erledigung des Ersuchens des EntschuldA. durch das GBA. 2074
Art. 53, 54 der 7. DurchfVO. Rangloser Vermerk einer im Grundbuch eingetragenen E.rente im Hypothekenbrief über auf dem Grundstück lastende Hypothek 1561 21
Voraussetzung der erneuten Eröffnung eines E.verfahrens 1562 22
Versagung der Genehmigung des AnerbG. zur Abtrennung von Grundstücken von dem im E.verfahren befindlichen Erbhof zwecks Schuldendeckung aus dem Erlös 1580 36

Landwirtschaftliche Grundstücke, Verkehr mit
Verkehr mit land- u. forstwirtschaftlichen Grundstücken. Schrifttum 1956
Keine Anwendung der §§ 182 ff. BGB. auf die behördliche Genehmigung gem. VO. über Verk. m. l. G. v. 15. März 1918. Zeitpunkt der behördlichen Genehmigung ist maßgebend für Geltendmachung des gesetzlichen Verkaufsrechts nach § 4 ff. RSiedlG. 2037 6 2123 30

Lastkraftwagen
Anfechtung des Kaufs eines unfallbeschädigten Lastzugs wegen arglistiger Täuschung des Käufers † 1959 1

Laufende Rechnung
Der Kontokorrentvertrag. Schrifttum 1873

Lebensmittelgesetz
§§ 4 Ziff. 3, 12 LebMittG. Lieferung von Eiern mit sachlich unrichtiger Kennzeichnung des Durchschnittsgewichts auf den Packungen durch Inhaber der Eierkennzeichenstelle an Wiederverkäufer 1354 65

Lebensversicherung
§§ 850, 850b ZPO. Keine Kürzung der Unterhaltsleistung wegen Prämienzahlung für L. 1166 28
Nichtigkeit der Bestimmung eines Bezugsberechtigten bei L.vertrag wegen Sittenwidrigkeit. Nachträglicher Verzicht auf das Widerrufsrecht bezüglich Bezeichnung eines Bezugsberechtigten unabhängig von der Zustimmung des Versicherers 1501 16
Nach Arrestpfändung der Ansprüche des Versicherungsnehmers auf Auszahlung der L.summe und seines Rechts zum Widerruf einer Begünstigung keine Befugnis des Gläubigers zum Widerruf. Wann liegt in der Abtretung des Anspruchs auf die Versicherungssumme durch den Versicherungsnehmer an den bisher Bezugsberechtigten der Widerruf des Bezugsrechts? — Rückgewährpflicht des aus Versicherung Begünstigten bei erfolgreicher Gläubigeranfechtung † 1504 17

Leber (UmStEntsch.) 2008 42

Lehnsgut
vgl. unter Fideikommiß

Lehrer
L. der höheren Lehranstalten einer Stadtgemeinde als „für den Dienst des Kommunalverbands angestellte Beamte" i. S. des § 4 PrBHaftG. 1721 18
Begehung von Amtsunterschlagung in Tateinheit mit Untreue durch HauptL. an öffentlicher Schule, der die als Leiter der Schulsparkasse von den Schülern empfangenen Spargelder nicht bei der Kreissparkasse einzahlt, sondern sich rechtswidrig zueignet 1803 55

Lehrerbesoldung
AusfAnw. v. 6. Juni 1928 zum MittelschullehrerBesoldG. v. 30. April 1928 keine Rechtsverordnung. Grundsätzlich Wegfall der Verpflichtung der Mittelschulkasse zur Zahlung von Gehältern und Ruhegehältern an die Lehrkräfte einer Mittelschule mit deren Auflösung 1718 16

Lehrling
Sicherstellung des Facharbeiternachwuchses im Wege der Durchführung des Vierjahresplanes 1098
Umgehungs- und Scheingeschäfte über L.verhältnisse 1106

Leibgedinge
vgl. unter Altenteil

Lettland
Verbürgung der Gegenseitigkeit in Scheidungssachen mit L. † 1977 11

Lichtbilder
§ 286 ZPO. Würdigung von L. als Beweismittel † 1776 7

Liederbuch
§ 21 Ziff. 3 LitUrhG. Bestimmung eines L. nach seiner Beschaffenheit für den Gebrauch in Schulen, auch wenn es nicht ausschließlich hierfür geeignet ist 1915 20

Liquidation
Wiedereintragung des Liquidators einer gelöschten GmbH. beim Vorhandensein von Vermögen derselben 2211 [24]
Steuerfreier Sanierungsgewinn gemäß EinkStG. 1934 bei Gläubigerverzicht zwecks Ermöglichung schuldenfreier L. des Betriebs 1279 [42]

Literar. Urheberrecht
§ 21 Ziff. 3 LitUrhG. Bestimmung eines Liederbuchs nach seiner Beschaffenheit für den Gebrauch in Schulen, auch wenn es nicht ausschließlich hierfür geeignet ist 1915 [20]

Lizenz
Kann der § 54 PatG. dem Inhaber einer ausschließlichen L. entgegengehalten werden? 1854
Freie Erfindung und Diensterfindung. Anmeldung der Erfindung zum Patent durch den Angestellten für sich, und Abschluß von L.verträgen. Wann sind die L.gebühren aus der Geschäftsbesorgung erlangt? 2192 [6]

Lohn
vgl. unter Arbeitslohn, Dienstvertrag

Lohnsteuer
Das gesamte L.recht. Schrifttum 1227

Lohnwucher
Rechtsprechung betreffend L. 1107

Löschung
im Grundbuch vgl. unter G., im Handelsregister vgl. unter H.

Löschung von Gesellschaften
vgl. unter Handelsregister

Löschung von Hypotheken
vgl. unter H.

Luftrecht
LuftvG. und VO. über Luftverkehr Schrifttum 1394
LuftvG. und Warschauer Abkommen. Schrifttum 1304
Luftrecht. Schrifttum 1541

Mahnverfahren
Nichterhebung von Schreibgebühren und Portoauslagen für Erteilung von Vollstreckungsbefehlen 1301
Keine Vorlegung der Wechselurschrift beim Erlaß des Vollstreckungsbefehls im WechselM. 2230 [52]
Kostenerstattung für zweiten RA. nach Verweisung des Rechtsstreits auf Widerspruch im M. an das LG. 1442 [57]

Makler
M.provision beim Grundstückskauf und Beurkundungspflicht 1300
Kein Anspruch auf M.lohn bei Abschluß des in Aussicht genommenen Geschäfts durch den Beauftragten selbst mit dem Auftraggeber 1306 [2]
Arglisteinrede des M., wenn sich der andere Teil nach Aufhebung des M.vertrags der Zahlung des M.lohnes entziehen will, obwohl er den Nachweis des M. verwertet hat 1489 [8]

Markenartikel
PreisstopVO. v. 26. Nov. 1936. Keine Untersagung des schon am 17. Okt. 1936 geübten Unterbietens von Kartell- und M.preisen als unlauterer Wettbewerb 1737 [35]

Markenrecht
Umwandlung einer Marke (Eau de Botot) in Freizeichen und Rückbildung zum Individualzeichen. Bedeutung der Beschreibung der Zusammensetzung des Produkts in Pharmakopöen usw. Feststellung der Auffassung der beteiligten Verkehrskreise, auch im Ausland 1927 [33]

Maß- und Gewichtsgesetz
Schrifttum 1542

Mecklenburg-Schwerin
Seit Inkrafttreten des RGes. über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen v. 26. Jan. 1937 und des RGes. über Gerichtsgliederung in Hamburg usw. v. 16. März 1937 ist Meckl.-Schwer. AusfVO. z. BGB. v. 9. April 1899 und Meckl.-Schwer. Gesetz über Auflösung der Familienfideikommisse v. 16. Mai 1922 revisibles Recht. Lehnsvermögen ist beim Tode des Lehnsbesitzers abgesonderter Teil der Erbschaft i. S. des § 267 Meckl.-Schwer. AusfVO. z. BGB. 2201 [15]

Meineid
Einrede aus § 826 BGB. gegenüber demjenigen, der ein, wie ihm bekannt, auf dem M. eines Zeugen beruhendes Urteil benutzt, auch wenn er das Urteil nicht selbst erschlichen hat † 2223 [44]
§ 153 StGB. Anforderungen an die Feststellung des Strafrichters, daß bei Leistung des Offenbarungseides falsche Angaben gemacht sind 1791 [26]
Vollstreckungsgericht und Zivilstreitgericht eines AG. als „dieselbe Behörde" i. S. des § 158 StGB. 1329 [24]
Erkennen auf dauernde Eidesunfähigkeit wegen Beihilfe zum M. unzulässig 1329 [25]

Meistgebot
vgl. unter Zwangsversteigerung

Metalle, unedle
Gesetz über Verkehr mit unedlen Met. Keine Erlaubnispflicht für Ankauf und Zerlegung alter Kraftfahrzeuge und Weiterverkauf als Altmetall 1356 [72]

Metallwirtschaft
Arbeitseinsatzmaßnahmen zur Durchführung des Vierjahresplanes in der Eisen- und M. 1097 ff.

Mieteinigungsamt
Verfahrensanordnung für MEA. Frist für Beantragung der Kostenfestsetzung zur Erstattung durch Ergänzungsbeschluß 1259 [26]

Mieterschutz
Entscheidungen des KG. und des OLG. München in Kosten-, Straf-, Miet- und Pachtschutzsachen. Schrifttum 2032
Keine Umzugskostenentschädigung gemäß § 32 II MietSchG. für Inhaber von Beamtendienstwohnung bei Neubau i. S. des § 33 MietSchG. 1258 [25]

Mietrecht
Die Miete. Schrifttum 1957
Anwendung der PreisstopVO. auf Miet- und Pachtentgelte 1594
Nichtigkeit von nach dem 19. Okt. 1936 vereinbarten Mieterhöhungen für mieterschutzfreie Räume wegen Verstoßes gegen die PreisstopVO. † 1640 [11]
Unwirksamkeit der zwecks Mieterhöhung nach Inkrafttreten der PreisstopVO. ohne Genehmigung ausgesprochenen Kündigung 1545 [3]
Wichtiger Grund für Lösung dauernder Vertragsverhältnisse, die persönliches Zusammenarbeiten und daher gutes Einvernehmen der Beteiligten verlangen, insbes. Miete und Pacht 1146 [4]
Behörde fordert Umbau von zum Melkereibetrieb vermieteten Räumen. Fristlose Kündigung des Vertrags durch Mieter bei Ablehnung des Vermieters, den Umbau auszuführen 1254 [20]
Gesetzliches Vermieterpfandrecht für Forderungen auf Mietzins wegen Vorenthaltung der Mieträume 1255 [21]
Übergang der durch Vereinbarung übernommenen Verpflichtung des Mieters zur Tragung der Schönheitsausbesserungen auf den in den Vertrag eintretenden neuen Mieter 2104 [9]
Streitwert der Klage auf Feststellung, daß das Mietverhältnis über bestimmten Zeitpunkt hinaus fortbestehe 2135 [38]
Streitwert der Klage auf Verurteilung zum Abschluß von Miet- und Pachtvertrag auf Grund eines Vorvertrags 2216 [30]
§ 263 StGB. Vermögensschädigung des Erwerbers eines Einrichtungsgegenstandes, der sich grobfahrlässig über Bestehen von Vermieterpfandrecht daran täuschen läßt 1802 [54]

Milchwirtschaft
Zum Begriff des Feilhaltens i. S. des MilchG. 1354 [66]
Behörde fordert Umbau von zum Melkereibetrieb vermieteten Räumen. Fristlose Kündigung des Vertrags durch Mieter bei Ablehnung des Vermieters, den Umbau auszuführen 1254 [20]

Mildestes Gesetz
§ 2 II StGB. a. F. Suchen des für den Einzelfall die mildeste Beurteilung zulassenden Gesetzes 1158 [17]
§ 2 b StGB. Strafbemessung 1159 [18]
Gegenüber § 175 StGB. a. F. ist § 175 StGB. n. F. das mildere Gesetz, da er nicht Ehrenrechtsverlust androht 1797 [38]

Militärstrafrecht
vgl. unter Wehrstrafrecht

Minderjährige
Rechtsprechung betreffend das Arbeitsverhältnis des M. 1109

Mindestbesteuerung (§ 17 KörpStG.) 1361 [87]

Mischehe
Nichtigerklärung einer kinderlosen Rassenmischehe trotz Vorliegens von Bestätigung 2197 [10]

Mischling
vgl. unter Jude

Mißbildung, schwere körperliche (§ 1 II Ziff 8 ErbkrNachwGes.)
Notwendigkeit der Sippschaftserhebungen 2056 [38] 2057 [39]
Hasenscharte, Wolfsrachen 2056 [38]
Angeborene Hüftverrenkung, Klumpfuß 2057 [39] 2058 [10]
Polydaktylie, Syndaktylie, Spaltbildungen an Händen und Füßen 2058 [41] 2059 [42]; Versagung des Ehetauglichkeitszeugnisses gem. § 1 d EhegesundhG. wegen dieser M. 2068 [60]

Mißbrauch
von Formen und Gestaltungsmöglichkeiten des bürgerlichen Rechts vgl. unter StAnpG. § 6

Miteigentum
§ 4 RErbhofG. Zugehörigkeit von M.anteil an Ackergrundstück zum Erbhof, daher bei Ackernahrung zu berücksichtigen 2139 [40]
Prüfung der Erbhofzugehörigkeit von M.anteilen 2143 [46]
Nach erfolgreicher Anfechtung der Aufgabe eines schuldrechtlichen Anspruchs auf übereignung eines ideellen Grundstücksanteils Behandlung des Anfechtungsgegners als Miteigentümer des Grundstücksanteils i. S. von § 864 II ZPO. 2233 [60]
VollstrMißbrG. Einstellung des Versteigerungsverfahrens, das zwecks Aufhebung der Gemeinschaft von dem Pfändungsgläubiger eines Miteigentümers betrieben wird 1745 [46]

Miterben
Kündigungswiderrufsklage gegen Erbengemeinschaft 1129
Erbengemeinschaften bei der Umwandlung von Kapitalgesellschaften 1600
Widerruf der vom Erblasser mit Wirkung über den Tod hinaus erteilten Vollmacht durch einzelnen M. 2035 [2]
Wann bedarf Vollmacht zur Übertragung des Erbteils der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung? 2035 [3]
§ 2040 BGB. Bei Erbengemeinschaft als Hypothekengläubigerin bewilligen einige M. die Löschung der Hypothek, die anderen pfandfreie Abschreibung einer Parzelle 1553 [14]
§ 2041 BGB. Zu Nachlaß gehört ideelle Grundstückshälfte. Erwerb der anderen Grundstückshälfte durch die Erbengemeinschaft und Grundbuchumschreibung auf sie 2199 [13]
Durchführung und Überwachung der Erbauseinandersetzung zwischen den ermittelten M. gehört nicht zur Abwicklung der Nachlaßpflegschaft 1712 [9]
Unzulässigkeit der Hypothekbestellung nach Eröffnung des Entschuldungsverfahrens auf Betriebsgrundstück, das die in Erbengemeinschaft befindlichen Betriebsinhaber an einen M. veräußern 2125 [32]
Gebührenfreiheit eines aus familienrechtlichen Gründen erfolgenden Erbauseinandersetzungsvertrags, der gleichzeitig der Durchführung eines Siedlungsverfahrens dient † 1564 [25]

Mittäter
Mittäterschaft bei der Anstiftung 1785 [18]

Mittelschullehrer
vgl. unter Lehrerbesoldung

Mitverschulden (§ 254 BGB.)
Bei im Fall des nur fahrlässigen Verschuldens des Beamten zu prüfender Möglichkeit anderweiten Ersatzanspruchs Abwägung des beiderseitigen Verschuldens gemäß § 254 BGB. ausgeschlossen 1307 [4]
Auch bei Anwendung des § 254 BGB. besondere Verfahren gegen etwaige Ersatzverpflichtete nicht erforderlich, sondern Entscheidung über etwaige Ersatzmöglichkeiten im Rechtsstreit gegen den schuldigen Beamten † 1321 [14]
Dürfen auf Schadensersatzanspruch wegen Nichtlieferung die Nachteile eines besonders ungünstigen langfristigen Deckungsgeschäfts abgesetzt werden? 1489 [7]
Bei Winterglätte Pflicht der zur polizeimäßigen Wegereinigung verpflichteten Stadtgemeinde zur Schneebeseitigung auch auf dem Straßendamm. M. von Fuhrunternehmen 1260 [28]
Bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 17 KraftfG. ist Anwendung des § 254 BGB. durch die Sondervorschrift des § 17 II KraftfG. ausgeschlossen † 1312 [11]
§ 25 RStraßVerkO. In welchem Abstand darf Kraftfahrer an auf dem Gehsteig sich bewegenden Fußgängern vorbeifahren? M. des Fußgängers † 1770 [2]
Patentverletzung. Zur Frage des M. des Verletzten, der nicht alsbald nach erfolgloser Verwarnung gerichtlich gegen den Verletzer vorgegangen ist 1895 [11]

Monopol
Kartell- und Patentmonopol (zur Auslegung des § 54 PatG.) 1849

Monopolbetriebe
vgl. unter Versorgungsbetriebe

Mord
Anforderungen an die zum M. notwendige Überlegung 1799 [47]
Verhängung der Todesstrafe für Tötung bei nicht mit Sicherheit festzustellendem Merkmal der Überlegung mit Hilfe des § 2 StGB. unzulässig † 1328 [19]

München
Entscheidungen des KG. und des OLG. M. in Kosten-, Straf-, Miet- und Pachtschutzsachen. Schrifttum 2032

Mündelgeld
Voraussetzungen der Verweigerung der vormundschaftsgerichtl. Genehmigung zur Abhebung von M. durch den Vormund zwecks Erfüllung einer Verbindlichkeit des Mündels 1552 [13]

Mündelsicherheit
Keine Eintragung der M.grenze eines zu landwirtschaftlichem Betrieb gehörigen entschuldeten Grundstücks im Grundbuch 2128 [34]

Musiker
Bei Nichtaufnahme eines städtischen Kammermusikers in die Reichsmusikkammer Unmöglichkeit der Leistung aus von keinem Vertragsteil zu vertretendem Umstand 2070 [65]
„Mehrarbeit" i. S. der TarO. für die in Gaststätten beschäftigten M. in Schlesien. Zuschlag für das Notenstellen 1192 [70]

Mutterschutz
Kündigungsschutz im MutterSchG. 1125

Nachbarrecht
§ 906 BGB. Ortsüblichkeit schädlicher Einwirkungen industrieller Anlagen auf landwirtschaftliche Betriebe in Gegend, wo sowohl Industrie wie Landwirtschaft ortsüblich † 1237 [8]
Unterlassungsanspruch des Eigentümers des Nachbargrundstücks gegen die Benutzung einer Kraftwagengarage † 2116 [19]

Nacherbe
Vererblichkeit des Anwartschaftsrechts des N. gemäß § 2108 II 1 BGB. und Anwachsungsrecht gemäß § 2094 BGB. 2045 [16]
Übertragung des N.rechts auf den Vorerben erfordert Übertragung der Anwartschaften sämtlicher Erben und Ersatznacherben; Übertragung durch gem. § 2222 BGB. bestellten Testamentsvollstrecker genügt nicht 1553 [15]
Zur Löschung der auf Nachlaßgrundstück eingetragenen Hypothek auf Antrag des nicht befreiten Vorerben Zustimmung des N. nicht erforderlich 2120 [33]
Sind Angaben des einem Vorerben erteilten Erbscheins über die Rechtsfolgen beim etwaigen künftigen Wegfall des N. erforderlich? 2045 [17] 2046 [18]
Maßnahmen des VormGer., um den Vater als Inhaber der elterlichen Gewalt zur gerichtlichen Geltendmachung von Rechten der Kinder als N. aus § 2119 BGB. gegen Dritten anzuhalten. Nachprüfung der N.eigenschaft der Kinder durch das VormGer. 2042 [13]
Anzuwendende Steuerklasse bei Antrag des N. auf Besteuerung nach seinem Verhältnis zum Erblasser 1286 [61]

Nachlaßgericht
Maßgebendes Erbstatut für im In- und Ausland befindlichen beweglichen und unbeweglichen Nachlaß eines tschechoslowakischen Erblassers aus dem Landesteil Böhmen 1728 [25]

Nachlaßhypothek
Löschungsbewilligung des Testamentsvollstreckers für eine auf seinem Grundstück haftende N. und Zustimmung zur Löschung als Eigentümer 2100 [5]

Nachlaßkonkurs
Zusammentreffen von Nachlaß- und Eigenkonkurs des Erben. Haftung gegenüber den Nachlaßgläubigern † 1648 [14] Anm.
Die pfändbaren Erzeugnisse des Erbhofs fallen bei Eröffnung von Konkurs über den Nachlaß des Bauern in die Konkursmasse † 2099 [5]
Auflassung nicht erforderlich zur Umschreibung der beim N. auf den Konkursverwalter als Eigentümer im Grundbuch eingetragenen Grundstücke auf den Erben † 2121 [27]

Nachlaßpfleger
Nachträgliche Sperrung von schon vorher bei Sparkasse angelegtem Mündelgeld im Fall der Anordnung von Nachlaßpflegschaft. Anforderungen an die ordnungsmäßige Beendigung der Nachlaßpflegschaft 1712 [9]

Nachlaßsachen
Gebührenentscheidungen betr. N. (§ 108 RKostO.) 1933

Nachsicht
§ 249 RAbgO. N.gewährung bei Einwurf einer Rechtsmittelschrift in vom FinA. unterhaltenes Postschließfach † 1924 [29]

Nachzahlungsanordnung (§ 125 ZPO.)
† 2242 [77]

NSDAP.
Hoheitsrechte der Partei — unantastbar. NSDAP. und die staatlichen Gerichte. Können politische Entscheidungen nachgeprüft werden? 1466
Reichsrechtsführer Dr. Frank spricht auf politischen Großkundgebungen über „Partei, Recht und Politik" 1870
VO. des Reichsleiters Buch betreffend Privatklagen und Zivilprozesse unter Parteigenossen 1766
Das Recht der NSDAP. Schrifttum 1394
Keine Haftung der NSDAP. aus unerlaubter Handlung eines SA-Manns gemäß Art. 131 RVerf. für Vorgänge vor dem 1. Dez. 1933 — Erlaß des RGes. über Verleihung der Rechte einer Körperschaft öffentlichen Rechts an die NSDAP. 2211 [25]
Pfändungsgrenze für Angestellten in der Reichsleitung der NSV., der nebenbei ehrenamtlich in der NSDAP. tätig ist 1166 [28]
Bedeutung und rechtliche Auswirkung der Anordnung des Führers v. 19. Jan. 1934 und der sie ergänzenden Verfügung des Stellvertreters des Führers v. 10. April 1934 über die Befugnisse des Reichsleiters für die Presse 2111 [15]
Bestrafung falscher Anschuldigung bei Parteidienststelle gem. §§ 2, 164 StGB. 1794 [34]
Von der NSDAP. und ihren Dienststellen ausgestellte Urkunden als öffentliche (§ 268 Ziff. 2 StGB.) 1336 [39]

NSV.
Pfändungsgrenze für Angestellten in der Reichsleitung der NSV., der nebenbei ehrenamtlich in der NSDAP. tätig ist 1166 [28]
§ 196 StGB. Beleidigung des Amtswalterkorps einer Ortsgruppe der NSV. 1799 [45]

Nationalsozialistische Weltanschauung
Verstößt der Verkauf einer Arztpraxis gegen die n. W.? 1518 1522
Nat.-soz. Rassen- und Familiengesetzgebung. Schrifttum 2182
Kein starres Festhalten an der Jahresfrist für Anfechtung der Ehelichkeit bei Unvereinbarkeit mit dem nat.-soz. Rechtsempfinden † 1971 [7] 2016

Naturschutz
Bestrafung des Umherlaufenlassens von Hunden im „Jagdbezirk" nach § 60 II Ziff 13 RJagdG., im „Schongebiet" nach § 21 II Ziff. a RNatSchG. 1832 111
Nebenintervention
Kostentragungspflicht des Streitverkündeten, der dem Rechtsstreit beigetreten ist und demnächst den Beitritt zurücknimmt, bzgl. der Kosten der N. 1996 23
Nebenklage
§ 823 BGB. Ersatzpflicht des Verletzers bezüglich der Kosten der N. des Verletzten, die diesem nach Einstellung des Strafverfahrens auf Grund Amnestie auferlegt worden 1635 6
Anschluß als Nebenkläger durch Revisionseinlegung nach Ablauf der Rechtsmittelfrist der Staatsanwaltschaft nicht mehr zulässig 1836 130
§ 472 RAbgO. Ladung des FinA. mit Nebenklägerstellung zur Hauptverhandlung † 1826 101
Neubau
Keine Umzugskostenentschädigung gemäß § 32 II MietSchG. für Inhaber einer Beamtendienstwohnung bei N. i. S. des § 33 MietSchG. 1258 25
Neubildung von Parteien
Weite Auslegung des § 2 Gesetzes gegen die N. v. P. 1351 61
Nichtigkeit
vgl. auch unter Sittenwidrigkeit
N. eines in der Gesellschafterversammlung gefaßten Strafbeschlusses wegen Nichteinhaltung der im Gesellschaftsvertrag für die Einberufung der Gesellschafterversammlung vorgesehenen Form 2038 7
§ 546 ZPO. Antrag auf Feststellung der N. eines Generalversammlungsbeschlusses † 1997 26
Nichtigkeitsverfahren (PatN.)
Einschränkende Änderung der Patentbeschreibung oder Patentzeichnung. Geltendmachung von Mangel des Erteilungsverfahrens zwecks Vernichtung des Patents. Grundlagen für Feststellung des Gegenstands des erteilten Patents 1554 16
§ 42 PatG. Mangels Beschwer Unzulässigkeit der Berufung des Patent-Inhabers gegen eine die Nichtigkeitsklage abweisende Entsch. des RPatA. mit der Begründung, das RPatA. habe das Patent in den Gründen einschränkend ausgelegt 1898 13
Auch der Patentinhaber als Berufungskläger ist nicht Antragsteller i. S. des § 37 V PatG. im Berufungsverfahren 1898 12
Niederlande
vgl. unter Holland
Niederschlagung der Gerichtskosten (§ 6 GKG.) 1670 38 2248 84
Notar
Vorsorgende Rechtspflege 1376
Jahrbuch für deutsche Rechtsanwälte und N., Berichtigung 1224
Abgabe der von Notaren verwahrten Verfügungen von Todes wegen an die AG. (AV. d. RJM.) 1381
Zur Frage des Vorliegens von Amtspflichtverletzungen bei N., der die Ausführung des von ihm beurkundeten Vertrages nachträglich vereitelt 1707 6
Nach württembergischen Landesrecht keine Haftung des Staates für Amtsversehen der öffentlichen N. 2208 23
Voraussetzung der Amtspflicht des N., eine von ihm beurkundete oder beglaubigte Erklärung mit dem Antrag auf Vornahme der erforderlichen Eintragung beim GBA. einzureichen 2121 25
Ermächtigung des N. gemäß § 10 I der 2. DurchfVO. z. RErbhofG., die anerbengerichtliche Entscheidung zu beantragen, ist widerlegbare gesetzliche Vermutung der Bevollmächtigung 1575 33
§ 10 II der 2. DurchfVO. z. RErbhofG. Beschwerderecht des N., der das Rechtsgeschäft noch nicht beurkundet hat, aber mit Beurkundung für den Fall der Erteilung der anerbengerichtlichen Zustimmung beauftragt ist 1581 37
Rechtsnatur des „Pensionsvereins für die bayr. Notare und ihre Hinterbliebenen" 1240 9
Notariatsgebühren
Rechtsprechung zur RKostO. betreffend N. 1933
Nötigung
§ 240 StGB. Erzwingen des Beischlafs durch einen Ehegatten von dem anderen 1330 29
Notwehr (§ 53 StGB.)
Zur Frage der „erforderlichen Verteidigung" durch gewaltsame Abwehr, die nur unter Tötung eines Menschen möglich ist † 1787 21
Oberlandesgericht
Vorlegung beim RG. gem. § 28 II FGG., wenn eines der zwei allein jetzt noch zur Entscheidung berufenen OLG. von der Entscheidung eines dazu nicht mehr berufenen OLG. abweichen will † 1982 14
§ 102 ZPO. Grobes Verschulden des OLG.-Anwalts bei Einlegung von Beschwerde beim LG., die erst nach Ablauf der Beschwerdefrist beim OLG. eingeht 2220 36
Oberversicherungsamt
§ 156 StGB. Zuständigkeit des O. zur Abnahme eidesstattlicher Versicherungen 1791 27
Observanz
PrALR. Erlöschen der Baupflicht des Patrons durch O. oder durch unvordenkliche Verjährung 1717 14
Obstbau
§ 6 RErbhofG. Mischbetriebe von überwiegender Landwirtschaft und zusätzlichem Obst- oder Gemüsebau 2144 47
Offenbarungseid
vgl. auch unter Schuldnerverzeichnis
Einwand der Eidesleistung ist im O.termin vorzubringen, kann nicht mit Beschwerde gegen Haftbefehl nachgeholt werden † 2233 61
Entscheidung über den vom Schuldner im O.termin erhobenen Widerspruch mit der Begründung, er habe den Eid geleistet, erst zulässig, nachdem dem Gläubiger Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben 2233 62
VollstrMißbrG. v. 13. Dez. 1934. Aussetzung des O.verfahrens auf Widerspruch des Schuldners unter Auferlegung von Ratenzahlungen 1445 63
Schutz nach dem VollstrMißbrG. vom 13. Dez. 1934 für Darlehnsgeber, der dem im Geschäft seiner Ehefrau tätigen Mann zur Verwendung in diesem Geschäft Darlehn gegeben hat, das Rückzahlungsurteil gegen den Ehemann infolge Intervention seitens der Ehefrau nicht vollstrecken kann und nun als der im Interventionsprozeß unterlegene Teil von der Ehefrau wegen des Prozeßkostenanspruchs zum O. geladen wird † 2215 28
§ 153 StGB. Anforderungen an die Feststellung des Strafrichters, daß bei Leistung des O. falsche Angaben gemacht sind 1791 26
Offene Handelsgesellschaft
Kündigungswiderrufsklage gegen OHG. 1128
§ 128 HGB. Haftung der Mitgesellschafter neben der OHG. für Anspruch eines Gesellschafters gegen die OHG. auf Grund eines mit dem Gesellschaftsverhältnis rechtlich nicht zusammenhängenden Vertragsverhältnisses † 1637 9
Geltendmachung einer Forderung des Gesellschaftergläubigers gegen die Gesellschaft, ferner eines rechtlich nicht mit dem Gesellschafterverhältnis zusammenhängenden Anspruchs gegen die Mitgesellschafter als Gesamtschuldner † 1986 16
Maßgebender Zeitpunkt für die Vermögenslage der OHG. wegen der Auseinandersetzung gemäß § 142 II HGB. Geschäftsübernahme nach § 142 I HGB. bei in der Person eines Gesellschafters gegebenem Grund zum Verlangen von dessen Ausschließung 1242 11
Rechtswirksamkeit der Aufnahme eines stillen Gesellschafters oder der Änderung des stillen Vertragsverhältnisses durch den allein vertretungsberechtigten Gesellschafter † 1492 12
Keine Umwandlung einer Kapitalgesellschaft in OHG. durch Eintritt eines Dritten an Stelle eines der bisherigen Gesellschafter als dessen Treuhänder als persönlicher Gesellschafter † 1992 19
Verpflichtung des geschäftsführenden Gesellschafters der OHG., bei kleingewerblichem Umfang des Geschäftsbetriebs die Löschung der Firma zu beantragen † 1982 14
Eintragung von Hypothek in auf den Namen einer OHG. oder KommGes. eingetragenen Grundstücken nach Wechsel sämtlicher Gesellschafter 2122 28
Behandlung des Armenrechtsgesuchs einer OHG. 1428 31
Ordnungsstrafe
Beschwerdeberechtigung der Organe des Handelsstandes im O.verfahren gemäß § 140 HGB. zwecks Berichtigung des Handelsregisters † 1268 33
Österreich
Manzsche Taschenausgabe der österreichischen Gesetzen:
1. Bd.: Das ABGB. und die wichtigsten Nebengesetze.
2. Bd.: Das allg. HGB.
3. Bd.: Die Jurisdiktionsnorm und die ZPO.
4. Bd.: Die ExekO. Schrifttum 2032
Die Ehescheidung tschechoslowak. Staatsangehöriger im ehemaligen österreichischen Rechtsgebiet 1297 1322 15
Eingehung neuer Dispensehe nach Scheidung der ersten Ehe auf Grund österreichischen Rechts von Tisch und Bett als Ehebruch gegenüber dem ersten Ehegatten † 1307 6
Kein Anspruch der Ehefrau nach österreichischem Recht auf Prozeßkostenvorschuß des Ehemanns im Scheidungsprozeß, daher kein Erlaß dahingehender EinstwVfg. † 1974 10
Kein Anspruch der Frau auf Unterhaltsrente nach Ungültigerklärung einer österreichischen Dispensehe † 1979 12
Pacht
vgl. auch unter KleingartenPachtLO.
Entscheidungen des KG. und des OLG. München in Kosten-, Straf-, Miet- und Pachtschutzsachen. Schrifttum 2032
Ersatz der Schriftform für Pachtverträge durch vor Schiedsgericht geschlossenen Vergleich 1701 2

Wann begründet öffentlich-rechtliche Anordnung, die Gebrauch oder Nutzung eines P.gegenstands hindert, einen Fehler der P.sache i. S. des § 537 BGB.? † 2104 [10]

Wichtiger Grund für Lösung dauernder Vertragsverhältnisse, die persönliches Zusammenarbeiten und daher gutes Einvernehmen der Beteiligten verlangen, insbesondere Miete und P. 1146 [4]

Kündigungsbefugnis des Verpächters auch ohne rechtfertigenden Grund, aber Einwendung des Rechtsmißbrauchs für den Pächter gegeben † 2108 [13]

P.vertrag über öffentliches Fährregal. Inwieweit ist der Verpächter verpflichtet, dem Pächter den Wettbewerb Dritter fernzuhalten? 2106 [11]

Anwendung der PreisstopVO. auf Miet- und P.entgelte 1594

Geltung der PreisstopVO. v. 26. Nov. 1936 für die anderweite Festsetzung des P.zinses durch das PEA. und das LG. 1564 [24]

Keine Versagung der Genehmigung zu Verpachtung von Teil des Erbhofs, weil der P.vertrag nicht den Richtlinien des Reichsnährstandes entspricht 1586 [44]

Erbhofeigenschaft eines gemischten Betriebes, wenn der Hofeigentümer die auf der Besitzung von ihm eingerichtete und anfänglich selbst betriebene Gastwirtschaft verpachtet hat. Abwägung der beiderseitigen Erträge 2143 [46]

Bejahung der Erbhofzugehörigkeit von Grundstücken, die vor dem Inkrafttreten des RErbhofG. ohne Eigentumsübergang an außerhalb des Heimatsorts wohnende Kinder überlassen worden sind, die die Grundstücke verpachtet haben 2146 [50]

Buchmäßige Behandlung eines vom Verpächter dem Pächter zum Verbrauch überlassenen eisernen Bestands an Wirtschaftsgütern bei Verpflichtung zur Rückgabe eines gleichen Bestandes am Ende der Pacht † 1281 [47]

Parken der Kraftfahrzeuge † 1343 [53]

Parteien, politische
vgl. unter NSDAP., Neubildung von P.

Parteidienststellen und Parteigenossen
vgl. unter NSDAP.

Parteiprozeß
Beiordnung eines deutschen Rechtsanwalts für auswärtigen Juden im P. † 1650 [17]

Parteivernehmung
Prozeßbetrug durch unrichtige Behauptungen der Partei 1760

Unzulässigkeit des Beweisantrags auf P. neben anderen Beweismitteln (ZR.) 1723 [21]

Kann Schiedsgericht Beweisbeschluß auf eidliche Vernehmung von Parteien durch das Staatsgericht erlassen? † 2236 [66]

Paßfälschung (§ 363 StGB.)
„Zum Zwecke des bessern Fortkommens" 1338 [45]

Patent
ErteilungsP. und VerletzungsP.; Prüfung, Umgrenzung und Auslegung der Erfindungstragweite nach dem neuen PatG. 1860

§ 2 PatG. Die Sechsmonatsfrist im neuen P.recht 1856

§ 54 PatG. Die verfahrensrechtliche Wirkung des Verbots weiterer P.verletzungsklagen aus anderen P. 1851

Kartell- und P.monopol (zur Auslegung des § 54 PatG.) 1849

Kann der § 54 PatG. dem Inhaber einer ausschließlichen Lizenz entgegengehalten werden? 1854

PatG. Schrifttum 1231

Bei offenkundiger Vorbenutzung ist Erkennen des Erfindungsgedankens durch den Vorbenutzer nicht erforderlich. — Gewährung des P.schutzes für Auffindung einer neuen Zweckbestimmung eines Gegenstands, die ohne erfinderische Leistung nicht erkennbar war. — Unbeachtlichkeit des sog. freien Standes der Technik außer den neuheitsschädlichen Tatbeständen des § 2 PatG. 1887 [6]

§§ 1, 13, 35 PatG. Einschränkende Änderung der P.beschreibung oder P.zeichnung. Geltendmachung von Mangel des Erteilungsverfahrens zwecks Vernichtung des P., Grundlagen für Feststellung des Gegenstands des erteilten P. 1554 [16]

Feststellung des der Ermittlung des Schutzumfanges eines P. zugrunde zu legenden Gegenstands der Erfindung auf der Grundlage des im Erteilungsverfahren erörterten Standes der Technik 1889 [7]

Beschränkung des Schutzumfangs des P. auf den Gegenstand der Erfindung durch den unzweideutigen Inhalt der P.schrift 1890 [8]

Beurteilung der Neuheitschädlichkeit der Vorbenutzung bezüglich vor dem Inkrafttreten des PatG. 1936 erteilter Patente nach § 2 Satz 2 PatG. 1936 1149 [8]

Bestehenbleiben eines vor dem 1. Okt. 1936 entstandenen Vorbenutzungsrechts an Erfindung, auch wenn es jetzt nicht mehr entstehen könnte. Umfang des Schutzes des Vorbenutzungsrechts 1149 [9]

§ 6 PatG. n. F. Richtige Stellung der Aufgabe, woraus sich für den Sachverständigen die Lösung ergibt, als schutzfähige Erfindung. Durch neue unvollkommene Konstruktion regelmäßig kein Gebrauchmachen von dem Erfindungsgedanken des P., das für Erreichung der schon früher anderweit erstrebten Wirkung durch neue konstruktionelle Maßnahmen erteilt ist 1152 [10]

§ 6 PatG. n. F. Prüfung des selbständigen Schutzes eines Unteranspruchs 1153 [11]

§ 6 PatG. n. F. Schutz eines über den sich aus dem Schutzanspruch ergebenden Gegenstand der Erfindung hinausgehenden allgemeinen Erfindungsgedankens nur, soweit dieser in der P.schrift offenbart und soweit die Erweiterung des Schutzes mit dem Stand der Technik vereinbar 1892 [9]

§ 6 PatG. n. F. Anforderungen an die P.schrift und Heranziehung der Erteilungsakten bei Prüfung des Schutzumfangs hinsichtlich der Bekämpfung des Vorurteils der Fachwelt, die Verwendung bestimmter Stoffe sei für bestimmte Zwecke notwendig 1893 [10]

§§ 6, 47 PatG. n. F. Feststellung des bedingten Vorsatzes oder grober Fahrlässigkeit bei P.verletzung. Zulässigkeit des Einwands der Verwirkung. Zur Frage des Mitverschuldens des Verletzten. Keine Rechtskraft der Feststellung objektiver P.- oder Gebrauchsmusterverletzung für die Entscheidung über den Schadensersatzanspruch 1895 [11]

Auch der P.inhaber als Berufungskläger ist nicht Antragsteller i. S. des § 37 V PatG. im Berufungsverfahren 1898 [12]

§ 42 PatG. Mangels Beschwer Unzulässigkeit der Berufung des P.inhabers gegen eine die Nichtigkeitsklage abweisende Entscheidung des RPatA. mit der Begründung, das RPatA. habe das P. in den Gründen einschränkend ausgelegt 1898 [13]

Keine entsprechende Anwendung des § 519 VI Satz 4 ZPO. auf den Antrag aus § 53 PatG. 1899 [14]

Überlassung von Patenten durch geschäftsführenden Gesellschafter an GmbH. Kündigungsrecht der Erben des Geschäftsführers nach dessen Tode? 1246 [13]

Durch Vereinbarung des P.inhabers mit Drittem keine Änderung des P.anspruchs, aber Begründung der Verpflichtung des P.inhabers zur beschränkten Geltendmachung des P. 1247 [14]

Freie Erfindung und Diensterfindung. Anmeldung der Erfindung zum P. durch den Angestellten für sich, und Abschluß von Lizenzverträgen. Wann sind die Lizenzgebühren aus der Geschäftsbesorgung erlangt? 2192 [6]

Klage auf Erteilung der Vollstreckungsklausel gegen den Rechtsnachfolger eines P.rechtes † 1667 [34]

§ 3 UnlWG. Wann ist Firmenbezeichnung des Mitbewerbers, in der die Herstellung patentierter Ware zum Ausdruck gebracht wird, als irreführend anzusehen? Verwirkungseinwand 1881 [4]

§ 51 PatG. Kein Anspruch des zum Armenanwalt für P.rechtsstreit bestellten, an anderem LG. zugelassenen Rechtsanwalts auf Erstattung der durch Reisen zwischen Wohnort und Prozeßgericht entstandenen Kosten gegen die Reichskasse 2239 [70]

Patentanwalt
Zur Frage der Erstattungsfähigkeit der Kosten eines P. im Geschmacksmuster- u. Gebrauchsmusterrechtsstreit † 2219 [34 35]

Patentrolle
Die Bedeutung der Eintragung in die P. bei der übertragung eines Patents 1858

Patronat
Zulässigkeit des Rechtswegs für Klage auf Feststellung des Bestehens eines P.verhältnisses zwischen Kirchengemeinde u. einem Dritten. Voraussetzungen für dingliches P.verhältnis in Preußen 1663 [30]

Voraussetzungen des Begriffs des geistlichen P. Erlöschen der Baupflicht des Patrons durch Observanz oder durch unvordenkliche Verjährung 1717 [11]

Pension
vgl. unter Ruhegehalt

Pensionsversicherung
Beginn des Laufs der Fünfjahresfrist für Rücktritt des Versicherers wegen Verletzung einer Anzeigepflicht. Verfügungen i. S. des § 19 II AllgVersBed. Auch bei unwiderruflicher Bezugsberechtigung des Versicherten Aufhebung des Versicherungsvertrags für die Zukunft durch Versicherungsnehmer zulässig † 1498 [15]

Personensorgerecht
Hat die geschiedene Mutter, der nur das P. zusteht, Anspruch auf einen Beistand? 2022

Maßnahmen des VormGer. aus § 1666 BGB. gegen zum Vormund für ihre Kinder bestellte Kindesmutter wegen mißbräuchlicher Ausübung des tatsächlichen P. 2197 11

Nach Ablehnung des Antrags des JugA. auf Anordnung der Fürsorgeerziehung durch das VormGer. keine Befugnis des LG. als Beschwerdegericht, dem Kindesvater das P. gemäß § 1666 I BGB. zu entziehen 2207 21

Personenstandsgesetz
vgl. unter Standesregister

Personenstandsunterdrückung (§ 169 StGB.)
Anwendung des § 157 I Ziff. 1 StGB. bei Gefahr der Strafverfolgung wegen P. durch falsche Bezeichnung des Erzeugers 1792 29 30

Pfandrecht
VermieterPf. 1255 21 1802 54

Pfändung
vgl. auch unter Arrest
VO. über die Pfändbarkeit von Einbehaltungsbeträgen 1388
Die Pfändbarmachung unpfändbarer Sachen durch Hingabe eines Ersatzgegenstandes 1673
Frage der Kostentragung bei ErsatzPf. 1673 2231 55
§§ 803, 829 ZPO. Pf. einer Forderung „in Höhe" eines bestimmten Betrags zuzüglich Zinsen und Kosten † 2133 37
Kein Schutz gemäß § 811 Ziff. 1 ZPO. für das unter Eigentumsvorbehalt auf Abzahlung gelieferte Rundfunkgerät gegenüber dem Lieferanten 1669 35
§ 811 Ziff. 1 ZPO. Grundsätzlich Unpfändbarkeit des Rundfunkgeräts 2231 56
Kein Pf.schutz gemäß § 811 Ziff. 5 ZPO. für unbrauchbaren Kraftwagen, dessen sich Geschäftsreisender für seine Tätigkeit bedient hatte und aus dessen Erlös er neuen Kraftwagen anschaffen will 1669 36
§ 829 ZPO. Bezeichnung der einzelnen Mietsforderungen bei Pf. von Untermiete gegen Pensionsinhaber 1443 58
§§ 829, 836 ZPO. Betreibung des Festsetzungsverfahrens aus § 4 ArmAnwG durch den Pf.gläubiger des Ersatzanspruchs des Armenanwalts an die Reichskasse 1653 19
§ 850 III ZPO. Konkurrenz von Unterhaltsansprüchen eines unehelichen und eines volljährigen ehelichen Kindes 1445 60
§§ 850, 850b ZPO. Pfändbarkeit von Schwerarbeiterzulagen 1166 27
§§ 850, 850b ZPO. Pf.schutz bei Zusammentreffen von Ruhegehalt und Arbeitslohn, keine Zusammenrechnung der beiden Bezüge 2231 57
§ 850b ZPO. Pf.schutz für Provisionsvertreter 1445 61
Pf.beschränkung gemäß § 850b ZPO. auch für Gehaltsrückstände 2232 58
§ 850b ZPO. Kein weitergehender als der gesetzliche Lohnpfändungsschutz wegen tatsächlichen Mehrbedarfs des Schuldners 1274 38
Keine Anwendung der Vergünstigung des § 850b ZPO. für unterhaltsberechtigte Ehefrauen auf unterhaltsberechtigte, in eheähnlichen Verhältnissen lebende Frau 1670 37
§§ 850, 850b ZPO. Notwendiger Unterhalt eines Angestellten in Berlin, ferner eines Angestellten in der Reichsleitung der NSV., der nebenbei ehrenamtlich in der NSDAP. tätig ist 1166 28
Notwendiger Unterhalt bei UnterhaltsPf. einer Haushaltangestellten mit freier Verpflegung und Unterkunft 1166 29
Einreden gegen eine gemäß § 850d ZPO. fingierte Entgeltforderung zwischen Eheleuten 2072 67
§ 851 ZPO. Frage der Zulässigkeit der Abtretung und Pf. von Ansprüchen auf Auszahlung von Baugeld 2232 59
§ 886 ZPO. Pf. und Überweisung des Herausgabeanspruchs bei auf Verschaffung lautendem Vollstreckungstitel 1445 62
§§ 8, 39 RErbhofG. Auch zum Verkauf bestimmtes Vieh ist Hofzubehör, soweit es für die Bewirtschaftung vorhanden. Unzulässigwerden der Pf. von seinerzeit nicht als Hofzubehör anzusehendem Vieh wegen veränderter Umstände † 2097 1
Bei Pf. oder Verpfändung des Anteils eines Gesamthänders an in Gesamthandsgemeinschaft stehendem Grundstück Duldungstitel gegen Pfandgläubiger zur Anordnung der Zwangsversteigerung des Grundstücks erforderlich 2129 35

Pferderennwesen
Stellung der obersten Behörde für Vollblutzucht und Rennen nach der neuen, am 13. März 1934 genehmigten RennO. 1721 20

Pflegekind
Tateinheit von Versuch der Blutschande und Unzucht mit Pf. 1758 1795 35 1796 37
Nicht ohne weiteres Pflegeelternverhältnis i. S. des § 174 I Ziff. 1 StGB. zwischen Stiefvater und Stieftochter 1796 37
§ 32 II 1c, 2 EinkStG. 1934. Pflegekindschaftsverhältnis 1279 44

Pfleger
vgl. auch unter Güterpflegschaft
Beiordnung des Rechtsanwaltspflegers als Armenanwalt für Arbeitsgerichtsprozeß 1186 60
Beiordnung des Anwaltspflegers als Armenanwalt im Unterhaltsprozeß 2240 73
Entlassung des jüdischen VermögensPf. wegen Gefährdung i. S. des § 1886 BGB. 2119 22
§ 57 Ziff. 3 FGG. Beschwerderecht der Verwandten und Verschwägerten des Pfleglings. Aufhebung der Unterhaltspflegschaft, wenn der Vater, der seinem Kinde aus Unterhaltsurteil noch erhebliche Beträge schuldet, dem Kind jetzt in seinem Haushalt Naturalunterhalt gewährt 2205 19
Genehmigung des VormGer. nicht erforderlich zu Entscheidung des Pf. darüber, ob er Geldanspruch des Pflegebefohlenen verfolgen oder die zwecks Aufrechnung geltend gemachte Gegenforderung anerkennen will. Pflichtwidrige Anerkennung eines Ersatzanspruchs des Fürsorgeverbands wegen unerlaubter Handlung 2198 12
Genehmigung des VormGer. nicht erforderlich zur Bekanntmachung des Erbrechts des Fürsorgeverbands an den Pf. von in unentgeltlicher Anstaltsverpflegung verstorbenen oder laufend aus Wohlfahrtsmitteln unterstützten Personen 2047 19
§ 8 ErbkrNachwG. Beschwerde gegen Pf.bestellung 2060 46 † 2063 51

Pflichtteil
Keine Berücksichtigung des bereits bei Berechnung des Pf. nach § 2316 II BGB. dem Nachlaß als ausgleichspflichtige Zuwendung Hinzugerechneten bei Pf.ergänzungsanspruch 2201 15

Photographie
§ 20 KunstSchG. Zulässigkeit des Photographierens aller von öffentlichen Straßen aus sichtbarer Baulichkeiten † 1411 3
§ 286 ZPO. Würdigung von Lichtbildern als Beweismittel 1776 7

Plaketten
Sachwucher und Betrug bei Erzielung übermäßigen Gewinns mit der Lieferung von P., die durch unzureichend entlohnte Heimarbeiter hergestellt worden sind 1289

Polen
Deutsch-polnische Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Rechts 1392
Gläubigerschutz in P. Schrifttum 1542
Bestimmung der Staatsangehörigkeit früherer russischer Staatsangehöriger, die vor dem Krieg auf polnischem Gebiet gewohnt, seit Errichtung P. aber in Deutschland gewohnt haben † 1325 13
Keine Zuständigkeit der deutschen Gerichte für die Ehescheidung polnischer Staatsangehöriger † 1324 16
Bei sowohl deutscher als auch polnischer Staatsangehörigkeit der Beklagten steht § 606 IV ZPO. der Zuständigkeit der deutschen Gerichte nicht entgegen † 1979 13
Zuständigkeit der deutschen Gerichte für Klagen polnischer Staatsangehöriger auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft. Versagung des Armenrechts für diese Klage, wenn sie offensichtlich nur zur Vorbereitung der Scheidungsklage dienen soll, für die bei polnischen Parteien die deutschen Gerichte unzuständig 2239 72

Politik
Reichsrechtsführer Dr. Frank spricht auf politischen Großkundgebungen über „Partei, Recht und P." 1870

Polizei
vgl. auch unter AusländerP.
Das PolVerwG. und das Gesetz über die Geheime StaatsP. Schrifttum 1226
PrPolVerwG. Schrifttum 2032
Abgrenzung der Befugnisse der Wohnungsaufsichtsbehörden von denen der P.behörden † 1589 46

Polizeibeamte
Einbeziehung der Polizeiverwaltungsbeamten in den Schutz des BeamtUnFürsG., soweit sie gemeinschaftlich mit Polizeivollzugsbeamten dienstlich tätig sind 1720 17

Polizeiliche Strafverfügung
§ 413 StPO. Nachprüfung der Zuständigkeit zum Erlaß der p. St. in jeder Verfahrenslage 1361 86
Unwirksamkeit der dem Antrag auf gerichtliche Entscheidung beigefügten Erklärung des Beschuldigten, die p. St. nur wegen der Strafhöhe anzufechten 1838 132
§ 417 StPO. Verwerfung des Antrags des Angeklagten auf gerichtliche Entscheidung gegen p. St. wegen unentschuldigten Ausbleibens 1360 84

Polizeiverfügung
Erzwingung der Vorlegung des Führerscheins zum Zwecke der Eintragung von Verkehrsstrafen durch P. † 1839 138

Postscheck
§ 554 VII ZPO. Entscheidend ist der Eingang der Zahlung bei der Kasse, nicht der Zahlkarte beim P.amt 2002 29

Postschließfach
§ 249 RAbgO. Nachsichtgewährung bei Einwurf einer Rechtsmittelschrift in vom FinA. unterhaltenes Postschließfach † 1924 29

Postwagen
P. als „Wegerechtsfahrzeuge" 1826 99

Prävarikation
§ 356 StGB. Strafbarkeit der Partei, die sich die pflichtwidrigen Dienste leisten läßt, wegen Anstiftung oder Beihilfe † 1809 64

Praxis
vgl. unter ArztP., RechtsanwaltsP.

Preisbildung
P. und Preisüberwachung. Schrifttum 1538 2032
Leistungen und Entgelte im Rahmen der P. und Preisüberwachung:
Leistungen und Entgelte i. S. der PVO. 1593
Verkehr; Mieten und Pachten; Versicherung 1594
Bank- und Börsenwesen; Leistungen und Entgelte auf kulturellem Gebiete; Beiträge 1595
Preisschleuderei und PreisstopVO. 1947
Gebotene und verbotene Rabattgewährung nach der PreisstopVO. 2171
Erläuterungen der VO. über das Verbot von Preiserhöhungen v. 26. Nov. 1936 1948
Verbot der Preiserhöhungen gem. VO. v. 26. Nov. 1936 für Grundstücksveräußerungen 1766
Unwirksamkeit der zwecks Mieterhöhung nach Inkrafttreten der PreisstopVO. ohne Genehmigung ausgesprochenen Kündigung 1545 3 † 1737 34
Nichtigkeit von nach dem 19. Okt. 1936 vereinbarten Mieterhöhungen für mieterschutzfreie Räume wegen Verstoßes gegen die PreisstopVO. † 1640 11
Geltung der PreisstopVO. v. 26. Nov. 1936 für die anderweite Festsetzung des Pachtzinses durch das PEA. und das LG. 1564 24
PreisstopVO. v. 26. Nov. 1936. Keine Untersagung des schon am 17. Okt. 1936 geübten Unterbietens von Kartell- und Markenartikelpreisen als unlauterer Wettbewerb 1737 35

Preisbindungen
VO. über Aufhebung und Untersagung von P. v. 30. Aug. 1930. Nichtigkeit der Vereinbarung des die Rohtexte eines Buchs an Buchbindereien liefernden Verlegers mit diesen über Einhaltung bestimmter vom Verleger vorgeschriebener Preise 2212 26

Presse
Bedeutung und rechtliche Auswirkung der Anordnung des Führers v. 19. Jan. 1934 und der sie ergänzenden Verfügung des Stellvertreters des Führers v. 10. April 1934 über die Befugnisse des Reichsleiters für die P. 2111 15

Preßgesetz
Verhältnis des Berichtigungsanspruchs nach P. zum Widerrufsanspruch auf Grund unerlaubter Handlung. Wahrnehmung berechtigter Interessen durch die Presse 1261 29
Zu den „Zwecken des Gewerbes" i. S. des § 6 II P. gehört auch die Geschäftsreklame. Beginn der Verjährung der Übertretung 1831 107

Preußen
Preuß. Verwaltungsrecht. Schrifttum 2183
Zulässigkeit des Rechtswegs für Auflösung einer GmbH. in P. 1270 34
Unzuständigkeit des Gerichts und Unzulässigkeit des Rechtswegs in Arbeitssachen. Kompetenzkonflikt in P. 2069 62
Keine Anwendung der sachlichen Vorschriften des Steuerstrafrechts der RAbgO. für Landesabgaben usw. Preußens † 1349 58
Preuß. Beamtenrecht. 30jähr. Verjährung für alle Beamten bei Dienstpflichtverletzungen gegenüber Staat oder Gemeinden 1922 28
Voraussetzungen für dingliches Patronatsverhältnis in P. 1663 30

Privatklage
VO. des Reichsleiters Buch betr. P. und Zivilprozesse unter Parteigenossen 1766

Probeassessor
Für Terminswahrnehmung durch bei RA. beschäftigten P. die gleichen Gebühren wie durch den RA. selbst 1418 13 1419 15
Können Armenanwaltsgebühren, insbes. die Prozeßgebühr, aus der Reichskasse erstattet werden, wenn ein P. oder Anwaltsassessor den RA. vertritt? 1382
Gebühren des zum Pflichtverteidigers bestellten RA. für Tätigkeit des P. in der Hauptverhandlung 1839 135

Protokoll
Die P.führung im Zivilprozeß. Schrifttum 1542
Ausschlagung des Erbhofs durch vor dem zuständigen AnerbG. zu P. gegebene und von diesem beurkundete Erklärung 2153 56

Provision
Anspruch der nur P. beziehenden Handlungsgehilfen auf „Gehalt und Unterhalt" im Fall des unverschuldeten Unglücks 1170 37

Prozeßbetrug
P. durch unrichtige Behauptungen der Partei 1760

Prozeßgebühr des RA.
Können Armenanwaltsgebühren, insbes. die P., aus der Reichskasse erstattet werden, wenn ein Probe- oder Anwaltsassessor den RA. vertritt? 1382
P. bei Einreichung der Klage mit Armenrechtsgesuch 1424 26 1429 33
§ 14 RAGebO. P. bei Einbeziehung nichtrechtshängiger Ansprüche in gerichtlichen Vergleich 1419 16
Ermäßigung der P. gem. § 14 RAGebO. für Armenanwalt, der vor Beiordnung die mit dem Armenrechtsgesuch eingereichte Ehescheidungsklage dem Gerichtsvollzieher zur Zustellung übergibt, wenn dieser sie entgegen § 185 ZPO. an die Klagpartei als Ersatzperson zustellt 1746 49

Prozeßgebühr, gerichtliche
P. bei Berufung gegen mehrere in demselben Rechtsstreit ergangene Urteile, ferner wechselseitige Berufung gegen dasselbe Urteil 1447 66
Fortfall bzw. Ermäßigung der P. gem. § 29 GKG. bei Zurücknahme einer vor dem BG. erhobenen Restitutionsklage 1447 67

Prozeßleitungsgebühr (§ 23 Ziff. 5 RAGebO.) 1421 19

Prüfung, juristische
Klausurschemata und Rechtsprobleme für die ReferendarP. Schrifttum 1144
Die RechtswahrerP. Reichsnebengesetze. Schrifttum 2096

Prüfungswesen
vgl. auch unter Betriebsprüfung
Kongreßarchiv 1936 des deutschen Prüfungs- und Treuhandwesens. Schrifttum 1228

Putzfrau
§ 181 ZPO. Ersatzzustellung an P. 1663 29

Rabatt
Gebotene und verbotene R.gewährung nach der PreisstopVO. 2171
§ 7 RGes. (Zulässigkeit des Mengennachlasses) unanwendbar bei fortlaufender, nach Menge und Dauer unbestimmter, in regelmäßigen Abständen zu bezahlender Lieferung, z. B. von Gas † 1882 5

Radfahrer
§ 222 StGB. Sorgfaltspflicht des R. gegenüber sich erkennbar verkehrswidrig verhaltenden Fußgängern † 1820 86
§ 222 StGB. Überholen von R. durch Kraftfahrzeuge 1821 87
§ 222 StGB. Strafbarkeit des Kraftfahrers, der Anhängen eines R. an sein Fahrzeug duldet 1345 54

Rang von Grundstücksrechten
Die Beseitigung der relativen Rangverhältnisse mit Hilfe des Art. 31 der 7. DurchfVO. z. LandwEntschG. 1867
Rangloser Vermerk einer im Grundbuch eingetragenen Entschuldungsrente im Hypothekenbrief über auf dem Grundstück lastende Hypothek 1561 21
§ 839 BGB. Schaden des Gläubigers bei Rangverschlechterung seiner Hypothek durch Amtsversehen des Grundbuchbeamten, wenn infolgedessen die vordem entfernte Möglichkeit eines Ausfalls der Hypothek näher gerückt und damit die Befriedigung des Gläubigers gefährdet ist 1917 23
Auch bei Verteilung im Zwangsversteigerungs- oder Zwangsverwaltungsverfahren gilt dem Gläubiger gegenüber der bessere Rang eines dinglichen Rechts des zugleich persönlich haftenden Vollstreckungsschuldners 2101 7
Keine Vollstreckung wegen Reichsmarkforderung an der Rangstelle einer Goldmarkhypothek 1509 19

Rasse
R. als Grundlage und als Gegenstand des Rechts 1140
R. und Recht. Monatsschrift 1537
Nationalsozialistische R.- und Familiengesetzgebung. Schrifttum 2182
Anfechtung der Ehelichkeit eines während der gültigen Ehe eines Ausländers empfangenen Kindes nach dem Heimatrecht des Ausländers. Keine Übertragung der nationalsozialistischen Forderung nach Klärung der rassischen Abstammung auf ausländische Gesetzgebung anderer Einstellung 1727 24

Rassenpflege
Rassenkunde, Erbbiologie, R. Schrifttum 1958

Rassenschande
§§ 2, 5 BlutSchG. Zum Begriff des Geschlechtsverkehrs 1338 46 1783 13
R. des Juden, der nach Scheidung von seiner deutschblütigen Frau die geschlechtlichen Beziehungen zu dieser wieder aufnimmt 1781 11
Heiratsabsicht des Juden gegenüber deutschblütiger Person, mit der er R. getrieben hat, kein Strafmilderungsgrund 1782 12
Verbrechen gegen §§ 2, 5 II BlutSchG. in Tateinheit mit Verbrechen gegen § 176 StGB. 1781 10 1783 13
Strafbarkeit der an einem Verbrechen gegen das BlutSchG. beteiligten Frau wegen Begünstigung durch wissentlich unwahre Aussage im Verfahren gegen den Mann 1781 9

Nichtvereidigung einer im Verfahren wegen R. vernommenen Zeugin 1358 [73]

Raten

VollstrMißbrG. v. 13. Dez. 1934. Aussetzung des Offenbarungseidverfahren auf Widerspruch des Schuldners unter Auferlegung von R.zahlungen 1445 [63]

Raub

Tateinheit zwischen § 251 und § 226 StGB. 1328 [21]

Räuberischer Diebstahl

Strafzumessung für r. D., bei dem die scharfschärfenden Umstände aus § 250 Ziff. 3 StGB. nur für die Nötigung, nicht für den D. zutreffen † 1332 [34]

Rechnungslegung

§ 209 BGB. Keine Unterbrechung der Verjährung durch Klage auf R. und Auskunfterteilung 2101 [6]

Rechtsanwalt

vgl. auch unter Armenanwalt, Substitut, Verteidiger

Keine Beendigung von Eheprozessen durch eigene Erklärungen der Parteien ohne Hinzuziehung des R. 2019

Berichte aus der Deutschen Rechtsfront und dem NSRB.

Übersicht über die zahlenmäßige Entwicklung der Anwaltschaft i. J. 1936 1222

Die zahlenmäßige Entwicklung der Anwaltschaft seit 1933 1391

700 Jahre Rechtsanwaltschaft in Berlin 2026

Anwaltliche Vertretung im Ausland 1537 2181

Jahrbuch für deutsche R. und Notare, Berichtigung 1224

Entscheidungen

Nachprüfung der Zurücknahme einer Zulassung zur Rechtsanwaltschaft auf Grund § 3 Ges. über Zulassung zur Rechtsanwaltschaft wegen kommunistischer Betätigung durch die ordentlichen Gerichte über Art. 131 WeimVerf. 1723 [22]

Beiordnung des R.pflegers als Armenanwalt für Arbeitsgerichtsprozeß 1186 [60], desgleichen im Unterhaltprozeß 2240 [73]

§ 38 RAnwO. Beiordnung eines deutschen R. für auswärtigen Juden im Parteiprozeß † 1650 [17]

§ 139 ZPO. Keine Pflicht des Richters, im Anwaltsprozeß auf die evtl. zum Erfolg führende Klagbegründung hinzuweisen? † 2220 [37]

Grundsätze für die Sorgfaltspflicht des R. bei Bildung seiner Rechtsanschauung 1633 [4]

Haftung des R., der Vertrag entworfen hat, dessen Rechtsgültigkeit wegen Formmangels zweifelhaft ist † 1626 [1]

Hemmung der Verjährungsfrist im Anwaltsprozeß, wenn arme Partei infolge verzögerter Entscheidung auf rechtzeitig gestelltes Armenrechtsgesuch die Klage nicht innerhalb der Verjährungsfrist hat erheben können. Pflicht des R., das Gericht auf drohende Verjährung hinzuweisen? 2188 [3]

Aufhebung der infolge nicht formgemäß erfolgter Zustellung eingetretenen rechtlichen Wirkungslosigkeit des Armenrechtsbeschlusses durch Bevollmächtigung und Auftreten des im Beschluß beigeordneten R. 1429 [32]

Scheidung der Ehe aus § 1568 BGB. nach dem 1. Termin, in dem der Beklagten, ohne R., persönlich erschienen und die Behauptungen der Klägerin zugegeben hat † 1442 [56]

§ 233 ZPO. Versehen des R., der sich auf unzutreffende Ansicht eines vielbenutzten Erläuterungsbuches stützt † 1666 [32]

§ 234 ZPO. Pflicht des R., der Vertretung einer Partei übernommen hat und ausübt, zur Wahrnehmung von deren Rechten ungeachtet etwa offener Gebührenforderungen 1437 [49]

§ 91 ZPO. Reisekosten des beim RArbG. auftretenden auswärtigen R. 1189 [64]

Auch in Ehe- und Familienstandssachen Zustellung der Restitutionsklage an den Bekl. zu Händen seines Prozeßbevollmächtigten 2222 [39]

Kostenerstattung für zweiten R. nach Verweisung des Rechtsstreits auf Widerspruch im Mahnverfahren an das LG. 1442 [57]

§ 102 ZPO. Grobes Verschulden des OLG.-Anwalts bei Einlegung von Beschwerde beim LG., die erst nach Ablauf der Beschwerdefrist beim OLG. eingeht 2220 [36]

§ 77 GKG. Kostenhaftung der Partei, deren erstinstanzlicher Prozeßbevollmächtigter gegen ihren Willen Auftrag zur Berufungseinlegung erteilt hat 1671 [41]

§ 276 ZPO. Verweisung des Rechtsstreits vom unzuständigen AG. an das ArbG. Erstattung der Kosten des den Bekl. vor dem AG. vertretenden R. durch den Kläger 1191 [68]; dagegen keine Erstattung der Kosten des den vor dem ArbG. obsiegenden Kläger zunächst vor dem AG. vertretenden R. durch den Bekl. 1192 [69]

§ 356 StGB. Prävarikation † 1809 [64]

Rechtsanwaltsgebühren

R. im Dienststrafverfahren gegen Beamte auf Grund der RDStrO. v. 26. Jan. 1937 1384

Gebührenanspruch des Rechtsanwalts für Tätigkeit des ihm überwiesenen Anwaltsassessors 1650 [16] 2247 [83]; ferner des Pflichtverteidigers für Tätigkeit des Probeassessors 1839 [135]

Für Terminswahrnehmung durch bei Rechtsanwalt beschäftigten Probeassessor die gleichen Gebühren wie durch den Rechtsanwalt selbst 1418 [13] 1419 [15]

Können Armenanwaltsgebühren, insbes. die Prozeßgebühr, aus der Reichskasse erstattet werden, wenn ein Probe- oder Anwaltsassessor den Rechtsanwalt vertritt? 1382

Fester Gebührensatz von 24 *RM* für Gebührenberechnung in Ehesachen auch bei Erwirkung von Verlustigkeitsurteil (§ 515 III ZPO.) 2238 [68]

§ 7 RAGebO. Anspruch jedes von mehreren verklagten assoziierten Anwälten auf die vollen Anwaltsgebühren 2243 [78]

§ 7 RAGebO. Gebührenrechtliche Stellung der Rechtsbeistände allgemein und insbesondere als gesetzliche Vertreter einer Partei oder Partei kraft Amtes 2244 [79]

§ 13 Ziff. 1 RAGebO. Bis zur Verbindung mehrerer gleichzeitig schwebender Eheprozesse derselben Parteien Erwachsen der Gebühren für den Prozeßbevollmächtigten in jedem Verfahren gesondert 2004 [33]

Prozeß- und Vergleichsgebühr bei Einreichung der Klage mit Armenrechtsgesuch 1424 [26] 1429 [33]

§ 13 Ziff. 3 RAGebO. Vergleichsgebühr des Rechtsanwalts in Ehesachen 1420 [17] 2245 [81]

Keine Erstattung der Vergleichsgebühr aus der Reichskasse für Mitwirkung des für die erste Instanz bestellten Armenanwalts bei nach Berufungseinlegung geschlossenem Vergleich † 1657 [24]

§ 13 Ziff. 3 RAGebO. Vergleichsgebühr für zur Vermeidung eines Rechtsstreits geschlossenen Vergleich 1423 [24]

Anspruch des Rechtsanwalts auf Vergleichsgebühr, wenn Sühneverhandlung, an der er teilnahm, erfolglos blieb, die Parteien selbst im unmittelbaren Anschluß daran Vergleich geschlossen haben 2245 [80]

Die Beweisgebühr bei Aktenbeiziehung 1615

§ 13 Ziff. 4 RAGebO. Keine Beweisgebühr bei Benutzung von Beiakten nur zur „Information" 1420 [18]

Begriffe „Termin" und „Schriftsatz" in § 14 RAGebO. 1423 [21]

Ermäßigung der Prozeßgebühren gemäß § 14 RAGebO. für Armenanwalt, der vor Beiordnung die mit dem Armenrechtsgesuch eingereichte Ehescheidungsklage dem Gerichtsvollzieher zur Zustellung übergibt, wenn dieser sie entgegen § 185 ZPO. an die Klagepartei als Ersatzperson zustellt 1746 [49]

§ 14 RAGebO. Prozeßgebühr bei Einbeziehung nichtrechtshängiger Ansprüche in gerichtlichen Vergleich 1419 [16]

§§ 16, 23 Ziff. 5 RAGebO. Rechtsanwaltsgebühren in Ehescheidungssache für Nachweis der Ladung des Beklagten und Antrag auf Anberaumung des zweiten Termins nach § 618 II ZPO. 1421 [19]

§ 17 RAGebO. Weitere Verhandlungsgebühr des Rechtsanwalts trotz fehlender Protokollierung bzgl. der Verhandlung vor der Beweisaufnahme 2004 [34]

§ 17 RAGebO. Keine weitere Verhandlungsgebühr, wenn das Gericht auf Antrag der Parteien nach Eingang von Auskunft ohne neue Verhandlung ein Urteil verkündet † 2005 [35]

§ 23 Ziff. 18 RAGebO. Rechtsanwaltsgebühren im Vollstreckungsschutzverfahren 2006 [37] 2246 [81]

§ 25 RAGebO. Bzgl. des Kostenrechts eröffnet Fortsetzung eines durch gerichtlichen Vergleich geschlossenen Verfahrens wegen behaupteter Unwirksamkeit des Vergleichs kein neues Verfahren 1670 [39]

§§ 25, 29 RAGebO. Für Rechtsnachfolgerstreit nach Urteilsverkündung in einem durch Tod unterbrochenen Verfahren keine erneuten Rechtsanwaltsgebühren 1421 [20]

§ 44 RAGebO. Erstattungsfähigkeit der Verkehrsgebühr nur ausnahmsweise bei Wohnsitz des Verkehrsanwalts am gleichen Orte wie der Prozeßbevollmächtigte 2005 [36]

Keine Erstattungsfähigkeit der Verkehrsgebühr für Tätigkeit des erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten im Armenrechtsverfahren zweiter Instanz 2240 [75]

§ 50 RAGebO. Gebührenanspruch des Armenanwalts, der infolge Einberufung in den Staatsdienst sein Mandat niederlegt 1424 [27]

§ 63 RAGebO. Gebühren des Verteidigers für eine zur Zuständigkeit des AG. gehörende Sache, die infolge tatsächlichen Zusammenhangs mit einer vor dem Sondergericht abzuurteilenden Sache ebenfalls dort verhandelt wird 1839 [134]

§§ 63, 67, 89 RAGebO. Gebühren des vor Eröffnung des Hauptverfahrens zum Pflichtverteidiger bestellten Rechtsanwalts, der die Verteidigung vorbereitet, aber vor Hauptverhandlung schuldlos abberufen ist 1422 21
§ 67 RAGebO. Vorverfahrensgebühr des zum Verteidiger bestellten Rechtsanwalts 1422 22
§ 78 RAGebO. Keine Tage- und Abwesenheitsgelder für Wahrnehmung auswärtiger Termine durch Probeassessor 1419 15
Versagung der Gebühr aus § 87 RAGebO. für Hinterlegung zur Sicherstellung der bürgenden Bank † 1660 27

Rechtsanwaltspraxis
Die entgeltliche Überlassung einer R. 1377
Zur Frage der Sittenwidrigkeit der Übernahme einer Arztpraxis oder R. 1518
Betreuung der Hinterbliebenen von Mitgliedern des NSRB. bei Abgabe und Übertragung der Berufspraxis der Verstorbenen 1467

Rechtsbeistände
Reichstagung der Reichsberufsgruppe R. in Düsseldorf 2029
§ 7 RAGebO. Gebührenrechtliche Stellung der R. allgemein und insbesondere als gesetzliche Vertreter einer Partei oder Partei kraft Amtes 2244 79

Rechtsberatung, Gesetz gegen Mißbräuche
Werbetätigkeit von Frachtprüfern gem. 4. AusfVO. z. Ges. z. Verhütung von Mißbräuchen auf Gebiet der R. 1301
§ 7. Eintragung des Vereins „Creditreform" in das Vereinsregister 1730 26

Rechtsbeschwerde
§ 296 IV RAbgO. Bei Entscheidung im zweiten Rechtsgang keine Bindung des FinGer. und des RFH. an der Zurückverweisung zugrunde liegende rechtliche Beurteilung bei Aufgabe des bisherigen Rechtsstandpunktes durch die Rechtsprechung 1364 93

Rechtsbetreuung
Übersicht über die Inanspruchnahme der NS.-Rechtsbetreuungsstellen im ersten Vierteljahr 1937 1467
Rechtsbetreuung und Armenrecht 1618

Rechtsforschung
Abt. für R. an der Akademie für Deutsches Recht 1766

Rechtshilfe
Bei Verweigerung der Übernahme von Vormundschaft durch deutsches VormGer. auf Ersuchen eines nicht der deutschen Gerichtsorganisation unterstehenden Gerichts ist nicht Verfahren des § 46 II FGG., sondern Beschwerde des ersuchenden Gerichts aus § 19 FGG. gegeben 2203 17
Beweisersuchen arbeitsgerichtl. Schiedsgerichte gem. § 96 II ArbGG. Entscheidung des übergeordneten OLG. über Ablehnung des Ersuchens durch AG. † 1162 24

Rechtskonsulenten
Versicherungsangestellte und § 157 ZPO. 1379 1435 46 † 1436 48
§ 157 ZPO. Ausschließung genossenschaftlicher Treuhandstellen und deren Angestellter als Bevollmächtigte † 1436 47
Keine Beschwerde gegen Entscheidung des Prozeßgerichts gem. § 157 ZPO. über Zulassung oder Nichtzulassung von Vertretern 1435 46

Rechtskraft
Erfolglosigkeit der Vollstreckungsgegenklage, die Herabsetzung eines rechtskräftig zuerkannten Zinssatzes von 12% erstrebt † 1405 4
Einrede des § 826 BGB. gegenüber Geltendmachung eines rechtskräftigen Urteils 1. gegen das Abänderungsklage aus § 323 ZPO. möglich ist 2196 9, 2. das, wie ihm bekannt, von Drittem auf Grund Meineids eines Zeugen erschlichen worden † 2223 44
Bereicherungsanspruch gem. § 528 BGB. auch bei rechtskräftiger Zuerkennung einer Rente auf Grund eines schenkungshalber gemachten Rentenversprechens im Falle des Vorliegens der Voraussetzungen des § 519 BGB. gegeben 1547 6
Kein Widerruf des Verzichts auf das Recht der Berufung nach R. des Urteils 1438 51
Keine bindende Entscheidung für den Schadensersatzanspruch durch rechtskräftige Feststellung objektiver Patent- oder Gebrauchsmusterverletzung 1895 11
Umfang der R.wirkung des Einstellungsbeschlusses auf Grund des StraffreihG. 1835 123
Keine Ausnahme von der R. des Strafbefehls gem. § 410 StPO., wenn mangels Strafantrags Verurteilung durch schärferen Strafrahmen nicht erfolgen konnte † 1837 131
Kein Erlaß von der R. fähigen Entscheidungen über die Krankenversicherungspflicht im Spruchverfahren der Krankenversicherung 1672 45

Rechtsmittel
R. gegen Feststellungsbescheid für Anwaltsgemeinschaft 2177
R.einlegung nur zum Zwecke der Klagezurücknahme in Ehesachen 1935
Zulässigkeit von R. gegen ein nicht ordnungsgemäß verkündetes „Pseudourteil" † 1664 31
Versagung des Armenrechts für den R.beklagten bei völliger Aussichtslosigkeit seiner Rechtsverfolgung 1430 34 35
R. i. S. des § 839 III BGB. 1235 6 2038 8
R. gegen ein abweichend von der Anklage statt Vergehens nur Übertretung annehmendes und den Angeklagten ausschließlich zu Geldstrafe verurteilendes Urteil 1360 85
§ 249 RAbgO. Nachsichtgewährung bei Einwurf einer R.schrift in vom FinA. unterhaltenes Postschließfach † 1924 29
Steuerstrafverfahren. Zulässigkeit von R. der Staatsanwaltschaft, auch insoweit nur das FinA. beschwert ist † 1826 101

Rechtsmittelbelehrung
PrHinterblFürsG. R. in behördlichen Bescheiden nicht vorgeschrieben 1156 13

Rechtsmittelverzicht
ErbkrNachwGes. R. nach Verkündung, aber vor Zustellung des Beschlusses 2062 50

Rechtsnachfolger
§ 727 ZPO. Klage auf Erteilung der Vollstreckungsklausel gegen den R. eines Patentrechtes † 1667 34
Für R.streit nach Urteilsverkündung in einem durch Tod unterbrochenen Verfahren keine erneuten Rechtsanwaltsgebühren 1421 20

Rechtspfleger
R.-Jahrbuch 1937. Schrifttum 2032

Rechtsprechung
Stellung von Schrifttum und R. zur Frage der Herabsetzung übermäßig hoher Zinsen aus alten Urteilen 1939
Stellungnahme der R. zur Frage der Sittenwidrigkeit des Verkaufs einer ärztlichen Praxis 1516
Grundfragen des Arbeitsverhältnisses im Lichte der neueren R. 1103
Die Verwirkung im Arbeitsrecht systematisch besprochen unter Berücksichtigung der neuesten reichsarbeitsgerichtlichen R. 1118
Die Kündigung in der R. der Arbeitsgerichte 1122
Übersicht über die R. zur RKostO.: Gerichtskosten 1929. Beurkundungen u. dgl. 1930. Grundbuchsachen 1932. Registersachen 1932. Kosten der Notare 1933. RErbhofG., LandwEntschuldG. 1934

Rechtswahrerbund, Nat.-Soz. und Deutsche Rechtsfront
Rasse als Grundlage und als Gegenstand des Rechts, Aufsatz von RMin. Dr. Frank 1140
VO. des Reichsleiters Buch betr. Privatklagen und Zivilprozesse unter Parteigenossen 1766
Rechtswahrer im Reichsberufswettkampf 1766
Betreuung der Hinterbliebenen von Mitgliedern des NSRB. bei Abgabe und Übertragung der Berufspraxis der Verstorbenen 1467
Keine Zugehörigkeit von Mischlingen zum NSRB. 2181
Personalien 2181
Überweisung des Beitrags durch Giroverkehr 1223
Leistungsschau des deutschen Rechtsstandes, Uraufführung des Tonfilms „Der Deutsche Juristentag 1936" 1142
Der NSRB. auf der Ausstellung „Gebt mir vier Jahre Zeit!" 1223
Aus der Arbeitsvermittlung des NSRB. 1223
Erholungsaufenthalt im Ostseebad Timmendorfer Strand 1537
Der Heimverein des NSRB. 2088

Tagungen und Veranstaltungen
Tagung der Ehrenrichter des NSRB. und der Deutschen Rechtsfront 1694
Reichsrechtsführer Dr. Frank spricht auf politischen Großkundgebungen über „Partei, Recht und Politik" 1870
Gautagung des NSRB. in Kassel am 24. und 25. April 1937 1302
Erster Mitteldeutscher Rechtswahrertag in Magdeburg und Thale 1619
RMin. Dr. Frank über die Stellung der Frau im Rechtswahrerberuf vor den Berliner Studentinnen 1619
Der Reichswalter des NSRB. und RA. Prof. Dr. Grimm vor den Rechtswahrern am RG. 1392

Beziehungen zum Ausland
Deutsch-polnische Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Rechts 1392
Dänische Juristen in Deutschland 2088
Empfang japanischer Rechtsgelehrter durch RMin. Dr. Frank 1619
Die französische Abwertung und die zwischenstaatlichen Verträge, Vortragsabend im Hause der Deutschen Rechtsfront in Berlin 1301

Reichsgruppen und angeschlossene Verbände
Die zahlenmäßige Entwicklung der Anwaltschaft seit 1933 1391

Jahrbuch für deutsche Rechtsanwälte und Notare, Berichtigung 1224
Anwaltliche Vertretung im Ausland 1537 2181
Internationaler Sachverständigenverband unter deutscher Führung 1871
Reichstagung der Reichsberufsgruppe Rechtsbeistände in Düsseldorf 2029
Zulassungs- und Prüfungsordnung für „Wirtschaftstreuhänder NSRB.". Schrifttum 1873

Rechtsweg
§ 4 Ges. über Ausgleich bürgerlich-rechtlicher Ansprüche. Bedeutung des Bescheids des R.- u. PrMdF., dem Kläger werde „die Weiterverfolgung des geltend gemachten Anspruchs im R. überlassen" 1922 [27]
Nachprüfung der Zurücknahme einer Zulassung zur Rechtsanwaltschaft auf Grund § 3 Ges. über Zulassung zur Rechtsanwaltschaft wegen kommunistischer Betätigung durch die ordentlichen Gerichte über Art. 131 WeimVerf. 1723 [22]
R. für Schadensersatzklagen wegen Amtspflichtverletzungen von Beamten der hoheitlichen Straßenverwaltung 1544 [2]
Ausschluß des R. in Steuersachen gilt nicht bzgl. Amtspflichtverletzungen der Steuerbeamten 1548 [8]
Zulässigkeit des R. für Auflösung einer GmbH. in Preußen 1270 [34]
Unzuständigkeit des Gerichts und Unzulässigkeit des R. in Arbeitssachen 2069 [62]
Zulässigkeit des R. für Klage auf Feststellung des Bestehens eines Patronatsverhältnisses zwischen Kirchengemeinde und einem Dritten 1663 [30]
Unzulässigkeit des R. für Nachprüfung ausländerpolizeil. Verfügungen 1356 [70]
Durch § 41 III BRAndG. kein Ausschluß des R. für Bezüge irgendwelcher Art 2070 [63]
Keine Nachprüfung der formellen Voraussetzungen des im thüring. Feststellungsverfahren (Defektenverfahren) ergangenen Verwaltungsbeschlusses im ordentlichen R. 2048 [22]
Zur Frage der Zulässigkeit des R. für Geltendmachung des Anspruchs einer Person des öffentlichen Rechts gegen andere Person des öffentlichen Rechts auf Erstattung von Aufwendungen für Besorgung deren öffentlich-rechtlicher Geschäfte, ferner für aus Verzug hergeleitete Nebenforderungen † 1430 [36]
Unzulässigkeit des R. für Geltendmachung von Schadensersatzanspruch der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gegen Gemeinde wegen Verletzung ihrer öffentlich-rechtlichen Pflichten gemäß §§ 172, 175 ArbVermG. dadurch, daß sie die ihr vom Arbeitsamt zur Auszahlung an Unterstützungsempfänger überwiesenen Beträge weiter ausgezahlt hat, nachdem die Empfänger, wie ihr bekannt, inzwischen Arbeit gefunden hatten 2048 [23]

Rechtswissenschaft
Das Judentum in der R.: Rechtsquellenlehre und Judentum. Judentum und Wettbewerb. Schrifttum 1224
Jüdisches Hehlerrecht. — Jüdisches Wucherrecht im Mittelalter. — Die Juden im katholischen Kirchenrecht. — Judeneid. Schrifttum 1620

Referendarprüfung
Klausurschemata und Rechtsprobleme für die R. Schrifttum 1144

Registersachen
vgl. auch unter Handelsregister
Rechtsprechung zur RKostO. betr. R. 1932

Reichsabgabenordnung
Keine Anwendung der sachlichen Vorschriften des Steuerstrafrechts der RAbgO. für Landesabgaben usw. Preußens † 1349 [58]

Reichsangestelltentarifordnung 1134

Reichsarbeitsgericht
Die Verwirkung im Arbeitsrecht, systematisch besprochen unter Berücksichtigung der neuesten Rechtsprechung des R. 1118
§ 91 ZPO. Reisekosten des beim RArbG. auftretenden auswärtigen RA. 1189 [64]

Reichsautobahnen
Die Gesetze der R. Schrifttum 1540

Reichsbahn
Rechtsnatur der Leistungen der Arbeiterpensionskasse Abt. B der Deutschen R. † 1155 [12]

Reichsberufswettkampf
Rechtswahrer im R. 1766

Reichserbhofgericht
Fundstellenverzeichnis der Entscheidungen des R. Band 3 1567

Reichsfiskus
Vertretung des R. im Geschäftsbereich der Reichsjustizverwaltung 1948

Reichsfluchtsteuer
Begriff des Wohnsitzes. Aufgabe des Wohnsitzes und gewöhnlichen Aufenthaltes. Zuschläge zur R. 1278 [13]
Nachträgliche Heranziehung zur R. nach irrtümlicher Freistellung gem. § 2 Ziff. 4 RFluchtStVO. 1364 [92]

Reichsgericht
Fundstellenverzeichnis der Entscheidungen des R. in Zivilsachen. Band 153 1625
Der Reichswalter des NSRB. und RA. Prof. Dr. Grimm vor den Rechtswahrern am R. 1392
Vorlegung beim R. gem. § 28 II FGG., wenn eines der zwei allein jetzt noch zur Entscheidung berufenen OLG. von der Entscheidung eines dazu nicht mehr berufenen OLG. abweichen will † 1982 [14]
§ 554 VII ZPO. Eingang des Vorschusses bei der Kasse des R. 2002 [29]

Reichskostenordnung
Übersicht über die Rechtsprechung zur RKostO.:
Gerichtskosten 1929. Beurkundungen u. dgl. 1930
Grundbuchsachen 1932. Registersachen 1932
Kosten der Notare 1933 RErbhofG., LandwEntschG. 1934

Reichskulturkammer
Das Recht der R. Schrifttum 1541

Reichsmusikkammer
Bei Nichtaufnahme eines städtischen Kammermusikers in die R. Unmöglichkeit der Leistung aus von keinem Vertragsteil zu vertretenden Umstand 2070 [65]

Reichsnährstand
Das Schiedsgutachtenverfahren des R.: Abgrenzung vom Sachverständigengutachten und vom Schiedsgerichtsverfahren, Einzelheiten des Verfahrens, sachliche Zuständigkeit 2083
Kann ein jüdischer RA. vor den Schiedsgerichten des R. auftreten? 1951
Praktischer Führer durch das Nährstandsrecht. Schrifttum 2095
Keine Versagung der Genehmigung zu Verpachtung von Teil des Erbhofs, weil der Pachtvertrag nicht den Richtlinien des R. entspricht 1586 [44]
Verpflichtung der Gerichte, den einzelnen Sachstand selbst zu erörtern, auch wenn Auskunft des R. vorliegt (ZR.) 2230 [53]

Reisekosten
Erstattung von R. der armen Partei zu Terminen, zu denen ihr Erscheinen angeordnet ist 2240 [74]
Entschädigung der als Beisitzer im ErbgesGer. tätigen Ärzte für Weg von und zur Sitzung 2067 [57]

Reisekosten des Rechtsanwalts
Erstattungsfähigkeit der R. d. R. zur Wahrnehmung auswärtiger Beweistermine auch, wenn sie höher als die Kosten eines Substituten 2247 [83]
Kein Anspruch des zum Armenanwalt für Patentrechtstreit bestellten, an anderem LG. zugelassenen RA. auf Erstattung der durch Reisen zwischen Wohnort und Prozeßgericht entstandenen Kosten gegen die Reichskasse 2239 [70]
R. eines beim RArbG. auftretenden auswärtigen RA. 1189 [64]

Reisekosten des Sachverständigen 1357 [76]

Reisender
Kein Pfändungsschutz gem. § 811 Ziff. 5 ZPO. für unbrauchbaren Kraftwagen, dessen sich Geschäftsreisender für seine Tätigkeit bedient hatte und aus dessen Erlös er neuen Kraftwagen anschaffen will 1669 [36]

Reklame
Zu den „Zwecken des Gewerbes" i. S. des § 6 II PreßG. gehört auch die GeschäftsR. 1831 [107]
Anwendung der Verunstaltungsvorschriften in Bauordnungen auf an der Außenwand eines Gebäudes angebrachte R.vorrichtungen (Warenautomaten) † 1587 [45]

Rente
vgl. auch EntschuldungsR. unter Landwirtschaftliche Entschuldung
Die steuerlichen Auswirkungen von R.verträgen:
Allgemeines 1685
Urkundensteuer 1685
Schenkungsteuer 1686
Einkommensteuer 1687
Vermögenssteuer 1687
Bereicherungsanspruch gem. § 528 BGB. auch bei rechtskräftiger Zuerkennung einer R. auf Grund eines schenkungshalber gemachten R.versprechens im Falle des Vorliegens der Voraussetzungen des § 519 BGB. gegeben 1547 [6]
§ 843 BGB. Entscheidend für Beurteilung der Minderung der Erwerbsfähigkeit ist nicht eine weit über das Durchschnittsmaß hinausgehende Energieleistung 1916 [21]
Keine Anrechnung der Hinterbliebenenfürsorge auf Grund Freigebigkeit Dritter oder auf Grund Vertrags auf die GeldR. gem. § 844 BGB. 1240 [9]
§ 844 BGB. Schadensersatzpflicht gegenüber Töchtern bemittelter Eltern, die keinen Beruf erlernt haben 1550 [10]
§ 67 RBewG. Ansetzung einer R. ohne klagbaren Anspruch mit ihrem Kapitalwert beim sonstigen Vermögen 1752 [56]
KörpStG. Keine Abzugsfähigkeit der in Erfüllung des satzungsmäßigen Zwecks einer Stiftung gezahlten Versorgungsrenten 1280 [46]

Rentengut
Begriffsmerkmale eines „R.vertrags" i. S. des Art. 12 AGBGB. 1241 [10]

Rentenneurose
Die zivilrechtliche Bedeutung der R. Schrifttum 1541

Restitutionsklage
Die R. als Rechtsbehelf zur Herabsetzung übermäßig hoher Zinsen aus alten Urteilen 1938
Auch in Ehe- und Familienstandssachen Zustellung der R. an den Bekl. zu Händen seines Prozeßbevollmächtigten 2222 39
Fortfall bzw. Ermäßigung der Prozeßgebühr gem. § 29 GKG. bei Zurücknahme einer vor dem BG. erhobenen R. 1447 67

Revision
Zivilsachen
§§ 515, 566 ZPO. Bei Fehlen von formellem Antrag in der R.schrift und demnächst Stellung beschränkter R.anträge nicht ohne weiteres teilweise Zurücknahme der R. anzunehmen 2226 46
§ 546 ZPO. Antrag auf Feststellung der Nichtigkeit eines GenVersBeschl. † 1997 26
Seit Inkrafttreten des RGes. über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen v. 26. Jan. 1937 und des RGes. über Gerichtsgliederung in Hamburg usw. v. 16. März 1937 ist Meckl.-Schwer. AusfVO. z. BGB. v. 9. April 1899 und Meckl.-Schwer. Ges. über Aufl. der FamFid. v. 16. Mai 1922 revisibles Recht 2201 15
§§ 549, 550 ZPO. Revisibles Recht des „Deutschen Arzneibuchs". Zur Frage der Berücksichtigung von nach Verkündung des BU. erlassenen abweichenden Gesetzen durch das RevG. 1999 27
§ 550 ZPO. Auslegung eines Prozeßvergleichs durch das RevG. nur, soweit streitig, ob der Vergleich den R.streit ganz oder teilweise beendet hat 2001 28, dasselbe bzgl. Nachprüfung des Prozeßvergleichs als Prozeßhandlung gem. § 559 ZPO. † 2228 49
Freie Auslegung der AllgVersBed. durch das RevG. als „typische" Vertragsbestimmungen † 1498 15
§ 554 VII ZPO. Eingang des Vorschusses bei der Kasse des RG. 2002 29
§ 565 ZPO. Bindung des BG. an die rechtliche Beurteilung des RevG. in späterem Rechtsstreit zwischen denselben Parteien, nur wenn er dasselbe Rechtsverhältnis zur Grundlage hat 2229 50
§ 566a ZPO. SprungR. nach Einlegung und späterer Zurücknahme der Berufung 1723 22
§ 559 ZPO. Verletzung der Grundsätze über die Beweislast, nicht über die Beweiswürdigung, ist von Amts wegen vom RevG. nachzuprüfen 2228 48
Bei Unterbleiben der Kostenentscheidung im RevUrt. über das Grundverfahren Geltung der Vorschrift des § 97 I ZPO. auch für die nunmehr durch das LG. im Betragsverfahren zu fällende Kostenentscheidung 1435 44
Nachholung des im Urteil unterlassenen Ausspruchs der vor Urteilsverkündung beschlossenen relativen Berufungs- oder R.fähigkeit durch Berichtigungsbeschluß 1185 59
§ 6 GKG. Niederschlagung der Gerichtskosten vor Fälligkeit, wenn R. durch unrichtige Sachbehandlung in der Ver-Inst. veranlaßt worden 2248 84
Strafsachen
§ 338 Ziff. 1 StPO. R. wegen nichtvorschriftsmäßiger Besetzung des SchwG. 1836 129
Vorübergehende Abwesenheit des Sachverständigen von der Hauptverhandlung kein R.grund gem. § 338 Ziff. 5 StPO. 1836 126
R. wegen Einstellung des Verfahrens auf Grund StraffreihG. anstatt gemäß § 260 III StPO. wegen Zurücknahme des Strafantrags 1836 128
Keine Nachprüfung der Entscheidung der StrK. über Antrag auf Augenscheinseinnahme durch das RevG. 1360 83
Anschluß als Nebenkläger durch R.einlegung nach Ablauf der Rechtsmittelfrist der StA. nicht mehr zulässig 1836 130
R. gegen das den Antrag des Angekl. auf gerichtliche Entscheidung gegen polizeiliche Strafverfügung wegen unentschuldigten Ausbleibens verwerfende Urteil 1360 84
Zulässigkeit der R. in Ablösungssachen nur, soweit Verfahren gem. § 33 II PrGes. über Landeskulturbehörden v. 3. Juni 1919 nach den vorher geltenden Bestimmungen zu Ende geführt werden 1721 19
R. nach § 55 FeldForstPolG. zulässig gegen Verurteilung wegen einfacher Entwendung trotz Feststellung der Erschwerungsgründe im Urteil 1833 113

Richter
Der Zwangsversteigerungsrichter und seine Abteilung. Schrifttum 1623
Der Vergleichsrichter und seine Abteilung. Schrifttum 1768

Rückfallsdiebstahl
§ 244 StGB. Die Rückfallsvoraussetzungen sind im Urteil anzugeben, Verweisung auf Eröffnungsbeschluß unzulässig 1802 52

Rücktritt vom Vergleich
§ 181 KO. Rücktritt des Gläubigers vom außergerichtlichen Vergleich, wenn sich die nach Rundschreiben des Gemeinschuldners zu erwartende gleichmäßige Befriedigung aller Gläubiger nicht bewahrheitet. Kein Rücktritt bei Befriedigung der bevorzugten Gläubiger aus dem Vermögen eines Dritten 1473 1

Rücktritt vom Vertrag
Rücktritt vom Gesellschaftsvertrag nur möglich, solange mit Ausführung der Gesellschaft noch nicht begonnen 2230 54
Pensionsversicherung. Beginn des Laufs der Fünfjahresfrist für Rücktritt des Versicherers wegen Verletzung einer Anzeigepflicht † 1498 15

Rückversicherung
Die R. ist echte Versicherung, daher § 80 VersAufsG. auf den Konkurs des Rückversicherers anwendbar † 1493 13

Ruhegehalt
Zur Frage der Vorteilsausgleichung bzgl. R. 1464
§§ 242, 611 BGB. Anforderungen von Treu und Glauben bei Beurteilung der Verpflichtungen aus Versorgungsvertrag 1721 20
Bei fristloser Entlassung regelmäßig Wegfallen der R.ansprüche 1169 35
Durch R.vereinbarung nicht ohne weiteres Ausschluß der ordentlichen Kündigung 1169 36
Rechtsnatur der Leistungen der Arbeiterpensionskasse Abt. B der Deutschen Reichsbahn † 1155 12
Rechtsnatur des „Pensionsvereins für die bayrischen Notare und ihre Hinterbliebenen" 1240 9
Anspruch des nach § 4 BWHG. entlassenen Beamten auf R. nach zehnjähriger Dienstzeit unabhängig von durch Landesgesetz vorgeschriebener längerer oder kürzerer Dienstzeit 1249 15
§ 4 BWHG. Keine Kürzung des R. für erst nach dem Inkrafttreten des BWHG. in den Ruhestand versetzte Beamte 1717 15
Voraussetzung des R.anspruchs eines gem. § 6 BWHG. in den Ruhestand versetzten Beamten ist zehnjährige Dienstzeit. R.anspruch leitender Gemeindebeamter † 1642 12
Gem. § 4 II der 1. VO. z. RBürgG. Weiterbezug der vollen Dienstbezüge nur für entlassene jüdische Beamte, die Frontkämpfer waren 2070 65
PrGes. betr. Pensionierung der unmittelbaren Staatsbeamten. Anrechnungsfähigkeit außeramtlicher Dienstzeit 2047 21
§§ 850, 850b ZPO. Pfändungsschutz bei Zusammentreffen von R. und Arbeitslohn, keine Zusammenrechnung der beiden Bezüge 2231 57
Belanglosigkeit des vom Beschäftigten im Fall seiner Dienstuntauglichkeit zu beanspruchenden R. für Versicherungsfreiheit nach § 169 II RVO. 1672 44

Ruhen des Verfahrens
Ruhen des Zwangsversteigerungsverfahrens? 1527

Rundfunkgerät
Kein Schutz gem. § 811 Ziff. 1 ZPO. für das unter Eigentumsvorbehalt auf Abzahlung gelieferte R. gegenüber dem Lieferanten 1669 35
§ 811 Ziff. 1 ZPO. Grundsätzlich Unpfändbarkeit des R. 2231 56

Russenwechsel
vgl. unter W.

Rußland
Handlungsweise einer russischen Firma, die in Deutschland bei ihr angestellte russische Staatsbürger durch Druck zur Zeichnung russischer Staatsanleihe unter entsprechenden Abzügen vom Gehalt veranlaßt, nach russischem Recht nicht sittenwidrig 1187 62
Bestimmung der Staatsangehörigkeit früherer russischer Staatsangehöriger, die vor dem Krieg auf polnischem Gebiet gewohnt, seit Errichtung Polens aber in Deutschland gewohnt haben † 1325 18

SA.
Keine Haftung der NSDAP. für unerlaubte Handlungen eines SA.-Manns gem. Art. 131 RVerf. für Vorgänge vor dem 1. Dez. 1933 — Erlaß des RGes. über Verleihung der Rechte einer Körperschaft öffentlichen Rechts an die NSDAP. 2211 25

Saarland
Anwendung des LandwEntschG. auf im S. gelegene, betriebszugehörige Grundstücke eines im übrigen Reichsgebiet liegenden Entschuldungsbetriebs 2125 31

Sachsen
Fortsetzungszusammenhang zwischen Hinterziehung von SächsSchlachtSt. und ReichsSchlachtSt. † 1828 103

Sachverständige
Internationaler S.verband unter deutscher Führung 1871
Das Schiedsgutachtenverfahren des Reichsnährstands, Abgrenzung vom S. 2084
Zurücktreten des Urkundenbeweises bei Beantragung der unmittelbaren Beweiserhebung durch Vernehmung von Zeugen und S. (ZR.) 2226 45

Bei Zweifeln an der Glaubwürdigkeit jugendlicher weiblicher Zeugen in Sittlichkeitsdelikten Zuziehung eines S. mit besonderen Kenntnissen in der Seelenkunde Jugendlicher geboten 1360 82

Vorübergehende Abwesenheit des S. von der Hauptverhandlung kein Revisionsgrund gem. § 338 Ziff. 5 StPO. 1836 126

Sachverständigengebühren

S. eines beamteten Chemikers für Erteilung schriftlicher Auskunft und für Akteneinsicht 1746 50

Entschädigung nach § 3 ZeugGebO. für beamteten auswärtigen Sachverständigen, der nur Fahrkosten, kein Tagegeld erhalten 1357 76

Sachwucher (§ 302e StGB.) 1290

Saisonarbeiter

Zur Frage des Urlaubsanspruchs von S. 1177 48

Sanierungsgewinn

§§ 5, 12 EinkStG. 1934. Steuerfreier S. 1279 42; dasselbe bzgl. § 11 Ziff. 4 KörpStG. 1934 † 1279 45

Schachtelprivileg (§ 9 KörpStG.)

Sch. für Staatsbanken 2008 40

Gründung einer zur Verwaltung von Aktienbesitz bestimmten FamilienGmbH. zwecks Ausnutzung des Sch. gem. § 9 I KörpStG. 1934 als mißbräuchliche Rechtsgestaltung i. S. des § 6 StAnpG. † 1275 40

Schadensersatz

Sch.anspruch und Gemeinschaftsgedanke 1449

Vorteilsausgleichung 1463 1547 5

Summen- und Einzelschaden. Schrifttum 1621

„Schaden" des Gläubigers bei Rangverschlechterung seiner Hypothek durch Amtsversehen des Grundbuchbeamten 1917 23

Zur Frage der Ersatzpflicht der durch verspätete Lieferung der Konnossemente entstandenen Lagerkosten. Kein Sch. wegen Verschuldens bei Vertragsschluß, das für den Abschluß des Vertrags nicht ursächlich gewesen ist 1628 2

Herstellung i. S. der §§ 249 ff. BGB. nur solche, die Dauer verspricht 1715 12

§ 249 S. 2 BGB. Bindung des Gläubigers, der statt der Herstellung Geldersatz gefordert hat, an diese Wahl 1145 2

Keine Anrechnung der Leistungen aus der Arbeiterpensionskasse Abt. B der Deutschen Reichsbahn auf den Sch.anspruch, da nicht „gesetzliche" Bezüge † 1155 12

Streitwert für Klage zur Geltendmachung eines Sch.anspruchs (Befreiung von Verpflichtung zur Unterhaltsgewährung) 1658 25

Schadensstreit (§ 287 ZPO.)

§ 286 ZPO., nicht § 287, ist maßgebend für Feststellung des Tatbestands, aus dem Folgerungen bzgl. der Entstehung eines Schadens und in welcher Höhe zu ziehen sind 2226 45

Schankerlaubnis

Ist Zurücknahme der Sch. begründet bei Steuerrückständen des Inhabers von Schankwirtschaft, ferner bei fortgesetzter Zurückhaltung der Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung? 1592 47

Scheingeschäfte

Rechtsprechung über Sch. im Arbeitsrecht 1106

Schenkung

Bereicherungsanspruch gem. § 528 BGB. auch bei rechtskräftiger Zuerkennung einer Rente auf Grund eines schenkungshalber gemachten Rentenversprechens im Fall des Vorliegens der Voraussetzungen des § 519 BGB. gegeben 1547 6

Schiedsgericht

Schiedsgerichtsbarkeit in Wettbewerbsstreitigkeiten 1203 1763

Wirkung der Anrufung des Sch. im Verbandsstrafrecht 1754

Kann ein jüdischer RA. vor dem Sch. des Reichsnährstandes auftreten? 1951

Wirksamkeit der Einsetzung eines Sch. für ein als Verein gestaltetes Kartell † 1557 18

Ersatz der Schriftform für Pachtverträge durch vor Sch. geschlossenen Vergleich 1701 2

Beweisersuchen arbeitsgerichtlicher Sch. gem. § 96 II ArbGG. Bei Ersuchen durch auf Grund einer TarO. des Treuhänders der Arbeit tätig gewordenes Sch. Nachprüfung der Zulässigkeit des Sch.verfahrens durch das ersuchte Gericht † 1162 24

Schiedsgutachtenverfahren

Das Sch. des Reichsnährstandes: Abgrenzung vom Sachverständigengutachten und vom Schiedsgerichtsverfahren, Einzelheiten des Verfahrens, sachliche Zuständigkeit 2083

Schiedsrichterliches Verfahren

Das sch. V. im privaten Verbandsstrafrecht 1755

Abgrenzung des Schiedsgutachtenverfahrens des Reichsnährstands vom sch. V. 2084

Ergehen eines auf Verurteilung zu nach den DevG. genehmigungspflichtiger Leistung lautenden Schiedsspruchs unter Vorbehalt nachfolgender Genehmigung der Devisenstelle. Vollstreckbarkeitserklärung † 1251 17

Vollstreckungsgegenklage gegen Schiedsspruch 2230 54

Kann das Schiedsgericht einen Beweisbeschluß auf eidliche Vernehmung von Zeugen und Parteien durch das Staatsgericht erlassen? † 2236 66

Schiedsvertrag

Zur Frage, ob Abschluß eines Sch. gem. § 1025 ZPO. oder Einräumung des Bestimmungsrechts für eine Vertragspartei gemäß § 315 BGB. vorliegt 1401 1

Schizophrenie

Eheanfechtung wegen Sch. 1708 7

§ 1 II Ziff. 2 ErbkrNachwGes. Einzelner Schub schizophrener Art mit atypischer Remission † 2054 34

Schlachtsteuer

Kein Anspruch juristischer Personen auf Steuerermäßigung gem. § 5 I SchlachtStDurchfVO. für sog. Hausschlachtungen 1926 32

Fortsetzungszusammenhang zwischen Hinterziehung von sächsischer Schlachtsteuer und Reichsschlachtsteuer † 1828 103

Schmerzensgeld

Bemessung des Sch. Ermäßigung bei geringer Leistungsfähigkeit des Schädigers, außer bei dessen Versicherung gegen Haftpflicht 1257 24

Schmiergelder

Fristlose Entlassung eines Angestellten, der es unterläßt, die ihm angebotenen Sch. sofort abzulehnen und seinem Vorgesetzten Meldung zu machen † 1186 61

Schneebeseitigung

Pflicht der zur polizeimäßigen Wegereinigung verpflichteten Stadtgemeinde bei Winterglätte zur Sch. auch auf dem Straßendamm. Mitverschulden von Fuhrunternehmen 1260 28

Schreibgebühren

Nichterhebung von Sch. und Portoauslagen für Erteilung von Vollstreckungsbefehlen 1301

Schriftform

Ersetzung der gesetzlichen Sch. durch die gerichtliche Beurkundung in der freiwilligen und streitigen Gerichtsbarkeit, insbesondere für Pachtverträge durch vor einem Schiedsgericht geschlossenen Vergleich 1701 2

Schriftleitergesetz

Kündigungsschutz gemäß Sch. 1126

§ 45. Wahrnehmung berechtigter Interessen durch die Presse 1261 29

Schriftsatz

Begriff des Sch. in § 14 RAGebO. 1423 24

Schrifttum

Stellung von Sch. und Rechtsprechung zur Frage der Herabsetzung übermäßig hoher Zinsen aus alten Urteilen 1939

Gebührenfreie Benutzung des Sch. durch einen armen Gläubiger 1532

Löschung im Sch. (Erlaß des RJM.) 1949

Schuldtitel

VO. über Vollstreckung landesrechtlicher Sch. 1301

§ 750 ZPO. Ordnungsgemäße Zustellung des Sch. 1509 19

Schuldübernahme

übernahme einer Steuerschuld 1219

§ 415 BGB. Genehmigung des Gläubigers durch schlüssiges Verhalten 1233 3

Keine Beeinträchtigung der Wirksamkeit des Grundstückskaufvertrags durch Unwirksamkeit der darin vereinbarten Sch. 2187 2

Einwand der Arglist gegenüber der Einrede der Verjährung nicht gegeben, wenn Gläubiger es unterlassen hat, den Schuldner rechtzeitig auf die ungenügende Zahlungsweise desjenigen, der die Schuld mitübernommen oder sich dafür verbürgt hat, und darauf hinzuweisen, daß er Zahlung vom Schuldner selbst erwarte † 1305 1

Dritter als Mitschuldner des Betriebsinhabers im landwirtschaftlichen Entschuldungsverfahren, wenn der Betriebsinhaber von ihm ohne Genehmigung des Gläubigers eine Schuld übernommen hat, für die auf dem Betriebsgrundstück Grundschuld eingetragen ist † 2126 33

Schuldverschreibung

§§ 108, 109 RAbgO. Keine steuerlichen Verpflichtungen des gem. § 1189 BGB. bestellten Vertreters bzgl. der für die Sch. empfangenen Zinsen † 2007 38

Schuldversprechen

Bei Verzicht des Bürgen auf den Einwand aus § 767 BGB. liegt selbständiges Sch. vor 1408 5

Schule

vgl. unter Lehrerbesoldung

Schulliederbuch

§ 21 Ziff. 3 LitUrhG. Bestimmung eines Liederbuchs nach seiner Beschaffenheit für den Gebrauch in Schulen, auch wenn es nicht ausschließlich hierfür geeignet ist 1915 20

Schulsparkasse
Begehung von Amtsunterschlagung in Tateinheit mit Untreue durch Hauptlehrer an öffentlicher Schule, der die als Leiter der Sch. von den Schülern empfangenen Spargelder nicht bei der Kreissparkasse einzahlt, sondern sich rechtswidrig zueignet 1803 55

Schußwaffe
§ 823 BGB. Aufstellen von geladenem Gewehr an einer anderen Menschen zugänglichen Örtlichkeit 1490 10
Erwerb und überlassen der Sch. i. S. der §§ 10 I, 25 Ziff. 1 SchußwG. 1834 117
§ 25 SchußwG. Tateinheit nicht möglich zwischen Erwerb einer Waffe ohne Waffenerwerbsschein und ihrem Führen einerseits, der Wilderei andererseits, dagegen möglich zwischen verbotenem Führen der Waffe und dem Jagdvergehn 1808 61

Schutz von Volk und Staat
§§ 1, 4 VO. z. Sch. v. V. u. St. Teilnahme eines Inländers an ausländischen Versammlungen eines für das Inland verbotenen und aufgelösten Vereins 1831 108

Schwachsinn (§ 1 II Ziff. 1 ErbkrNachwGes.)
Abgrenzung von Dummheit 2052 28
Sittliche Minderwertigkeit 2052 29
Myxödematöse Erkrankung 2052 30
Bedeutung der Lebensbewährung und prakt.-intelligent. Betätigung 2053 31—33
Berücksichtigung der Umwelt, in der der Erbkranke aufgewachsen ist 2060 46
Erfordernis der persönlichen Anhörung jedes wegen angeborenen Sch. Gemeldeten 2061 47

Schwangerschaftsunterbrechung
Wann ist vom Arzt unter Einwilligung der Schwangeren vorgenommene Sch. nicht rechtswidrig? Beschränkung des Berufsverbots gemäß § 42 l StGB. auf Behandlung von Frauenkrankheiten 1799 48

Schweiz
Zum neuen Schweizer. Aktienrecht 1536
Kommentar zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch. Schrifttum 1958
Deutsch-Schweiz. Verrechnungsabkommen. Wegen Zahlung an die Schweizer Nationalbank kein zu verarrestierender Anspruch des deutschen Gläubigers 1592 48

Schweizer Goldhypotheken
Bewirkung der Erhaltung der Aufwertung der Papiermarkhypothek nach AufwG. durch in der irrigen Annahme der Anwendbarkeit der Sch. G.abkommen vor dem 31. März 1931 gestellten Antrag auf Eintragung einer Schweizer Frankengrundschuld an Stelle der zu löschenden Papiermarkhypothek 1636 8

Schwerarbeiterzulage
Pfändbarkeit von Sch. 1166 27

Schwerbeschädigte
Kündigungsschutz für Sch. 1125
Kein Zwang zur Erteilung der Zustimmung der Hauptfürsorgestelle zur Kündigung von Sch., der auch ohne das Arbeitseinkommen seinen Lebensunterhalt bestreiten kann 1179 50

Schwurgericht
Bestimmte Bezeichnung der zu Beisitzern im Sch. ernannten Personen. Ausschließliche Mitwirkung von Assessoren als Sch.beisitzer nicht ratsam 1836 129

Seerecht
Freie Beweiswürdigung durch das Gericht gegenüber Klassifikationsattesten bei Feststellung der Seetüchtigkeit eines Schiffes 1920 25

Sequestration
Voraussetzungen der Eintragungsfähigkeit einer durch EinstwVfg. angeordneten „S." eines Grundstücks im Grundbuch 2115 18

Sicherheitsfrage
Kollektivsicherheit, Bündnispolitik, Völkerbund. Schrifttum 1468

Sicherheitsleistung
Auch der Patentinhaber als VerKl. ist nicht Antragsteller i. S. des § 37 V PatG. im VerVerf. 1898 12
Versagung der Gebühr aus § 87 RAGebO. für Hinterlegung zur Sicherstellung der bürgenden Bank † 1660 27

Sicherungsabtretung
Zulässigkeit der Übertragung von Geschäftsanteilen einer GmbH. an anderen zu treuen Händen mit Verpflichtung, sie dem übertragenden jederzeit zurückzuübertragen 1145 1

Sicherungsübereignung
S. von Kraftwagen durch Kraftfahrzeughändler an Kreditgeber 1417 11
Anspruch des Gesellschafters auf Instandsetzung von ihm der Gesellschaft zur Verfügung gestellter, später sicherungsübereigneter Geräte nicht abtretbar 1256 23

Sicherungsverfahren (§ 429a StPO.)
Mangels des erforderlichen Strafantrags ist das Verfahren einzustellen und auch die Anordnung von Sicherungsmaßregeln im Sicherungsverfahren des § 429a StPO. unzulässig 1799 46

Sicherungsverwahrung
Nachträgliche Verurteilung zur S. als Scheidungsgrund trotz früherer Verzeihung der Straftaten † 1710 8

Siedlung
Begriff des Rentengutsrezesses 1241 10
Bedeutung des Zeitpunkts der behördlichen Genehmigung einer Grundstücksveräußerung gem. VO. v. 15. März 1918 über Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken und des Zeitpunkts der Beurkundung des Kaufvertrags für die Geltendmachung des gesetzlichen Vorkaufsrechts nach § 4 ff. RSiedlG. 2037 6 2123 30
§ 29 RSiedlG. Gebührenfreiheit eines aus familienrechtlichen Gründen erfolgenden Erbauseinandersetzungsvertrags, der gleichzeitig der Durchführung eines Siedlungsverfahrens dient † 1564 25
Pachtverträge über Kleingartenland mit Dauerwohnlauben in Wohnsiedlungsgebieten; Abschluß mit dem Zwischenpächter (Kleingärtnergruppe) unter Ausschluß d. Wohnlaubenflächen 1260 27

Siedlrente
Verneinung der Ackernahrung wegen auf dem Hof lastender S. 1573 30

Sittenwidrigkeit
vgl. auch unter Wettbewerb
S. der Kündigung in der Rechtsprechung der ArbG. 1123
Ist der Verkauf einer ärztlichen Praxis als Verstoß gegen die guten Sitten (§ 138 I BGB.) nichtig? 1513 1546 4
Nichtigkeit eines Vergleichs über Ansprüche aus Körperverletzungen wegen S. 1217
Anstellungsvertrag f. Handlungsagenten. Zur Frage der S. des Verzichts auf Kündigung, ferner der Beschränkung wichtiger Kündigungsgründe auf gewisse Tatbestände 1639 10
Nichtigkeit der Bestimmung eines Bezugsberechtigten bei Lebensversicherungsvertrag wegen S. 1501 16
Handlungsweise einer russischen Firma, die in Deutschland bei ihr angestellte russische Staatsbürger durch Druck zur Zeichnung russischer Staatsanleihe unter entsprechenden Abzügen vom Gehalt veranlaßt, nach russischem Recht nicht sittenwidrig 1187 62
§ 138 II BGB. Wucher 1233 1

Sittlichkeitsdelikte
§§ 2, 173 StGB. Keine Ausdehnung des dem Verbot der Blutschande zugrunde liegenden Gedankens auf bloße Unzucht zwischen Verwandten † 1796 36
§ 173 II StGB. Strafbarkeit des Beischlafs zwischen Verschwägerten auf- und absteigernder Linie, der erst nach Auflösung der die Schwägerschaft begründenden Ehe begangen wurde 1796 37
§§ 173, 174 StGB. Tateinheit von Versuch der Blutschande und Unzucht mit Pflegekind 1758 1795 35 1796 37
Nicht ohne weiteres Pflegeelternverhältnis i. S. des § 174 I Ziff. 1 StGB. zwischen Stiefvater und Stieftochter 1796 37
§§ 174 I Ziff. 1, 175a Ziff. 2 und 3 StGB. Begriff des „Erziehers" und „Verführers". Fortsetzungszusammenhang 1330 27
Äußerer Tatbestand des vollendeten Vergehens gegen § 175 StGB. 1797 39
Onanie mit anderem Manne als widernatürliche Unzucht i. S. des § 175 StGB. a. F. Fortsetzungszusammenhang 1330 28
Gegenüber § 175 StGB. a. F. ist § 175 StGB. n. F. das mildere Gesetz, da er nicht Ehrenrechtsverlust androht 1797 38
§ 175a I Ziff. 3 StGB. Begriff des „Verführens". Abgrenzung straflose Vorbereitungshandlungen vom Versuch 1797 40
§ 175a Nr. 4 StGB. Beihilfe zur gewerbsmäßigen Unzucht mit Männern 1159 19
§ 175b StGB. Bestrafung von vor dem 1. Sept. 1935 aus sexuellen Gründen von Frauen begangener Tierquälerei als Unzucht mit Tieren unzulässig † 1352 63
§ 176 Ziff. 1 StGB. Erzwingung des Beischlafs durch einen Ehegatten von dem anderen mit Gewalt keine unzüchtige Handlung 1330 29
Verbrechen gegen §§ 2, 5 II BlutschutzG. in Tateinheit mit Verbrechen gegen § 176 I Ziff. 1 StGB. 1781 10
Tateinheit zwischen Rassenschande und Verbrechen gegen § 176 StGB. bei Beischlafsersatzhandlungen mit elfjährigem Mädchen 1783 13
Keine Strafbarkeit unzüchtiger Handlungen mit willenloser Frau nach §§ 176 Ziff. 2, 2 StGB. Beleidigung des Vaters durch Vornahme unzüchtiger Handlungen mit der Tochter 1331 30
§ 176 I Ziff. 3 StGB. Keine Unzüchtigkeit von äußerlich harmlosen Handlungen wegen Handeln des Täters aus Geschlechtslust 1798 41
§ 176 I Ziff. 3 StGB. Entmannung wegen Unzucht mit Kindern, die ausschließlich auf Grund gleichgeschlechtlicher Veranlagung begangen wurde † 1784 14

Kuppelei begangen durch Mutter, die Untermieter trotz stattgefundenem Geschlechtsverkehr zwischen diesem und ihrer dreizehnjährigen Tochter in der Wohnung behält 1160[20]
Tateinheit zwischen kupplerischer Zuhälterei und schwerer Kuppelei 1798[42 43]
Strafantragsrecht der Eltern gem. § 182 II StGB. 1332[31]
§ 184 Ziff. 3, 3a StGB. Strafbare öffentliche Ankündigung von auch zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten dienenden Mitteln und Gegenständen als empfängnisverhütend zum Gebrauch in der Ehe 1799[44]
Bei Zweifeln an der Glaubwürdigkeit jugendlicher weiblicher Zeugen in S. Zuziehung eines Sachverständigen mit besonderen Kenntnissen in der Seelenkunde Jugendlicher geboten 1360[82]

Sitz von Gesellschaften
Der Sitz der gegründeten Personalgesellschaft braucht nicht mit dem Sitz der umgewandelten Kapitalgesellschaft übereinzustimmen † 1991[18]

Sitzungsprotokoll
Weitere Verhandlungsgebühr des RA. trotz fehlender Protokollierung bzgl. der Verhandlung vor der Beweisaufnahme 2004[34]

Sondergericht
Zuständigkeit des S. 1831[109]
Gebühren des Verteidigers für eine zur Zuständigkeit des AG. gehörende Sache, die infolge tatsächlichen Zusammenhangs mit einer vor dem S. abzuurteilenden Sache ebenfalls dort verhandelt wird 1839[134]

Sozialpolitik
Monatshefte für NS.-S. Schriftt. 1399

Sozietät
vgl. unter Anwaltsgemeinschaft

Sparkasse
vgl. auch unter Schulsparkasse
Nachträgliche Sperrung von schon vorher bei Sp. angelegtem Mündelgeld im Fall der Anordnung von Nachlaßpflegschaft 1712[9]
Treuverhältnis i. S. des § 266 StGB. bei Verwahrung des Sparbuchs für anderen mit fortlaufender Ermächtigung, nach Bedarf Geld für den Auftraggeber abzuheben † 1804[56]
Sp.buch einer preußischen KreisSp. als öffentliche Urkunde i. S. des § 268 StGB. 1334[38]

SPD.
vgl. unter Gewerkschaften

Sprungrevision (§ 566a ZPO.) 1723[22]

Staatsangehörigkeit
Bestimmung der St. früherer russischer Staatsangehöriger, die vor dem Krieg auf polnischem Gebiet gewohnt, seit Errichtung Polens aber in Deutschland gewohnt haben † 1325[18]
Erwerb der polnischen und Verlust der deutschen St. nach dem Wiener Vertrag † 1979[13]

Staatsanleihe
Handlungsweise einer russischen Firma, die in Deutschland bei ihr angestellte russische Staatsbürger durch Druck zur Zeichnung russischer St. unter entsprechenden Abzügen vom Gehalt veranlaßt, nach russischem Recht nicht sittenwidrig 1187[62]

Staatsanwaltschaft
§ 839 BGB. Die Tätigkeit der St. im Ermittlungsverfahren gegen den Beschuldigten begründet keine dem Beamten einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht 1966[4]
Steuerstrafverfahren. Zulässigkeit von Rechtsmittel der St., auch insoweit nur das FinA. beschwert ist † 1826[101]

Staatsbanken
§ 9 KörpStG. Schachtelprivileg für St. 2008[40]

Staatsrecht
Schnellkartei des Staats- und Verwaltungsrechts. Schrifttum 1226
Sammlung von Reichsgesetzen staats- und verwaltungsrechtlichen Inhalts. Schrifttum 2032
Neues St. Schrifttum 2183

Stadtgemeinde
Pflicht der zur polizeimäßigen Wegereinigung verpflichteten St. bei Winterglätte zur Schneebeseitigung auch auf dem Straßendamm. Mitverschulden von Fuhrunternehmen 1260[28]
Übertragung der Straßenreinigungspflege von der St. durch Ortsstatut auf die Straßenanlieger 1812[71]
Lehrer der höheren Lehranstalt einer St. als „für den Dienst des Kommunalverbandes angestellte Beamte" i. S. des § 4 PrBHaftG. 1721[18]

Standesregister
Berichtigung des St. Wörtliche Angabe des Berichtigungsvermerks im Gerichtsbeschluß 1745[47]

Standessitte
vgl. unter Berufsstände

Statuten
Keine Behandlung von Tarifordnungen als St. i. S. des § 293 ZPO. 1177[48]

Steueranpassungsgesetz
Gründung einer zur Verwaltung von Aktienbesitz bestimmten FamilienGmbH. zwecks Ausnutzung des Schachtelprivilegs gem. § 9 I KörpStG. 1934 als mißbräuchliche Rechtsgestaltung i. S. des § 6 StAnpG. † 1275[40]

Steuerbeamte
Ausschluß des Rechtswegs in Steuersachen gilt nicht bzgl. Amtspflichtverletzungen der St. 1548[8]

Steuerberater
Das Recht der Steuerberatung. Schrifttum 1400
Verlangen des FinA. auf Vorlegung des Kundenverzeichnisses von St. † 1748[53]

Steuererleichterungen
Der gegenwärtige Rechtszustand und die Verwaltungsübung im Umwandlungssteuerrecht:
Der gegenwärtige Rechtszustand 1944
Umwandlungs- und Auflösungsfälle im Steuerrecht 1944
St. bzgl. GrErwSt. 1944, WertzuwSt. 1945, Eink.- u. KörpSt. 1945, GewSt. 1946
St. für die sich umwandelnde oder auflösende Kapitalgesellschaft:
Bewertung, Auflösungs- und Umwandlungsgewinn 1196
St. für den Gewinn des übernehmenden Gesellschafters oder der übernehmenden Gesellschaft 1197
St. für Übergang der Anteile einer Personenvereinigung i. S. des § 3 GrErwStG. bei Umwandlung von AktG. unter gleichzeitiger Errichtung einer KommGes. † 1282[48]

Steuergeheimnis
Anstiftung zur Verletzung des St. ist Steuerzuwiderhandlung † 1826[101]

Steuerhaftung
§§ 108, 109 RAbgO. Keine steuerlichen Verpflichtungen des gem. § 1189 BGB. bestellten Vertreters bzgl. der für die Schuldverschreibungen empfangenen Zinsen † 2007[38]

Steuerhehlerei
Ableitung des Besitzes des Täters vom Vortäter; „Ansichbringen" † 1350[59]

Steuerhinterziehung
Fortgesetzte St. † 1160[22]; Strafbemessung hierbei 1827[102]

Steuerrecht
Die Übertragung der steuerlichen Rechte und Pflichten:
Übergang von Erstattungs- oder Vergütungsansprüchen des Steuerpflichtigen 1218
Rechtsgeschäftliche Abtretung einer Steuerforderung 1218
Übergang von Steuerforderung kraft Gesetzes; vertragliche Übernahme von Steuerschuld 1219 f.
Die steuerlichen Auswirkungen von Rentenverträgen 1685
Das Härte- und Billigkeitsverfahren im ReichsSt. 1764
Das St. für die Praxis. Schrifttum 1144
Wichtige Steuerfragen der Praxis. Schrifttum 1622
Die Reichssteuergesetze. Schrifttum 1226
Die neuen Steuern. Schrifttum 1227
Bilanz und Steuer. Schrifttum 1227
Handbuch des Reichssteuerrechts, unter besonderer Berücksichtigung der Belange der Gemeinden und Gemeindebetriebe. Schrifttum 1539

Steuersachverständiger
Zuziehung von St. durch Zwangsverwalter 1619

Steuerschuld
Steuerpflicht für Wertpapiere, die der Steuerpflichtige zur Sicherung einer künftig entstehenden St. auf Sperrdepot hinterlegt hat 1361[89]
Auch bei Anwendung des VollstrMißbrG. v. 13. Dez. 1934 anteilsmäßige Befriedigung des Gläubigers neben den Zahlungen des Schuldners auf St. 1443[58]
Zurücknahme der Schankerlaubnis wegen rückständiger St. des Inhabers einer Schankwirtschaft 1592[47]

Steuerstrafrecht
Die tätige Reue (§ 410 RAbgO.) 1610
Keine Anwendung der sachlichen Vorschriften des Steuerstrafrechts der RAbgO. für Landesabgaben usw. Preußens † 1349[58]

Steuerstrafverfahren
Verfahren in Gnadensachen bei Steuerzuwiderhandlungen 1222
§ 472 RAbgO. Ladung des FinA. mit Nebenklägerstellung zur Hauptverhandlung. Zulässigkeit der Rev. der StA. insoweit, als nur das FinA. beschwert ist † 1826[101]
§ 474 II RAbgO. Öffentliche Bekanntmachung von Steuerstrafen † 1829[106]

Steuervorauszahlungen
Keine Berücksichtigung der Auswirkungen der begehrten Änderung der im Streit befangenen Einkommensteuer auf die zukünftigen EinkommenSt. bei Bemessung des Streitwerts 1925[30]

Steuerzuschläge
St. zur NFlSteuer 1278[41]

Steuerzuwiderhandlung
Anstiftung zur Verletzung des Steuergeheimnisses ist St. Ladung des FinA. zur Hauptverhandlung gem. § 472 RAbgO. 1826[101]

Stiefeltern
Nicht ohne weiteres Pflegeelternverhältnis i. S. des § 174 I Ziff. 1 StGB. zwischen Stiefvater und Stieftochter 1796[37]
Strafantragsrecht der Stiefmutter gem. § 182 II StGB. 1332[31]

Stiftung
Wegfall der Gebührenfreiheit jüdischer milder Stiftungen 1766
KörpStG. Keine Abzugsfähigkeit der in Erfüllung des satzungsmäßigen Zwecks einer St. gezahlten Versorgungsrenten 1280 46

Stillegung
vgl. unter Betriebsstillegung

Stiller Gesellschafter
Rechtswirksamkeit der Aufnahme eines st. G. in OHG. oder der Änderung des stillen Vertragsverhältnisses durch den allein vertretungsberechtigten Gesellschafter † 1492 12

Stimmrecht nach AktG. 1937 1455

Strafantrag
St.recht der Eltern gem. § 182 II StGB. 1332 81
§ 196 StGB. Beleidigung des Amtswalterkorps einer Ortsgruppe der NSV. 1799 45
§ 288 StGB. Tatbestandsmerkmal des sachlich begründeten Anspruchs des Antragstellers auf Zwangsvollstreckung in das Vermögen des Angekl. 1336 41
Mangels des erforderlichen St. ist Einstellung des Verfahrens geboten und auch die Anordnung bloßer Sicherungsmaßregeln unzulässig 1799 46
Rev. wegen Einstellung des Verfahrens auf Grund StraffreihG. anstatt gemäß § 260 III StPO. wegen Zurücknahme des St. 1836 128
Keine Ausnahme von der Rechtskraft des Strafbefehls gem. § 410 StPO., wenn mangels St. Verurteilung durch schärferen Strafrahmen nicht erfolgen konnte † 1837 131
Auferlegung der Kosten nicht dem Geschädigten, der aus anständiger Gesinnung den St. zurückzieht, sondern dem Angekl., der dadurch vor Strafe bewahrt bleibt 1838 133

Strafbefehl
Keine Ausnahme von der Rechtskraft des St. gem. § 410 StPO., wenn mangels Strafantrags Verurteilung durch schärferen Strafrahmen nicht erfolgen konnte † 1837 131

Straffreiheit
§ 2 StraffreihG. „Zu erwartende" Gesamtstrafe durch Vereinigung der im anhängigen Verfahren zu erwartenden Einzelstrafe mit bei Inkrafttreten des StraffreihG. bereits rechtskräftig erkannter Einzel- oder Gesamtstrafe 1834 119
Im Hinblick auf § 2 Ziff. 2 StraffreihG. ist auch für Geldstrafe, auf die die Untersuchungshaft angerechnet wird, Ersatzfreiheitsstrafe festzusetzen 1835 121
Bei Erkennen auf Strafe nach Inkrafttreten des StraffreihG. nachträgliche Einstellung des Verfahrens durch Beschluß unzulässig 1835 122
Keine Fortsetzung des auf Grund des StraffreihG. eingestellten Verfahrens zwecks Ausspruch der Einziehung 1834 120
Nach Einstellung eines Verfahrens wegen Devisenzuwiderhandlung auf Grund des StraffreihG. Einziehung unzulässig 1158 16
Umfang der Rechtskraftwirkung des Einstellungsbeschlusses auf Grund des StraffreihG. 1835 123
Rev. wegen Einstellung des Verfahrens auf Grund StraffreihG. anstatt gemäß § 260 III StPO. wegen Zurücknahme des Strafantrags 1836 128
Teilnahmeverdacht i. S. des § 60 Ziff. 3 StPO. gegen Zeugen, gegen den die Untersuchung auf Grund StraffreihG. eingestellt worden 1836 124
§ 823 BGB. Ersatzpflicht des Verletzers bzl. der Kosten der Nebenklage des Verletzten, die diesem nach Einstellung des Strafverfahrens auf Grund Amnestie auferlegt worden 1635 6
§ 900 RVO. Bei Einstellung des Strafverfahrens gegen Unternehmer auf Grund StraffreihG. Schadensersatzansprüche des Arbeitnehmers außerhalb der RVO. nicht gegeben 1182 54

Strafgesetzbuch
Ergänzungsheft zu StGB., StPO. und GVG. Schrifttum 1303

Strafprozeß
Privates St.recht 1753
Neuordnung des Strafverfahrensrechts. Schrifttum 1302
Ergänzungsheft zu StGB., StPO. und GVG. Schrifttum 1303
Der Volksrichter in der neuen deutschen Strafrechtspflege. Schrifttum 1767

Strafrecht
Privates Verbandsstrafrecht:
Strafensysteme 1753
Strafprozeßrecht 1753
Schiedsgericht und Schiedsgerichtsverfahren 1754
Grenzziehung zum staatlichen St. 1757
Berufsständisches St. Schrifttum 1225
Entscheidungen des KG. und des OLG. München in Kosten-, Straf-, Miet- und Pachtschutzsachen. Schrifttum 2032

Strafzumessung
§ 2b StGB. St. nach dem mildesten Gesetz 1159 18
Zubilligung der Unbestraftheit als Milderungsgrund bei St. für Beamten † 1804 56
St. für räuberischen Diebstahl, bei dem die strafschärfenden Umstände aus § 250 Ziff. 3 StGB. nur für die Nötigung, nicht für den Diebstahl zutreffen † 1332 34
Heiratsabsicht des Juden gegenüber deutschblütiger Person, mit der er Rassenschande getrieben hat, kein Strafmilderungsgrund 1782 12
St. bei fortgesetzter Steuerhinterziehung 1827 102

Straße
vgl. auch unter Anlieger, Wegebaupflicht, Wegereinigung
§ 20 KunstSchG. Zulässigkeit des Photographierens aller von öffentlichen Straßen aus sichtbarer Baulichkeiten † 1411 8
Strafzumessung für räuberischen Diebstahl, bei dem nur die Nötigung, nicht der Diebstahl auf einer St. begangen worden † 1332 34

Straßenverkehrsrecht
RStraßVerkO. Schrifttum 1303
St. und Verkehrshaftpflichtrecht. Schrifttum 1695
St. mit einem technischen Leitfaden. Schrifttum 2089
Technische Erläuterungen zu §§ 25, 26, 27 RStraßVerkO. nebst AusfAnw. v. 29. Sept. 1934 und spätere Änderungen. Schrifttum 1540
§ 32 RStraßVerkO. Wehrmacht und RStraßVerkO. 1293
Geltung der RStraßVerkO. auch für alle tatsächlich öffentlichen Wege 1816 79
§§ 5, 18 RStraßVerkO. Begriff der Fahrzeuge; dazu gehören auch Anhänger zum Mitführen hinter Kraftfahrzeugen † 1817 80
§ 5 RStraßVerkO. maßgebend für Pflichten von Fahrer und Halter des Fahrzeugs. Verunreinigung der Straße durch herunterfallende Teile der Ladung eines Fahrzeugs (§ 30 RStraßVerkO.) 1818 81
§§ 20, 25 RStraßVerkO. Geschwindigkeit als Schadensursache 1761
„Andere" i. S. des § 25 RStraßVerkO. 1819 83
§ 25 RStraßVerkO. Strafbarkeit des Kraftfahrers, der Anhängen eines Radfahrers an sein Fahrzeug duldet 1345 54
§ 25 RStraßVerkO. In welchem Abstand darf Kraftfahrer an auf dem Gehsteig sich bewegenden Fußgängern vorbeifahren? Mitverschulden des Fußgängers † 1770 2
§ 25 RStraßVerkO. Pflicht des Führers eines Wagens zur Beleuchtung bei Dunkelheit † 1817 80
§ 25 RStraßVerkO. als selbständige Strafnorm, gilt auch für Fahrer eines überholenden Fahrzeugs 1818 82
§ 25 RStraßVerkO. Pflichten des Kraftfahrers beim überholen von Radfahrern 1821 87; desgleichen von Pferdegeschirren 1821 88
§§ 25, 36 RStraßVerkO. Pflicht des Verkehrsteilnehmers, sich auf das von ihm erkannte verkehrswidrige Verhalten anderer Verkehrsteilnehmer einzustellen 1342 51 † 1820 86
§§ 25, 27 RStraßVerkO. Vorsicht des Vorfahrtberechtigten beim Hineinfahren in belebte Kreuzung 1418 12
§§ 25, 27 RStraßVerkO. Auch der vorfahrtberechtigte Kraftfahrer muß an unübersichtlichen Kreuzungen vorsichtig fahren, um notfalls ein vor ihm ankommendes Fahrzeug vorbeizulassen † 1366 96 † 1773 5 1823 92
Grundsätzlich kein Recht des Nichtvorfahrtsberechtigten, das Vorfahrtrecht des von rechts Kommenden deshalb zu schmälern, weil er früher an die Einfahrt in die Kreuzung gelangt ist † 1824 94 1826 96
§§ 25, 36 RStraßVerkO. Fortsetzung der Fahrt über Kreuzung durch Vorfahrtpflichtigen beim Herannahen eines Bevorrechtigten 1343 52 † 1346 56
§§ 25, 27, 28, 36 RStraßVerkO. Bedeutung des Zeichens des Verkehrspolizeibeamten „Straße frei" für Seitwärtseinbiegen und für Fortsetzung der Fahrt in bisheriger Richtung 1822 91
AusfAnw. Ziff. II 4 zu § 25 RStraßVerkO. Aufstellung eines Sicherungspostens 1772 3
§§ 25, 36 RStraßVerkO. Parken, Be- und Entladen von Fahrzeugen † 1343 53
§ 26 RStraßVerkO. Ausnahmsweise überholen auf der rechten Seite zulässig 1822 89
§ 26 RStraßVerkO. Kraftfahrer, der entgegenkommendem Fahrzeug nach rechts ausweichen muß, will vorher ein rechtsbefindliches Fahrzeug überholen 1822 90
§ 26 III RStraßVerkO. Ausfahren eines weiten Bogens beim Einbiegen in andere Straße nach links 1773 4 1824 93
§ 27 II RStraßVerkO. Sorgfaltspflichten der beiden Kraftfahrer beim überholen und Einbiegen des vorderen Kraftwagens † 1414 10
Ausfahrten aus Grundstücken keine Einmündungen von Straßen i. S. des § 27 I RStraßVerkO., daher kein Vorfahrtsrecht des aus Ausfahrt Kommenden gegenüber dem die Straße Befahrenden † 1341 49

Kraftfahrzeuge nicht „andere Verkehrsteilnehmer" i. S. des § 27 I 2 RStraßVerkO. † 1312 11
§ 27 II RStraßVerkO. Grundsätzlich kann sich der Vorfahrtberechtigte darauf verlassen, daß die anderen Verkehrsteilnehmer dieses Vorrecht achten 1826 97
§ 27 RStraßVerkO. Voraussetzungen des Verzichts auf das Vorfahrtrecht 1826 98
Abweichung von der Vorfahrtregel des § 27 RStraßVerkO. bei Kreuzung von zwei Straßen verschiedener Verkehrsbedeutung nur, wenn amtliche Verkehrszeichen aufgestellt † 1773 5
AusfAnw. zu § 27. Zum Vorfahrtrecht auf Fern- und Hauptverkehrsstraßen 1342 50 1345 55 1775 6
§ 32 III RStraßVerkO. Reichspostfahrzeuge „Wegerechtsfahrzeuge"? 1826 99
§§ 34, 35 RStraßVerkO. Weitergeltung früher erlassener Straßenpolizeivorschriften nach Inkrafttreten der RStraßVerkO. 1826 100
Tateinheit von fahrlässiger Körperverletzung und Übertretungen der RStraßVerkO. 1816 78

Streitgenossen
§§ 104, 100 ZPO. Keine Vermengung der Kostenerstattungsansprüche einerseits zwischen dem Kläger und dem unterlegenen St., andererseits zwischen dem obsiegenden St. und dem Kläger 1662 28

Streitverkündung
§ 68 ZPO. Zur Wirkung der St. für den Streitverkündeten und für die Parteien des Vorprozesses, insbesondere bzgl. der Bindung an die Ergebnisse desselben 1433 40 1434 41
Kostentragungspflicht des Streitverkündeten, der dem Rechtsstreit beigetreten ist und demnächst den Beitritt zurücknimmt, bzgl. der Kosten der Nebenintervention 1996 23

Streitwert
St.bemessung bei auf ins Ermessen des Gerichts gestellter Höhe der Entschädigung lautendem Klageantrag und Vorschlag eines bestimmten Betrags in Klagebegründung oder Schriftsatz 1433 38
St. der Klage auf Feststellung, daß das Mietverhältnis über bestimmten Zeitpunkt hinaus fortbestehe 2135 38
St. der Klage auf Verurteilung zum Abschluß von Miet- und Pachtvertrag auf Grund eines Vorvertrags 2216 30
St. der Klage gegen Dritten auf Befreiung von gesetzlicher Unterhaltspflicht 1658 25
St. des Antrags auf Feststellung, daß der Beklagte in vermögensrechtlicher Beziehung der Vater sei 2216 29
St. in Ehesachen 1446 65; insbesondere nach Berufungszurücknahme 1432 37
St. der Vollstreckungsgegenklage 1433 39
St. d. Beweissicherungsverfahrens † 2216 31
Keine Berücksichtigung der Auswirkungen der begehrten Änderung der im Streit befangenen Einkommensteuer auf die zukünftigen Einkommensteuervorauszahlungen bei Bemessung des St. 1925 30

Streupflicht
Zur Rechtsprechung über Schadensersatzansprüche wegen Verletzung der St. 1451
§ 831 BGB. Entlastungsbeweis des Grundstückseigentümers, der sich nicht selbst um die Erfüllung der St. kümmert, bzgl. des Hauswarts und bzgl. des Hausverwalters 1917 22 † 2194 7

Strombauverwaltung
§ 823 BGB. Schadensersatzanspruch gegen den preußischen Staat wegen Verletzung der Pflicht der St., für die Verkehrssicherheit des Wasserlaufbettes, insbesondere vor Anlegestellen, zu sorgen 1543 1

Stundenbuchhalter
Verbot des FinA. an Steuerpflichtigen, sich der geschäftsmäßigen Hilfe eines zurückgewiesenen St. zu bedienen. Beurteilung der trotz des Verbots weiterhin durch den St. erfolgten Buchführung † 1286 52

Stundung
Die ZwangsSt. von Hypothekenzinsen auf Grund des Gesetzes über Verbrauchergenossenschaften v. 21. Mai 1935 2077
Die St. im Reichssteuerrecht 1764
Bei Entgegennahme eines Wechsels statt Geld als Vertragsleistung durch den Gläubiger keine St., sondern Untergang der Forderung † 1485 6
Das Zahlungsverbot für Zwecksparunternehmungen als gesetzliche St. † 1511 20

Substitut
Ist durch die gesetzliche Beiordnungsmöglichkeit eines Armenanwalts für auswärtige Beweisaufnahme gem. § 39 II RAO. die S.bestellung durch den Armenanwalt ausgeschlossen? † 1651 18
Anspruch des Armenanwalts auf Ersatz der Auslagen und Gebühren des von ihm für auswärtigen Beweistermin bestellten S.? † 1426 29
Erstattungsfähigkeit der Reisekosten des Rechtsanwalts zur Wahrnehmung auswärtiger Beweistermine auch, wenn sie höher als die Kosten eines S. sind 2247 83

Subventionen
Bindung der Gerichte an auf Grund § 1 Teil 4 Kap. V NotVO. v. 4. Sept. 1932 ergangene Anordnung der Reichsregierung zwecks Einschränkung der Personalausgaben bei subventionierten Unternehmungen 1184 58

Sühnetermin
Keine Beendigung von Eheprozessen durch Parteierklärungen ohne Zuziehung der Anwälte im S. im anhängigen Prozeß 2019

Tagegeld
§ 78 RAGebO. Keine Tage- und Abwesenheitsgelder für Wahrnehmung auswärtiger Termine durch Probeassessor 1419 15

Tarifordnung
Rangverhältnis von Gesetz, T. und Einzelvereinbarungen bei der Frage nach Verzicht und Verwirkung tariflicher Ansprüche 1109
Die Verwirkung im Arbeitsrecht systematisch besprochen unter Berücksichtigung der neuesten reichsarbeitsgerichtlichen Rechtsprechung 1118
Einwirkungen des Vierjahresplanes auf die Gestaltung der T. 1102
Die ReichsangestelltenT. 1134
Auslegung von Tarifbestimmung 1175 44
T. keine Statuten i. S. des § 293 ZPO., sondern formelles, vom Richter zu erforschendes Gesetzesrecht 1177 48
Arglisteinrede gegenüber Geltendmachung unverzichtbarer Tarifansprüche † 1190 66
Tariflicher Stundenlohn nicht ohne weiteres Akkordmindestlohn 1176 46
Beweiserbieten eines Schiedsgerichts, das auf Grund einer T. des Treuhänders der Arbeit (§ 91 I ArbGG.) tätig geworden † 1162 24
Geltung der deutschen Buchdruckertarifordnung für Buchdruckereiabteilungen fachfremder Unternehmungen 1175 45
„Mehrarbeit" i. S. der T. für die in Gaststätten beschäftigten Musiker in Schlesien. Zuschlag für das Notenstellen 1192 70
Keine Anwendung der durch § 75 d ArbVermG. getroffenen, den ordentlichen Tarif abändernden Bestimmung auf Arbeiter, die zu Arbeiten herangezogen, die zu den Aufgaben der Fürsorgeverbände gehören und von ihnen ohnehin geleistet werden müßten. Einrede der unzulässigen Rechtsausübung oder der Verwirkung gegenüber Tariflohnansprüchen 2071 66

Tarifvertrag
Grenzen der bindenden Kraft von T. in der Übergangszeit bis zur Anordnung des RArbM. v. 28. März 1934 1178 43
Grenzen der Zuständigkeit des Sondertreuhänders zur Abänderung von Bezirkstarifvertrag 1176 47

Tateinheit
T. von fahrlässiger Körperverletzung und Übertretungen der RStraßVerkO. 1816 78
T. zwischen § 251 und § 226 StGB. 1328 21
T. zwischen vollendeter Abtreibung und Körperverletzung ausgeschlossen 1332 32
T. von Versuch der Blutschande und Unzucht mit Pflegekind 1758 1795 35 1796 37
Verbrechen gegen §§ 2, 5 II BlutschutzG. in T. mit Verbrechen gegen § 176 I Ziff. 1 StGB. 1781 10
T. zwischen Rassenschande und Verbrechen gegen § 176 StGB. bei Beischlafs-Ersatzhandlungen mit elfjährigem Mädchen 1783 13
T. zwischen kupplerischer Zuhälterei und schwerer Kuppelei 1798 42 43
T. zwischen Urkundenfälschung und Betrug. Schwerere Strafart 1334 38
T. zwischen „Sichverschaffen" des § 1497 RVO. und den §§ 348 II, 349 StGB. 1807 60
Bei T. zwischen § 266 StGB. n. F. und § 351 Entnahme der Strafe aus § 266 1809 63
T. nicht möglich zwischen Erwerb einer Waffe ohne Waffenerwerbsschein und ihrem Führen einerseits, der Wilderei andererseits, dagegen möglich zwischen verbotenem Führen der Waffe und dem Jagdvergehn 1808 61
„Bandenschmuggel in T. mit Bannbruch" nicht denkbar † 1827 102
T. bei Verstoß gegen das Verbot des Umherlaufenlassens von Hunden im „Jagdbezirk" (§ 60 II Ziff. 13 RJagdG.) und im „Schongebiet" (§ 21 II Ziff. 1 RNatSchG.) 1832 111

Tätige Reue (§ 410 RAbgO.) 1610

Tatmehrheit
T. von Zollhinterziehung und Zollhehlerei † 1350 59
T. zwischen dem „Sichverschaffen" und dem „Wiederverwenden" alter Versicherungsmarken nach § 1497 RVO. 1807 60

Taubheit (§ 1 II Ziff. 7 ErbkrNachwGes.)
Frage der Erblichkeit 2055 37

Täuschung, arglistige
Anfechtung des Kaufs eines unfallbeschädigten Lastzugs wegen a. T. des Käufers † 1959 1
Versicherer behandelt mehrere Versicherungsverträge, auf Grund deren Schadensregulierung verlangt wird, als rechtliche Einheit und lehnt wegen a. T. jegliche Leistung ab. Getrennte Betrachtung bezüglich des Einwands der Verjährung unzulässig † 1714 11

Teilnahme
vgl. auch unter Anstiftung, Beihilfe
Zurechnung der Gewerbsmäßigkeit als straferhöhende persönliche Eigenschaft bei Täter oder Teilnehmer 1328 20

Termin
Begriff des T. in § 14 RAGebO. 1423 24

Terminsanberaumung
Keine Anwendung des § 74 II 1 GKG. auf das Berufungsverfahren. — Zur Anwendung des § 74 II 3 GKG. bei Erweiterung des Klagantrags gegenüber dem ursprünglichen Klagantrag oder dem ursprünglichen Berufungsantrag 1447 68
Rechtsanwaltsgebühren in Ehescheidungssache für Nachweis der Ladung des Beklagten und Antrag auf Anberaumung des zweiten Termins nach § 618 II ZPO. 1421 19

Testament
Abgabe der von Notaren verwahrten Verfügungen von Todes wegen an die AG. (AV. d. RJM.) 1381
Keine Ergänzung der in T.protokoll fehlenden Angabe des Errichtungstages aus der Aufschrift des T.umschlags 1733 30
Auslegung von T., das, obwohl der Nachlaß ausschließlich aus Grundbesitz besteht, anordnet, daß nach der Bestimmung eines Dritten die eine von zwei als Erben bezeichneten Personen den vorhandenen Grundbesitz, die andere bestimmten Barbetrag erhalten soll 2200 14
§ 2074 BGB. Testamentarische Verwirkungsklausel 2201 15
Ablieferungspflicht gem. § 2259 BGB. auch für öffentliche T., die in amtliche Verwahrung gebracht und nachher dem Erblasser gem. § 2256 BGB. zurückgegeben sind 1734 31
Anwendung der Auslegungsregel des § 2269 BGB. für gemeinschaftliches T. auch bei Nichtigkeit des T. des einen Ehegatten, aber Zurücktreten hinter der allgemeinen Auslegungsregel des § 2084 BGB. 1410 7

Testamentsvollstrecker
Keine Befugnis des gem. § 2222 BGB. bestellten T. zur Übertragung des Nacherbrechts auf den Vorerben 1553 15
Löschungsbewilligung des T. für eine auf seinem Grundstück haftende Nachlaßhypothek und Zustimmung zur Löschung als Eigentümer 2100 5

Theosophische Vereinigung
Zuwendung des Erbhofs durch Vertrag und Testament an th. V., mit deren Mitgliedern er in Hausgemeinschaft bewirtschaftet werden soll 2140 43

Thüringen
Keine Nachprüfung der formellen Voraussetzungen des im thüringischen Feststellungsverfahren (Defektenverfahren) ergangenen Verwaltungsbeschlusses im ordentlichen Rechtsweg 2048 22

Tierquälerei
Bestrafung von vor dem 1. Sept. 1935 aus sexuellen Gründen von Frauen begangener T. als Unzucht mit Tieren unzulässig † 1352 63

Tilgungshypotheken
Ziel der landwirtschaftlichen Entschuldung ist Umwandlung der bestehenbleibenden Hypotheken in unkündbare T. † 1559 19

Töchter
§ 844 BGB. Umfang der Schadensersatzleistung an T. bemittelter Eltern, die keinen Beruf erlernt haben 1550 10
Zugehörigkeit von Grundstück, das der Tochter bei ihrer Verheiratung zur eigenen Bewirtschaftung zugeteilt, von deren Scheidung 1927 ab wieder von der Hofstelle der Eltern aus bewirtschaftet worden ist, zum Erbhof der Eltern 1573 31
Wichtiger Grund für Übergehung eines Sohnes zugunsten einer T. bei Übertragung des Erbhofs bzw. Anerbenbestimmung 2155 58

Todesstrafe
Verhängung von T. bei erheblicher Verminderung der Zurechnungsfähigkeit des Täters i. S. des § 51 II StGB. 1786 20

Totschlag
§§ 53, 212 StGB. Zur Frage der „erforderlichen Verteidigung" durch gewaltsame Abwehr, die nur unter Tötung eines Menschen möglich ist † 1787 21

Tötung
§ 844 BGB. Aufstellen von geladenem Gewehr an einer anderen Menschen zugänglichen Örtlichkeit. Gemäß § 845 BGB. auch Ersatzanspruch bezüglich der sonst vom Getöteten geleisteten Dienste, die die Eltern jetzt ohne Aufwendung von Geld selbst ausführen 1490 10
Bemessung der Ansprüche der Witwe nach § 844 BGB. nach der gesetzlichen Unterhaltspflicht des Mannes. Keine Anrechnung der Hinterbliebenenfürsorge auf Grund Freigebigkeit Dritter oder auf Grund Vertrags auf die Geldrenten gem. § 844 BGB. 1240 9

Tötung, fahrlässige
§ 222 StGB. Strafbarkeit des Kraftfahrers, der Anhängen eines Radfahrers an sein Fahrzeug duldet 1345 54
§ 222 StGB. Sorgfaltspflicht des Kraftfahrers beim Überholen, besonders in hügeligem Gelände 1819 85
§ 222 StGB. Überholen von Radfahrern durch Kraftfahrzeuge 1821 87
§§ 222, 230 StGB. Der Kraftwagenfahrer darf sich nicht allein darauf verlassen, daß die vor ihm liegende Fahrbahn zunächst frei ist 1825 95
§ 222 StGB. Sorgfaltspflicht des Radfahrers gegenüber sich erkennbar verkehrswidrig verhaltenden Fußgängern † 1820 86

Treuhand
Kein dinglicher Anspruch des Treugebers gegen Dritten, an den der Treuhänder das Treugut vereinbarungswidrig veräußert hat 1484 5
Zulässigkeit der Übertragung von Geschäftsanteilen einer GmbH. an anderen zu treuen Händen mit Verpflichtung, sie dem übertragenden jederzeit zurückzuübertragen 1145 1
Keine Umwandlung einer Kapitalgesellschaft in OHG. durch Eintritt eines Dritten an Stelle eines der bisherigen Gesellschafter als dessen Treuhänder als persönlicher Gesellschafter † 1992 19

Treuhänder der Arbeit
Grenzen der Zuständigkeit des Sondertreuhänders zur Abänderung von Bezirkstarifvertrag 1176 47

Treuhandwesen
Kongreßarchiv 1936 des deutschen Prüfungs- u. T. Schrifttum 1228
§ 157 ZPO. Ausschließung genossenschaftlicher Treuhandstellen und deren Angestellter als Bevollmächtigte † 1436 47

Treupflicht
Die T. auf Grund des § 2 ArbOG. 1105
Die T. des nach der Reichstarifordnung beschäftigten Angestellten 1136
T. und Kündigungsrecht 1172 40

Treu und Glauben
vgl. auch unter Ausgleichspflicht
Herabsetzung der bei Verkauf einer Arztpraxis vereinbarten Leistungen des Käufers gem. § 242 BGB. 1519 1523
Einwand aus § 242 BGB. gegenüber Vergleich 2189 4
In allgemeinen Lieferungsbedingungen vereinbarter Haftungsausschluß für Lieferungsverzögerungen. Unzulässigkeit der Geltendmachung des Haftungsausschlusses, mit dessen Ernstlichkeit der Besteller erkennbar nicht rechnete 1479 4
§§ 242, 611 BGB. Anforderungen von T. u. Gl. bei Beurteilung der Verpflichtungen aus Versorgungsvertrag 1721 20
Überwiegendes Vorherrschen des Grundsatzes von T. u. Gl. im privaten Versicherungsrecht; Zurücktreten rein sachenrechtlicher Grundsätze 1920 24
Keine entsprechende Anwendung des § 242 BGB. bei Berufung auf Klagausschlußfristen für Ansprüche aus dem Beamtenverhältnis gegen den öffentlich-rechtlichen Dienstherrn 1156 13

Tschechoslowakei
Unzuständigkeit der deutschen Gerichte für die Ehescheidung tschechoslowakischer Staatsangehöriger 1297 1322 15
Maßgebendes Erbstatut für im In- und Ausland befindlichen beweglichen und unbeweglichen Nachlaß eines tschechoslowakischen Erblassers aus dem Landesteil Böhmen 1728 25

Überholen (Kraftfahrrecht) † 1414 10 1818 82 1819 85 1821 87 88 1822 89 90

Übertretung
Rechtsmittel gegen ein abweichend von der Anklage statt Vergehens nur ü. annehmendes und den Angeklagten ausschließlich zu Geldstrafe verurteilendes Urteil 1360 85

Umsatzsteuer
U.merkblatt. Schrifttum 2186
Entscheidend für Umsatzbesteuerung der wirtschaftliche Inhalt, nicht die bürgerlich-rechtliche Gestaltung der Vorgänge † 1275 39
Für den Begriff der Gaststätte i. S. des U.rechts ist Vermietung möblierter oder vom Mieter zu möblierender Räume belanglos † 1925 31
§ 7 III UmsStG. 1934. Ermäßigter Steuersatz bei Lieferungen außerhalb des Großhandels im letzten Kalenderjahr im Betrage von nicht mehr als 75% des Gesamtumsatzes 1362 90
Feststellung der Voraussetzungen für Anwendung des § 7 III und § 7 IV UmsStG. 1934 bei Gesamtrechtsnachfolge † 1362 91
Wird die Anwendung des ermäßigten Steuersatzes für Großhandelslieferungen gem. § 7 III UmsStG. 1934 ausgeschlossen, da neues Verkehrsgut entsteht: durch
Zerschneiden von Grubenlanghölzern zu Grubenstempeln 2008 41
Einsalzen von frischen Lebern 2008 42
Reinigen von Gerste 2008 43
Betriebsfertig herstellenlassen von Büchern, Zeitschriften usw. durch anderen Unternehmer aus von diesem beschafften Stoffen 2008 44
Verkauf von lebendem Vieh nach Schlachtgewicht durch Viehhändler an Fleischer 2008 45
Ausstattung von Etuis mit anderweit erworbenen Kämmen, Bürsten und dergleichen 2008 46

Schneiden von Flachglas auf bestimmte Maße 2008 [47]

§ 12 UmsStG. 1934. Absetzung der vom Steuerpflichtigen nicht an den unmittelbar Belieferten, sondern an anderes Glied in der Reihe der Belieferten zurückgewährten Beträge vom Entgelt † 1285 [50]

Umwandlung von Kapitalgesellschaften

Gesamthandsbeteiligungen (Erbengemeinschaft und eheliche Gütergemeinschaft) bei U. v. K. 1600

U. und Auflösung von K.:
Geltungsdauer der Umwandlungsgesetzgebung, Bilanzierungsfragen 1193
Identität der aufzulösenden mit umgewandelter K. 1195
Steuererleichterungen, Bewertung 1196
Veräußerungsgewinn 1197

Die Ergänzung des Umwandlungsrechts durch die 4. DurchfBO. v. 24. Juni 1937 betreffend Geltungsdauer und -bereich, Gläubigerschutz und Mehrheitsbeschluß 1942

Der gegenwärtige Rechtszustand und die Verwaltungsübung im Umwandlungssteuerrecht:
Der gegenwärtige Rechtszustand 1944
Umwandlungs- und Auflösungsfälle im Steuerrecht 1944
Steuererleichterungen bzgl. Grunderwerbsteuer 1944, Wertzuwachssteuer 1945, Einkommen- und Körperschaftsteuer 1945, Gewerbesteuer 1946

Betrachtungen zur U. v. K. Schrifttum 1228

§§ 2, 10 UmwandlG. Keine Umwandlung einer aus zwei Gesellschafter bestehenden GmbH. mit einer anderen GmbH., deren alleiniger Gesellschafter der eine der beiden ist, auf dieselbe von ihnen gegründete Personalgesellschaft. Der Sitz der gegründeten Personalgesellschaft braucht nicht mit dem Sitz der umgewandelten Kapitalgesellschaft übereinzustimmen † 1991 [18]

§§ 9 ff. UmwandlG. U. mehrerer K. auf eine einzige von den Gesellschaftern zu errichtende Personalgesellschaft † 1271 [35]

§§ 9, 14 UmwandlG. Keine U. einer K. in OHG. durch Eintrittt eines Dritten an Stelle eines der bisherigen Gesellschafter als dessen Treuhänder als persönlicher Gesellschafter † 1992 [19]

§ 11 UmwandlG. Formlose Errichtung von bürgerlich-rechtlicher Gesellschaft, auf die das Vermögen der umzuwandelnden Kapitalgesellschaft übertragen werden soll; Einreichung von Gesellschafterliste nicht erforderlich † 1272 [36]

Bei U. v. K. unveränderte Fortführung der nur den Familiennamen, nicht Vornamen einer natürlichen Person enthaltenden Firma durch den Übernehmer zulässig 1738 [36]

Gültiger Generalversammlungsbeschluß betreffend U. der K. auf von Mehrheit der Gesellschafter gebildete Personalgesellschaft ohne zweiwöchige Ankündigung des Beschlußgegenstands. Keine Aberkennung des gesetzlichen Abfindungsanspruchs des infolge der Umwandlung ausscheidenden Gesellschafters durch die Gesellschafterversammlung 1739 [37]

Steuererleichterungen für Übergang der Anteile einer Personenvereinigung i. S. des § 3 GrErwStG. bei Umwandlung von AktG. unter gleichzeitiger Errichtung einer Kommanditgesellschaft † 1282 [48]

Feststellung der Voraussetzungen für Anwendung des § 7 III und § 7 IV UmsStG. 1934 bei Gesamtrechtsnachfolge infolge Umwandlung † 1362 [91]

Umzugskosten

Keine U.entschädigung gem. § 32 I MietSchG. für Inhaber von Beamtendienstwohnung bei Neubau i. S. des § 33 MietSchG. 1258 [25]

U. der durch ihren Arbeitgeber an anderen Dienstort versetzten Privatangestellten als Werbungskosten 1279 [43]

Unehelichkeit

Bewertung der Blutgruppen A_1 und A_2 bei der Frage der offenbaren Unmöglichkeit der ehelichen Abstammung † 1970 [6]

Empfängniszeit des § 1717 BGB. keine Ausschlußfrist. Nachweis verlängerter Empfängniszeit steht dem Kinde offen † 1309 [9]

Einschreiten des VormGer. bei Weigerung des Vormunds eines unehelichen Kindes zur Gestattung der Blutuntersuchung 2043 [15]

Bei Streit zwischen Mutter und Vormund über Verwendung der dem unehelichen Kinde vom Vater zu zahlenden Unterhaltsrente Eingreifen des VormGer. unzulässig 1732 [29]

Streitwert des Antrags auf Feststellung, daß der Beklagte in vermögensrechtlicher Beziehung der Vater sei 2216 [29]

Zuständigkeit des AG. für Klage auf Feststellung, daß der Beklagte der Erzeuger der Klägerin ist 2229 [51]

Bei Annahme eines unehelichen Kindes an Kindes Statt regelmäßig kein Recht der Mutter auf weiteren persönlichen Verkehr mit dem Kinde 2043 [14]

VollstrMißbrG. Keine Befreiung erwerbsloser Schuldner von der Unterhaltspflicht für uneheliches Kind 1274 [33]

§ 850 III ZPO. Konkurrenz von Unterhaltsansprüchen eines unehelichen und eines volljährigen ehelichen Kindes 1445 [60]

Anwendung des § 157 I Ziff. 1 StGB. bei Gefahr der Strafverfolgung wegen Unterdrückung des Personenstandes durch falsche Bezeichnung des Erzeugers 1792 [29 30]

Unerlaubte Handlung

vgl. auch unter Schmerzensgeld, Verrichtungsgehilfe

§ 826 BGB. Die Arglistklage als Rechtsbehelf zur Herabsetzung übermäßig hoher Zinsen aus alten Urteilen 1940

§ 823 BGB. Schadensersatzanspruch gegen den preußischen Staat wegen Verletzung der Pflicht der Strombauverwaltung, für die Verkehrssicherheit des Wasserlaufbettes, insbesondere vor Anlegestellen, zu sorgen 1543 [1]

Schadensersatzansprüche aus § 823 BGB. bei Verletzung der Verkehrssicherungspflicht öffentlich-rechtlicher Körperschaften † 1314 [12]

§ 823 BGB. Ersatzpflicht des Verletzers bezüglich der Kosten der Nebenklage des Verletzten, die diesem nach Einstellung des Strafverfahrens auf Grund Amnestie auferlegt worden 1635 [6]

§§ 823, 844 BGB. Aufstellen von geladenem Gewehr an einer anderen Menschen zugänglichen Örtlichkeit. Gem. § 845 BGB. auch Ersatzanspruch bezüglich der sonst vom Getöteten geleisteten Dienste, die die Eltern nun ohne Aufwendung von Geld selbst ausführen 1490 [10]

§§ 823, 824 BGB. Verhältnis des Berichtigungsanspruchs nach PreßG. zum Widerrufsanspruch auf Grund u. H. Wahrnehmung berechtigter Interessen 1261 [29]

Verhältnis zwischen den §§ 824 u. 839 BGB. 1706 [5] † 1967 [5]

Einrede des § 826 BGB. gegenüber Geltendmachung eines rechtskräftigen Urteils, 1. gegen das Abänderungsklage aus § 323 ZPO. möglich ist 2196 [9]; 2. das, wie ihm bekannt, von Drittem auf Grund Meineids eines Zeugen erschlichen worden † 2223 [44]

§ 826 BGB. Ansprüche, unter Verletzung des Warenzeichenrechts hergestellte Erzeugnisse aus dem Verkehr zu ziehen, nur gegeben, wenn der Verletzer die von ihm in den Verkehr gebrachten streitigen Waren zurückerwerben kann 1901 [15]

Vorsätzliches Nichtgeltendmachen des Unterlassungsanspruchs des Verletzten in Kenntnis der Bemühungen des Wettbewerbers um Einführung seines Warenzeichens als sittenwidrige Rechtsausübung i. S. des § 1 UnlWG., § 826 BGB. † 1905 [16]

Ausgleichspflichtige Schadensersatzpflicht nicht nur auf Grund des KraftfG., sondern auch auf Grund u. H. † 1769 [1]

§ 843 BGB. Entscheidend für Beurteilung der Minderung der Erwerbsfähigkeit ist nicht eine weit über das Durchschnittsmaß hinausgehende Energieleistung 1916 [21]

§ 844 BGB. Zur Frage, ob die junge, arbeitsfähige, kinderlose Witwe, die wegen Tötung des Ehemanns Schadensansprüche geltend macht, sich einen Erwerb, den sie erzielen könnte, anrechnen lassen muß 1703 [3]

Bemessung der Ansprüche der Witwe nach § 844 BGB. nach der gesetzlichen Unterhaltspflicht des Mannes. Keine Anrechnung der Hinterbliebenenfürsorge auf Grund Freigebigkeit Dritter oder auf Grund Vertrags auf die Geldrenten gem. § 844 BGB. 1240 [9] 1866

§ 844 BGB. Umfang der Schadensersatzleistung an Töchter bemittelter Eltern, die keinen Beruf erlernt haben 1550 [10]

Beginn der Verjährung gem. § 852 BGB. 1307 [5] 1237 [7]

Entsprechende Anwendung der Verjährungsvorschrift des § 852 BGB. auf Schadensersatzansprüche von Staat und Gemeinden gegenüber ihren Beamten wegen Dienstpflichtverletzung in Bayern 1922 [38]

Anerkennung eines Ersatzanspruchs des Fürsorgeverbands wegen u. H. durch den Pfleger 2198 [12]

Unfallfolgen

Spätfolgen eines Unfalls nach Abschluß eines Vergleichs 1214 1235 [5]

Unfallprozeß

Würdigung der versuchsweisen Rekonstruktion des Unfalls durch den Richter † 1776 [7]

Unfallversicherung

§ 898 RVO. und die Haftung des Unternehmers für Betriebsunfälle 1204

§ 900 RVO. Bei Einstellung des Strafverfahrens gegen Unternehmer auf Grund StraffreihG. Schadensersatzansprüche des Arbeitnehmers außerhalb der RVO. nicht gegeben 1182 [54]

§ 1504 RVO. Ersatzanspruch der Krankenkasse gegen den Träger der U. auf Ersatz ihrer Aufwendungen 1839 [136 137]

Übergang der Rechte des unfallversicherten Angestellten gem. § 49 RVGfA. 1164 [25]

Ungarn
Die Ehescheidung tschechoslowakischer Staatsangehöriger im ehemaligen ungarischen Rechtsgebiet 1299 1322 15

Unmöglichkeit der Leistung
U. d. L. gem. § 265 BGB. bei Wahlschuld 1474 2
Bei Nichtaufnahme eines städtischen Kammermusikers in die Reichsmusikkammer U. d. L. aus von keinem Vertragsteil zu vertretendem Umstand 2070 65

Unterbrechung des Verfahrens
Für Rechtsnachfolgerstreit nach Urteilsverkündung in einem durch Tod unterbrochenen Verfahren keine erneuten Rechtsanwaltsgebühren 1421 20

Untergrundbahn
Häuserschäden durch Grundwassersenkung beim U.bau. Schrifttum 1542

Unterhalt
Zur Frage der Anerkennung von vor der Ehescheidung getroffenen Vereinbarungen über die U.regelung 2011
Die steuerlichen Auswirkungen von Rentenverträgen:
Allgemeines 1685
Urkundensteuer 1685
Schenkungssteuer 1686
Einkommensteuer 1687
Vermögensteuer 1687
§ 1360 BGB. schreibt nicht Halbierung der Bareinkünfte des Mannes zwischen ihm und seiner Frau vor. Gesetzliche U.pflicht des Mannes als Maßstab der Ansprüche der Witwe nach § 844 BGB. 1240 9
Kein Anspruch der Frau auf U.rente nach Ungültigkeitserklärung einer österreichischen Dispensehe † 1979 12
Aufhebung der U.pflegschaft, wenn der Vater, der seinem Kinde aus einem U.urteil noch erhebliche Beträge schuldet, dem Kinde jetzt in seinem Haushalt NaturalU. gewährt 2205 19
Bei Streit zwischen Mutter und Vormund über Verwendung der dem unehelichen Kinde vom Vater zu zahlenden U.rente Eingreifen des VormGer. unzulässig 1732 29
Streitwert der Klage gegen Dritten auf Befreiung von gesetzlicher U.pflicht 1658 26
Streitwert des Antrags auf Feststellung, daß der Beklagte in vermögensrechtlicher Beziehung der Vater sei 2216 29
§ 844 BGB. Schadensersatzpflicht gegenüber Töchtern bemittelter Eltern, die keinen Beruf erlernt haben 1550 10
§ 844 BGB. Zur Frage, ob die junge, arbeitsfähige, kinderlose Witwe, die wegen Tötung des Ehemanns Schadensansprüche geltend macht, sich einen Erwerb, den sie erzielen könnte, anrechnen lassen muß 1703 3
§§ 850, 850 b ZPO. Notwendiger U. eines Angestellten in Berlin, ferner eines Angestellten in der Reichsleitung der NSV., der nebenbei ehrenamtlich in der NSDAP. tätig ist 1166 28
Notwendiger U. bei U.pfändung einer Haushaltangestellten mit freier Verpflegung und Unterkunft 1166 29
Keine Anwendung der Vergünstigung des § 850 b ZPO. für u.berechtigte Ehefrauen auf u.berechtigte, in eheähnlichen Verhältnissen lebende Frau 1670 37
§ 850 III ZPO. Konkurrenz von U.ansprüchen eines unehelichen und eines volljährigen ehelichen Kindes 1445 60
VollstrMißbrG. Keine Befreiung erwerbsloser Schuldner von der U.pflicht für uneheliches Kind 1274 38

Unterhaltspflichtverletzung (§ 361 Ziff. 10 StGB.)
Keine Bestrafung in analoger Anwendung des § 361 Ziff. 10 StGB. bei Inanspruchnahme fremder Hilfe ohne Vermittlung der zuständigen Behörde bzw. Verweigerung der Unterhaltszahlung trotz Aufforderung durch unzuständige Behörde 1812 68 69
Zumutbarkeit des Berufswechsels für den Unterhaltspflichtigen 1338 44

Unterhaltsprozeß
Beiordnung des Pflegeranwalts als Armenanwalt im U. 2240 73

Unterlassene Hilfeleistung (§ 330 c StGB.)
Beihilfe durch Unterlassen, wo Rechtspflicht zum Handeln besteht 1785 19
Pflicht zur H. nicht nur in Fällen der Leibes- oder Lebensgefahr 1813 76

Untermiete
Bezeichnung der einzelnen Mietsforderungen bei Pfändung von U. gegen Pensionsinhaber 1443 58

Unternehmensbeirat (§ 17 ArbOG.) 1597

Unterschlagung
Begehung von U. durch den mittelbaren Besitzer 1334 35
Empfang von Geld in amtlicher Eigenschaft i. S. des § 350 StGB. durch zur Empfangnahme amtlich nicht zuständigen Beamten 1336 40 42
Begehung von AmtsU. in Tateinheit mit Untreue durch Hauptlehrer an öffentlicher Schule, der die als Leiter der Schulsparkasse von den Schülern und deren Angehörigen empfangenen Spargelder nicht bei der Kreissparkasse einzahlt, sondern sich rechtswidrig zueignet 1803 55

Untersuchungshaft
Anrechnung der U. nur, sofern sie in Beziehung zu derjenigen Strafverfolgung steht, die die Urteilsfällung betrifft 1788 22
Mit Aufhebung von Gesamtstrafe auch Aufhebung der im Urteil ausgesprochenen Anrechnung der U. 1789 23
Im Hinblick auf § 2 Ziff. 2 StraffreiheitsG. ist auch für Geldstrafe, auf die die U. angerechnet wird, Ersatzfreiheitsstrafe festzusetzen 1835 121

Untersuchungsrichter
vgl. unter Voruntersuchung

Unterwerfungsverhandlung
Zum Verbrauch der Strafklage bezüglich fortgesetzter Straftaten durch finanzamtliche U.; zur Anrechnung von Strafen aus U. bei nichtverbrauchten Strafklagen † 1829 106

Untreue (§ 266 StGB.)
Pflicht zur Wahrnehmung von Vermögensinteressen nicht gegeben bei Verpflichtung, einen anderen von seinen Wechselverbindlichkeiten zu befreien 1334 37 † 1805 57
Treuverhältnis i. S. des § 266 StGB. bei Verwahrung des Sparbuchs für anderen mit fortlaufender Ermächtigung, nach Bedarf Geld für den Auftraggeber abzuheben † 1804 56
Zur Frage der Begehung von U. durch Gerichtsvollzieher, der dem Gläubiger, den er vor der fruchtlosen Zwangsvollstreckung benachrichtigt, nicht mitteilt, 1. daß dem Schuldner gegen den Gerichtsvollzieher eine Forderung zustehe, 2. daß der Schuldner durch Verheimlichen pfändbarer beweglicher Sachen den Mißerfolg der Pfändung bewirkt hat 1806 59
Begehung von Amtsunterschlagung in Tateinheit mit U. durch Hauptlehrer an öffentlicher Schule, der die als Leiter der Schulsparkasse von den Schülern und deren Angehörigen empfangenen Spargelder nicht bei der Kreissparkasse einzahlt, sondern sich rechtswidrig zueignet 1803 55
Bei Tateinheit zwischen § 266 StGB. n. F. und § 351 Entnahme der Strafe aus § 266 1809 63

Untreue (§ 146 GenG.)
Verübung der U. nicht nur in der Eigenschaft als Vorstands-, Aufsichtsratsmitglied oder Liquidator 1357 73

Unzulässige Rechtsausübung
Einwand der u. R. gegenüber Schuldner, der sich nach vorhergegangener formloser Anerkennung auf die Verjährung beruft 2169
Einwand der u. R. wegen Erschütterung der Geschäftsgrundlage 2036 5
Kündigungsbefugnis des Verpächters auch ohne rechtfertigenden Grund, aber Einwendung des Rechtsmißbrauchs für den Pächter gegeben † 2108 13
Einrede der u. R. oder der Verwirkung gegenüber Tariflohnansprüchen 2071 66

Urkundenbeweis
Zurücktreten des U. bei Beantragung der unmittelbaren Beweiserhebung durch Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen (ZR.) 2226 45

Urkundenfälschung
Von der NSDAP. und ihren Dienststellen ausgestellte Urkunden als öffentliche (§ 268 Ziff. 2 StGB.) 1336 39
Sparkassenbuch einer preußischen Kreissparkasse als öffentliche Urkunde. Gegenüber § 263 StGB. ist § 268 Ziff. 1 StGB. das mildere, § 268 Ziff. 2 StGB. das schwerere Strafgesetz 1334 38
§§ 267, 268 StGB. Unbefugte Verwendung der auf dem amtlichen Kennzeichen, das von Kraftfahrzeug getrennt ist, befindlichen echten Stempelabdrücke zur Herstellung eines amtlichen Kennzeichens für anderes Kraftfahrzeug 1805 58
Beurkundung unrichtiger Geldempfangstage „in den Vorgängen des FinA." durch stellvertretenden Vollziehungsbeamten keine vorsätzliche Falschbeurkundung öffentlicher Urkunden i. S. des § 348 II StGB. 1337 43
Voraussetzung der Annahme der Absicht, sich Vermögensvorteil zu verschaffen (§ 349 StGB.). Zeitweilige Vorenthaltung einer Urkunde als Unterdrückung i. S. des § 351 StGB. 1336 40
Bei Tateinheit zwischen § 266 StGB. n. F. und § 351 Entnahme der Strafe aus § 266 1809 63
Tateinheit zwischen „Sichverschaffen" gem. § 1497 RVO. und §§ 348 II, 349 StGB. 1807 60

Urkundensteuer
Steuerpflicht von Unterhaltsrentenverträgen 1685
U. bei Grundstückskäufen mit Zubehör 1526 1693
Zur Urkundensteuerpflicht von rechtsgeschäftlichen Erklärungen, die in Aktennotizen niedergelegt sind 1373
U. bei Genossenschaften 2181
Kurzgrundriß des UrkStG. Schrifttum 1539
Das UrkStG. v. 5. Mai 1936. Schrifttum 1472 2186

Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
vgl. unter G.

Urlaub
Wesen und Inhalt des U.anspruchs nach heutiger Rechtsauffassung 1172 40
Die U.pflicht des Unternehmers auf Grund der allgemeinen Treupflicht gem. § 2 II ArbOG. 1105
Zur Frage des U.anspruchs von Saisonarbeitern 1177 48
Bemessung der U.vergütung der Handlungsgehilfen, die ausschließlich oder zum Teil Provision beziehen 1170 37
Entsprechende Kürzung der U.vergütung, wenn während der U.zeit Kurzarbeit geleistet wird 1172 39

Ursächlicher Zusammenhang
U. Z. bei dem Problem der Vorteilsausgleichung 1463
§ 898 RVO. U. Z. zwischen Betrieb und Erkrankung 1204
Kein Schadensersatz wegen Verschuldens bei Vertragsschluß, das für den Abschluß des Vertrags nicht ursächlich gewesen ist 1628 2

Urteilsverkündung
Bei Verstoß gegen die Vorschriften betreffend die U. kein Urteil im Rechtssinn. Rechtsmittel dagegen zulässig. Kein Ersatz durch spätere ordnungsgemäße Verkündung eines anderen Urteils † 1664 31

Vater
Beleidigung des V. durch Vornahme unzüchtiger Handlungen mit der Tochter 1331 30

Verarbeitung
Unwirksamkeit der bei Kauf unter Eigentumsvorbehalt vereinbarten Abtretung der dem Käufer im Fall des Eigentumsübergangs der gelieferten Waren auf Dritten durch V. der Ware erwachsenden Forderungsrechte auf den Verkäufer † 1961 2

Veräußerung von Entschuldungsbetrieben 1531

Verbandsstrafrecht
Privates V. 1753

Verbindung von Prozessen
Bis zur V. mehrerer gleichzeitig schwebender Eheprozesse derselben Parteien Erwachsen der Gebühren für den Prozeßbevollmächtigten in jedem Verfahren gesondert 2004 33

Verbindung von Verfahren
V. von Genehmigungs- und Feststellungsverfahren durch das AEG. 2147 51

Verbrauch der Strafklage
Zum V. d. St. bezüglich fortgesetzter Straftaten durch finanzamtliche Unterwerfungsverhandlung; zur Anrechnung von Strafen aus Unterwerfungsverhandlungen bei nichtverbrauchten St. † 1829 106

Verbrauchergenossenschaften
vgl. unter Genossenschaften

Verein
Privates Verbandsstrafrecht:
Strafensysteme 1753
Strafprozeßrecht 1753
Schiedsgericht und Schiedsgerichtsverfahren 1754
Grenzziehung zum staatlichen Strafrecht 1757
Kündigungswiderrufsklage gegen nichtrechtsfähigen V. 1130
Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb i. S. der §§ 21, 22 BGB. Die Vorteile des Geschäftsbetriebs müssen nicht dem V. als solchem zugute kommen. Vermittlungstätigkeit eines V. Entgeltlichkeit der V.tätigkeit. Eintragung eines V. mit idealem Hauptzweck ins V.register 2033 1
Zur gerichtlichen Nachprüfung der Rechtmäßigkeit des Ausschlusses aus V. und aus bürgerlich-rechtlicher Gesellschaft 1548 7
Wirksamkeit der Einsetzung eines Schiedsgerichts für ein als V. gestaltetes Kartell † 1557 18
Keine Klagänderung, wenn an Stelle der für nichtrechtsfähigen V. klagenden Mitglieder der inzwischen rechtsfähig gewordene V. tritt † 1659 26
§ 7 Ges. zur Verhütung von Mißbräuchen auf Gebiet der Rechtsberatung. Eintragung des Vereins „Creditreform" in das Vereinsregister 1730 26

Vereinsauflösung
§§ 1, 4 VO. z. Schutz von Volk u. Staat. Teilnahme eines Inländers an ausländischen Versammlungen eines für das Inland verbotenen und aufgelösten Vereins 1831 103

Vereitelung der Zwangsvollstreckung (§ 288 StGB.)
Tatbestandsmerkmal des sachlich begründeten Anspruchs des Antragstellers auf Z. in das Vermögen des Angeklagten 1336 41

Verfassungsrecht
Verfassung. Schrifttum 1397

Vergehen
Rechtsmittel gegen ein abweichend von der Anklage statt V. nur Übertretung annehmendes und den Angekl. ausschließlich zu Geldstrafe verurteilendes Urteil 1360 85

Vergleich
Die Beendigung von Eheprozessen durch V. 1934, insbes. im Armenrechtsverfahren 2019
Spätfolgen nach Abschluß eines V. über Ansprüche aus Körperverletzung 1214 1235 5
V. und Zahlungsverbot bei Zweckspar-unternehmungen 1458
Die Zuständigkeit der Zinssenkungsstelle bei der Einwendung des V. 1607
Grundsätze für Auslegung eines V. Ersatz der Schriftform für Pachtverträge durch vor Schiedsgericht geschlossenen V. 1701 2
§ 550 ZPO. Auslegung eines ProzeßV. durch das RevG. nur, soweit streitig, ob der V. den Rechtsstreit ganz oder teilweise beendet hat 2001 28; desgl. Nachprüfung gemäß § 559 ZPO. des ProzeßV. als Prozeßhandlung † 2228 49
Einwand aus § 242 BGB. gegenüber V. 2189 4
Einwand der Arglist gegenüber Festhalten an einem auf irriger Geschäftsgrundlage zustande gekommenen V. Nachprüfung der Wirksamkeit des V. nach Erhebung des Einwands 1149 6
§ 181 KO. Rücktritt des Gläubigers vom außergerichtlichen V., wenn sich die nach Rundschreiben des Gemeinschuldners zu erwartende gleichmäßige Befriedigung aller Gläubiger nicht bewahrheitet. Kein Rücktritt bei Befriedigung der bevorzugten Gläubiger aus dem Vermögen eines Dritten 1473 1
§ 91 ZPO. Beschränkung der Kostentragungspflicht auf die zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung notwendigen Kosten auch bei Beendigung des Rechtsstreits durch V. 1434 42
Bezüglich des Kostenrechts eröffnet Fortsetzung eines durch gerichtlichen V. geschlossenen Verfahrens wegen behaupteter Unwirksamkeit des V. kein neues Verfahren 1670 39
Nach Beilegung des Rechtsstreits vor Berufungseinlegung durch V. ist Berufungseinlegung mit dem Antrage, den Rechtsstreit in der Hauptsache für erledigt zu erklären und dem Gegner die Kosten aufzuerlegen, unzulässig 1996 22
Kein Anspruch des durch das Prozeßgericht für den Prozeß beigeordneten Armenanwalts auf Gebührenerstattung wegen vormundschaftsgerichtlicher Genehmigung eines ProzeßV. gegen die Reichskasse 1656 22
Prozeßgebühr bei Einbeziehung nichtrechtshängiger Ansprüche in gerichtlichen V. 1419 16
Keine stillschweigende Ausdehnung der Beiordnung als Armenanwalt zwecks Einbeziehung weiterer als bisher rechtshängiger Ansprüche in V. 2241 76
§ 5 ArmAnwGebG. Entfallen des Erstattungsanspruchs der Reichskasse bei Abschluß eines von der Kostenentscheidung abweichenden außergerichtlichen V. durch die Parteien vor Eintritt der Rechtskraft † 2003 31

Vergleichsgebühr des Rechtsanwalts
V. für zur Vermeidung eines Rechtsstreits geschlossenen Vergleich 1423 24
Anspruch des Rechtsanwalts auf V., wenn Sühneverhandlung, an der er teilnahm, erfolglos blieb, die Parteien selbst im unmittelbaren Anschluß daran Vergleich geschlossen haben 2245 80
V. d. R. in Ehesachen 1420 17 2245 81
V. bei Vergleich im Armenrechtsverfahren nach Einreichung von Klage und Armenrechtsgesuch gleichzeitig 1429 33
Keine Erstattung der V. aus der Reichskasse für Mitwirkung des für die erste Instanz bestellten Armenanwalts bei nach Berufungseinlegung geschlossenem Vergleich † 1657 24

Vergleichsverfahren
Der Vergleichsrichter und seine Abteilung. Schrifttum 1768
Konkurs- und Vergleichsordnung. Schrifttum 2093
„Außergerichtliche VerglO." Richtlinien für die Bearbeitung außergerichtlicher Vergleiche. Schrifttum 1472
V. des Kaufpreisschuldners, der Wechsel in Zahlung gegeben hat, und des Wechselschuldners. Auswirkung der Zahlung einer Vergleichsquote auf Bestand der Forderung und auf die Quote im anderen V. 1649 15

Verhandlungsgebühr des Rechtsanwalts
§ 17 RAGebO. Weitere V. des Rechtsanwalts trotz fehlender Protokollierung bezüglich der Verhandlung vor der Beweisaufnahme 2004 34
Keine weitere V. d. R., wenn das Gericht auf Antrag der Parteien nach Eingang von Auskunft ohne neue Verhandlung ein Urteil verkündet † 2005 35

Verjährung
Das Anerkenntnis verjährter Forderungen 2169
Begriff der wiederkehrenden Leistungen i. S. des § 197 BGB. Keine Unterbrechung der V. (§ 209 II BGB.) durch Verteidigung gegenüber verneinender Feststellungswiderklage † 1476 3
§ 209 BGB. Keine Unterbrechung der V. durch Klage auf Rechnungslegung und Auskunfterteilung 2101 6
Hemmung der V.frist im Anwaltsprozeß, wenn arme Partei infolge verzögerter Entscheidung auf rechtzeitig gestelltes Armenrechtsgesuch die Klage nicht innerhalb der V.frist hat erheben können 2188 3

Beginn der V. von Ansprüchen aus § 839 BGB. 2113 16
Beginn der V. gemäß § 852 BGB. 1237 7 1307 5
V. der Schadensersatzansprüche von Staat und Gemeinden in Bayern gegen ihre Beamten wegen pflichtwidriger Handlungen. Ausschlußfrist gemäß Art. 124 BayAusfG. z. BGB. für Geldzahlungsansprüche 1922 28
V. des Anspruchs auf Rückzahlung überhobener Gerichtskosten 2248 85
Versicherer behandelt mehrere Versicherungsverträge, auf Grund deren Schadensregulierung verlangt wird, als rechtliche Einheit und lehnt wegen arglistiger Täuschung jegliche Leistung ab. Getrennte Betrachtung bezüglich des Einwands der V. unzulässig † 1714 11
PrALR. Erlöschen der Baupflicht des Patrons durch Observanz oder durch unvordenkliche V. 1717 14
Verzicht des Bürgen auf die Einrede der V. 1408 5
Einwand der Arglist gegenüber der Einrede der V. † 1305 1

§ 367 Ziff. 15 StGB. Beginn des Laufs der V.frist mit Vollendung des genehmigungspflichtigen Baues 1813 72
V. der Nebenstrafe der Einziehung nach § 61 RJagdG. 1354 67
Beginn der V. der Übertretung des § 6 I PreßG. 1831 107
Unterbrechung der V. der Strafverfolgung durch Handlung des Untersuchungsrichters gemäß § 191 I StPO. 1789 24

Verkaufsstelle
vgl. unter Einzelhandelsschutz

Verkehrsgebühr des Rechtsanwalts
§ 44 RAGebO. Erstattungsfähigkeit der V. nur ausnahmsweise bei Wohnsitz des Verkehrsanwalts am gleichen Orte wie der Prozeßbevollmächtigte 2005 36
Keine Erstattungsfähigkeit der V. für Tätigkeit des erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten im Armenrechtsverfahren zweiter Instanz 2240 75

Verkehrsrecht
vgl. auch unter Straßenverkehrsrecht, Luftrecht.
V. im Dritten Reich. Schrifttum 1394
Preisbildung und -überwachung im V. 1594

Verkehrsregelung (Familienrecht)
Bei Annahme eines unehelichen Kindes an Kindes Statt regelmäßig kein Recht der Mutter auf weiteren persönlichen Verkehr mit dem Kinde 2043 14

Verkehrsstrafen
Erzwingung der Vorlegung des Führerscheins zum Zwecke der Eintragung von V. durch polizeil. Verfügung † 1839 138

Verkehrsunfall
Alkoholnachweis bei Verkehrsunfällen. Schrifttum 1394

Verlagsrecht
Kein Recht des Verlegers zur Ablehnung eines Werkes als vertragswidrig wegen Unvollständigkeit des Inhalts, wenn der Verfasser durch eine vom Verleger unnachgiebig betonte Umfangsabrede beschränkt ist † 1318 13
VO. über Aufhebung und Untersagung von Preisbindungen v. 30. Aug. 1930. Nichtigkeit der Vereinbarung des die Rohstoffe eines Buchs an Buchbindereien liefernden Verlegers mit diesen über Einhaltung bestimmter vom Verleger vorgeschriebener Preise 2212 26

Verlust
Feststellung des V. bei Anwaltsgemeinschaften 2175

Verlustigkeitsurteil (§ 515 III ZPO.)
Rechtsanwaltsgebühren für V. in Ehesachen 2238 68

Vermieterpfandrecht
Gesetzliches V. für Forderungen auf Mietzins wegen Vorenthaltung der Mieträume 1255 21
§ 263 StGB. Vermögensschädigung des Erwerbers eines Einrichtungsgegenstandes, der sich grobfahrlässig über Bestehen von V. daran täuschen läßt 1802 54

Vermittlung
Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb i. S. der §§ 21, 22 BGB. bei Verein mit V.-tätigkeit 2033 1

Vermögensbeschlagnahme
vgl. auch unter Güterpflegschaft
Bei Auflösung einer juristischen Person ohne Liquidation und ohne Rechtsnachfolge durch Staatsakt auf Grund des Ges. v. 26. Mai 1933 Erlöschen der Forderungen der bisherigen Gläubiger der juristischen Person 1408 5

Vermögenspfleger
Entlassung des jüdischen V. wegen Gefährdung i. S. des § 1886 BGB. 2119 22

Vermögensteuer
Steuerpflicht bei Unterhaltsrentenverträgen 1687
§ 5 VermStG. 1931. Steuerpflicht für Wertpapiere, die der Steuerpflichtige zur Sicherung einer künftig entstehenden Steuerschuld auf Sperrdepot hinterlegt hat 1361 89

Vermögensübernahme
Wann kann in der Überlassung eines Grundstücks eine V. nach § 419 BGB. gefunden werden? 2037 6
Keine Haftung der DAF. für die Verpflichtungen der früheren Gewerkschaften aus § 419 BGB. 1145 3

Verpfändung
Keine Formvorschriften für obligatorischen V.vertrag über Geschäftsanteil einer GmbH. 2118 20
Bei Pfändung oder V. des Anteils eines Gesamthänders an in Gesamthandsgemeinschaft stehendem Grundstück Duldungstitel gegen Pfandgläubiger zur Anordnung der Zwangsversteigerung des Grundstücks erforderlich 2129 35

Verrechnungsabkommen, Deutsch-Schweizer
1592 48

Verrichtungsgehilfe (§ 831 BGB.)
§ 831 BGB. fordert nicht Verschulden, objektiv widerrechtliches Verschulden genügt 2190 5
Anforderungen an den Entlastungsbeweis des Geschäftsmanns bezüglich der Überwachung der Personen, die er in seinem Gewerbebetrieb ständig Kraftwagen fahren läßt † 1964 3
Entlastungsbeweis des Grundstückseigentümers, der sich nicht selbst um die Erfüllung der Streupflicht kümmert, bezüglich des Hauswarts und bezüglich des Hausverwalters 1917 22 † 2194 7

Versäumnisurteil
Ist für den Erlaß eines V. Voraussetzung der Nachweis der Genehmigung nach der VO. über die Veräußerung von Entschuldungsbetrieben v. 6. Jan. 1937? 1531
§ 77 GKG. Keine Einleitung einer neuen Instanz durch Einspruch gegen V. 1671 40

Verschmelzung
V. von zwei Genossenschaften. Gesamtschuldnerische Haftung der aufnehmenden Genossenschaft und des Vermögens der aufgenommenen Genossenschaft gegenüber den Gläubigern der aufgenommenen Genossenschaft † 1645 14

Verschulden beim Vertragsschluß
Kein Schadensersatz wegen V. b. V., das für den Abschluß des Vertrags nicht ursächlich gewesen ist 1628 2
Ausschluß der Haftung aus V. b. V. durch §§ 459 ff. BGB. 1253 19

Versicherungsbetrug
Verneinung der Erbhofeigenschaft eines durch Brandstiftung und V. erworbenen Hofes 1571 29

Versicherungsrecht, öffentliches
vgl. auch unter Angestelltenversicherung, Oberversicherungsamt
§ 898 RVO. und die Haftung des Unternehmers für Betriebsunfälle 1204
Das neue deutsche Sozialversicherungsrecht. Schrifttum 1538
RVO. Schrifttum 1232
Die Reichsversicherungsgesetze in jeweils neuestem Stande. Schrifttum 1395 2032

Keine zwingenden Formvorschriften für Zustellungen im Bereich der RVO. 1747 51
Ges. über Aufbau der Sozialversicherung v. 5. Juli 1934. Feststellung der Zahl der Beiratsmitglieder aus dem Kreis der Versicherten und der Betriebsführer in Krankenkassensatzung 1365 94
§ 23 II RVO. Zur Frage der Anstiftung durch „Herbeiführung eines Irrtums" 1789 24
§ 165 RVO. Krankheit im Rechtssinn bei lebensschwacher Frühgeburt 2162 65
Belanglosigkeit des vom Beschäftigten im Fall seiner Dienstuntauglichkeit zu beanspruchenden Ruhegehalts für Versicherungsfreiheit nach § 169 II RVO. 1672 44
§ 405 RVO. Kein Erlaß von der Rechtskraft fähigen Entscheidungen über die Krankenversicherungspflicht im Spruchverfahren der Krankenversicherung 1672 45
§ 900 RVO. Bei Einstellung des Strafverfahrens gegen Unternehmer auf Grund StraffreihG. Schadensersatzansprüche des Arbeitnehmers außerhalb der RVO. nicht gegeben 1182 54
§ 1255 RVO. Begriff der Invalidität 1182 55
Gemäß § 1262 II Satz 2 RVO. genügt Leistung von 250 Pflichtbeiträgen aller Art 2162 66
§ 1267 II RVO. Wiederaufleben der erloschenen Anwartschaft, wenn bei der ersten nach Vollendung des 60. Lebensjahres erfolgten Erneuerung des Versicherungsverhältnisses mindestens tausend Wochenbeiträge entrichtet worden 2162 67
Voraussetzungen des § 1271 II RVO. gelten nicht für Gewährung des Kinderzuschusses an die Witwe 1672 46
„Empfänger einer Rente" i. S. des § 1286 IV RVO. 1672 47
Tateinheit zwischen „Sichverschaffen" des § 1497 RVO. und den §§ 348 II, 349 StGB. Zwischen „Sichverschaffen" und „Wiederverwenden" alter Versicherungsmarken gemäß § 1497 RVO. Tatmehrheit und Fortsetzungszusammenhang 1807 60

§ 1504 RVO. Ersatzanspruch der Krankenkasse gegen den Träger der Unfallversicherung auf Ersatz ihrer Aufwendungen 1839 [136 137]
§ 1542 RVO. Behandlung der Frage nach dem vollständigen oder teilweisen Übergang des Anspruchs auf Versicherungsträger im Verfahren über den Grund des Anspruchs † 1155 [12]
Zurücknahme der Schankerlaubnis wegen fortgesetzter Zurückhaltung der Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung durch den Inhaber einer Schankwirtschaft 1592 [47]

Versicherungsrecht, privates
Aufsätze
Die Versicherungs- und Bausparkassenaufsichtsnovelle v. 5. März 1937:
Übersicht 1679
Behandlung des Deckungsstocks 1680
Beaufsichtigung von kleinen Versicherungsunternehmungen durch RAufsA. unter Mitwirkung der Landesbehörden 1680
Voraussetzungen für Erteilung der Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb 1680
Geschäftsplanänderung und Bestandsübertragungen 1682
Eingreifen der Aufsichtsbehörden in genehmigte Geschäftspläne von Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen. Änderung der Bedingungen gewährter Bauspardarlehen 1682
Vereinfachung des Verfahrensrechts für die Aufsichtsbehörden 1683
Neuordnung im Bausparwesen 1684
Der Versicherungsfall in der Haftpflichtversicherung 1206
Zur Frage der Anrechnung von Vorteilen auf Grund eines Versicherungsvertrags auf den Schadensersatzanspruch 1464
V. und PreisstopVO. 1594
Schrifttum
Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen u. Bausparkassen. Schrifttum 1538
Probleme des Haftpflichtversicherungsrechts. Schrifttum 1956
Kraftfahrzeughaftpflichtrecht und -versicherung im In- und Ausland. Schrifttum 2089
Entscheidungen
überwiegendes Vorherrschen des Grundsatzes von Treu und Glauben im p. V.; Zurücktreten rein sachenrechtlicher Grundsätze 1920 [24]
Sind private Versicherungsleistungen auf Haftpflichtansprüche anzurechnen? 1240 [9] 1866
Versicherungsangestellte und § 157 ZPO. 1379 1435 [46] † 1436 [48]
„Gesetzliche Haftpflichtbestimmungen privatrechtlichen Inhalts" i. S. der Allgemeinen Haftpflichtversicherungsbedingungen sind auch solche, bei denen sich die Haftung aus Vertragspflichten ergibt. Begriff „Personenschaden" i. S. der Allgemeinen Versicherungsbedingungen † 1496 [14]
Bemessung des Schmerzensgeldes bei Haftpflichtversicherung des Schädigers 1257 [24]
Einhaltung von Kündigungsfristen bei Versicherungsverträgen 1166 [30]
Nichtigkeit der Bestimmung eines Bezugsberechtigten bei Lebensversicherungsvertrag wegen Sittenwidrigkeit. Nachträglicher Verzicht auf das Widerrufsrecht bezüglich Bezeichnung eines Bezugsberechtigten unabhängig von der Zustimmung des Versicherers 1501 [16]
§ 14 VVG. Versicherer behandelt mehrere Versicherungsverträge, auf Grund deren Schadensregulierung verlangt wird, als rechtliche Einheit und lehnt wegen arglistiger Täuschung jegliche Leistung ab. Getrennte Betrachtung bezüglich des Einwands der Verjährung unzulässig † 1714 [11]
Pensionsversicherung. Freie Auslegung der Allgemeinen Versicherungsbedingungen durch das RevG. als „typische" Vertragsbestimmungen. Beginn des Laufs der Fünfjahresfrist für Rücktritt des Versicherers wegen Verletzung einer Anzeigepflicht. Verfügungen i. S. des § 19 II AllgVersBed. Auch bei unwiderruflicher Bezugsberechtigung des Versicherten Aufhebung des Versicherungsvertrags für die Zukunft durch Versicherungsnehmer zulässig † 1498 [15]
Die Rückversicherung ist echte Versicherung, daher § 80 VersAufsG. auf den Konkurs des Rückversicherers anwendbar † 1493 [13]
§§ 850, 850b ZPO. Keine Kürzung der Unterhaltsleistung wegen Prämienzahlung für Lebensversicherung 1166 [28]
Nach Arrestpfändung der Ansprüche des Versicherungsnehmers auf Auszahlung der Lebensversicherungssumme und seines Rechts zum Widerruf einer Begünstigung keine Befugnis des Gläubigers zum Widerruf. Wann liegt in der Abtretung des Anspruchs auf die Versicherungssumme durch den Versicherungsnehmer an den bisher Bezugsberechtigten der Widerruf des Bezugsrechts? — Rückgewährpflicht des aus Versicherung Begünstigten bei erfolgreicher Gläubigeranfechtung † 1504 [17]
§ 309 StGB. Pflicht des Versicherungsnehmers sowie des Versicherten, zu dessen Gunsten anderer Versicherung genommen hat, für Löschung des von Dritten ohne sein Einverständnis an ihm gehöriges gegen Feuer versichertes Gebäude gelegten Brandes zu sorgen 1808 [62]

Versorgungsansprüche
nach RErbhofG. vgl. unter Erbhof

Versorgungsbetriebe
Verwaltungsrecht technischer Betriebe. Schrifttum 1230
Geltung der Bestimmungen des Wettbewerbsrechts für Monopolbetriebe. Anpreisen und Gewähren von Freigas an Käufer von Gasgeräten † 1882 [5]

Versorgungsrecht
Ein Wegweiser durch die Reichsversorgungsgesetze 1532

Versteigerung
§ 817 ZPO. Eigentumserwerb des Meistbietenden mit Ablieferung der zugeschlagenen Sachen durch den Gerichtsvollzieher gegen Barzahlung 1443 [59]

Versuch
Verneinung des Vorliegens von V., wenn der Täter den endgültigen Entschluß der Durchführung der Tat vom Eintritt oder Nichteintritt eines Ereignisses abhängig macht 1784 [16]
Voraussetzung der Annahme des V. ist Beginn der Ausführung einer Handlung, die zum gesetzlichen Tatbestand der vom Täter gewollten Straftat gehört 1785 [17]
V. einer Devisenzuwiderhandlung † 1339 [43]
§ 175a I Ziff. 3 StGB. V. des „Verführens" 1797 [40]
Tateinheit von V. der Blutschande und Unzucht mit Pflegekind 1758 1795 [35]

Vertagung
§ 227 ZPO. Kein Recht der Parteien, längere V. zu verlangen, um schriftlich Stellung zu den schriftlich niedergelegten Zeugenaussagen zu nehmen 2222 [40]

Verteidiger
Zur Einstellung des StrafV. bei Schuld oder Geständnis des Angekl. 1389
Komplizierte Berufsethik? 1389
Der Umfang der notwendigen Verteidigung 1390
Die Überzeugung des V. 1950
Die Stellung des Rechtsanwalts als V. und Berater im Dienststrafverfahren gegen Beamte auf Grund der RDStrO. v. 26. Jan. 1937 1382
Gebühren des vor Eröffnung des Hauptverfahrens zum PflichtV. bestellten Rechtsanwalts, der die Verteidigung vorbereitet, aber vor Hauptverhandlung schuldlos abberufen ist 1422 [21]
Vorverfahrensgebühr des zum V. bestellten Rechtsanwalts 1422 [22]
§ 63 RAGebO. Gebühren des V. für eine zur Zuständigkeit des AG. gehörende Sache, die infolge tatsächlichen Zusammenhangs mit einer vor dem Sondergericht abzuurteilenden Sache ebenfalls dort verhandelt wird 1839 [134]
Gebühren des zum PflichtV. bestellten Rechtsanwalts für Tätigkeit des Probeassessors in der Hauptverhandlung 1839 [135]

Vertragsentwurf
Haftung des Rechtsanwalts, der Vertrag entworfen hat, dessen Rechtsgültigkeit wegen Formmangels zweifelhaft ist † 1626 [1]

Vertrauensmann
Kündigungsschutz des V. 1125
Versetzung des V. 1596

Vertrauensrat
Beratung des V. 1595

Vertreter, kaufmännischer
§ 850b ZPO. Pfändungsschutz für ProvisionsV. 1445 [61]

Vertreterversammlung (§ 43a GenG.)
† 1161 [23] † 1997 [26]

Vertretung
vgl. auch unter gesetzliche V., Vollmacht
V. des Reichsfiskus im Geschäftsbereich der Reichsjustizverwaltung 1948
Die Genehmigung von obligatorischen Verträgen, die für den Gemeinschuldner vor der Eröffnung des Konkurses ohne V.macht abgeschlossen sind 1374 2024
§ 177 BGB. Schwebende Unwirksamkeit des unter Überschreitung der V.macht abgeschlossenen Vertrags. Zweiwochenfrist des § 177 II BGB. kann abgeändert oder außer Geltung gesetzt werden 2036 [4]
Wahlschuldverhältnis zwischen den gemäß § 179 I BGB. dem Geschäftsgegner gegen den auftraglosen Vertreter zustehenden Ansprüchen auf Erfüllung und auf Schadensersatz 1474 [2]
§ 181 BGB. Bestandsübertragung einer Zweckſparkasse von Genossenschaft auf GmbH. mit personengleichen Vertretern unter nachträglicher Genehmigung des Reichsbeauftragten für Zweckſparunternehmungen und des Liquidators 1731 [28]
§ 181 BGB. hindert den Testamentsvollstrecker nicht, die Löschung einer auf seinem Grundstück haftenden Nachlaßhypothek zu bewilligen und der Löschung als Eigentümer zuzustimmen 2100 [5]
Keine Anwendung der §§ 182 ff. BGB. auf die behördliche Genehmigung ge-

mäß VO. über Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken v. 15. März 1918 2123 30
Keine Beschränkung der gesetzlich festgelegten V.macht des Vorstands von AktG. durch die Satzung 2187 1
Ist StellV. für die Gründerversicherungen aus § 195 III HGB. zulässig? 2208 23
§§ 108, 109 RAbgO. Keine steuerlichen Verpflichtungen des gem. § 1189 BGB. bestellten Vertreters bezüglich der für die Schuldverschreibungen empfangenen Zinsen † 2007 38

Verunstaltungsrecht
Anwendung der Verunstaltungsvorschriften in Bauordnungen auf an der Außenwand eines Gebäudes angebrachte Reklamevorrichtungen (Warenautomaten) † 1587 45
Verlangen der Beseitigung gröblich verunstaltender Bauausführungen auf Grund von § 1 VerunstG. 1845 139

Verwaltungsakademie
Handbuch für den Beamten im nationalsozialistischen Staat. Gesamtwerk in 52 Lieferungen 2183

Verwaltungsrecht (Schrifttum)
Schnellkartei des Staats- und V. 1226
Sammlung von Reichsgesetzen staats- und verwaltungsrechtlichen Inhalts 2032
Deutsches V. 2182
Preußisches V. 2183
Neues V. 2184

Verwaltungsstreitverfahren
§ 94 PrLVG. Nichtwesentlicher Verfahrensmangel, wenn zwar die formellen Verfahrensvorschriften des Gesetzes nicht genau beachtet sind, aber trotzdem in anderer Weise dem Sinn des Gesetzes genügt ist † 2163 68

Verwaltungszwangsverfahren
Kein Verbot einer im V. vorgenommenen Zwangsvollstreckung durch EinstwVfg. 1446 64

Verweisung
§ 276 ZPO. V. des Rechtsstreits vom unzuständigen AG. an das ArbG. Erstattung der Kosten des den Beklagten vor dem AG. vertretenden RA. durch den Kläger † 1191 68, dagegen keine Erstattung der Kosten des den vor dem ArbG. obsiegenden Kläger zunächst vor dem AG. vertretenden RA. durch den Beklagten 1192 69
Bedeutung der V. des Rechtsstreits an anderes Gericht für die Rechtsstellung des Armenanwalts zur Reichskasse 1424 25
Kostenerstattung für zweiten RA. nach V. des Rechtsstreits auf Widerspruch im Mahnverfahren an das LG. 1442 67

Verwirkung
V. der Einrede der Verjährung durch formloses Anerkenntnis des Schuldners 2170
Rangverhältnis von Gesetz, Tarifordnung und Einzelvereinbarung bei der Frage nach Verzicht und V. tariflicher Ansprüche 1109
Die V. im Arbeitsrecht systematisch besprochen unter Berücksichtigung der neuesten reichsarbeitsgerichtlichen Rechtsprechung:
Begriff der V.; rechtspolitische Begründung 1118
V. und Unabdingbarkeit 1119
Voraussetzung der V. im einzelnen; abgestufte Anwendung der V. 1120
Die verwirkungshindernde Geltendmachung 1121
V. von Unternehmeransprüchen 1122
Einrede der unzulässigen Rechtsausübung oder der V. gegenüber Tariflohnansprüchen 2071 66
V. und Ersitzung im Warenzeichenrecht 1862 † 1905 16
UnlWG. V. gegenüber Firmenbezeichnung des Mitbewerbers, in der die Herstellung patentierter Ware zum Ausdruck gebracht wird 1881 4
Zulässigkeit des V.einwands im Patentrecht bei redlichem Besitzstand auf seiten des Verletzers 1895 11

Verzeihung (§ 1570 BGB.) † 1710 8 2011 2040 11

Verzicht
Spätfolgen nach in Vergleich über Ansprüche aus Körperverletzungen ausgesprochenem V. 1214
Rangverhältnis von Gesetz, Tarifordnung und Einzelvereinbarung bei der Frage nach Verzicht und Verwirkung tariflicher Ansprüche 1109
V. des Bürgen auf den Einwand aus § 767 BGB., ferner auf die Einrede aus § 768 BGB. oder die Einrede der Verjährung 1408 5
Gefälligkeitsfahrt. Annahme des V. auf Ersatzansprüche bei durch grobe Fahrlässigkeit verursachtem Unfall nur ausnahmsweise † 1633 5
Zur Frage des HaftungsV. des Teilnehmers an Gefälligkeitsfahrt mit vorangegangenem Alkoholgenuß gegenüber dem Fahrer 1490 9
Zur Frage der Sittenwidrigkeit des V. auf Kündigung eines Agenturvertrags 1639 10
Zustimmung des Versicherers zum V. des Versicherungsnehmers auf das Recht des Widerrufs des Bezugsberechtigten nicht erforderlich 1501 16
Spätere erneute Benennung eines Zeugen, auf den in demselben Rechtszug verzichtet worden ist 1237 7
Kein Widerruf des V. auf das Recht der Berufung nach Rechtskraft des Urteils 1438 51
§ 9 ErbkrNachwG. RechtsmittelV. nach Verkündung, aber vor Zustellung des Beschlusses 2062 50

Verzug
Das Zahlungsverbot für Zweckspartunternehmungen als gesetzliche Stundung † 1511 20
Ausschluß des Rechtswegs für Erstattung von Aufwendungen für Besorgung öffentlich-rechtlicher Geschäfte umfaßt auch die aus V. hergeleitete Nebenforderung † 1430 36
In allgemeinen Lieferungsbedingungen vereinbarter Haftungsausschluß für Lieferungsverzögerungen. Unzulässigkeit der Geltendmachung des Haftungsausschlusses, mit dessen Ernstlichkeit der Besteller erkennbar nicht rechnete 1479 4

Verzugszinsen
Eintragungspflicht für die sogenannte Kursschwankungsklausel und die Verpflichtung zur Entrichtung von V. aus Kapital und Zinsen 1635 7

Vieh
§ 8 RErbhofG. Auch zum Verkauf bestimmtes Vieh ist Hofzubehör, soweit es für die Bewirtschaftung vorhanden † 2097 1

Viehhandel
Ermäßigter Steuersatz gem. § 7 III UmsStG. 1934 für Großhandelslieferung 2008 45

Vierjahresplan
V. und Arbeitsrecht:
Abschlußzwang 1097
Abschlußverbote 1099
Vertragstreue 1100
Kündigung 1101
Einwirkung des V. auf die Gestaltung der Tarifordnungen 1102
Die gesamten Vorschriften über den Arbeitseinsatz nach dem V. Schrifttum 1143

Völkerbund
Kollektivsicherheit, Bündnispolitik, V. Schrifttum 1468

Volkswirtschaftspolitik
Allgemeine V. Schrifttum 2030

Vollmacht
Befreiung von der Beschränkung des § 181 BGB. bei Bevollmächtigung des Grundstückseigentümers durch den Hypothekengläubiger zur Löschungsbewilligung 1401 2
Widerruf der vom Erblasser mit Wirkung über den Tod hinaus erteilten V. durch einzelnen Miterben 2035 2
Wann bedarf V. zur Übertragung des Erbteils der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung? 2035 3
Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Wirksame Zustellung an den Beteiligten persönlich, der Bevollmächtigten bestellt hat 1745 48

Vollstreckbare Urkunde
Kein Formzwang für Vorvertrag, in dem sich Partei zur Ausstellung von v. U. wegen bestimmter von ihr übernommener Leistungen zugunsten der andern Partei verpflichtet 2100 4

Vollstreckungsbefehl
vgl. unter Mahnverfahren

Vollstreckungsgegenklage
Die V. als Rechtsbehelf zur Herabsetzung übermäßig hoher Zinsen aus alten Urteilen 1938 † 1405 4
V. gegen Schiedsspruch 2230 54
Kein neuer Vorbescheid nach § 7 PrKommBeamtG. für V. einer Behörde gegen Urteil, das Beamter gegen die Behörde auf Gehaltszahlung erwirkt 1250 16
Im Kündigungswiderrufsverfahren ist Übergang der Forderung des Beschäftigten auf Bezüge aus dem Arbeitsverhältnis auf die Reichsanstalt in Höhe der zu Unrecht gewährten Arbeitslosenunterstützung nicht berücksichtigt worden. V. des Unternehmers gegen Vollstreckung aus dem im Kündigungswiderrufsverfahren ergangenen Urteil † 1179 51
Streitwert der V. 1433 39

Vollstreckungsklausel
Erteilung der V. gem. § 725 ZPO. für den betreibenden Gläubiger. Keine Nachprüfung der materiellen Zulässigkeit der erteilten V., aber Auslegung durch das Vollstreckungsgericht. Keine Vollstreckung wegen Reichsmarkforderung an der Rangstelle einer Goldmarkhypothek 1509 19
§ 727 ZPO. Klage auf Erteilung der V. gegen den Rechtsnachfolger eines Patentrechtes † 1667 34

Vollstreckungsmißbrauchsgesetz v. 13. Dez. 1934
Herabsetzung übermäßig hoher Zinsen aus alten Urteilen auf Grund des V.? 1941
Verfahrensfragen zum V. v. 13. Dez. 1934:
Zurückverweisung an das Vollstreckungsgericht bei Berufung des Schuldners auf das V. erst in der Beschwerdeinstanz? 2180
Keine Befreiung erwerbsloser Schuldner von der Unterhaltspflicht für uneheliches Kind 1274 38

Auch bei Anwendung des V. anteilsmäßige Befriedigung des Gläubigers neben den Zahlungen des Schuldners auf Steuerschulden 1443 [58]

Einstellung des Versteigerungsverfahrens, das zwecks Aufhebung der Gemeinschaft von dem Pfändungsgläubiger eines Miteigentümers betrieben wird 1745 [46]

Aussetzung des Offenbarungseidsverfahrens auf Widerspruch des Schuldners unter Auferlegung von Ratenzahlungen 1445 [63]

Schutz nach dem V. für Darlehnsgeber, der dem im Geschäft seiner Ehefrau tätigen Mann zur Verwendung in diesem Geschäft Darlehn gegeben hat, das Rückzahlungsurteil gegen den Ehemann infolge Intervention seitens der Ehefrau nicht vollstrecken kann und nun als der im Interventionsprozeß unterlegene Teil von der Ehefrau wegen des Prozeßkostenanspruchs zum Offenbarungseid geladen wird † 2215 [28]

Vollstreckungsschutz

Rechtsanwaltsgebühren im V.verfahren 2006 [37] 2246 [82]

Volontär

Umgehungs- und Scheingeschäfte über V.verhältnisse 1106

Vorerbe

vgl. unter Nacherbe

Vorfahrtsrecht † 1341 [49] 1342 [50] 1343 [52] 1345 [55] † 1346 [56] † 1366 [96] 1418 [12] † 1773 [5] 1775 [6] 1822 [90] 1823 [92] † 1824 [94] 1826 [96 97 98]

Vorkaufsrecht

Bedeutung des Zeitpunkts der behördlichen Genehmigung einer Grundstücksveräußerung gem. VO. v. 18. März 1918 über Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken und des Zeitpunkts der Beurkundung des Kaufvertrags für die Geltendmachung des gesetzlichen V. nach §§ 4 ff. RSiedlG. 2037 [6] 2123 [30]

§ 505 II BGB. Erstattung der Kosten des durch Ausübung des V. gegenstandslos gewordenen Vertrags durch den V.berechtigten, der vom V. Gebrauch macht 1255 [22]

Vorkaufs- und Ankaufsrecht können den Fall eines Verkaufs im Wege der Zwangsvollstreckung nicht überdauern 2102 [8]

Vormerkung

V. für nur gedachten, als möglich angenommenen, in Wirklichkeit nicht bestehenden Anspruch nicht eintragungsfähig 2114 [17]

Anwendbarkeit der §§ 182 ff. BGB. auf die Zustimmung des V.berechtigten zu Hypothek- oder Grundschuldbestellung 2102 [8]

Beginn des V.schutzes gem. § 1098 II BGB. für Vorkaufsrecht nach § 14 RSiedlG. 2037 [6]

Vormundschaft

Zur Beiordnung von Armenanwälten in Parteiprozessen für vom Jugendamt bevormundete arme Parteien † 1418 [14]

§ 59 I FGG. Beschwerderecht des Mündels gegen Festsetzung einer Vergütung für den Vormund; Begründung des Antrags des Mündels auf Entlassung des Vormunds mit dessen mangelhafter Vermögensfürsorge 2204 [18]

§ 8 ErbkrNachwGes. Beschwerde gegen den Vormund 2061 [48]

Vormundschaftsgericht

Maßnahmen des V., um den Vater als Inhaber der elterlichen Gewalt zur gerichtlichen Geltendmachung von Rechten der Kinder als Nacherben aus § 2119 BGB. gegen Dritten anzuhalten. Nachprüfung der Nacherbeigenschaft der Kinder durch das V. 2042 [13]

Antrag des Jugendamts auf Anordnung der vorläufigen Fürsorgeerziehung wegen Gefahr im Verzuge. Bei nichtformgerechtem Antrag des Jugendamts Durchführung der erforderlichen Maßnahmen durch das V. von Amts wegen 2206 [20]

Nach Ablehnung des Antrags des Jugendamts auf Anordnung der Fürsorgeerziehung durch das V., keine Befugnis des LG. als BeschwG., dem Kindesvater die Personensorge gem. § 1666 I BGB. zu entziehen 2207 [21]

§§ 1667 ff. BGB. Grund für Einschreiten des V. nicht gegeben, wenn die sorgeberechtigte Kindesmutter den ihr in Erbengemeinschaft mit dem Kinde gehörenden Besitz in Erbhofgröße selbst erwerben, nicht dem Kinde übertragen will 1551 [11]

Maßnahme des V. aus § 1666 BGB. gegen zum Vormund für ihre Kinder bestellte Kindesmutter wegen mißbräuchlicher Ausübung der tatsächlichen Personensorge 2197 [11]

Einschreiten des V. bei Weigerung des Vormunds eines unehelichen Kindes zur Gestattung der Blutuntersuchung 2043 [15]

Bei Streit zwischen Mutter und Vormund über Verwendung der dem unehelichen Kinde vom Vater zu zahlenden Unterhaltsrente Eingreifen des V. unzulässig 1732 [29]

Genehmigung des V. nicht erforderlich zur Bekanntmachung des Erbrechts des Fürsorgeverbands an den Pfleger von in unentgeltlicher Anstaltsverpflegung verstorbenen oder laufend aus Wohlfahrtsmitteln unterstützten Personen 2047 [19]

Genehmigung des V. nicht erforderlich zur Entscheidung des Pflegers darüber, ob er Geldansprüche des Pflegebefohlenen verfolgen oder die zwecks Aufrechnung geltend gemachte Gegenforderung anerkennen will 2198 [12]

§§ 1821, 1822 BGB. Verknüpfen der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung zu Rechtsgeschäft mit widersinniger oder unerfüllbarer Bedingung unzulässig 1551 [12]

§§ 1837, 1886 BGB. Voraussetzungen der Verweigerung der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung zur Abhebung von Mündelgeld durch den Vormund zwecks Erfüllung einer Verbindlichkeit des Mündels 1552 [13]

Beweislast für Verursachung von dem Mündelvermögen erwachsenen Schaden bei Verfehlungen des Vormundschaftsrichters in der Erfüllung seiner Aufsichtspflicht 1993 [20]

Kein Anspruch des durch das Prozeßgericht für den Prozeß beigeordneten Armenanwalts auf Gebührenerstattung wegen vormundschaftsgerichtlicher Genehmigung eines Prozeßvergleichs gegen die Reichskasse 1656 [22]

Bei Verweigerung der Übernahme von Vormundschaft durch deutsches V. auf Ersuchen eines nicht der deutschen Gerichtsorganisation unterstehenden Gerichts ist nicht Verfügung des § 46 II FGG., sondern Beschwerde des ersuchenden Gerichts aus § 19 FGG. gegeben 2203 [17]

Vorsatz

Voraussetzungen der Annahme bedingtvorsätzlicher Patentverletzung 1895 [11]

Keine analoge Anwendung (§ 2 StGB.) des § 164 StGB., wenn dem Täter bestimmter V. hinsichtlich der Einleitung behördlicher Maßnahmen fehlt 1794 [33]

Vorstand der Aktiengesellschaft

Übertragung der Bestellung und Abberufung des V. durch Satzungsbestimmung auf Ausschuß des Aufsichtsrats 1455

Keine Beschränkung der gesetzlich festgelegten Vertretungsmacht des V. einer AktG. durch die Satzung 2187 [1]

Zur Haftung für Handlungen, die der spätere V. zusammen mit Dritten während des Gründungsvorgangs gegen die AktG. verübt 2208 [23]

Vorstrafen

Geistige Störung i. S. des § 1c EhegesundhG. bei erblicher Belastung, kriminellem und asozialem Verhalten und früh einsetzender Kriminalität 2067 [58]

Geistige Störung i. S. des § 1c EhegesundhG. abgelehnt bei Intelligenzschwäche 2068 [59]

Zubilligung der Unbestraftheit als Strafmilderungsgrund für Beamten † 1804 [56]

Vorteilsausgleichung 1463 1547 [5]

Voruntersuchung

Unterbrechung der Verjährung der Strafverfolgung durch Handlung des Untersuchungsrichters gem. § 191 I StPO. 1789 [24]

Vorverfahren

V.gebühr des zum Verteidiger bestellten RA. 1422 [22]

Vorvertrag

Der Rentengutsvertrag i. S. des Art. 12 AGBGB. als V. 1241 [10]

Geltung der von den Parteien im V. abgegebenen Erklärung, den Hauptvertrag einem bestimmten Recht zu unterstellen, auch für weitere Bestimmungen des V. 1973 [9]

Kein Formzwang für V., in dem sich Partei zur Ausstellung vollstreckbarer Urkunde wegen bestimmter von ihr übernommener Leistungen zugunsten der andern Partei verpflichtet 2100 [4]

Streitwert der Klage auf Verurteilung zum Abschluß von Miet- und Pachtvertrag auf Grund eines V. 2216 [30]

Waffenschein

vgl. unter Schußwaffe

Wahlschuld (§ 262 BGB.)

W.verhältnis zwischen den gem. § 179 I BGB. dem Geschäftsgegner gegen den auftraglosen Vertreter zustehenden Ansprüchen auf Erfüllung und auf Schadenersatz. Unmöglichkeit der Leistung i. S. des § 265 BGB. 1474 [2]

Wahlweise Feststellung

Zur Bestrafung wegen Blutschande, wenn die Blutsverwandtschaft der Angekl. zweifelhaft ist 1758 1795 [35]

Wahrheitserforschungspflicht

des Strafrichters 1359 [81] 1360 [82]

Wahrnehmung berechtigter Interessen (§ 193 StGB.)

vgl. unter Beleidigung

Währung

vgl. auch unter Abwertung

Gold- und Valutaklausel in deutscher und niederländischer Gerichtspraxis. Schrifttum 1873

Ausdrückliche Bedingung der Rückzahlung einer geliehenen Fremdwährungssumme in ausländischer W. Verhältnis zwischen inländischer Bank und deren Kunden, dem sie auf Grund eines Auslandskredit einen effektiven W.kredit gewährt hat † 1401 [3]

§§ 14, 63 RBewG. Bewertung von W.schulden 1361 [88]

Wanderarbeiter
In den Werkstätten von Wohltätigkeitsanstalten beschäftigte W. keine Betriebsangehörigen 1173 42
Warenhaus
„Warenhaus" i. S. des RGes. über Warenverkauf aus Automaten 1672 48
Warenproben
Unentgeltliche vorübergehende Verabreichung von W. zu Einführungszwecken verstößt weder gegen § 1 UnlWG. noch gegen ZugabeVO. † 1263 30 † 1512 21
Warenzeichen
Verwirkung und Ersitzung im W.recht 1862
Schutzwirkung eines W. für die eingetragenen und ihnen gleichartige Waren und gegenüber den gleichen und gleichartigen Waren. Erhöhter Schutz für W., die nur deshalb eintragungsfähig sind, weil sie sich durchgesetzt haben. Zur Frage des Schadensersatzanspruchs wegen Verletzung des W.rechts durch Vertrieb nicht gleicher, sondern gleichartiger Waren. Anspruch auf Aus-dem-Verkehr-Ziehen von unter Verletzung des W.rechts hergestellten Erzeugnissen 1901 15
Zeichenrechtlicher Unterlassungsanspruch gegen Inhaber eines eingetragenen W., wenn die Benennung des W. gegenüber dem Verletzten widerrechtlich ist. Zur Frage des Schutzes des Vorbenutzers im W.recht. — Wann begründet die im Ausland bestehende Verkehrsgeltung eines W. einen Schutzanspruch in Deutschland? — Verwirkungseinwand. — Sittenwidrige Rechtsausübung i. S. des § 1 UnlWG., § 826 BGB., wenn der Verletzte den Unterlassungsanspruch in Kenntnis der Bemühungen des Wettbewerbers um Einführung seines W. vorsätzlich zunächst nicht geltend macht † 1905 16
§§ 12, 20 WbzG. Verwechslungsgefahr bei mit Zusatz versehenem Wortzeichen. Gefahr der Täuschung dadurch, daß im Gegenzeichen durch Zusätze oder Abwandlungen die Bezeichnung des Stammerzeugnisses oder dessen charakteristischer Bestandteil variiert ist. Maßgebend die Einstellung der Verbraucher 1911 17
Warnungstafeln gemäß § 5a KraftfG. † 1314 12
Warschauer Abkommen
Luftverkehrsgesetz und W. A. Schrifttum 1304
Wasserläufe
vgl. unter Strombauverwaltung
Wasserrecht
Pachtvertrag über öffentliches Fährregal 2106 11
Wechsel
Der W.anspruch im Rechtsstreit während eines Schuldenregelungsverfahrens 1466
Art. 16, 17, 89 WG. Auch bei wechselrechtlich gesamtschuldnerischer Haftung Befugnis nur des Empfängers der angefochtenen Erklärung zur Geltendmachung von Vertrauensschaden (§ 122 BGB.). — Abhandenkommen i. S. des Art. 16 WG. — Wirkung der Vereinbarung zwischen Indossant und Indossatar, den W. gegenüber Vormann nicht geltend zu machen. — Kein Bereicherungsanspruch gegen Aussteller, der für den W. Valuta empfangen hat und diese infolge Erlöschens der Rückgriffsverpfl. behalten darf † 1412 9
Hingabe an Erfüllungs Statt eines von Drittem akzeptierten, mit Giro des Schuldners versehenen W. (RussenW.). Untergang der Forderung bei Entgegennahme des W. statt Geld als Vertragsleistung. Nur wechselrechtliche Haftung des Schuldners nach Hingabe des W. an Erfüllungs Statt. Ablehnung der Aufwertung der W.summe † 1485 6
Vergleichsverfahren des Kaufpreisschuldners, der W. in Zahlung gegeben hat, und des W.schuldners. Auswirkung der Zahlung einer Vergleichsquote auf Bestand der Forderung und auf die Quote im anderen Vergleichsverfahren 1649 15
Keine Vorlegung der W.urschrift beim Erlaß des Vollstreckungsbefehls im W.mahnverfahren 2230 52
§ 266 StGB. Pflicht zur Wahrnehmung von Vermögensinteressen nicht gegeben bei Verpflichtung, einen anderen von seinen W.verbindlichkeiten zu befreien 1334 37
Weg
Inanspruchnahme eines W. durch die Polizei für den öffentlichen Verkehr. Anforderungen an den Nachweis der Widmung bei sog. alten W. im Eigentum eines nicht allgemein wegebaupflichtigen Privatmanns † 2163 68
Wegebaupflicht
Übergang der Wegeunterhaltungspflicht durch öffentlich-rechtlichen Vertrag. Zur W. gehört auch Anbringung und Unterhaltung der Warnungstafeln nach § 5a KraftfG. zur Kennzeichnung gefährlicher Stellen an Durchgangsverkehrsstraßen. Schadensersatzansprüche aus § 823 BGB. auch gegen öffentlich-rechtliche Körperschaft als W.pflichtigen † 1314 12
Rechtsweg für Schadensersatzklagen wegen Amtspflichtverletzungen von Beamten der hoheitlichen Straßenverwaltung. Haftung der wegebaupflichtigen Körperschaft für in Ausübung öffentlicher Gewalt begangene unerlaubte Handlungen gem. Art. 131 RVerf. 1544 2
Wegereinigung
Pflicht der zur polizeimäßigen W. verpflichteten Stadtgemeinde bei Winterglätte zur Schneebeseitigung auch auf dem Straßendamm. Mitverschulden von Fuhrunternehmen 1260 28
Übertragung der Straßenreinigungspflicht von der Stadtgemeinde durch Ortsstatut auf die Straßenanlieger 1812 71
Wehrmacht
W. und RStraßVerkO. 1293
Wehrmachtsübungen
Begriff des eigenen Hausstands i. S. des § 6 VO. über Einberufung zu W. vom 25. Nov. 1935 1181 52
Wehrstrafrecht
Zuständigkeit der bürgerlichen Gerichte für durch Militärberufsfahrer im Dienst begangene fahrlässige Tötung † 1346 56
Wein
§ 6 WeinG. Verwendung verschiedener geographischer Bezeichnungen für denselben Wein 1353 64
Werbungskosten
Umzugskosten der durch ihren Arbeitgeber an anderen Dienstort versetzten Privatangestellten als W. 1279 43
Werkvertrag
Abgrenzung des mittelbaren Arbeitsverhältnisses vom W. 1116
Auch bei Dienstvertrag auf bestimmten Erfolg gerichteter Zweck möglich 1234 4
§ 401 RAbgO. Einziehung der vom Täter zur Begehung der Tat benutzten Beförderungsmittel unzulässig bei Abschluß von W. zwischen Täter und gutgläubigem Dritten 1829 105
Wertersatz
§ 401 RAbgO. Verurteilung zum W. nur in Gesamthaftung mit den übrigen, bereits zum W. verurteilten Beteiligten 1835 121
Schlachtsteuerhinterziehung. Einziehung und W. bei fortgesetzter Handlung und bei Wechsel der Gesetzgebung † 1828 103
Wertpapiere
Recht der W. Schrifttum 1397
Vermögensteuerpflicht für W., die der Steuerpflichtige zur Sicherung einer künftig entstehenden Steuerschuld auf Sperrdepot hinterlegt hat 1361 89
Wertzuwachssteuer
W. bei Umwandlung von Kapitalgesellschaften 1195 1945
Zurechnung der vom Erwerber übernommenen W. zum Einheitswert? 1221
Westfälische Gütergemeinschaft
vgl. unter G.
Wettbewerb
Unlauterer W. und die Ehrengerichtsordnung der gewerblichen Wirtschaft 1202 1762
W. und Wirtschaftsordnung. Schrifttum 1624
Textsammlung zum W.recht einschließlich des Aufbaus der deutschen Wirtschaft. Schrifttum 1955
Judentum und W. Schrifttum 1224
§ 1 UnlWG. Wann ist der Boykott mit Verrufserklärungen als zulässiges Kampfmittel zum Austrag von Interessengegensätzen anzusehen? 2195 8
§§ 1, 3 UnlWG. Unzulässigkeit der Werbebehauptung, der Käufer der Ware unterstütze deutsche Arbeiter und Angestellte, wenn das Unternehmen und großer Teil seiner Arbeiter und Angestellten nicht deutsch ist 1875 1
§§ 1, 3 UnlWG. Unzulässigkeit der Bezeichnung „deutsches Unternehmen" für GmbH., wenn sämtliche Geschäftsanteile in ausländischem Besitz und die deutschen Leiter an die Weisungen der ausländischen Geschäftsinhaber gebunden 1876 2
§§ 1, 14 UnlWG. Verwendung auch wahrer Tatsachen ehrverletzender Art zu W.zweck in der Öffentlichkeit nur, soweit durch berechtigte Interessen gefordert 1149 7
§§ 1, 14 UnlWG. Ist der Hinweis auf die Tatsache, daß ein Wettbewerber Jude ist, als unlautere W.handlung anzusehen? Zur Frage der Zulässigkeit der Heranziehung persönlicher Eigenschaften und Verhältnisse des Mitbewerbers zu Zwecken des W. 1864 1878 3
Unentgeltliche vorübergehende Verabreichung von Warenproben zu Einführungszwecken verstößt weder gegen § 1 UnlWG. noch gegen ZugabeVO. Keine Sittenwidrigkeit i. S. des § 1 UnlWG. bei Kostenaufwand für eine Werbung, dem Mitbewerber nicht gewachsen † 1263 30 † 1512 21
Vorsätzliches Nichtgeltendmachen des Unterlassungsanspruchs des Verletzten in Kenntnis der Bemühungen des Wettbewerbers um Einführung seines Warenzeichens als sittenwidrige Rechtsausübung i. S. des § 1 UnlWG., § 826 BGB. † 1905 16
Pachtvertrag über öffentliches Fährregal. Inwieweit ist der Verpächter verpflichtet, dem Pächter den W. Dritter fernzuhalten? 2106 11
§ 3 UnlWG. Wann ist Firmenbezeichnung des Mitbewerbers, in der die Herstellung patentierter Ware zum Aus-

druck gebracht wird, als irreführend anzusehen? Verwirkungseinwand 1881[4]
PreisstopVO. v. 26. Nov. 1936. Keine Untersagung des schon am 17. Okt. 1936 geübten Unterbietens von Kartell- und Markenartikelpreisen als unlauterer W. 1737[35]
Geltung des Verbots der Fortsetzung des Geschäftsbetriebs nach Ausverkaufsbeendigung (§ 7c UnlWG.) auch für Konkursausverkauf 1356[69]

Widerklage
§ 209 II BGB. Keine Unterbrechung der Verjährung durch Verteidigung gegenüber verneinender FeststellungsW. † 1476[3]

Widerruf des Bezugsrechts (Lebensversicherung 1501[16] 1504[17]

Widerspruchsklage (§ 771 ZPO.)
Schutz nach dem VollstrMißbrG. vom 13. Dez. 1934 für Darlehnsgeber, der dem im Geschäft seiner Ehefrau tätigen Mann zur Verwendung in diesem Geschäft Darlehn gegeben hat, das Rückzahlungsurteil gegen den Ehemann infolge Intervention seitens der Ehefrau nicht vollstrecken kann und nun als der im Interventionsprozeß unterlegene Teil von der Ehefrau wegen des Prozeßkostenanspruchs zum Offenbarungseid geladen wird † 2215[28]

Widerstand gegen die Staatsgewalt (§ 113 StGB.)
Bestrafung wegen W. g. d. St. gemäß § 2 StGB. bei Hinderung des Gerichtsvollziehers an der Wegschaffung gepfändeter Gegenstände ohne Gewaltanwendung? † 1790[25]
Schutz des § 113 StGB. für Beamten, der im Notfall außerhalb seines örtlichen Dienstbereichs im Rahmen seiner allgemeinen Zuständigkeit handelt 1831[109]

Wiederaufnahme des Verfahrens
Armenanwaltsgebühren für W. d. V. in Ehesachen 1425[28]
Erbgesundheitsverfahren. Auslegung einer unzulässigen, aber sachlich berechtigten Beschwerde als W.antrag † 2063[52]

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand
Fristen und Termine, Versäumung und W. im Erbhofverfahren: Fristen und Termine 2079
Berechnung, Verlängerung, Verkürzung der Fristen 2080
Versäumung und W. 2080
Mangels Zustellung gem. § 329 III ZPO. zunächst rechtliche Wirkungslosigkeit des Armenrechtsbeschlusses. Nach Vollmachtserteilung der armen Partei an den im Beschluß beigeordneten Rechtsanwalt und Auftreten desselben Behebung des Hindernisses für den Lauf der W.antragsfrist 1429[32]
§ 519 VI ZPO. Hemmungswirkung eines Armenrechtsgesuchs nur einmalig, aber bei nach Ablehnung des ersten Gesuchs sich bietenden neuen Tatsachen zur erfolgreichen Begründung eines Gesuchs Möglichkeit, Verlängerung der Nachweisfrist zu beantragen 1997[25]
Nach Versagung des Armenrechts wegen Aussichtslosigkeit der Rechtsverfolgung und Verstreichenlassen der nach Zustellung des Versagungsbeschlusses gesetzten Nachweisfrist gem. § 519 VI ZPO. keine W. wegen Fortdauer der Mittellosigkeit allein 2222[41]
§ 233 ZPO. Versehen des Rechtsanwalts, der sich auf unzutreffende Ansicht eines vielbenutzten Erläuterungsbuches stützt. Beginn der Berufungsbegründungsfrist bei verspätet eingelegter Berufung † 1666[32]
§ 234 ZPO. Kein Vorbringen neuer W.gründe nach Ablauf der W.frist. Rechtzeitiges Nachsuchen der Verlängerung für Berufungsbegründungsfrist. Pflicht des Rechtsanwalts, der Vertretung einer Partei übernommen hat und ausübt, zur Wahrnehmung von deren Rechten ungeachtet etwa offener Gebührenforderungen 1437[49]
§ 236 ZPO. Nachträgliches Gesuch um Fristverlängerung ersetzt nicht Nachholung der versäumten Prozeßhandlung 1438[50]

Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft
vgl. unter Ehescheidung

Wiederherstellung des Berufsbeamtentums
Anspruch des nach § 4 BWHG. entlassenen Beamten auf Ruhegehalt nach zehnjähriger Dienstzeit unabhängig von durch Landesgesetz vorgeschriebener längerer oder kürzerer Dienstzeit 1249[15]
§ 4 BWHG. Keine Kürzung des Ruhegehalts für erst nach dem Inkrafttreten des BWHG. in den Ruhestand versetzte Beamte 1717[15]
Voraussetzung des Ruhegehaltsanspruchs eines gem. § 6 BWHG. in den Ruhestand versetzten Beamten ist zehnjährige Dienstzeit. Ruhegehaltsanspruch leitender Gemeindebeamter † 1642[12]

Wiederkehrende Leistungen (§ 197 BGB.) † 1476[3]

Wilderei
vgl. unter Jagdvergehen

Wirtschaft
Ehrengerichtsordnung der gewerblichen W. Schrifttum 1397 1762
Wettbewerb und Wirtschaftsordnung. Schrifttum 1624
Jahrbuch der nationalsozialistischen Wirtschaft. Schrifttum 2029

Wirtschaftliches Eigentum
W. E. ist nicht Alleineigentum i. S. des § 1 RErbhofG. 2140[42] 2142[44] 2145[49]

Wirtschaftsprüfer
Begehren des FinA. auf Vorlegung des Kundenverzeichnisses von nicht als Steuerberater zugelassenem W. † 1748[53]

Wirtschaftstreuhänder
Zulassungs- und Prüfungsordnung für „W. RSRB.". Schrifttum 1873

Wohnlauben
vgl. unter KeingartenPachtlandO.

Wohnsiedlung
vgl. unter Siedlung

Wohnsitz
RFluchtStVO. Begriff des Wohnsitzes. Aufgabe des W. und gewöhnlichen Aufenthaltes. Zuschläge zur Reichsfluchtsteuer 1278[41]

Wohnungsaufsicht
Abgrenzung der Befugnisse der W.behörden von denen der Polizeibehörden † 1589[46]

Wohnungsbau
Beseitigung der landesrechtlichen Gebührenfreiheit des W. in der streitigen Gerichtsbarkeit durch VO. über Gebührenbefreiung beim Kleinwohnungsbau vom 27. Aug. 1936 1274[37] † 2135[39]
§ 8 Nr. 9 GrErwStG. Steuerbefreiung erstmaliger Übertragungen bebauter Grundstücke durch Personenvereinigungen zur Verwirklichung des Satzungszweckes der Bereitstellung neuer Kleinwohnungen. Begriff des Eigenheims † 1283[49]

Wucher
W. bei Verkauf einer ärztlichen Praxis 1519 1522
Rechtsprechung betr. LohnW. 1107
Vermögensberechnung bei Sachwucher und Betrug 1289
W. und W.recht der Juden im Mittelalter. Schrifttum 1620
Nichtigkeit des obligatorischen Geschäfts und des dinglichen Erfüllungsgeschäfts 1233[1]

Württemberg
Nach württembergischem Landesrecht keine Haftung des Staates für Amtsversehen der öffentlichen Notare 2208[23]

Zahnarzt
§§ 29, 147 I Ziff. 3 GewO. Befugnis zur Führung des arztähnlichen Titels „Dr. chir. dent." 1357[75]

Zeitschriften
Ermäßigter Steuersatz gem. § 7 III UmsStG. 1934 bei Lieferung von Büchern, Z. usw., die Verleger von anderem Unternehmen aus von diesem beschafften Stoffen betriebsfertig hat herstellen lassen, im Großhandel 2008[44]

Zeitungswerber
Z. als Handlungsgehilfen 2070[64]

Zeuge
Gegen die Verweigerung des Parteirechts auf Anwesenheit bei Erhebungen im Armenrechtsverfahren 1690
Zurücktreten des Urkundenbeweises bei Beantragung der unmittelbaren Beweiserhebung durch Vernehmung von Z. u. Sachverständigen (ZivR.) 2226[45]
Im Zivilprozeß Unzulässigkeit der Anordnung zwangsweiser Blutgruppenuntersuchung von Z. 1996[24]
Spätere erneute Benennung eines Z., auf den in demselben Rechtszug verzichtet worden ist 1237[7]
Kann Schiedsgericht BewBeschl. auf eidliche Vernehmung von Z. durch das Staatsgericht erlassen? † 2236[66]
§ 227 ZPO. Kein Recht der Parteien, längere Vertagung zu verlangen, um schriftlich Stellung zu den schriftlich niedergelegten Z.aussagen zu nehmen 2222[40]
Einrede aus § 826 BGB. gegenüber demjenigen, der ein, wie ihm bekannt, auf dem Meineid eines Z. beruhendes Urteil benutzt, auch wenn er das Urteil nicht selbst erschlichen hat † 2223[44]
Anwendung des § 157 I Ziff. 1 StGB. auf Kindesmutter bei Gefahr der Strafverfolgung wegen Unterdrückung des Personenstandes durch falsche Bezeichnung des Erzeugers 1792[29 30]
§ 157 Ziff. 2 StGB. Vor der zweiten Z.vernehmung versehentlich unterbliebene nochmalige Belehrung über Zeugnisverweigerungsrecht 1329[23]
Bei Zweifeln an der Glaubwürdigkeit jugendlicher weiblicher Z. in Sittlichkeitsdelikten Zuziehung eines Sachverständigen mit besonderen Kenntnissen in der Seelenkunde Jugendlicher geboten 1360[82]
Strafbarkeit der an einem Verbrechen gegen das BlutschutzG. beteiligten Frau wegen Begünstigung durch wissentlich unwahre Aussage im Verfahren gegen den Mann 1781[9]
§ 60 Ziff. 3 StPO. Beeidigung des Z., der sich durch falsche Aussage in der Hauptverhandlung der Begünstigung schuldig macht 1357[77]
Teilnahmeverdacht i. S. des § 60 Ziff. 3 StPO. gegen Z., gegen den die Untersuchung auf Grund StraffreihG. eingestellt worden 1836[124]
§ 61 Ziff. 4 StPO. Nichtvereidigung einer im Verfahren wegen Rassenschande vernommenen Zeugin 1358[78]

§ 61 Ziff. 5 StPO. Abgesehen von Beeidigung wegen Unerheblichkeit des Inhalts der Aussage † 1358 79

Zeugengebühren
§ 16 ZeugGebO. Keine Vergütung für Arzt, der schriftlich Auskunft über seine Feststellungen erteilt hat 2069 61

Zinsen
Die allgemeinverbindlichen Zinsabkommen und das Wettbewerbsabkommen der Kreditinstitute v. 22. Dez. 1936 Schrifttum 1469
Pfändung einer Forderung „in Höhe" eines bestimmten Betrags zuzüglich Z. und Kosten † 2133 37
§§ 108, 109 RAbgO. Keine steuerlichen Verpflichtungen des gem. § 1189 BGB. bestellten Vertreters bzgl. der für die Schuldverschreibungen empfangenen Z. † 2007 38

Zinssenkung
Herabsetzung übermäßig hoher Zinsen aus alten Urteilen:
Restitutions- und Vollstreckungsgegenklage 1938 † 1405 4
Aus Schrifttum und Rechtsprechung 1939
Die Arglistklage 1940
Das VollstrMißbrG. 1941
Ges. über die Eintragung von Z. im Grundbuch 1388
Die Zuständigkeit der Z.stelle bei der Einwendung des Vergleichs 1607
§ 2 HypZinsG. Bindung des Richters an die Richtlinien über die Höhe des angemessenen Hypothekenzinses 1566 26
§ 3 I Ziff. 1 HypZinsG. Ablösungstilgungshypotheken als langfristige Bodenbeleihung 1742 41
Art. 3 der 1. DurchfVO. z. HypZinsG. Berücksichtigung eines Damnos im Z.verfahren 1742 40
Art. 8 der 1. DurchfVO. z. ZinssVO. v. 8. Dez. 1931 betrifft nicht nur Darlehn, sondern alle Geldgeschäfte, bei denen keine langfristige Kreditgewährung beabsichtigt ist 1740 39

Zivilprozeß
VO. des Reichsleiters Buch betr. Privatklagen und Z. unter Parteigenossen 1766
Das Zahlungsverbot für Zweckspartunternehmungen im Z. 1462
ZPO. Schrifttum 1622
Bericht, Gutachten und Urteil. Schrifttum 1623
Kommentar von Warneyer. Schrifttum 1470
Die Protokollführung im Z. Schrifttum 1542
Österr. Jurisdiktionsnorm u. ZPO. Schrifttum 2032
Il Giudizio di Rinvio. Schrifttum 1304
§ 156 StGB. Abgabe eidesstattlicher Versicherung vor der zuständigen Behörde bei Aushändigung durch den Versichernden an Partei eines Z. und Vorlegung beim Prozeßgericht durch diese 1792 28

Zollrecht
§ 146 VZollG. kein selbständiger Tatbestand. „Bandenschmuggel in Tateinheit mit Bannbruch" nicht denkbar † 1827 102
Tatmehrheit von Zollhinterziehung und Zollhehlerei † 1350 59

Zubehör
Urkundensteuer bei Grundstückskäufen mit Z. 1526 1693
§ 8 RErbhofG. Auch zum Verkauf bestimmtes Vieh ist Hofzubehör, soweit es für die Bewirtschaftung vorhanden † 2097 1

Zugabe
Unentgeltliche vorübergehende Verabreichung von Warenproben zu Einführungszwecken verstößt weder gegen § 1 UnlWG. noch gegen ZugabeVO. † 1263 30 † 1512 21
Voraussetzung des Z.verbots ist Täuschung des Publikums darüber, daß neben der Hauptleistung ohne erkennbares Entgelt Nebenleistung angeboten oder gewährt wird. Erfordernis des inneren Zusammenhangs zwischen Haupt- und Nebenrechtsgeschäft. Anpreisen und Gewährung von Freigas an Käufer von Gasgeräten † 1882 5

Zuhälterei
Tateinheit zwischen kupplerischer Z. und schwerer Kuppelei 1798 42 43

Zurechnungsfähigkeit
Bei Prüfung der Frage der Z. bzw. erheblich verminderten Z. im Fall starker Angetrunkenheit erforderliche Feststellungen 1328 21 1329 22
Verhängung von Todesstrafe bei erheblicher Verminderung der Z. des Täters i. S. des § 51 II StGB. 1786 20
Mangels des erforderlichen Strafantrags ist das Verfahren einzustellen und auch die Anordnung von Sicherungsmaßregeln im Sicherungsverfahren des § 429a StPO. unzulässig 1799 46

Zurückbehaltungsrecht
Z. des Notars an notariellen Urkunden wegen seiner Gebühren 1929

Zurücknahme
vgl. auch unter BerufungsZ., KlagZ., Z. der Rev. vgl. unter Rev., Z. der Beschwerde vgl. unter B.
Kostentragungspflicht des Streitverkündeten, der dem Rechtsstreit beigetreten ist und demnächst den Beitritt zurücknimmt bzgl. der Kosten der Nebenintervention 1996 23
ErbkrNachwG. Antragsrücknahme durch den Amtsarzt 2053 31

Zurückverweisung
Z. an das VollstrGer. bei Berufung des Schuldners in der BeschwInst. auf das VollstrMißbrG.? 2180
Niederschlagung der Kosten der Berufung im Fall des § 539 ZPO. 1670 38
§ 296 IV RAbgO. Bei Entscheidung im zweiten Rechtsgang keine Bindung des FinGer. und des RFH. an der Z. zugrunde liegende rechtliche Beurteilung bei Aufgabe des bisherigen Rechtsstandpunktes durch die Rechtsprechung 1364 93

Zusammenlegungsverfahren
Zugehörigkeit der im Z. einem Hof als Ersatz für abgetrennte Grundstücke zugewiesenen Grundstücke zur Wirtschaftseinheit des Erbhofes 1574 32

Zuschläge
vgl. unter SteuerZ.

Zuständigkeit
vgl. auch unter Verweisung
Sachliche Z. der Schiedsgutachter beim Reichsnährstand 2084
Die Z. der Zinssenkungsstelle bei der Einwendung des Vergleichs 1607
Z. zur Feststellung der devisenrechtlichen In- und Ausländereigenschaft 1608
Z. des AG. für Klage auf Feststellung, daß der Bekl. der Erzeuger der Kl. ist 2229 51
Unzuständigkeit des Gerichts und Unzulässigkeit des Rechtswegs in Arbeitssachen 2069 62
Bindende Kraft der Entscheidung des die Z. bestimmenden gemeinschaftlichen höheren Gerichts gem. § 36 ZPO. für das mit der Sache später befaßte untere Gericht † 1994 21
§ 839 BGB. Amtspflicht der Beamten jedem Dritten gegenüber, die Grenzen ihrer Z. einzuhalten 1491 11
Z. zur Entscheidung über weitere Beschwerde gegen Entscheidung des LG. Hechingen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit 1267 32

Internationales Zivilprozeßrecht
Z. der deutschen Gerichte für Vertragsverhältnisse von Ausländern in Deutschland, auf die ausländisches Recht angewendet werden soll 1187 62
Gemäß Ges. über Anwendung deutschen Rechts bei der Ehescheidung v. 24. Jan. 1935 keine Z. deutscher Gerichte für den Mann; insbesondere nicht für Eheanfechtungsklage eines Ausländers, der in Deutschland keinen Wohnsitz hat 1324 17
Unzuständigkeit der deutschen Gerichte für die Ehescheidung tschechoslowakischer Staatsangehöriger 1297 1322 15
Keine Z. der deutschen Gerichte für die Ehescheidung polnischer Staatsangehöriger † 1324 16
Bei sowohl deutscher als auch polnischer Staatsangehörigkeit der Bekl. steht § 606 IV ZPO. der Z. der deutschen Gerichte nicht entgegen † 1979 13
Z. der deutschen Gerichte für Klagen polnischer Staatsangehöriger auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft. Versagung des Armenrechts für diese Klage, wenn sie offensichtlich nur zur Vorbereitung der Scheidungsklage dienen soll, für die bei polnischen Parteien die deutschen Gerichte unzuständig 2239 72

Strafsachen
§ 156 StGB. Z. des Oberversicherungsamts zur Abnahme eidesstattlicher Versicherungen 1791 27
§ 156 StGB. Abgabe eidesstattlicher Versicherung vor der zuständigen Behörde bei Aushändigung durch den Versichernden an Partei eines Zivilprozesses und Vorlegung beim Prozeßgericht durch diese 1792 28
Schutz des § 113 StGB. für Beamten, der im Notfall außerhalb seines örtlichen Dienstbereichs im Rahmen seiner allgemeinen Z. handelt. — Z. des Sondergerichts 1831 109
§ 413 StPO. Nachprüfung der Z. zum Erlaß der polizeilichen Strafverfügung in jeder Verfahrenslage 1361 86
Gebühren des Verteidigers für eine zur Z. des AG. gehörende Sache, die infolge tatsächlichen Zusammenhangs mit einer vor dem Sondergericht abzuurteilenden Sache ebenfalls dort verhandelt wird 1839 134

Zustellung
§ 181 ZPO. ErsatzZ. an Putzfrau 1663 29
Auch in Ehe- und Familienstandssachen Z. der Restitutionsklage an den Beklagten zu Händen seines Prozeßbevollmächtigten 2222 39
§ 14 RAGebO. Ermäßigte Prozeßgebühr für Armenanwalt, der vor Beiordnung die mit dem Armenrechtsgesuch eingereichte Ehescheidungsklage dem Gerichtsvollzieher zur Z. übergibt, wenn dieser sie entgegen § 185 ZPO. an die Klagpartei als Ersatzperson zustellt 1746 49
Aufhebung der infolge nicht formgemäß erfolgter Z. eingetretenen rechtlichen Wirkungslosigkeit des Armenrechtsbeschlusses durch Bevollmächtigung und

Auftreten des im Beschluß beigeordneten RA. 1429 [32]
§ 750 ZPO. Ordnungsgemäße Z. des Schuldtitels 1509 [19]
Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Wirksame Z. an den Beteiligten persönlich, der Bevollmächtigten bestellt hat 1745 [48]
§ 9 ErbkrNachwG. Rechtsmittelverzicht nach Verkündung, aber vor Z. des Beschlusses 2062 [50]
§ 15 ErbkrNachwG. Öffentliche Z. im Erbgesundheitsverfahren 2064 [53]
Keine zwingenden Formvorschriften für Zustellungen im Bereich der RVO. 1747 [51]

Zustimmung
Anwendbarkeit der §§ 182 ff. BGB. auf die Z. des Vormerkungsberechtigten zu Hypothek- oder Grundschuldbestellung 2102 [8]

Zwangsversteigerung
Nur einstweilige Einstellung des Z.verfahrens, nicht Ruhen desselben zulässig 1527
Die Fassung des Klagantrags bei der Anfechtung von Hypothekenbestellungen während des Z.verfahrens 1528
§ 127 ZwVerstG. Kann das GBA. die Vorlegung des Hypothekenbriefs verlangen und erzwingen, wenn die Hypothek infolge einer Z. erloschen ist? 2073
Das Meistgebot und die Abtretung der Rechte daraus im Grunderwerbsteuerrecht 1530
Rechtsprechung zu Gebührenfragen der RKostO. in Z.- und Zwangsverwaltungsverfahren 1933
Der Z.richter und seine Abteilung. Schrifttum 1623
Kommentar zum ZwVerstG. Schrifttum 2090 2091
§§ 15, 16 ZwVerstG. Erteilung der Vollstreckungsklausel gem. § 725 ZPO. für den betreibenden Gläubiger. Heilung des Mangels des zu Unrecht ohne vorliegenden ordnungsgemäßen Vollstreckungstitel angeordneten Z.verfahrens durch Nachholung des Fehlenden 1509 [19]
§§ 17, 28 ZwVerstG. Bei Pfändung oder Verpfändung des Anteils eines Gesamthänders an in Gesamthandsgemeinschaft stehendem Grundstück Duldungstitel gegen Pfandgläubiger zur Anordnung der Z. des Grundstücks erforderlich 2129 [35]
§ 73 ZwVerstG. Erfordernis der Bereitschaft des Versteigerungsrichters während der ganzen Dauer des Versteigerungstermins zur Entgegennahme von Geboten † 2130 [36]
Auch bei Verteilung im Z.- oder Zwangsverwaltungsverfahren gilt dem Gläubiger gegenüber der bessere Rang eines dinglichen Rechts des zugleich persönlich haftenden Vollstreckungsschuldners 2101 [7]
VollstrMißbrG. § 180 ZwVerstG. Einstellung des Versteigerungsverfahrens, das zwecks Aufhebung der Gemeinschaft von dem Pfändungsgläubiger eines Miteigentümers betrieben wird 1745 [46]
§ 839 BGB. Schaden des Gläubigers bei Rangverschlechterung seiner Hypothek durch Amtsversehen des Grundbuchbeamten, wenn infolgedessen die vordem entfernte Möglichkeit eines Ausfalls der Hypothek näher gerückt und damit die Befriedigung des Gläubigers gefährdet ist 1917 [23]
Alleineigentum i. S. des § 1 RErbhofG. von der Beschlagnahme des Hofs zum Zweck der Zwangsvollstreckung unberührt. Zur Prüfung, ob die Veräußerung eines zum Zwecke der Zwangsvollstreckung beschlagnahmten Grundbesitzes, der in der Hand des bauernfähigen Erwerbers Erbhofeigenschaft erlangen soll, als unlautere Machenschaft oder als Versuch, den Vollstreckungsschutz des § 38 RErbhofG. zu mißbrauchen, anzusehen ist 2149 [53]
Der entgegen § 38 RErbhofG. ergangene Zuschlag ist anfechtbar; seine Genehmigung durch die Anerbenbehörden ist ausgeschlossen 2151 [55]

Zwangsverwaltung
Zuziehung von Steuersachverständigen durch Zwangsverwalter 1619
§ 10 VollstrMaßnVO. v. 26. Mai 1933. Entlassung des Zwangsverwalters bei nachträglicher Benennung eines Institutsverwalters 1745 [45]

Zwangsvollstreckung
vgl. auch unter Vereitelung der Z. (§ 288 StGB.)
Das Zahlungsverbot für Zwecksparunternehmungen in der Z. 1462
Die österr. ExekutO. Schrifttum 2032
Rechtsmittel i. S. des § 839 III BGB. ist die Erinnerung aus § 766 ZPO., nicht der mit Berufungseinlegung gestellte Antrag auf einstweilige Einstellung der Z. 2038 [8]
Vorkaufs- und Ankaufsrecht können den Fall eines Verkaufs im Wege der Z. nicht überdauern 2102 [8]

Zwecksparunternehmungen
Das Zahlungsverbot bei Z.:
Zweck und Inhalt 1456
Lage bei den durch behördliche Einzelanordnung vor Erlaß des AuflösG. v. 13. Dez. 1935 geschlossenen Unternehmen 1457
Lage bei den durch das Gesetz v. 13. Dez. 1935 aufgelösten Z. 1459
Das Zahlungsverbot unter Berücksichtigung des versicherungsaufsichtsrechtlichen Zahlungsverbots 1459
Zahlungsverbot und Verzug. Einfluß des Zahlungsverbots auf den Anspruch auf Herausgabe einer unter Eigentumsvorbehalt verkauften Sache † 1511 [20]
Bestandsübertragung einer Zweckparkasse von Genossenschaft auf GmbH. mit personengleichen Vertretern unter nachträglicher Genehmigung des Reichsbeauftragten für Zwecksparunternehmen und des Liquidators 1731 [28]
Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen Verfügungssperre gemäß §§ 3, 12 ZweckspAuflG. 1357 [74]

Zweigniederlassung
Unzulässige Abweichungen bei der Firma einer Z. von der Hauptfirma † 1268 [33]
Geltung der Formvorschrift des § 29 GBO. für die Erklärungen der Vertreter einer Handelsgesellschaft, bei Umschreibung eines für diese unter der Firma ihrer Hauptniederlassung eingetragenen Rechts auf die abweichende Firma von Z. 1743 [43]

II.
Alphabetisches Verzeichnis
der im Gesetzesregister (III) angeführten Gesetze und Verordnungen

Abwertungsgesetze, franz. 217 f.
Abwertungsgewinne, Ges. über 37
Aktiengesetz 39, EinfG. 40
Aktienrecht, niederl. 219
Allgemeines preußisches Landrecht 183
Altrentnergesetz 298
Anfechtungsgesetz 104
Angestelltenversicherungsgesetz 308
Anerbenhofdurchführungsverordnung, 1., 257
Arbeitsgerichtsgesetz 134
Arbeitskräfte, VO. über Verteilung der 131
Arbeitsordnungsgesetz 125, DurchfVO. 126 ff., Arbeitsordnungsgesetz für öffentliche Verwaltungen und Betriebe 129
Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Ges. über 311
Arbeitszeitverordnung 117
Arbitrageordnung 174
Armenanwaltsgebührengesetz 113
Auflösung und Löschung von Gesellschaften und Genossenschaften 50
Auflösung der Zwecksparunternehmungen, Ges. über 69, DurchfVO. 70
Aufwertungsgesetz 5, DurchfVO. 6
Auseinandersetzungsangelegenheiten, preuß. Ges. betr. das Verfahren in 193
Ausgleich bürgerlich-rechtlicher Ansprüche, Ges. über 17
Ausgleichsgesetz, Danziger 206
Ausländerpolizeiverordnung, preuß. 339
Automaten, Ges. über Warenverkauf aus 320

Bad. Recht 364 f.
Bankdepotgesetz 27
Baugestaltung, preuß. VO. über 354
Bausparverträge, vereinfachte Abwicklung von 67
Bayr. Recht 200 ff.
Beamtengesetz, Deutsches 288
Beamtenhaftungsgesetz, Reichs- 15, für Justizbeamte 16, preuß. Staatshaftungsgesetz 185
Beamtenrechtsänderungsgesetz 284
Beamtenunfallfürsorgegesetz 293
Belebung der Wirtschaft, NotVO. zur 121
Berggesetz, allg. preuß. 196
Berliner Straßenordnung 199, Wertzuwachssteuerordnung 277 f.
Berufsbeamtentum, Ges. zur Wiederherstellung des 285, DurchfVO. 286 f., bad. DurchfVO. 364
Bestechung und Geheimnisverrat nichtbeamteter Personen, VO. gegen 226

Betriebsrätegesetz 124
Blutschutzgesetz 19, AusfVO. 20
Börsengesetz 26
Brotmarktordnung 145
BGB. 1, EinfG. 2, preuß. AusfG. 200, württ. AusfG. 203, meckl.-schw. AusfG. 204, österr. ABGB. 210, tschech. ABGB. 220
Bürgersteuergesetz 270, DurchfVO. 271

Danziger Recht 206 ff.
Depotgesetz 27
Devisenbewirtschaftung, Richtlinien für 36
Devisengesetz 35
Devisenverordnung 1932: 33, DurchfVO. 34
Dotation der Provinzial- und Kreisverbände, preuß. AusfG. 356

Ehegesundheitsgesetz 18
Ehescheidung, Anwendung deutschen Rechts bei der 21
Eheschließungsabkommen, Haager 366
Ehetrennung und -scheidung, ungar. Ges. betr. 223
Ehevertrag, Ehetrennung und Ehehindernisse, tschech. Ges. über Förmlichkeiten bei 221
Ehewirkungsabkommen, Haager 367
Ehrenräte der Advokaten, preuß. VO. über 190
Eierverordnung 317
Einbehaltungsbestimmungen, preuß. Ges. zur Milderung und Aufhebung der 346
Einbehaltungsbeträge, VO. über Pfändbarkeit von 292
Einkommensteuergesetz 1925: 244, 1934: 245, DurchfVO. 247
Einzelhandelsschutzgesetz 321
Eisenbahnbau- und -betriebsordnung 72
Eisenbahnverkehrsordnung 73
Entlastungsverordnung 83
Erbhofgesetz 152, DurchfVO. 153 ff.
Erbhofrechtsverordnung 156
Erbhofverfahrensordnung 157
Erbkranker Nachwuchs, Ges. zur Verhütung von 329, AusfVO. 330 ff.
Erbschaftsteuergesetz 259
Erstattung von Fehlbeträgen am öffentlichen Vermögen, Ges. über das Verfahren bei 289
Exekutionsordnung, österr. 214

Familienfideikommisse, Meckl.-Schwer. Ges. über Auflösung der 205
Feld- und Forstpolizeigesetz, preuß. 239
Feuerbestattungsgesetz 324
Feuerwehrgesetz, preuß. 359
Fluchtliniengesetz, preuß. 352
Franz. Abwertungsgesetze 217 f.
FGG., Reichs- 91, preuß. 189
Fremdwährungsschuldverschreibungen, Ges. über 38
Fürsorge für Soldaten und Arbeitsmänner, VO. über 133
Fürsorgekosten, Ges. über Befreiung von der Pflicht zum Ersatz der 326
Fürsorgepflichtverordnung 325

Gaststättengesetz 323
Gebrauchsmusterschutzges. 1891: 56, 1936: 57
Gebührenbefreiung beim Kleinwohnungsbau, VO. über 111
Geheime Staatspolizei, preuß. Ges. über die 338
Gemeindeordnung, Deutsche 314
Gemeindeordnung, bad. 365
Gemeinde- und Kreisordnung, thür. 363
Gemeinnützigkeitsverordnung 252
Genossenschaftsgesetz 42
Gerichtsgliederung in Groß-Hamburg, Ges. über die 89
Gerichtskostengesetz, Reichs- 110, preuß. 191
Gerichtsschreiber, Ges. zur Änderung der Bez. 115
Gerichtsverfassungsgesetz 87, AndG. 88
Geschlechtskrankheitengesetz 328
Geschmacksmustergesetz 55
GmbH.-Gesetz 41
Gewerbeordnung, Reichs- 322
Gewerbesteuergesetz, Reichs- 269
Goldbilanzverordnung 31, DurchfVO. 32
Goldhypothekenabkommen, Zusatzabkommen zum Deutsch-Schweizer 369
Goldklausel, Danz. VO. betr. Aufhebung der 209
Goldverordnung, Danz. 208
Grundbuchbereinigungsgesetz 7
Grundbuchordnung 3
Grundbuchverfügung 4
Grundstückverkehrsverordnung 146 f.
Grunderwerbsteuergesetz 260
Guldenwährung, Danz. Ges. z. Einführung der 207
Güterrechtsgesetz, westfäl. 186

Haager Eheschließungsabkommen 366
Haager Ehewirkungsabkommen 367
Haftpflichtgesetz, Reichs- 71
Hamburg, Ges. über die Gerichtsgliederung in Groß- 89
Hamburg, Groß-, und andere Gebietsbereinigungen 283
Handelsgesetzbuch 24, österr. 211
Heimtückegesetz 228
Hilfsdienstgesetz 136
Hinterbliebenenfürsorgegesetz, preuß. 348
Hinterlegungsordnung, Reichs- 94, Ausf.-vorschriften 95
Hypothekenfälligkeit, NotVO. 10, DurchfVO. 11
Hypothekenzinsengesetz 12, DurchfVO. 13

Jagdgesetz, Reichs- 150
Jugendgerichtsgesetz 232
Jugendwohlfahrtsgesetz, Reichs- 23
Jurisdiktionsnorm, österr. 213, tschech. 222
Justizbeamte, Haftung des Reichs für 16
Justizkassenordnung 116

Kartellverordnung 135
Kassenärztliche Vereinigung, VO. über 307
Kirchenverfassung der preuß. evang. Landeskirche 341
Kirchenverfassung der evang. Kirche der altpreuß. Union 340
Kirchenvermögen, preuß. Ges., VO. u. AnO. betr. Verwaltung des kath. 342 ff.
Kleingartenpachtlandordnung 177, ErgGes. 178
Kommunalbeamtengesetz, preuß. 345
Kommunistisches Vermögen, Ges. über Einziehung des 313
Kompetenzkonfliktsverordnung, preuß. 188
Konkursordnung 103
Körperschaftsteuergesetz 1925: 249, 1934: 250 f.
Kraftfahrzeuggesetz 74
Kraftfahrzeugverkehrsverordnung 75
Kreditabkommen 1932, DurchfVO. 29
Kreditwesen, Reichsges. 28
Kriegspersonenschädengesetz 299
Kündigungsfristen für Angestellte 120
Kündigungsschutzgesetz 119
Kunstschutzgesetz 62

Landarbeiterordnung, vorläufige 123
Landesgebührenordnung, preuß. 192
Landeskulturbehörden, preuß. Ges. über 194
Landeskultursachen, preuß. VO. betr. Verfahren in 195
Landesverwaltungsgesetz, preuß. 334
Landwirtschaftliche Entschuldungsbetriebe, VO. über Veräußerung von 166
Landwirtschaftliches Entschuldungsverfahren, Behandlung von Mitschuldnern und Bürgen im 165
Landwirtschaftliches Entschuldungsverfahren, VO. über Vollstreckungsschutz im 164
Landwirtschaftliche Grundstücke, VO. über Verkehr mit 146 f.
Landwirtschaftliche Schuldverhältnisse, Ges. zur Regelung der 159, DurchfVO. 160 ff.
Lebensmittelgesetz 318
Liter. Urheberrechtsgesetz 63
Lohnsteuerdurchführungsverordnung 248
Luftprivatrecht, Warsch. Abk. zur Vereinheitlichung des 370
Luftverkehrsgesetz 80
Luftverkehrsverordnung 81

Mannschaftsversorgungsgesetz 294
Maß- und Gewichtsgesetz 319
Meckl.-Schwer. Recht 204 f.
Medizinalbeamten, preuß. Ges. betr. Gebühren der 350
Mieteinigungsämter, VerfAnO. 176
Mieterschutzgesetz 175
Milchgesetz, Reichs-, preuß. DurchfVO. 360
Militärhinterbliebenengesetz 296
Minderheitenschutzvertrag zwischen Polen u. Entente 372
Mittelschullehrerbesoldungsgesetz, preuß., AusfAnw. 351
Münzgesetz, 2. DurchfVO. 30
Mutterschutzgesetz 122

Naturschutzgesetz 151
Neubildung von Parteien, Ges. gegen 281
Niederländisches Aktienrecht 219
Notargesetz, bayr. 201, AndGes. 202
Notverordnung, Reichs- v. 1. Dez. 1930: 84
Notverordnung, Reichs- v. 6. Okt. 1931: 85
Notverordnung, Reichs- v. 8. Dez. 1931: 8 f.
Notverordnung, Reichs- v. 14. Juni 1932: 86
Notverordnung, Reichs- v. 4. Sept. 1932: 121
Notverordnung, Reichs- v. 27. Sept. 1932: 158
Notverordnung, Reichs- v. 11. Nov. 1932: 10 f.
Notverordnung, preuß., v. 12. Sept. 1932: 335
Notverordnung, preuß., v. 8. Juni 1932: 336

Oberlandesgerichte, Zuständigkeit in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und der RKostO. 93
Obligationenrecht, revid. Schweizer 215
Offizierspensionsgesetz 295
Österr. Recht 210 ff.
Ostpreußen, WegeO. 358

Patentamtliche Gebühren 53
Patentgesetz 1891: 51, 1936: 52
Pensionierung der unmittelbaren Staatsbeamten, preuß. Ges. über 347
Personenstandsgesetz 22
Pferderennen, preuß. Ges. über Zuständigkeitsregelung für 361
Polen, Wiener Vertrag mit Deutschland 371, Minderheitenschutzvertrag mit der Entente 372
Polizeibeamtengesetz, preuß. 349
Polizeiverwaltungsgesetz, preuß. 337
Preisstopverordnung 143
Preise, AnO. betr. Befugnisse des Reichsleiters der 181
Preßgesetz 180
Preuß. Recht 183 ff., 239, 276 ff., 333 ff.
Provinzial- und Kreisverbände, preuß. Ges. betr. Dotation der 356

Rabattgesetz 60
Realsteuergesetze, EinfG. zu den 268
Rechtsanwaltsgebührenordnung 112, preuß. 192
Rechtsanwaltsordnung 96, AndGes. 97

Rechtsberatung, Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiet der 100, AusfVO. 101
Rechtspflegenotverordnung 86
Rechtspflegeüberleitungsgesetz 90
Reichsabgabenordnung 272
Reichsarbeitsdienstgesetz, 2. DurchfVO. 132
Reichsärzteordnung 327
Reichsautobahnen, Ges. über die 79
Reichsbewertungsgesetz 1931: 241, 1934: 242 f.
Reichsbürgergesetz, 1. VO. zum 282
Reichsdienststrafordnung 290
Reichserbhofgesetz 152, DurchfVO. 153 ff.
Reichsfluchtsteuerverordnung 275
Reichshaftpflichtgesetz 71
Reichshinterlegungsordnung 94, AusfVorschrift 95
Reichsjagdgesetz 150
Reichskostenordnung 109, Zuständigkeit der OLG. 93
Reichskulturkammergesetz, DurchfVO. 179
Reichsnährstand, Schiedsgerichte für Lieferstreitigkeiten beim 171 ff.
Reichsnährstand, VO. über vorläufigen Aufbau des 169
Reichsnährstandsgesetz 168
Reichssiedlungsgesetz 148, preuß. Erlaß zu § 4 RSiedlG. 197
Reichsstraßenverkehrsordnung 76, EinfVO. 77, AusfAnw. 78
Reichsversicherungsordnung 305
Reichsversorgungsgesetz 300, AndGes. 301
Reisekostenvergütung der Beamten, Gesetz über 291
Rigaer Friedensvertrag 373

Sächs. Schlachtsteuergesetz 279
Schlachtsteuergesetz, Reichs- 265, DurchfVO. 266, Sächs. Schlachtsteuergesetz 279
Schiedsgerichte für die landwirtschaftliche Marktregelung 170
Schiedsgerichte für Lieferstreitigkeiten 171 ff.
Schriftleitergesetz 182
Schußwaffengesetz 229
Schutz von Volk und Staat, VO. zum 227
Schweiz, Verrechnungsabkommen mit 368, Zusatzabk. zum GoldhypAbk. 369
Schweizer Recht 215 f.
Schwerbeschädigtengesetz 118
Sicherung des Haushalts, preuß. VO. zur 336
Sondergerichtsverordnung 233
Sozialversicherung, Ges. über Aufbau der 309, DurchfVO. 310
Sparnotverordnung, preuß. 335
Staatsbeamtengesetz, thür. 362
Staatshaftungsgesetz, preuß. 185
Steueramnestieverordnung, 2. 273
Steueranpassungsgesetz 240
Straffreiheitsgesetz 1934: 236, 1936: 237 f.
Strafgesetzbuch 225
Strafprozeßordnung 231
Strafregisterverordnung 235
Straftilgungsgesetz 234
Straßenordnung, Berliner 199

Thür. Recht 362 f.
Tierschutzgesetz 230
Treuhänder der Arbeit, Ges. über 130
Tschech. Recht 220 ff.

Umsatzsteuergesetz 1932: 262, 1934: 263, DurchfBest. 264
Umwandlung von Kapitalgesellschaften 45, DurchfVO. 46 ff., Steuererleichterungen 253 ff.
Unedle Metalle, Ges. über Verkehr mit 315
Ungar. Recht 223 f
Unlauteres Wettbewerbsgesetz 58
Urkundensteuergesetz 261

Verbrauchergenossenschaften, Ges. über 43, DurchfVO. 44
Vereinszollgesetz 267
Verfahren in Versorgungssachen 302
Verfassung, Weimarer 280
Vergleichsordnung 1927: 105, 1935: 106
Verhütung mißbräuchlicher Ausnützung von Vollstreckungsmöglichkeiten 108
Verlagsgesetz 61
Verminderung der Arbeitslosigkeit, Ges. zur 312
Vermögensteuergesetz 1931: 258
Verrechnungsabkommen, Deutsch-Schweizer 368
Versailles, Vertrag von 374
Versicherungsaufsichtsgesetz 65, AndGes. 66
Versicherungsvertragsgesetz 64
Versorgung der Kämpfer für die nationale Erhebung 303
Verunstaltungsgesetz, preuß. 353
Vierjahresplan, DurchfG. 137, Anordnungen zur Durchf. 138 ff., DurchfVO. 142
Volksverratsgesetz, DurchfVO. 274
Vormundschaftsordnung, preuß. 187

Warenzeichengesetz 54
Warschauer Abkommen zur Vereinheitlichung des Luftprivatrechts 370
Wassergesetz, preuß. 198
Wechselgesetz 25
Wegeordnung für Ostpreußen 358
Wegereinigungsgesetz, preuß. 357
Wehrmachtsübungen, VO. über Einberufung zu 304
Wehrmachtversorgungsgesetz 297
Weimarer Verfassung 280
Weingesetz 316
Werbungskosten der freien Berufe, Durchschnittssätze für 246
Wertzuwachssteuermustersatzung, preuß. 276
Wertzuwachssteuerordnung, Berliner 277 f.
Westfäl. Güterrechtsgesetz 186
Wiener Vertrag 371
Wohnsiedlungsgebiete, Ges. über Aufschließung von 149
Wohnungsgesetz, preuß. 355
Württ. AusfG. z. BGB. 203

Zeugen- und Sachverständigengebührenordnung 114
Zinserleichterungen für den landwirtschaftlichen Realkredit 158
Zinssenkung, DurchfVO. zur NotVO. 9
Zinssenkungen, Eintragung im Grundbuch 14
Zivilgesetzbuch, Schweizer 216
Zivilprozeßordnung 82, österr. 212, ungar. 224
Zugabeverordnung 59
Zulassung zur Rechtsanwaltschaft 98, DurchfVO. 99
Zuständigkeit der OLG. in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und der RKostO. 93
Zuständigkeit in Familien- und Nachlaßsachen, VO. zur Vereinheitlichung der 92
Zuständigkeitsgesetz, preuß. 333
Zwangsversteigerungsgesetz 102
Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, VO. über 107
Zweckparunternehmungsgesetz 68, Auflösung der Zweckparunternehmungen 69 f.

III.
Gesetzesregister

A. Zivilrecht

I. Reichsrecht

a) Bürgerliches Recht

1. BGB. v. 18. Aug. 1896: 1872
§ 21: 1730[26] 2033[1]
§ 22: 2033[1]
§ 29: 1730[27]
§ 31: 1543[1] 1544[2] 2208[23]
§ 32: 2038[7]
§ 54: 1130
§ 89: 1543[1]
§ 93: 1526
§ 97: 1526 1693
§ 98: 1693
§ 117 II: 1116
§ 119: 1217 1242[11]
§ 122: 1412[9]
§ 123: 1122 1217 1959[1]
§ 125: 1122
§ 126: 1626[1] 1701[2] 2100[4]
§ 127: 1122, 1626[1]
§ 129: 1577[35]
§ 133: 1401[1] 1626[1] 2187[1]
§ 134: 1100 1108 1545[3] 1737[34] 1742[42] 1948
§ 135: 1460
§ 138: 1105 1217 1233[1] 1513 1546[4] 1571[29] 1639[10] 1737[34] 1742[42]
§ 139: 1145[1] 1220 1501[16] 2187[2]
§ 157: 1189[65] 1190[66] 1235[5] 1401[1] 1473[1] 1484[5] 1626[1] 2187[1]
§ 162: 1673
§ 164: 2035[2]
§ 167: 2035[2 3]
§ 177: 2036[4]
§ 179: 1474[2]
§ 181: 1401[2] 1731[28] 2100[5] 2147[52]
§ 182: 2036[4]
§§ 182 ff.: 2102[8] 2123[30]
§ 184: 1375 2024
§§ 186 ff.: 1166[30] 2080
§ 193: 1124 1188[63]
§ 195: 1922[28]
§ 196: 1305[1] 1476[3]
§ 197: 1476[3]
§ 200: 1305[1]
§ 203: 2188[3]
§ 208: 1476[3] 2169
§ 209: 1476[3] 2101[6]

§ 222: 2169
§ 223: 2169
§ 241: 1593 2101[7]
§ 242: 1109 1118 1149[6] 1156[13] 1190[66] 1305[1] 1401[3] 1405[4] 1479[4] 1484[5] 1485[6] 1498[15] 1524 1546[4] 1673 1697[1] 1721[20] 1901[15] 1905[16] 1939 2036[5] 2189[4]
§ 244: 1401[3]
§ 246: 1405[4]
§ 249: 1145[2] 1235[5] 1449 1547[5]
§§ 249 ff.: 1628[2] 1703[3] 1715[12] 1917[23]
§ 254: 1126 1307[4] 1312[11] 1321[14] 1489[7] 1703[3] 1895[11] 2190[5] 2208[23]
§ 255: 1463
§§ 262 ff.: 1474[2]
§ 273: 1461
§ 276: 1129 1253[19] 1414[10] 1626[1] 1677
§ 278: 1118 1543[1]
§ 287: 1461
§ 288: 1405[4] 1677
§ 311: 2100[4]
§ 313: 1300 1306[2] 2100[4]
§ 315: 1401[1]
§ 316: 1401[1]
§§ 317 ff.: 2084
§§ 320 ff.: 1233[2]
§ 323: 2070[65]
§ 326: 1461 1628[2] 2025
§ 330: 1867
§ 356: 1473[1]
§ 363: 1677
§ 364: 1485[6]
§ 372: 1369 2002[30]
§ 376: 1677
§ 387: 1461
§ 390: 1461
§ 392: 1631[3]
§ 397: 1118 1196
§ 398: 1645[13] 1961[2]
§ 399: 2232[59]
§ 404: 1631[3]
§ 406: 1631[3]
§ 415: 1233[3] 2187[2]
§ 419: 1145[3] 2037[6] 2149[53]
§ 421: 1129
§ 425: 1196
§ 426: 1117
§ 427: 1130
§ 429: 1196
§§ 433 ff.: 1417[11]
§ 434: 1628[2]
§ 446: 1628[2]
§ 455: 2025
§ 459: 1253[19]
§ 463: 1253[19]
§ 477: 1677
§§ 504 ff.: 2102[8]
§ 505: 1255[22]
§ 512: 2102[8]
§ 518: 2100[4]
§ 519: 1547[6]
§ 528: 1547[6]
§§ 535 ff.: 1254[20] 2104[9]
§ 537: 2104[10] 2106[11]
§ 538: 2106[11]
§ 552: 2104[10]
§ 559: 1255[21]
§ 566: 1701[2]
§ 568: 2107[12]
§ 581: 1701[2] 2106[11] 2107[12]
§§ 581 ff.: 2108[13]
§ 607: 2169
§ 611: 1626[1] 1721[20] 2111[15]
§§ 611 ff.: 1103 1108 1234[4] 1633[4]
§ 612: 1168[34] 2245[81]
§§ 620 ff.: 1169[35]
§ 621: 1124 1188[63]
§ 625: 1123
§ 626: 1126 1146[4 5] 1169[35 36] 1186[61] 1639[10] 2111[15]
§ 628: 1424[27]
§§ 631 ff.: 1234[4]
§ 652: 1300 1306[2] 1489[8]
§ 667: 1484[5] 1989[17] 2192[6]
§ 670: 1427[30]
§ 675: 1484[5] 2192[6]
§ 677: 1628[2]
§ 687: 1858
§§ 705 ff.: 1986[16] 2038[7]
§ 708: 1118
§ 717: 1256[23]
§ 723: 1146[4] 1548[7] 2230[54]
§ 737: 1548[7]
§ 745: 1129
§ 766: 2100[4]
§§ 767 ff.: 1408[5]
§ 774: 1410[6]
§ 779: 1149[6] 1217
§ 781: 2169
§ 812: 1501[16] 1989[17] 2108[14]
§§ 812 ff.: 1107
§ 813: 1460
§ 814: 2108[14]
§ 817: 1501[16] 1523
§ 818 III: 1107
§ 819: 1959[1]
§ 823: 1235[5] 1261[29] 1314[12] 1414[10] 1490[9 10] 1543[1] 1544[2] 1633[5] 1635[6] 1703[3] 1770[2] 1859 1917[22] 1967[5] 2194[7]
§§ 823 ff.: 1706[5]
§ 824: 1261[29] 1967[5] 2195[8]
§ 826: 1107 1901[15] 1905[16] 1940 2195[8] 2196[9] 2223[44]
§ 831: 1544[2] 1917[22] 1964[3] 2190[5] 2194[7]
§ 839: 1235[6] 1306[3] 1307[4] 1321[14] 1443[59] 1452 1491[11] 1543[1] 1544[2] 1548[8] 1705[4] 1706[5] 1707[6] 1917[23] 1922[27] 1966[4] 1967[5] 1993[20] 2038[8] 2050[23] 2113[16] 2208[23]
§ 843: 1916[21]
§ 844: 1240[9] 1490[10] 1550[10] 1703[3]
§ 845: 1490[10] 1866
§ 847: 1257[24] 1866
§ 852: 1237[7] 1307[5] 1922[28] 2113[16]
§ 868: 1334[35]
§ 873: 1635[7] 2102[8] 2122[28]
§ 874: 1549[9]
§ 883: 2037[6] 2102[8] 2114[17]
§ 888: 2037[6]
§ 890: 1561[20]
§ 891: 1574[52] 2147[52]
§ 892: 1636[8] 2115[18]
§ 906: 1237[8]
§ 907: 2116[19]
§ 925: 2147[52] 2187[2]
§ 928: 1636[8]
§ 930: 1961[2]
§§ 958, 959: 1674
§ 985: 1417[11]
§ 1004: 2116[19]
§ 1098: 2037[6]
§ 1113: 2101[7]
§ 1115: 1635[7]
§ 1147: 2101[7]
§ 1189: 2007[38]
§ 1274: 2118[20]
§ 1300: 1547[6]
§ 1325: 2039[9]
§ 1329: 2039[9]
§ 1333: 1708[7] 2040[10] 2197[10]
§ 1337: 1708[7] 2197[10]
§ 1339: 1708[7] 2197[10]
§ 1346: 2040[10]
§ 1356: 1703[3]
§ 1360: 1240[9]
§ 1432: 2118[21]
§ 1439: 1600
§ 1440: 1600 2118[21]
§ 1443: 1600
§§ 1564 ff.: 2009
§ 1565: 1307[6]
§ 1568: 1308[7] 1442[56] 2040[11]
§ 1570: 1710[8]
§ 1571: 1309[8]
§ 1573: 2040[11]
§ 1578: 1685
§ 1591: 1970[6]
§ 1592: 1309[9]
§ 1594: 1971[7] 2016 2040[12]
§§ 1601 ff.: 1685
§ 1612 II: 1550[10]
§ 1617: 1550[10]
§ 1629: 1732[29]
§ 1630: 2042[13]
§ 1635: 2022
§ 1638: 1732[29]
§ 1666: 2045[14] 2197[11] 2207[21]
§ 1667: 2042[13]
§§ 1667 ff.: 1551[11]
§ 1684: 2197[11]
§ 1687: 2022
§ 1688: 2022
§§ 1696, 1697: 2197[11]
§ 1707: 2023
§ 1708: 1685
§ 1717: 1309[9]
§ 1765: 2043[14]
§ 1793: 2204[18]
§ 1795: 2042[13]
§ 1796: 2042[13]
§ 1809: 1712[9]
§ 1821: 1551[12] 1627[1]
§ 1822: 1551[12] 2198[12]
§ 1822 Ziff. 3: 1516
§ 1833: 2047[20]
§ 1837: 1552[13] 2042[13] 2043[15] 2198[12]
§ 1838: 2197[11]
§ 1886: 1552[13] 2119[22] 2197[11] 2198[12] 2204[18]
§ 1897: 2204[18]
§ 1901: 2204[18]
§ 1909: 2205[19]
§ 1915: 2198[12] 2205[19]
§ 1919: 1712[9]
§ 1922: 1621 2035[3]
§ 1924: 1577[35]
§ 1944: 1577[35]
§ 1945: 1577[35]
§ 1953: 1577[35]
§ 1960: 1712[9]
§ 2005: 2100[5]
§ 2033: 2035[3]
§ 2038: 1129
§ 2040: 1129 1553[14] 2035[2]
§ 2041: 2199[13]
§ 2058: 1129
§ 2065: 2200[14]
§ 2069: 2046[18]
§ 2074: 2201[15]
§ 2084: 1410[7] 2200[14]
§ 2087: 2200[14]
§ 2094: 2045[16 17]
§§ 2100 ff.: 1553[15]
§ 2108: 2045[16 17] 2046[18]
§ 2113: 2120[23]
§ 2119: 2042[13]
§ 2142: 2045[17]
§ 2205: 1553[15]
§ 2222: 1553[15]
§ 2241: 1733[30]
§ 2242: 1733[30]
§ 2246: 1733[30]
§ 2256: 1734[31]
§ 2259: 1734[31]
§ 2269: 1410[7]
§ 2289: 2203[16]
§ 2316: 2201[15]
§ 2325: 2201[15]
§ 2346: 1577[35] 1735[32]
§ 2348: 1577[35]
§ 2352: 1735[32]
§ 2354: 1735[33]
§§ 2356, 2357: 1735[33]
§ 2363: 2045[17] 2046[18]

§§ 2368, 2369: 1728[25]
§ 2371: 2035[3]
§ 2385: 2035[3]
2. EGBGB. v. 18. Aug. 1896:
Art. 7: 2039[9]
Art. 12: 1979[12]
Art. 13: 2039[9]
Art. 14, 15: 1974[10]
Art. 18: 1727[24]
Art. 25: 1728[25] 1976[10]
Art. 27: 1728[25]
Art. 29: 1326[18]
Art. 30: 1727[24] 1977[11]
Art. 73: 2106[11]
Art. 104: 2248[85]
Art. 146: 1369
3. GBO. i. d. Fass. der Bek. v. 5. Aug. 1935: 1395
§ 13: 2121[24]
§ 15: 2121[25]
§ 16: 2121[24]
§ 18: 2121[26]
§ 19: 1401[2] 1743[43] 2199[13]
§ 20: 2118[21] 2199[13]
§ 22: 1743[43] 2121[27]
§ 27: 1401[2] 2120[23]
§ 29: 1743[43] 1744[44]
§ 33: 2118[21]
§ 39: 2122[28]
§ 40 a. F.: 2147[52]
§ 41: 2073
§ 42: 2073
§ 53: 2073
§ 54: 1512[22]
§ 57 II d: 1561[21]
§ 61: 2073
§ 62: 2073
4. Grundbuchverfügung v. 8. Aug. 1935:
§ 48: 2075
§ 53: 2074
5. AufwG. v. 16. Juli 1925:
§§ 59 ff.: 1920[24]
6. DurchfVO. z. AufwG. v. 29. Nov. 1925:
Art. 95 ff.: 1920[24]
7. GrBVereinG. v. 18. Juli 1930:
§§ 1 f.: 1636[8]
§ 37 II: 1636[8]
8. 4. NotVO. des RPräs. v. 8. Dez. 1931:
Teil I Kap. III § 2 Abschn. 1: 1406[4]
9. 1. DurchfVO. v. 23. Dez. 1931 zur ZinssenkungsVO. v. 8. Dez. 1931:
Art. 7, 8: 1740[39]
10. VO. des RPräs. über die Fälligkeit von Hypotheken und Grundschulden v. 11. Nov. 1932: 1607
§ 1: 2122[29]
11. DurchfVO. dazu v. 16. Dez. 1932:
Art. 5: 2122[29]
12. Ges. über Hypothekenzinsen v. 2. Juli 1936:
§ 2: 1566[26]
§ 3: 1607 1742[41]
13. 1. DurchfVO. v. 2. Juli 1936:
Art. 3: 1742[40]
14. VO. über die Eintragung von Zinssenkungen im Grundbuch v. 11. Mai 1937: 1388
15. Ges. über die Haftung des Reichs für seine Beamten v. 22. Mai 1910:
§ 1: 1452
16. VO. über die Haftung des Reichs für die Justizbeamten v. 3. Mai 1935:
§ 1: 1452
17. Ges. über den Ausgleich bürgerlich-rechtlicher Ansprüche v. 13. Dez. 1934: 2211[25]
§ 4: 1922[27]
18. Ges. zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes v. 18. Okt. 1935 (EhegesundhG.):
§ 1 c: 2067[58] 2068[59]
§ 1 d: 2068[60]
19. Ges. zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre v. 15. Sept. 1935:
§ 2: 1338[46] 1781[9 10 11]
§ 3: 1164[26]
§ 5 II: 1338[46] 1781[9 10 11] 1782[12] 1783[13]
§ 5 III: 1164[26]
20. 1. AusfVO. zum BlutschutzG. v. 14. Nov. 1935:
§ 12 II: 1164[26]
§ 16: 1781[11]
21. Ges. über die Anwendung deutschen Rechtes bei der Ehescheidung v. 24. Jan. 1935: 1322[15] 1324[17] 1974[10]
22. PersStG. v. 15. März 1899:
§ 65: 1745[47]
23. JugWohlfG. v. 9. Juli 1922: 1872
§§ 9, 11: 2206[20]
§ 32: 2206[20]
§ 63: 2206[20] 2207[21]
§§ 65, 67: 2206[20]

b) Handelsrecht, gewerbliches Urheberrecht und Privatversicherungsrecht

24. HGB. v. 10. Mai 1871: 2031
§ 1: 1135
§ 2: 1135
§ 18: 1269[33] 1738[36]
§ 22: 1942 2207[22]
§ 25: 1171[38]
§ 31: 1982[14]
§ 40: 1453 1954
§ 50 III: 1743[43]
§ 59: 2070[64]
§ 63: 1170[37]
§ 67: 1124
§ 70: 1639[10]
§ 92: 1146[4] 1311[10] 1639[10]
§ 105: 1982[14]
§§ 105 ff.: 1986[16]
§ 116: 1493[1a]
§ 124: 1128
§ 125: 1128
§ 128: 1128 1637[9]
§ 131: 1982[14]
§ 133: 1146[4]
§ 142: 1242[11]
§§ 155 ff.: 1982[14]
§ 159: 1128
§ 164: 1493[12]
§ 189: 1988[17]
§ 192: 2208[23]
§ 195: 1988[17] 2208[23]
§ 200: 1195 1988[17]
§§ 202, 204: 2208[23]
§ 225: 1600
§ 226: 1199
§ 232: 2187[1]
§ 260 a: 1955
§ 292: 1944
§ 305: 1196
§ 306: 1647[14]
§ 320: 1195 1942
§§ 332, 333: 1196
§ 344: 1171[38]
§ 821: 1920[25]
25. WG. v. 21. Juni 1933:
Art. 16, 89: 1412[9]
Art. 17: 1412[9] 1466
26. BörsenG. v. 27. Mai 1908:
§ 55: 1245[12]
27. BankdepG. v. 4. Febr. 1937: 1953
28. RGes. über das Kreditwesen v. 5. Dez. 1934:
§§ 6, 45, 46, 48, 49: 1469
29. DurchfVO. v. 27. Febr. 1932 über das Deutsche Kreditabk. 1932:
§ 26: 1403[3]
30. 2. DurchfVO. zum MünzG. v. 12. Dez. 1924:
§ 3: 1688
31. VO. über Goldbilanzen v. 28. Dez. 1923: 1688
§ 16: 1689
32. 2. DurchfVO. über Goldbilanzen i. d. Fass. v. 14. Juli 1926:
§ 42: 1689
33. DevVO. v. 23. Mai 1932:
§ 14 I: 1338[47] 1339[48]
§ 15: 1338[47]
§ 18 I: 1339[48]
§ 36 I Nr. 3: 1338[47] 1339[48]
§ 36 V: 1158[16]
34. 8. DurchfVO. z. DevVO. v. 17. April 1934:
§ 10: 1339[48] 1608
35. DevG. v. 4. Febr. 1935: 1784[16]
§ 2 III: 1608
§ 6 VI: 1608
§ 8: 1609
§ 11 II: 2187[2]
§ 38: 1610
§ 39: 1251[17] 1608
§ 40: 1251[17]
§ 41 a: 1253[18]
§ 43: 1610
§ 44: 1610
§ 45: 1157[14 15] 1158[16]
36. Richtlinien zur Devisenbewirtschaftung vom 19. Dez. 1936:
I 16 ff.: 1608
III 4, 9: 1435[45]
III 11: 1609
37. Ges. über Abwertungsgewinne v. 23. Dez. 1936: 1404[3] 1701[1]
38. Ges. über Fremdwährungsschuldverschreibungen v. 26. Juni 1936: 1701[1]
39. Ges. über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien v. 30. Jan. 1937: 1143 1396 1695 1952 2031
§ 6: 1688
§ 7: 1688
§ 15: 1199
§ 16: 1688
§ 51: 1198
§ 65: 1199
§ 71: 2187[1]
§ 75: 1455
§ 92: 1455
§ 95: 1455
§ 112: 1199
§ 114: 1199 1455
§ 128: 1199 1955
§ 129: 1453
§ 133: 1453 1954
§ 165: 1199
§§ 216, 217: 1688
40. EinfG. z. AktG. v. 30. Jan. 1937:
§§ 1, 2: 1688
41. GmbHG. v. 20. April 1892:
§ 11: 1195 1942
§ 15: 1145[1] 2118[20]
§ 18: 1600
§ 60: 1944
§ 62: 1270[34]
§ 74: 2211[24]
§§ 80, 81: 1195
§ 83: 1833[115]
42. GenossenschaftsG. v. 1. Mai 1889 und 20. Mai 1898 und 1. Juli 1922:
§ 43 a: 1161[23] 1997[26]
§ 51: 1997[26]
§§ 93 a ff.: 1645[14]
§ 146: 1357[73]
43. Ges. über Verbrauchergenossenschaften vom 21. Mai 1935:
§ 4: 2077
44. 2. DurchfVO. v. 31. Dez. 1935: 2077

45. Ges. über die Umwandlung von Kapitalgesellschaften v. 5. Juli 1934:
§ 1 II: 1942
§ 2: 1991[18]
§ 3: 1194
§ 6: 1942
§ 7 IV: 1194 1942
§ 8: 1600
§ 9: 1992[19]
§§ 9 ff.: 1271[35] 1600
§ 10: 1991[18]
§ 11: 1272[36]
§ 14: 1992[19]
§ 15: 1194

46. 1. DurchfVO. z. UmwandlG. v. 14. Dez. 1934:
Art. 1: 1272[36]
Art. 3: 1942
Art. 4: 1739[37] 1942
Art. 5: 1739[37] 1942
Art. 6: 1942
Art. 12: 1738[36]

47. 2. DurchfVO. z. UmwandlG. v. 17. Mai 1935:
Art. 1, 3, 4: 1942

48. 3. DurchfVO. z. UmwandlG. v. 2. Dez. 1936:
§ 1: 1193 1942
§ 2: 1195 1942
§ 3: 1193 1942 1946
§ 5: 1739[37]
§ 6: 1739[37] 1943

49. 4. DurchfVO. z. UmwandlG. v. 24. Juni 1937: 1942 f.

50. Ges. über Auflösung und Löschung von Gesellschaften und Genossenschaften vom 9. Okt. 1934:
§ 2: 1739[38]

51. PatG. v. 7. April 1891:
§ 6: 1246[13]

52. PatG. v. 5. Mai 1936: 1231 1889[7] 1890[8]
§ 1: 1554[16]
§ 2 S. 2: 1149[8] 1856 1887[6]
§ 6: 1152[10] 1153[11] 1247[14] 1892[9] 1893[10] 1895[11]
§ 7 III: 1150[9]
§ 9: 1858
§ 12: 1247[14]
§ 13: 1554[16]
§ 24: 1858
§ 35: 1554[16]
§ 37 V: 1898[12]
§ 42: 1898[13]
§ 47: 1850 1852 1854 1895[11]
§ 51: 1853 2219[34 35] 2239[70]
§ 53: 1899[14]
§ 54: 1849 1851 1854
§ 59: 1856

53. Ges. über die patentamtlichen Gebühren v. 5. Mai 1936: 1231

54. WarenzeichenG. v. 12. Mai 1894 i. d. Fass. v. 17. Dez. 1923: 1231
§ 4: 1901[15]
§ 9: 1905[16]
§ 11: 1862
§ 12: 1905[16] 1911[17]
§§ 12—16: 1901[15]
§ 18: 1901[15]
§ 19: 1901[15]
§ 20: 1911[17]
§ 24: 1905[16]
§ 25: 1913[18]
§ 32 V: 2219[34]

55. GeschmacksmusterG. v. 1. Juni 1891: 2219[34]
§§ 1, 5, 8, 14: 1913[18]

56. GebrauchsmusterG. v. 1. Juni 1891:
§ 1: 1265[31]
§ 2: 1265[31]
§ 6: 1265[31]

57. GebrauchsmusterG. v. 5. Mai 1936: 1231
§ 1: 1915[19]
§ 1 II 2: 1555[17] 1856
§ 19 V: 2219[34]

58. UnlWG. v. 7. Juli 1919 i. d. Fass. des Ges. v. 26. Febr. 1935:
§ 1: 1149[7] 1202 1263[30] 1512[21] 1737[35] 1864 1875[1] 1878[3] 1901[15] 1905[16] 1913[18] 2195[8] 2213[26]
§ 3: 1875[1] 1876[2] 1881[4]
§ 7 c: 1356[69]
§ 8: 1356[69]
§ 13: 1763 1876[2]
§ 14: 1149[7] 1878[3]
§ 22: 1763
§ 24: 1854
§ 27 a IV: 1763

59. ZugabeVO. v. 9. März 1932:
§ 1: 1263[30] 1512[21] 1882[5]

60. RabattG. v. 25. Nov. 1933:
§ 1: 1882[5]
§ 7: 1882[5]
§ 15: 2171

61. VerlagsG. v. 19. Juni 1901:
§ 31: 1318[13]

62. KunstschutzG. v. 9. Jan. 1907 u. 22. Mai 1910:
§ 20: 1411[8]

63. Ges. über das literar. Urheberrecht vom 19. Juni 1901:
§ 21 Ziff. 3: 1915[20]

64. VersicherungsvertragsG. v. 30. Mai 1908:
§ 1: 1207 1211
§ 6: 1209
§ 12: 1217
§ 14: 1714[11]
§ 33: 1208 1212
§§ 38, 39: 1206 1213
§ 59: 1956
§§ 61, 62: 1207
§ 149: 1207 1213
§ 150: 1208
§ 152: 1207
§ 153: 1206 1212
§ 159: 1499[15]
§ 163: 1498[15]
§ 166: 1501[16] 1504[17]
§ 167: 1867
§ 189: 1501[16]

65. VersicherungsaufsichtsG. v. 6. Juni 1931: 1538
§§ 3, 4, 6, 8: 1680
§§ 13, 14: 1682
§§ 56 ff.: 1920[24]
§§ 65, 66: 1680
§ 80: 1493[13]
§§ 81, 81 a: 1682
§ 89: 1460 f. 1511[20] 1682
§ 93—96: 1683
§ 112: 1460 1683
§ 186: 1494[13]

66. Ges. z. Änderung des Ges. über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen vom 5. März 1937: 1679 ff.

67. VO. über die vereinfachte Abwicklung von Bausparverträgen v. 9. Juni 1933: 1458
Art. 6: 1461

68. Ges. über Zweckspar unternehmungen vom 17. Mai 1933: 1731[28]
§ 13: 1683
§ 14 I Nr. 2: 1511[20]
§ 15 II: 1458

69. Ges. über die Auflösung der Zweckspar unternehmungen v. 13. Dez. 1935:
§ 3: 1357[74] 1456 1460
§ 4: 1458 1461
§ 12: 1357[74]

70. VO. z. Durchf. und Ergänzung des Ges. über die Auflösung von Zweckspar unternehmungen v. 12. März 1936:
Art. 2, 7: 1461

c) Verkehrsrecht

71. RHaftpflG. v. 7. Juni 1871:
§ 1: 1776[7]

72. Eisenbahn-Bau- u. -Betriebsordnung vom 17. Juli 1928:
§ 46: 1776[7]
§ 79: 1624

73. EisenbahnVerkO. v. 16. Mai 1928:
§§ 82, 83: 1780[8]

74. KraftfG. v. 3. Mai 1909 i. d. Fass. vom 13. Dez. 1933: 1874
§ 2: 2168[70]
§§ 2—5: 1839[138]
§ 5 a: 1314[12]
§ 6 Ziff. 1, 2: 1839[138]
§ 7: 1414[10] 1451 1770[2] 1772[3]
§ 8: 1769[1]
§ 9: 1312[11]
§ 17: 1312[11] 1414[10] 1769[1]
§ 18: 1770[2]
§ 22: 1813[75 76]

75. KraftfVerkVO. v. 10. Mai 1932 und 11. April 1934:
§ 5: 1417[11]
§ 24 IV: 1414[10]

76. RStraßVerkO. v. 28. Mai 1934: 1303 1695 1874 2089
§ 1: 1816[78 79]
§ 5: 1817[80] 1818[81]
§ 18: 1817[80]
§ 20: 1761
§ 25: 1342[50 51] 1343[52 53] 1345[54 55] 1366[96] 1418[12] 1540 1624 1770[2] 1773[3] 1816[78] 1817[80] 1818[82] 1819[83 84 85] 1820[86] 1821[87 88] 1822[91] 1823[92] 1874
§ 26: 1540 1773[4] 1818[82] 1822[89 90] 1824[93]
§ 27: 1312[11] 1341[49] 1342[50] 1346[56] 1366[96] 1414[10] 1418[12] 1540 1624 1773[5] 1775[6] 1822[91] 1826[96 97 98]
§ 28: 1822[91]
§ 30: 1818[81]
§ 32: 1293 1826[99]
§ 34: 1816[79] 1826[100]
§ 35: 1826[100]
§ 36: 1342[50 51] 1343[52 53] 1346[56] 1816[78] 1818[81 82] 1820[86] 1822[91] 1824[93]

77. EinfVO. z. RStraßVerkO.: 1839[138]
Art. III: 1826[100]

78. AusfAnw. z. RStraßVerkO. v. 28. Sept. 1934 und 16. Mai 1936:
Zu § 5: 1818[81]
Zu § 25 II 4: 1772[3]
Zu § 25 V 2: 1345[54]
Zu § 25 VII: 1817[80]
Zu § 26: 1540
Zu § 27: 1540
Zu § 27 III: 1342[50]
Zu § 28 V: 1314[12]
Zu § 34: 1826[100]

79. Ges. über die Reichsautobahnen v. 18. Dez. 1933: 1540

80. LuftverkehrsG. v. 21. Aug. 1936: 1304 1394 1541

81. LuftverkehrsVO. v. 21. Aug. 1936: 1394 1541

d) Verfahren einschließlich Kosten

82. ZPO. i. d. Fass. v. 8. Nov. 1933: 1470 1622
§ 3: 1432[37] 1433[38] 1658[25] 2216[29 30 31]
§ 9: 1433[39] 1658[25]
§ 33: 1324[17]
§ 34: 1400
§ 36: 1994[21]
§ 38: 1756
§ 41: 2158[62]
§ 50: 1659[26]

§ 50 II: 1130
§ 52: 1381
§ 68: 1433[40] 1434[41]
§ 74: 1433[40] 1434[41]
§ 81: 1671[41]
§ 85: 1671[41]
§ 88: 1619
§ 91: 1189[64] 1434[42] 1442[57] 1660[27] 2217[32] 2218[33] 2219[34 35] 2240[75] 2247[83]
§ 92: 1434[43]
§ 97: 1434[43] 1435[44]
§ 98: 1434[42]
§ 99: 1996[22]
§ 100: 1662[28]
§ 101: 1996[23]
§ 102: 2220[36]
§ 104: 1435[45] 1662[28] 2218[33] 2240[75]
§ 107: 2079
§ 108: 1660[27]
§ 114: 1370 1428[31] 1430[34] 1656[22] 1761 2239[72]
§§ 114 ff.: 2240[73]
§ 115: 1429[32] 1532 1655[21] 2004[32] 2240[74] 2242 77
§ 117: 1655[21] 2004[32]
§ 118a: 1429[33] 1691 1761 2019 2240[75]
§ 119: 1430[34 35] 1532 1657[24] 2241[76]
§§ 119 ff.: 1656[23]
§ 124: 1422[23] 1655[21] 2004[32]
§ 125: 1655[21] 2004[32]
§ 126: 1655[21] 2158[62]
§ 127: 2158[62] 2242[77]
§ 138: 1616 1691 1761
§ 139: 1617 2220[37]
§ 145: 1850 1854
§ 147: 1850 2004[34]
§ 148: 2221[38]
§ 157: 1379 1435[46] 1436[47 48] 1951
§ 164: 2004[34]
§ 176: 2222[39]
§ 178: 2222[39]
§ 181: 1663[29]
§ 185: 1746[49]
§§ 203 ff.: 2064[53]
§ 224: 2080
§ 227: 2222[40]
§ 233: 1666[32] 2222[41]
§ 234: 1429[32] 1437[49]
§ 236: 1438[50]
§ 239: 1421[20]
§ 246: 1421[20]
§ 251: 1527
§ 251a: 2004[34]
§ 256: 1462 1663[30] 2039[9]
§ 264: 1659[26]
§§ 264 ff.: 2223[42]
§ 268: 1850
§ 268 Ziff. 2: 1462
§ 271: 1935 1996[23]
§ 272b: 1312[11] 2004[34]
§ 276: 1191[68] 1192[69]
§ 286: 1776[7] 1916[21] 2222[39] 2226[45]
§ 287: 1916[21] 2226[45]
§ 293: 1177[48]
§ 304: 2238[69]
§ 310: 1664[31]
§ 319: 1185[59] 2223[43]
§ 321: 1185[59] 1259[26] 2223[43]
§ 322: 1405[4] 2223[44]
§ 323: 2196[9]
§ 325: 1667[34]
§ 328 Ziff. 4: 1977[11]
§ 329: 1429[32]
§ 357: 1690
§ 373: 2226[45]
§§ 373 ff.: 1237[7]
§§ 380—390: 1996[24]
§ 397: 1690
§ 398: 1312[11]
§ 402: 2226[45]
§ 404: 1312[11]
§ 415: 1337[43]
§ 445: 1723[21]
§ 452: 1761
§§ 485 ff.: 2216[31]
§ 514: 1438[51]
§ 515: 2226[46] 2238[68]
§ 516: 1438[52] 2021
§ 518: 1438[52]
§ 519: 1439[53] 1666[32] 1667[33] 1899[14] 1997[25] 2222[41]
§ 519b: 1667[33]
§ 521: 1440[54]
§ 522a: 1441[55] 2227[47]
§ 523: 1312[11]
§ 529: 2223[42]
§ 539: 1670[38] 2181
§ 546: 1997[26]
§ 549: 1499[15] 1999[27]
§ 550: 1177[48] 1999[27] 2001[28]
§ 554 VII: 2002[29]
§ 559: 2228[48 49]
§ 565 II: 1145[2] 2229[50]
§ 566: 2226[46]
§ 566a: 1723[22]
§ 567: 1435[46] 2242[77]
§ 568: 2158[62] 2180
§ 570: 2180
§ 575: 2180
§ 576: 1435[46]
§ 577: 2180
§ 578: 1425[28]
§§ 578 ff.: 2223[44]
§ 580: 1938
§ 586: 1429[32]
§ 606: 2004[33]
§ 606 IV: 1297 1322[15] 1324[17] 1425[38] 1979[13] 2239[72]
§ 613: 2222[39]
§ 616: 1710[8]
§ 618: 1421[19] 1442[56] 2004[34]
§ 622: 2197[10]
§ 642: 2229[51]
§ 644: 2229[51]
§§ 664 ff.: 1726[23]
§ 684: 1726[23]
§ 698: 1442[57]
§ 699: 1301 2230[52]
§ 700: 2230[52]
§ 705: 2223[44]
§ 713: 1370
§ 725: 1509[19]
§ 727: 1667[34]
§ 732: 2180
§ 750: 1509[19]
§ 756: 1678
§ 766: 1528 1676 2038[8] 2180 2230[53]
§ 767: 1250[16] 1405[4] 1462 1466 1852 1938 2230[54]
§ 771: 1484[5]
§ 775 Ziff. 4: 1462
§ 776: 1462
§ 788: 1660[27] 1678 2231[55]
§ 793: 2180
§ 794 Ziff. 1: 1935 2020
§ 794 Ziff. 5: 2100[4]
§ 803: 1443[58] 2133[37]
§ 807: 1791[26]
§ 811: 1673 2231[56]
§ 811 Ziff. 1: 1669[35]
§ 811 Ziff. 5: 1669[36]
§ 811 Ziff. 8: 1676
§ 817: 1443[59]
§ 829: 1443[58] 1653[19] 2133[37]
§ 836: 1653[19]
§ 850: 1166[27 28 29] 1274[38] 2231[57]
§ 850 III: 1445[60]
§ 850b: 1166[27 28 29] 1274[38] 1445[61] 1670[37] 2231[57] 2232[58]
§ 850d: 2072[67]
§ 850e: 1445[61]
§ 851: 2232[59]
§ 853: 2002[30]
§ 864 II: 2233[60]
§ 869: 1527
§ 886: 1445[62]
§ 894 1: 1128
§§ 899 ff.: 2233[61]
§ 900: 1445[63] 2233[62]
§ 915: 1949
§§ 916 ff.: 1504[17]
§ 927: 2233[63]
§§ 935 ff.: 1446[64]
§ 938 II: 2115[18]
§ 945: 2234[64]
§ 957: 2235[65]
§ 1025: 1401[1] 1557[18] 1754
§ 1027: 1557[18]
§ 1029: 1754
§ 1032: 1755 1951
§ 1036: 1755 2236[66]
§ 1040: 1754
§ 1041: 1251[17] 1755
§ 1042: 1754
§ 1044a: 1701[2]
§ 1045: 1755
§ 1048: 1557[18] 1754

83. EntlastungsVO. v. 9. Sept. 1915 und 13. Mai 1924:
§ 4 Ziff. 3: 2230[52]
§ 8: 2005[35]

84. NotVO. v. 1. Dez. 1930: 1425[28]

85. NotVO. v. 6. Okt. 1931:
Teil 6 Kap. I § 11 III 2: 1691
§ 11 V: 2158[62]

86. RechtspflegeNotVO. v. 14. Juni 1932: Teil 1 Kap. I § 1 Art. 7: 1360[84]

87. GVG. i. d. Fass. der Bek. v. 22. März 1924:
§ 12: 2069[62]
§ 13: 1430[36] 1548[8] 2048[23] 2069[62] 2087
§ 17: 1607
§ 23: 2229[51]
§ 83 II: 1836[129]
§ 136: 1809[63]
§§ 156 ff.: 1162[24]
§§ 158, 159: 1836[125]

88. Ges. z. Änderung von Vorschriften des Strafverfahrens und des GVG. v. 28. Juni 1935:
Art. 2: 1809[63]

89. Ges. über die Gerichtsgliederung in Groß-Hamburg und anderen Gebietsteilen vom 16. März 1937: 2201[15]

90. 1. Ges. z. Überleitung der Rechtspflege auf das Reich v. 16. Febr. 1934:
Art. 5: 1301

91. FGG. v. 17. Mai 1898:
§ 12: 2158[62]
§ 13: 1745[48]
§ 14: 1656[22] 2158[62]
§ 16: 1745[48] 2064[53]
§ 19: 2203[17]
§§ 19 ff.: 2158[62]
§ 20: 2098[2]
§ 22: 2081
§ 28: 1982[14]
§ 33: 2073
§ 46: 2203[17]
§ 57: 2204[18] 2205[19]
§ 59: 2204[18]
§ 73: 1729[25]
§ 126: 1982[14]
§§ 132 ff.: 1985[15]
§ 140: 1268[33] 1985[15]
§ 142: 1739[38] 1985[15] 2211[24]
§ 167: 1577[35]
§ 176: 1735[33]
§ 191: 1577[35]
§ 199: 1266[32]

92. VO. zur Vereinheitlichung der Zuständigkeit in Familien- und Nachlaßsachen vom 31. Mai 1934:
§ 4 II: 1323[15]

93. VO. über die Zuständigkeit der OLG. in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und der KostO. v. 23. März 1936:
§ 1: 1267[32] 1930

94. RHinterlegO. v. 10. März 1937 (RGBl. 285): 2096
§ 1: 1369
§ 3: 1372
§ 5: 1369
§ 6: 1370
§ 7: 2002[30]
§§ 7—10: 1370
§§ 12 ff.: 1371
§ 16: 1371
§§ 20 ff.: 1372
§§ 24—26: 1929
§ 27: 1369
§ 30: 1369
§ 32: 1371
§§ 34, 36, 38: 1372

95. Ausführungsvorschriften des RFM. zur RHinterlegO. v. 10. März 1937: 1395
§§ 11, 17, 18: 1370
§ 29 V: 1371
§ 32: 1371

96. RAO. i. d. Fass. v. 13. Dez. 1935: 2028
§ 2: 1418[13]
§ 5: 1382
§ 6: 1839[135]
§ 8: 1382
§ 10: 1382 1418[13]
§ 13: 1382 1650[16] 1839[135] 2247[83]
§ 20 V: 1189[64]
§ 29: 1382 1418[13]
§ 32 II: 1381
§ 34: 1418[14]
§ 35: 1418[14]
§ 38: 1650[17]
§ 39 II: 1426[29] 1651[18]
§§ 39—41: 2158[62]

97. Ges. zur Änderung der RAO. v. 13. Dez. 1935: 1425[28]

98. Ges. über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft v. 7. April 1933: 1723[22]

99. DurchfVO. v. 20. Juli 1933: 1723[22]

100. Ges. zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiet der Rechtsberatung v. 13. Dez. 1935:
Art. 1 § 3 Nr. 7: 1436[47]
Art. 1 § 7: 1730[26]
Art. 5: 1301

101. AusfVO. v. 3. April 1936:
§§ 1 III, 3: 1301

102. ZwVerstG. v. 24. März 1897: 1623 2090 2091
§ 9 Ziff. 2: 1529
§ 10: 1527
§ 10 Ziff. 4: 2078
§§ 15, 16: 1509[19]
§ 17: 2129[35]
§ 20: 2151[55]
§ 22: 2151[55]
§ 28: 2129[35]
§ 31 II: 1527
§ 32: 1527
§ 33: 2151[55]
§ 73: 2130[36]
§ 79: 2091
§ 81: 1530
§ 83 Ziff. 6: 2151[55]
§ 85: 2092
§ 86: 1527
§§ 91, 92: 1529
§ 100: 2151[55]
§ 115: 1529
§ 118: 1530
§ 127: 2073
§ 128: 1530
§ 131: 2073
§ 153: 1745[45]
§ 180: 1745[46]

103. KO. v. 10. Febr. 1877: 2093 2094
§ 3: 1375
§ 6: 1356[69] 1375
§ 14: 1232
§ 15: 1645[13]
§ 17: 1375 2024
§ 22: 1127
§ 23: 2026
§ 31 Ziff. 1: 2214[27]
§ 58: 1232
§ 59: 1232 1374 2021
§ 64: 1645[14]
§ 68: 1645[14] 1649[15]
§ 83: 1993[20]
§ 106: 1460
§ 117: 1356[69]
§ 181: 1473[1]
§ 234: 1645[14]
§§ 237, 238: 1507[18]
§ 239: 1833[116]
§ 240: 1833[115]

104. Ges. betr. Anfechtung von Rechtshandlungen außerhalb des Konkurses vom 21. Juli 1879 und 20. Mai 1898:
§ 3 Nr. 1: 1504[17] 2214[27]
§ 3 Nr. 3, 4: 1504[17]
§ 7: 1504[17] 1528 2233[60]
§ 9: 1528

105. VerglO. v. 5. Juli 1927:
§ 2: 1649[15]
§§ 90, 92 Ziff. 7, 93: 1646[14]

106. VerglO. v. 26. Febr. 1935: 2093
§ 113 Nr. 8: 1646[14]
§ 131: 1645[14]

107. VO. über Zwangsvollstreckungsmaßnahmen v. 26. Mai 1933:
§ 5: 1745[46] 2092
§§ 6, 7: 1527
§ 9: 1527
§ 9a: 1745[46] 2092
§ 10: 1745[45]
§ 19: 2006[37]
§ 19d: 1949
§ 21: 2006[37]

108. Ges. v. 13. Dez. 1934 zur Verhütung mißbräuchlicher Ausnutzung von Vollstreckungsmöglichkeiten: 1443[58] 1445[63] 1745[46] 1941 2006[37] 2180 2215[28]

109. RKostO. v. 25. Nov. 1935: 2032
§§ 1—3: 1929
§§ 6, 7: 1929
§§ 7 ff.: 2121[26]
§§ 9—13: 1929
§ 10 II: 2136[39]
§§ 14, 15: 1930
§§ 18, 19: 1930
§§ 22, 24, 28 f.: 1930
§§ 31, 32: 1930
§§ 41, 42: 1931
§ 44: 1931
§ 51: 1931
§§ 54, 58: 1932
§ 62: 1932
§§ 72—74: 1932
§§ 81 f.: 1932
§ 108: 1933
§§ 123, 125, 129: 1933
§§ 131, 134 f.: 1933
§§ 138, 139: 1933
§§ 142, 145: 1933
§§ 147, 148: 1933
§§ 154, 156: 1933
§§ 163, 164: 1934

110. GKG. v. 20. Mai 1898 i. d. Fass. des Ges. v. 21. Dez. 1883: 2032
§§ 1, 2: 1619
§ 6: 1670[38] 2248[84]
§ 6a: 2248[85]
§ 9: 2216[29]
§ 10 I: 2135[38] 2216[30]
§ 10 II: 1658[25]
§ 11: 1446[65]
§ 13: 1447[66]
§ 20 Ziff. 2: 1615
§ 25: 1447[66] 1670[39]
§ 27: 1424[25]
§ 29: 1447[67]
§ 71: 1301
§ 72: 1301
§ 72 Ziff. 7: 2240[74]
§ 74: 1447[68]
§ 77: 1671[40 41]
§ 79 Ziff. 2: 1671[42]

111. VO. über die Gebührenbefreiung beim Kleinwohnungsbau v. 27. Aug. 1936: 1274[37] 2135[39]

112. RAGebO. v. 7. Juli 1879 i. d. Fass. vom 5. Juli 1927: 2032
§ 1: 1319[15]
§ 7: 2243[78] 2244[79]
§ 9: 2238[68]
§ 13 Ziff. 1: 1419[16] 1423[24] 1429[33] 2004[33]
§ 13 Ziff. 2: 2006[37] 2238[68]
§ 13 Ziff. 3: 1420[17] 1429[33] 1657[24] 2245[80 81]
§ 13 Ziff. 4: 1420[18] 1615
§ 14: 1419[16] 1423[24] 1424[26] 1746[49]
§ 16: 1421[19]
§ 17: 2004[34] 2005[35]
§ 23 Ziff. 5: 1421[19]
§ 23 Ziff. 6: 1423[24] 1429[33]
§ 23 Ziff. 18: 2006[37] 2246[82]
§ 25: 1421[20] 1670[39]
§ 26: 1424[25]
§ 29: 1421[20]
§ 31: 2246[82]
§ 44: 2005[36] 2240[75]
§ 45: 2247[83]
§ 50: 1424[27]
§ 63: 1422[21] 1839[134 135]
§ 67: 1422[21 22]
§ 78: 1419[15] 2247[83]
§ 85: 2238[69]
§ 87: 1660[27]
§ 89: 1422[21] 2245[81]
§ 90: 1422[21]
§ 91 Ziff. 3: 1384

113. ArmAnwGebG. v. 20. Dez. 1928: 1655[20] 2032
§ 1: 1422[23] 1423[24] 1424[26 27] 1425[28] 1426[29] 1427[30] 1653[19] 1656[22] 2237[67] 2238[68 69] 2239[70] 2241[76]
§ 4: 1422[23] 1653[19]
§ 5: 1655[21] 2003[31] 2004[32] 2239[70 71]

114. ZeugGebO. v. 21. Dez. 1925: 2032
§ 3: 1357[76]
§ 16: 1746[50] 2069[61]

115. Ges. zur Änderung der Bezeichnungen „Gerichtsschreiber, Gerichtsschreiberei und Gerichtsdiener" v. 9. Juli 1927: 1694

116. JustizkassenO.:
§§ 112 IV, 29 II: 2088

e) Arbeitsrecht

117. ArbZVO. i. d. Fass. v. 26. Juli 1934:
§ 8: 1102 1133
§ 9: 1133
§ 13: 1102

118. SchwBeschG. v. 12. Jan. 1923:
§ 3: 1125
§ 13: 1125 1179[50]

119. KündSchG. v. 9. Juli 1922: 1124
§ 2: 1125

120. Ges. über die Fristen für die Kündigung von Angestellten v. 9. Juli 1926: 1131

121. VO. des RPräs. zur Belebung der Wirtschaft v. 4. Sept. 1932:
Teil 4 Kap. V § 1 I u. II: 1184[58]

122. MutterschutzG. v. 16. Juli 1927:
§ 4: 1125

123. Vorläufige LandarbeiterO. v. 24. Jan. 1919:
§ 10: 1747[52]
§ 15: 1116

124. BetrRG. v. 4. Febr. 1920:
§ 12 II: 1131
§ 84 I Ziff. 4: 1131

125. ArbOG. v. 20. Jan. 1934:
§ 1: 1173[42]
§ 2: 1126 1171[38] 1173[41]
§ 2 II: 1103 1105 1113
§ 3: 1131 f. 1596
§ 5: 1104 1132
§ 6: 1596
§ 9: 1132 1597
§ 14: 1132 1596
§ 16: 1115 1599
§ 17: 1597
§ 19: 1598
§ 22: 1120
§ 30: 1132 1174[43]
§ 32: 1175[44 45] 1176[47] 1177[48] 1190[66]
§ 33: 1176[47]
§ 35: 1173[42]
§ 36: 1113
§ 56: 1128 1131
§§ 56 ff.: 1101 1124
§ 57: 1104 1128
§ 58: 1124
§ 72: 1178[49]

126. 2. DurchfVO. zum ArbOG. v. 10. März 1934:
§ 15: 1599

127. 14. DurchfVO. zum ArbOG. v. 15. Okt. 1935:
§ 2: 1120

128. 17. DurchfVO. v. 5. Mai 1937: 1595 ff.
§ 1: 1596
§ 3: 1597
§ 4: 1598
§§ 5, 6, 7: 1599

129. ArbOG. für öffentliche Verwaltungen und Betriebe v. 23. März 1934: 1599
§ 1: 1183[56]
§ 18 II: 1134

130. Ges. über Treuhänder der Arbeit vom 19. Mai 1933: 1178[49]

131. VO. über die Verteilung von Arbeitskräften v. 10. Aug. 1934: 1099

132. 2. DurchfVO. zum RArbDienstG. vom 1. Okt. 1935:
§ 24 I 3: 1168[33]

133. VO. über Fürsorge für Soldaten und Arbeitsmänner v. 30. Sept. 1936:
§§ 3, 5, 17: 1168[33]

134. ArbGG. i. d. Fass. v. 10. April 1934:
§ 1: 2069[62]
§ 11: 1189[64]
§ 61: 1186[60]
§ 64 I: 1185[59]
§ 69 III: 1185[59]
§ 91 I: 1162[24]
§ 96 II: 1162[24]

f) Wirtschaftsrecht

α) Allgemeines

135. KartVO. v. 2. Nov. 1923:
§ 1: 1557[18] 2213[26]

136. Ges. über den Vaterländischen Hilfsdienst v. 5. Dez. 1916:
§ 9: 1099

137. Ges. zur Durchführung des Vierjahresplanes v. 29. Okt. 1936:
§§ 1, 2: 1593

138. 1. Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes v. 7. Nov. 1936: 1098

139. 3. Anordnung über die Rückführung von Metall- und Bausacharbeitern in ihren Beruf v. 7. Nov. 1936: 1101

140. 5. Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes: 1098
Ziff. 4: 1101

141. 7. Anordnung über die Verhinderung rechtswidriger Lösung von Arbeitsverhältnissen v. 22. Dez. 1936: 1100

142. 2. VO. zur Durchführung des Vierjahresplanes v. 5. Nov. 1936: 1098

143. VO. über das Verbot von Preiserhöhungen v. 26. Nov. 1936: 1564[24] 1593 1640[11] 1766 1947 2212[26]
§ 1: 1948 2171
§ 3: 1594 1737[35]

144. 1. AusfVO. v. 30. Nov. 1936: 1564[24]
III 2 a: 1737[34]
Abs. III, IV: 1594

145. Brotmarktordnung v. 9. Mai 1935:
Ziff. 5: 2171

β) Landwirtschaftsrecht

146. VO. über Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken v. 15. März 1918: 2037[6] 2123[30]

147. Bek. über den Verkehr mit landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen Grundstücken (GrdstVerkBek.) v. 26. Jan. 1937: 1956

148. RSiedlG. v. 11. Aug. 1919:
§§ 4 ff.: 2123[30]
§ 8: 1255[22] 2037[6]
§ 29: 1564[25]

149. Ges. über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten v. 22. Sept. 1933:
§ 4: 1260[27]

150. RJagdG. v. 3. Juli 1934:
§§ 5 ff.: 1832[111]
§ 40: 1832[112]
§ 60 I: 1355[68]
§ 60 II Ziff. 13: 1832[111]
§ 61: 1354[67]

151. RNaturschutzG. v. 26. Juni 1935:
§§ 15, 21, 27: 1832[111]

152. RErbhofG. v. 29. Sept. 1933: 1472 1957 2095
§ 1: 1568[27] 1569[28] 1571[29] 1582[38] 2139[41] 2140[42 43] 2142[44] 2143[45 46]
§ 2: 1573[30] 1582[38 39] 2143[45] 2144[47] 2145[48]
§ 6: 1569[28] 2144[47]
§ 7: 1573[31] 1574[32] 1575[33] 2145[49] 2146[50]
§ 8: 2097[1]
§ 10: 1583[40] 2080 2098[2] 2143[45] 2144[47] 2147[51 52]
§ 13: 2080
§ 15: 2149[53] 2150[54]
§ 17: 2151[55]
§ 18: 1576[34] 1584[41] 2080
§ 20: 1576[34] 1577[35] 1585[42]
§ 21: 1577[35]
§ 22: 1577[35]
§ 23: 2080
§ 24: 1576[34]
§ 25: 1576[34] 1577[35] 2150[54] 2155[58]
§ 28: 1577[35]
§ 29: 1577[35] 2153[56]
§ 30 II: 1742[42]
§ 31: 1586[43]
§ 32: 2153[56]
§ 37: 2147[51] 2151[55]
§ 37 II: 1575[33] 1576[34] 1580[36] 1581[37] 1586[43] 1742[42] 2146[50]
§ 37 III: 2154[57] 2155[58]
§ 38: 1571[29] 2151[55]
§ 39: 2097[1] 2099[3]
§ 40: 1577[35]
§ 41: 1577[35]
§ 48: 2080 2098[2] 2156[59]
§ 49: 2080 2156[59] 2157[61] 2158[62]
§ 49 IV: 1575[33] 2143[46] 2147[52] 2149[53] 2157[60]
§ 55: 2160[64]
§ 56: 1571[29] 1573[30] 2144[47] 2159[63]
§ 59: 2097[1] 2099[3]

153. 1. DurchfVO. zum RErbhofG. v. 19. Okt. 1933:
§ 4: 2158[62]
§ 8: 1577[35]
§ 11: 2158[62]
§ 12: 1574[32] 2158[62]
§ 21: 2158[62]
§ 62: 1576[34]
§ 67: 1934

154. 2. DurchfVO. zum RErbhofG. v. 19. Dez. 1933:
§ 5: 1573[31] 1576[34] 2145[48]
§ 6: 1576[34]
§ 7: 1576[34]
§ 9: 1577[35]
§ 10: 1575[33] 1581[37]
§ 12: 1576[34]
§ 15: 1575[33]
§ 29: 1573[31] 2145[48]

155. 3. DurchfVO. zum RErbhofG. v. 27. April 1934:
§ 1 III: 1576[34]

156. ErbhofrechtsVO. v. 21. Dez. 1936: 1395 1472
§ 1: 1583[40] 2159[63]
§ 3 V: 2158[62]
§ 4: 2139[40] 2143[46]
§ 11: 2158[62]
§ 12: 2158[62]
§ 13: 1381
§ 14: 2099[3]
§ 17 IV: 1583[40]
§ 18: 2142[44] 2145[48]
§§ 20—23: 2145[48]
§ 21: 2158[62]
§ 27: 1742[42]
§ 36 VI: 2153[56]
§ 39: 2149[53] 2151[55]
§ 42 I Nr. 2: 2160[64]
§ 50 III: 2155[58]
§ 54: 2079
§ 55: 2145[48]

157. ErbhofverfahrensO. v. 21. Dez. 1936: 1395 1472
§ 12: 2147[52]
§ 13: 2079
§ 18: 2143[46]
§ 19: 2080
§ 20: 2081
§ 24: 2083 2149[53]
§ 25: 2143[45] 2145[48]
§ 36: 2080
§ 37: 2080
§ 39: 2080
§ 40: 2147[52]
§ 41: 2080
§§ 46, 47: 2080
§ 54: 1584[41]
§ 55: 2080
§ 61: 1585[42]
§ 68: 2079
§ 70: 2080
§ 71: 2080
§ 87: 2079
§ 107: 2079 f.
§ 114: 2080

158. VO. über Zinserleichterungen für den landwirtschaftlichen Realkredit v. 27. Sept. 1932:
§§ 1, 11: 1740[39]

159. Ges. zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse v. 1. Juni 1933: 1622
§ 1: 2125[31]
§ 8: 2125[32]
§ 14: 1559[19]
§ 35: 2126[33]
§ 49: 2128[34]
§ 52: 1560[20] 2125[31]
§ 53: 2074

§ 57: 1934
§ 80: 2128 [34]
§ 83: 1559 [19]
§ 84: 1559 [19]
§ 85: 1559 [19]
§§ 91, 92, 93: 2128 [34]
160. 3. DurchfVO. zum LandwEntschuldG. vom 15. Sept. 1933:
Art. 15: 1466
Art. 35: 1526
160a. 4. DurchfVO. v. 5. Okt. 1933:
Art. 1: 1562 [22] 2128 [34]
Art. 2: 1562 [22]
Art. 3: 2128 [34]
161. 6. DurchfVO. zum LandwEntschuldG. vom 7. Juli 1934:
Art. 2, 21: 1466
Art. 27: 2126 [33]
Art. 29: 1526
Art. 34: 1934
162. 7. DurchfVO. zum LandwEntschuldG. vom 30. April 1935:
Art. 13 II: 2123 [32]
Art. 31: 1560 [20] 1867
Art. 54: 1561 [21]
163. 8. DurchfVO. v. 20. Juni 1936:
Art. 1: 1562 [22]
Art. 10: 1562 [22] 2159 [63]
164. LandwVollstrSchVO. v. 27. Dez. 1933:
Art. 2: 1527
165. VO. über die Behandlung der Mitschuldner und Bürgen im Schuldenregelungsverfahren v. 16. Febr. 1937:
Art. 2: 1526
Art. 4: 1466
166. VO. über die Veräußerung von Entschuldungsbetrieben v. 6. Jan. 1937:
Art. 1: 1531
Art. 3 I: 1531
167. DurchfVO. v. 19. April 1937: 1531
168. RNährstandsG. v. 13. Sept. 1933:
§ 10: 2086
169. 1. VO. über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes v. 8. Dez. 1933:
§ 2 I: 2098 [2]
170. VO. über die Bildung von Schiedsgerichten für die landwirtschaftliche Marktregelung v. 26. Febr. 1935: 1951
171. Anordnung des Reichsbauernführers vom 18. Juli 1935 für die Schiedsgerichte für Lieferstreitigkeiten beim Reichsnährstand: 1951
172. SchiedsgerichtsO. für Lieferstreitigkeiten
§ 33: 2084
173. Anordnung des Reichsbauernführers vom 17. Febr. 1937 betr. Änderung der SchiedsgerichtsO. für die Schiedsgerichte beim Reichsnährstand für Lieferstreitigkeiten: 2084
174. Anordnung des Reichsbauernführers vom 17. Febr. 1937 betr. Verfahrensordnung des Reichsnährstandes für Erstattung von Schiedsgutachten (ArbitrageO.): 2084

g) Miet- und Pachtrecht

175. MietSchG. v. 1. Juni 1923 i. d. Fass. vom 27. April 1933:
§ 32: 1258 [25]
§ 33: 1258 [25]
§ 40: 1259 [26]
176. VerfahrensO. für die MEA. v. 19. Sept. 1923:
§§ 15, 27: 1259 [26]
177. KleingartenpachtlandO. v. 31. Juli 1919: 1929
§ 5: 1562 [23]
178. ErgänzungsG. zur KleingartenO. vom 26. Juni 1935: 1562 [23] 2107 [12]

h) Kulturwesen

179. 1. DurchfVO. zum RKulturkammerG. vom 1. Nov. 1933:
§§ 4, 10: 2070 [65]
180. RPreßG. v. 7. Mai 1874:
§ 6: 1831 [107]
§§ 10, 11: 1261 [29]
§ 19 I Ziff. 1: 1831 [107]
181. Anordnung des Führers v. 19. Jan. 1934 und Verfügung des Stellvertreters des Führers v. 10. April 1934 betr. Befugnisse des Reichsleiters der Presse: 2111 [15]
182. SchriftleiterG. v. 4. Okt. 1933:
§ 30: 1126
§ 45: 1261 [29]

II. Landesrecht

a) Preußen

183. PrALR. v. 5. Sept. 1794:
§§ 66, 71 I 8: 1845 [139]
§§ 717, 747, 748 II 2: 1716 [13]
§ 88 II 10: 2047 [20]
§ 91 II 10: 1321 [14]
§§ 579, 710 II 11: 1717 [14]
§ 623 II 11: 2047 [20]
§ 78 II 14: 1548 [8]
§ 61 II 19: 2047 [19]
184. AGBGB.:
Art. 8: 2248 [85]
Art. 12 § 1: 1241 [10]
Art. 89: 2106 [11]
185. StaatshaftG. v. 1. Aug. 1909 und 14. Mai 1914:
§§ 4, 4a: 1721 [18]
186. Westfälisches GüterrechtsG. v. 16. April 1860: 1744 [44]
§ 10 IV: 2147 [52]
187. VormundschaftsO. v. 5. Juli 1875:
§ 102: 2047 [19]
188. VO. betr. die Kompetenzkonflikte zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden vom 1. Aug. 1879:
§§ 5 ff.: 2069 [62]
189. FGG. v. 21. Sept. 1899:
Art. 7, 8: 1267 [32]
Art. 36: 1577 [35]
Art. 55, 56: 1735 [33]
190. VO. v. 30. April 1847 betr. Ehrenräte der Advokaten: 2028
191. GKG. v. 28. Okt. 1922:
§§ 8 Ziff. 5, 115: 2135 [39]
192. LGebO. v. 28. Okt. 1922 i. d. Fass. des Ges. v. 12. April 1923 und der VO. vom 28. Dez. 1923:
Art. 8: 1656 [22]
193. Ges. betr. das Verfahren in Auseinandersetzungangelegenheiten v. 18. Febr. 1880 (GS. 59): 1721 [19]
194. Ges. über Landeskulturbehörden v. 3. Juni 1919:
§ 33: 1721 [19]
195. VO. über das Verfahren vor dem Provinzialrat (Landeskulturabt.) und dem OVG. (Landeskultursenat) und über Änderungen von Landeskulturgesetzen v. 29. März 1933:
§ 6: 1721 [19]
196. AllgBergG. v. 24. Juni 1865:
§ 148: 1715 [12]
197. Runderlaß des R.- u. PrMin. für Ernährung und Landwirtschaft v. 26. Nov. 1935 zu § 4 RSiedlG.: 2123 [30]
198. WassG. v. 7. April 1913:
§§ 114, 115, 119: 1543 [1]
§ 133: 1543 [1]
§ 397: 2106 [11]
199. BerlStraßO. i. d. Fass. v. 7. April 1930:
§ 68: 1812 [70]

b) Bayern

200. AGBGB.
Art. 124: 1922 [23]
201. NotarG. v. 9. Juni 1899:
Art. 6—8: 1241 [9]
202. NotarAndG. v. 21. März 1921:
Art. 48, 88, 126a ff.: 1241 [9]

c) Württemberg

203. AGBGB.:
Art. 99: 2208 [23]

d) Mecklenburg-Schwerin

204. AusfVO. zum BGB. v. 9. April 1899: 2201 [15]
205. Ges. über Auflösung der Familienfideikommisse v. 16. Mai 1922: 2201 [15]

III. Danzig

206. AusglG. v. 28. Sept. 1926: 1972 [8]
207. Ges. zur Einführung der Guldenwährung im Gebiet der Freien Stadt Danzig vom 20. Sept. 1923: 1973 [8]
208. GoldVO. v. 16. Okt. 1931: 1973 [8]
209. VO. v. 2. Mai 1935 betr. Aufhebung der Goldklausel: 1973 [8]

IV. Ausländisches Recht

a) Österreich

210. ABGB. v. 1. Juni 1811: 2032
§ 91: 1974 [10]
§ 102: 1979 [12]
§ 105: 1297
§§ 107, 109: 1298
§§ 861 ff.: 1979 [12]
§ 1295: 1979 [12]
211. AllgHGB.: 2032
212. ZPO.: 2032
213. Jurisdiktionsnorm: 2032
214. ExekutionsO.: 2032

b) Schweiz

215. Revid. Obligationsrecht v. 1937:
Art. 620—761: 1536
216. ZGB.:
Art. 242—251, 559—595: 1958

c) Frankreich

217. 1. AbwertungsG. v. 15. Juni 1928: 1301
218. 2. AbwertungsG. v. 1. Okt. 1936: 1301

d) Niederlande

219. Ges. v. 2. Juli 1928 zur Änderung und Ergänzung der Bestimmungen bzgl. der Aktiengesellschaften und die Regelung der Haftung für den Prospekt:
§ 55 Ziff. 3: 1507 [18]

e) Tschechoslowakei

220. ABGB.:
§ 269: 1728 [25]
221. Ges. v. 22. Mai 1919 betr. Abänderungen der Bestimmungen des bürgerlichen Rechts über die Förmlichkeiten des Ehevertrags, die Ehetrennung und die Ehehindernisse:
§ 13: 1298
§§ 15, 16: 1297
§ 17: 1298
§ 20: 1298
222. Jurisdiktionsnorm:
§ 28: 1298
§ 76: 1298
§ 114: 1297

f) Ungarn

223. Ges. betr. Ehetrennung und -scheidung von 1894:
§§ 76 ff.: 1299

224. ZPO.:
§ 639: 1299

B. Strafrecht

I. Reichsrecht

1. Materielles Recht

225. StGB. v. 15. Mai 1871 i. d. Fass. vom 26. Mai 1933 und 28. Juni 1935:
§ 2: 1167[31 32] 1328[19] 1331[30] 1352[63] 1790[25] 1794[33 34] 1796[36] 1800[50] 1801[51] 1802[53] 1808[62] 1812[68] 1833[15]
§ 2 II a. F.: 1158[17]
§ 2a: 1828[103]
§ 2b: 1159[13] 1759
§ 42k: 1784[14]
§ 42l: 1784[15] 1799[48]
§ 43: 1784[16] 1785[17]
§ 46: 1611
§ 47: 1785[18]
§ 48: 1785[18] 1789[24]
§ 49: 1159[19] 1329[25] 1785[19]
§ 50: 1159[19] 1328[20]
§ 51: 1328[21] 1329[22] 1786[20]
§ 53: 1786[21]
§ 59: 1789[24] 1813[72]
§ 60: 1788[22] 1789[23]
§ 68: 1789[24]
§ 73: 1332[32] 1338[47] 1798[43] 1808[61] 1816[78]
§ 74: 1338[47]
§ 113: 1790[25] 1831[109]
§ 153: 1329[25] 1791[26]
§ 156: 1791[27] 1792[28]
§ 157 Ziff. 1: 1792[29 30]
§ 157 Ziff. 2: 1329[23]
§ 158: 1329[24]
§ 161: 1329[25]
§ 164: 1329[26] 1792[31] 1793[32] 1794[33 34] 1835[123]
§ 169: 1792[29]
§ 173: 1785[17] 1795[35] 1796[36]
§ 173 II: 1758 1796[37]
§ 174 I Ziff. 1: 1330[27] 1758 1796[37]
§ 175: 1159[19] 1330[28] 1797[38 39]
§ 175a Ziff. 2: 1330[27]
§ 175a Ziff. 3: 1330[27] 1797[40]
§ 175a Ziff. 4: 1159[19]
§ 175b: 1352[63]
§ 176 Ziff. 1: 1330[29] 1781[10]
§ 176 Ziff. 2: 1331[30]
§ 176 Ziff. 3: 1783[13] 1784[14] 1798[41]
§ 181: 1160[20] 1798[42 43]
§ 181a: 1798[43]
§ 182: 1332[31]
§ 184: 1799[44]
§ 185: 1331[30]
§§ 185 ff.: 1799[45]
§ 193: 1127 1160[21] 1329[26] 1467
§ 194: 1799[46]
§ 196: 1799[45 46]
§ 211: 1328[19] 1799[47]
§ 212: 1786[21]
§ 218: 1332[32] 1799[48]
§ 222: 1345[54] 1346[56] 1819[84 85] 1820[86] 1821[87] 1822[90] 1823[92] 1825[95] 1826[96]
§ 224: 1332[33]
§ 226: 1328[21] 1332[32]
§ 230: 1348[57] 1814[77] 1816[78] 1822[90] 1824[94] 1825[95] 1837[131]
§ 240: 1330[29]
§ 242: 1167[32] 1332[34]
§ 243 Ziff. 2: 1800[49 50] 1801[51]
§ 243 Ziff. 4: 1800[49]
§ 244: 1802[52]
§ 246: 1334[35]
§ 250 Ziff. 3: 1332[34]
§ 251: 1328[21]
§ 252: 1332[34]
§ 257: 1334[36] 1781[9]
§ 258: 1334[36]
§ 259: 1167[31] 1334[36] 1350[59] 1802[53]
§ 263: 1289 1334[38] 1802[54]
§ 266: 1334[37] 1803[55] 1804[56] 1805[57] 1806[59] 1809[63]
§ 267: 1805[58]
§ 268: 1334[38] 1336[39] 1805[58]
§ 274: 1336[40]
§ 276: 1807[60]
§ 288: 1336[41]
§ 292: 1808[61]
§ 302e: 1289
§ 309: 1808[62]
§ 315: 1158[17]
§ 330c: 1785[19] 1813[76]
§ 348: 1336[40 42] 1337[43] 1807[60]
§ 349: 1336[40 42] 1807[60]
§ 350: 1803[55]
§ 351: 1809[63]
§ 356: 1809[64]
§ 359: 1799[45] 1811[65 66 67]
§ 361 Ziff. 10: 1338[44] 1812[68 69]
§ 363: 1338[45]
§ 366 Ziff. 10: 1812[70] 1813[71]
§ 367 Ziff. 15: 1813[72]
§ 368 Ziff. 8: 1813[73]
§ 368 Ziff. 9: 1813[74]

226. VO. gegen Bestechung und Geheimnisverrat nichtbeamteter Personen v. 3. Mai 1917: 1136

227. VO. z. Schutz von Volk und Staat vom 28. Febr. 1933:
§ 1: 1831[108]
§ 4: 1831[108]
§ 5: 1831[109]

228. Ges. gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei v. 20. Dez. 1934:
§ 2: 1832[110]

229. SchußwG. v. 12. April 1928:
§ 10: 1834[117]
§ 25: 1808[61] 1834[117]

230. TierschutzG. v. 24. Nov. 1933:
§ 9: 1352[63]

2. Verfahren

231. StPO. i. d. Fass. der Bek. v. 24. März 1924 und des Ges. v. 24. Nov. 1933:
§ 3: 1839[134]
§ 60 Ziff. 3: 1357[77] 1836[124]
§ 61 Ziff. 4: 1358[78]
§ 61 Ziff. 5: 1358[79]
§ 81a: 1394
§ 94: 1836[125]
§ 102: 1836[125]
§ 103: 1836[125]
§ 155: 1359[81]
§ 191: 1789[24]
§ 223: 1390
§ 226: 1836[126]
§ 229: 1359[80]
§ 230: 1345[55]
§ 244: 1359[81] 1360[82]
§ 245: 1360[83] 1836[127]
§ 260 III: 1836[128]
§ 267: 1359[80]
§ 267b: 1759
§§ 290, 292: 2207[22]
§ 313: 1360[84 85]
§ 334: 1360[84 85]
§ 338 Nr. 1: 1836[129]
§ 385: 1826[101]
§ 395: 1837[130]
§ 397: 1826[101]
§ 410: 1837[131]
§ 413: 1361[86] 1838[132]
§ 417: 1360[84]
§ 429a: 1799[46]
§ 465: 1838[133]
§ 470: 1838[133]

232. JugendgerichtsG. v. 16. Febr. 1923:
§§ 3, 5, 6, 9: 1356[71]

233. SondergerichtsVO. v. 21. März 1933:
§ 3 II: 1839[134]
§ 10: 1390

234. StraftilgungsG. v. 9. April 1920: 1839[138]

235. StrafregisterVO. v. 17. Febr. 1934: 1839[138]

236. StraffreiheitsG. v. 7. Aug. 1934: 1835[122]
§ 1: 1158[16]
§ 2: 1834[119]

237. StraffreiheitsG. v. 23. April 1936:
§ 1 IV: 1158[16]
§ 2: 1834[120] 1835[121 123]

238. DurchfVO. z. StraffreiheitsG. 1936:
§ 1: 1834[120]

II. Landesrecht

Preußen

239. Feld- und ForstpolizeiG. v. 21. Jan. 1926:
§§ 15 ff.: 1833[113]
§ 32 Ziff. 4: 1813[74]
§ 36: 1833[114]
§ 37: 1833[114]
§ 55: 1833[113]

C. Finanz- und Steuerrecht

I. Reichsrecht

1. Materielles Recht

240. SteueranpassungsG. v. 16. Okt. 1934:
§ 1: 1275[39 40] 1751[54] 2173
§ 2: 1751[54]
§ 5 III: 1687
§ 6: 1275[40]
§ 13: 1278[41]
§ 18: 1766

241. ReichsbewertungsG., i. d. Fass. v. 22. Mai 1931:
§ 21: 1361[89]
§ 58 I Ziff. 5: 1752[56]

242. ReichsbewertungsG. v. 16. Okt. 1934:
§ 11: 1526
§ 14 I: 1361[88]
§§ 15 ff.: 1686
§ 28: 1693
§ 63 I: 1361[88]
§ 67 Ziff. 4: 1687 1752[56]
§ 68 Ziff. 3, 5: 1687
§ 74 I Ziff. 2: 1687

243. DurchfBest. z. RBewG. 1934:
§§ 75, 76: 1686

244. EinkStG. v. 10. Aug. 1925:
§ 13: 1281[47]
§ 16: 1279[43]
§ 19: 1281[47]
§ 20: 1281[47]
§ 65: 2172

245. EinkStG. v. 16. Okt. 1934: 1696
§ 5: 1279[42] 1281[47] 1295
§ 6: 1193 1281[47] 1295
§ 9 Ziff. 1: 1687
§ 10 I Ziff. 2: 1687
§ 12: 1279[42] 1687
§§ 16 ff.: 2176
§ 17: 1195
§ 22 Ziff. 1c: 1687
§ 23: 1195
§ 24 Ziff. 2: 2176
§ 25: 2175
§ 32 II 1c, 2: 1279[44]
§ 33: 1687 1751[54] 2176
§ 34: 1197 2176

246. VO. über die Festsetzung von Durchschnittssätzen für die Werbungskosten bei Angehörigen der freien Berufe usw. vom 30. Jan. 1930:
§ 1 V: 2175
247. 1. DurchfVO. z. EinkStG. v. 6. Febr. 1935:
§ 21: 2177
248. LohnsteuerDurchfVO. v. 29. Nov. 1934:
§ 25: 1751[54]
249. KörperschaftsteuerG. 1925:
§ 4 II b: 2008[39]
§ 11 I Nr. 3: 1275[40]
§ 13: 1281[47]
§ 21 Nr. 2: 2008[39]
250. KörperschaftsteuerG. v. 16. Okt. 1934:
§ 1 I Ziff. 2: 2008[39]
§ 2 Ziff. 2: 2008[40]
§ 4 I Ziff. 3: 2008[40]
§ 6: 1193 1281[47] 1295
§ 9 I: 1275[40]
§ 9 III: 2008[40]
§ 11 Ziff. 4: 1279[45]
§ 12 Ziff. 1: 1280[46]
§ 14: 1193 1197
§ 15: 1193 1197
§ 17: 1295 1361[87]
§ 23: 2008[39]
§ 24: 2008[39]
251. 1. KörperschaftsteuerDurchfVO. 1934:
§ 20: 1295
§ 36: 1751[55] 2008[39]
252. GemeinnützigkeitsVO. v. 1. Dez. 1930:
§ 1 II: 2135[39]
§ 28: 1929
253. Ges. über Steuererleichterungen bei Umwandlung und Auflösung von Kapitalgesellschaften v. 5. Juli 1934:
§§ 1, 3: 1195
254. 2. DurchfVO. z. Ges. über Steuererleichterungen bei Umwandlung und Auflösung von Kapitalgesellschaften v. 8. März 1935:
§ 4: 1195 1282[48] 1944
§ 5: 1195 1945
§ 7: 1193 1196 f. 1945
§ 8: 1196 f.
§ 9: 1945
§ 10: 1196 1946
255. 4. DurchfVO. z. UmwandlStG. v. 2. Dez. 1936: 1193
256. 5. DurchfVO. z. UmwandlStG. v. 24. April 1937: 1943 ff.
257. 1. AnleihestockDurchfVO. v. 27. Febr. 1935:
Art. 4 II: 1295
258. VermögensteuerG. 1931:
§ 5: 1361[89]
259. ErbschaftsteuerG. 1925:
§ 7 II 2: 1286[51]
§ 13: 1686
§ 15: 1686
§§ 17, 17 a: 1686
§ 18 I Ziff. 14: 1686
§ 33: 1686
260. GrunderwerbsteuerG. v. 12. Sept. 1919 i. d. Fass. der Bek. v. 11. März 1927:
§ 3: 1282[48]
§ 5 IV Ziff. 4: 1530
§ 8 Nr. 9: 1283[49]
§ 11: 1526
§ 12: 1300
261. UrkundensteuerG. v. 5. Mai 1936: 1472 1539 2186
§ 4 I Ziff. 1: 2181
§ 4 I Ziff. 2: 1619
§ 4 I Ziff. 3: 1686
§ 4 I Ziff. 6: 1526
§ 8: 1373
§ 9: 1373
§ 12 IV: 1526 1693
§ 20 II: 1686
§ 22: 1373
§ 37: 2181
§ 40: 1526
262. UmsatzsteuerG. 1932:
§ 6 I: 1275[39]
§ 13 II: 1275[39]
§ 17: 1285[50]
263. UmsatzsteuerG. 1934:
§ 3 II: 2008[44]
§ 4 Ziff. 4: 2008[43]
§ 4 Ziff. 10: 1925[31]
§ 7 II Ziff. 2: 2008[43]
§ 7 III: 1362[90 91] 2008[41 42 44 45 46 47]
§ 7 IV: 1362[91]
§ 12: 1285[50]
264. UmsatzsteuerDurchfBest. 1934:
§ 12: 2008[41 42 43 44 45 46 47]
§ 21 I Ziff. 2, II Ziff. 6: 2008[43]
§ 22: 2008[43]
§ 28 a: 1925[31]
§ 49: 2008[41 42 46 47]
265. SchlachtsteuerG. v. 24. März 1934:
Art. 1 § 9, 4: 1926[32]
266. DurchfVO. z. SchlachtsteuerG. v. 24. März 1934:
§ 5: 1926[32]
267. VereinszollG. v. 1. Juli 1869:
§ 134 II: 1157[15]
§ 146: 1827[102]
268. EinfG. z. RealsteuerG. v. 1. Dez. 1936:
§ 29 Ziff. 4: 1766
269. GewStG. v. 1. Dez. 1936: 2185 2186
270. BürgersteuerG. v. 16. Okt. 1934: 1144
271. DurchfVO. z. BürgStG. v. 17. Okt. 1934:
§ 27: 1829[104]

2. Verfahren

271. Reichsabgabenordnung v. 13. Dez. 1909 i. d. Fass. v. 22. Mai 1931:
§ 1: 1593
§§ 3 ff.: 1349[58]
§ 12: 1764
§ 72 Ziff. 3: 2177
§ 86: 1924[29]
§ 92 III: 1364[92]
§ 103: 2007[38]
§ 107 II Ziff. 3: 1748[53]
§ 107 a: 1286[52]
§ 108: 2007[38]
§ 109: 2007[38]
§ 120: 1219
§ 127: 1218
§ 131: 1218 1764
§ 136: 1219
§ 152: 1218
§ 165 e: 1615
§ 194: 1748[53]
§ 199: 1748[53]
§ 201: 1748[53]
§ 202: 1286[52]
§ 208: 1286[52]
§§ 210—221: 2173
§ 213: 2177
§ 215 II: 2173
§§ 218, 219: 2177
§§ 231, 232: 2173
§ 237: 1764
§ 242: 1548[8]
§ 247: 2177
§ 249: 1924[29]
§ 286: 1925[30] 2177
§ 296 IV: 1364[93]
§ 297: 1751[54]
§ 303: 1764
§ 320: 1925[30]
§ 359: 1828[103]
§ 392: 1826[101]
§ 396: 1160[22] 1350[59] 1610 1827[102] 1828[103] 1829[104]
§ 401: 1829[105] 1834[120] 1835[121]
§ 402: 1610 1829[106]
§ 403: 1350[59]
§ 405: 1611
§ 407: 1611
§ 408: 1611
§ 410: 1610
§ 413: 1286[52]
§ 441 II: 1612
§ 472: 1826[101]
§ 474: 1829[106]
273. 2. SteueramnestieVO. v. 19. Sept. 1931:
§ 15: 1611 1829[106]
274. DurchfVO. z. VolksverratsG. v. 28. Juni 1933:
§§ 21, 22: 1611
275. RFluchtStVO. v. 8. Dez. 1931:
§ 1: 1278[41]
§ 2 Ziff. 4: 1364[92]
§ 6 I: 1278[41]

II. Landesrecht

a) Preußen

276. Wertzuwachssteuer-Mustersatzung:
§§ 6 II, 9 II: 1222
277. Berliner WertzuwachssteuerO.:
§§ 8, 10, 20: 1221
278. AusfBest. z. Berliner WertzuwachsStO. v. 28. März 1928 und 10. Juni 1931:
Ziff. 76—82: 1764

b) Sachsen

279. SchlachtsteuerG. 1931:
§§ 10, 13: 1828[103]

D. Sonstige Gebiete des öffentlichen Rechts

I. Reichsrecht

a) Verfassungsrecht

280. Weimarer Verfassung v. 11. Aug. 1919:
Art. 131: 1467 1544[2] 1704[4] 1723[22] 1922[27] 2113[16] 2211[25]
Art. 151 III: 1202
281. Ges. gegen die Neubildung von Parteien v. 14. Juli 1933:
§ 2: 1351[61]
282. 1. VO. z. ReichsbürgerG. v. 14. Nov. 1935:
§ 4 II: 2070[65]
283. Ges. über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen v. 26. Jan. 1937:
2201[15]

b) Beamtenrecht

284. Ges. z. Änderung von Vorschriften auf dem Gebiet des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts v. 30. Juni 1933:
§ 41 III: 2070[63]
§ 48: 1184[57]
285. Ges. z. Wiederherstellung des Berufsbeamtentums v. 7. April 1933:
§ 4: 1249[15] 1717[15]
§ 6: 1642[12]
§ 8: 1249[15] 1642[12]
286. 3. DurchfVO. z. BWHG. v. 6. Mai 1933:
zu § 8: 1249[15]
287. 5. DurchfVO. z. BWHG. vom 29. Sept. 1933: 1717[15]
288. Deutsches BeamtenG. v. 26. Jan. 1937:
1225 1396 1542 1767
§ 139: 1867
§ 144: 1948
§ 148: 1134

289. Ges. über das Verfahren für die Erstattung von Fehlbeständen an öffentlichem Vermögen v. 18. April 1937:
§§ 8, 9: 1948
290. Reichsdienststrafordnung v. 26. Jan. 1937: 1225 1396
§ 19: 1383
§ 20: 1836 125
§ 21: 1382
§ 24: 1382
§ 26: 1383
§ 46: 1836 125
§ 48: 1353
§ 49: 1383 1836 125
§ 50: 1836 125
§ 53: 1383
§§ 55 ff.: 1383 1386
§ 61: 1383 f.
§ 63: 1384
§ 69: 1384
§§ 86, 90: 1384
§§ 100, 120: 1385
291. Ges. über Reisekostenvergütung der Beamten v. 15. Dez. 1933: 1357 76
292. VO. über die Pfändbarkeit von Einbehaltungsbeträgen v. 24. April 1937: 1388
293. BeamtenunfallfürsorgeG. v. 18. Juni 1901:
§§ 12, 14: 1867

c) Wehrrecht

294. MannschVersorgG. v. 31. Mai 1906: 1533
295. OffPensG. v. 31. Mai 1906: 1534
296. MilHinterblG. v. 17. Mai 1907: 1533
297. WehrmachtversorgungsG. v. 4. Aug. 1921 i. d. Fass. v. 19. Sept. 1925: 1535
§ 91: 1535
298. AltrentnerG. v. 18. Juli 1921 i. d. Fass. v. 22. Juli 1927: 1533
299. KriegspersonenschädenG. v. 15. Juli 1922 i. d. Fass. v. 22. Dez. 1927: 1534
300. ReichsversorgungsG. v. 12. Mai 1920 i. d. Fass. v. 22. Dez. 1927: 1533
§ 86: 1535
301. Gesetze über Änderung auf dem Gebiete der Reichsversorgung v. 3. Juli 1934 und 19. März 1937: 1533
302. Ges. über das Verfahren in Versorgungssachen v. 10. Jan. 1922 i. d. Fass. der Bek. v. 2. Nov. 1934: 1534
§ 73: 1535
303. Ges. über die Versorgung der Kämpfer für die nationale Erhebung v. 27. Febr. 1934: 1534
304. VO. über die Einberufung zu Übungen der Wehrmacht v. 25. Nov. 1935:
§ 6: 1181 52

d) Öffentliches Versicherungsrecht

305. RVO. v. 19. Juli 1911 i. d. Fass. der NotVO. v. 26. Juli 1930 und 1. Dez. 1930: 1232
§ 23: 1789 24
§ 135: 1747 51
§ 160: 1593
§ 165: 2162 65
§ 169: 1672 44
§ 405 II: 1672 45
§ 537: 1205
§ 544: 1205
§ 898: 1204
§§ 898 ff.: 1182 54
§ 900: 1182 54
§ 901: 1204
§ 1255: 1182 55
§ 1262: 2162 66
§ 1267: 2162 67
§ 1271: 1672 46
§ 1274: 1672 47
§ 1286 IV: 1672 47
§ 1497: 1807 60
§ 1504: 1839 137
§ 1510: 1839 136
§ 1531: 1465
§ 1535 b: 1465
§ 1539: 1465
§ 1542: 1155 12 1164 25 1867
§ 1543 b: 1839 136
306. Bestimmungen des RVersA. über die Unterstützungspflicht der Krankenkassen und Unternehmer gegenüber den Trägern der Unfallversicherung usw. v. 19. Juni 1936:
§§ 18, 19: 1839 136
307. VO. über die Kassenärztliche Vereinigung v. 2. Aug. 1933: 1704 4
308. AngVersG. v. 28. Mai 1924 i. d. Fass. der VO. v. 17. Mai 1934:
§ 1 Ziff. 1: 1131
§ 11: 1672 44
§ 48: 1465
§ 49: 1164 25
309. Ges. über Aufbau der Sozialversicherung v. 5. Juli 1934:
Abschn. II Art. 7 § 3: 1365 94
310. 5. DurchfVO. zum AufbauG. v. 21. Dez. 1934:
Abschn. II Art. 2 § 14 III: 1365 94
311. ArbVermG. v. 16. Juli 1927, 12. Okt. 1929 und 6. Juni 1931: 1142
§ 75 d: 2071 66
§ 91: 2071 66
§ 113: 1179 51
§ 120: 1366 95
§§ 172, 175: 2048 23

e) Arbeitsbeschaffungsrecht

312. Ges. zur Verminderung der Arbeitslosigkeit v. 1. Juni 1933:
Abschn. II: 1193

f) Verwaltungsrecht

313. Ges. über die Einziehung kommunistischen Vermögens v. 26. Mai und 14. Juli 1933: 1408 5
314. Deutsche GemO. v. 30. Jan. 1935: 2184
§ 32: 2206 20
315. Ges. über den Verkehr mit unedeln Metallen v. 23. Juli 1926:
§ 1: 1356 72
316. WeinG. v. 25. Juli 1930:
§ 6: 1353 64
317. EierVO. v. 17. März 1932:
§§ 2 II, 6, 7, 18 Nr. 2: 1354 65
318. LebMittG. i. d. Fass. v. 17. Jan. 1936:
§§ 4 Ziff. 3, 12: 1354 65
319. MaßG. v. 13. Dez. 1935 i. d. Fass. vom 18. Mai 1936: 1542
320. Ges. über den Warenverkauf aus Automaten v. 6. Juli 1934: 1672 48
321. EinzelhandelSchG. v. 12. Mai 1933:
Art. I: 1601
§ 2 I: 1137 1713 10 2166 69
§ 3 Ziff. 3: 1713 10
§ 3 Ziff. 5: 1137
§ 3 Ziff. 6: 1137
§ 5: 1137
322. GewO. v. 26. Juni 1900 i. d. Fass. vom 3. Juli 1934: 1144
§ 29: 1357 75
§ 123 Ziff. 3: 1127
§ 123 Ziff. 8: 1191 67
§ 124 a: 1125 1127
§ 147 I Nr. 3: 1357 75
323. GaststättG. v. 28. April 1930:
§ 2 Ziff. 1: 1592 47
§ 12 II: 1592 47
324. FeuerbestattG. v. 15. Mai 1934:
§ 2 III: 1920 26
325. FürsPflVO. v. 13. Febr. 1924:
§ 19: 1182 53 2071 66
§ 21 a: 1464
§ 25: 1464
§ 125 ff.: 2198 12
§ 28: 1929
326. Ges. über Befreiung von Fürsorgekostenpflicht v. 22. Dez. 1936:
§ 1: 2198 12
327. RÄrzteO. v. 13. Dez. 1935:
§ 1: 1513
§ 13: 1519 1949
§ 15: 1950
§ 19: 1513
§ 25: 1949
§ 36: 1949
§ 49: 1515
§ 50: 1949
§ 66: 1949
§ 83: 1949
328. GeschlKrG. v. 18. Febr. 1927:
§ 7: 1834 118
329. ErbkrNachwGes. v. 14. Juli 1933:
§ 1 I: 2051 24 25 26 2058 41
§ 1 II Ziff. 1: 2051 27 2052 28 29 30 2053 31 32 33 2060 46 2061 47
§ 1 II Ziff. 2: 2054 34
§ 1 II Ziff. 4: 2054 35 2055 36
§ 1 II Ziff. 7: 2055 37
§ 1 II Ziff. 8: 2051 27 2056 38 2057 39 2058 40 41 2059 42
§ 2: 2062 49
§ 8: 2059 43 2060 44 45 46 2061 47 48 2062 49 2063 51
§ 9: 2061 48 2062 49 50 2063 51 52
§ 12: 2063 52
§ 13: 1672 43
§ 15: 2064 53
330. 1. AusfVO. zum ErbkrNachwGes. v. 5. Dez. 1933:
Art. 1 II: 2064 54
Art. 4 II: 2061 48 2064 53 2065 55
331. 2. AusfVO. v. 29. Mai 1934:
Art. 3: 2062 50 2066 56
332. 3. AusfVO. v. 25. Febr. 1935:
Art. 2 I: 2063 51
Art. 3: 2067 57
Art. 5: 2064 53
Art. 9 I: 1672 43

II. Landesrecht

a) Preußen

333. ZustG. v. 1. Aug. 1883:
§ 56: 2163 68
334. LWG. v. 30. Juli 1883:
§ 56: 2163 68
§§ 76—79: 1366 96
§ 79: 2168 70
§ 94: 1366 96 1589 46
§ 98: 1587 45
335. SparNotVO. v. 12. Sept. 1931: 2070 63
336. VO. zur Sicherung des Haushalts vom 8. Juni 1932: 1388
337. PolVerwG. v. 1. Juni 1931: 1226 2032
§§ 14, 41: 1839 138
338. Ges. über die Geheime Staatspolizei vom 10. Febr. 1936: 1226
339. AuslPolVO. v. 27. April 1932:
§§ 10, 47: 1356 70
340. Verfassungsurkunde für die evangelische Kirche der altpreußischen Union v. 29. Sept. 1922: 2047 20
341. EvLKirchVerfG. v. 8. April 1924 (GS. 221):
Art. 14: 1836 125

342. Ges. über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens v. 24. Juli 1924:
§§ 1, 2, 14: 2178
§ 21: 2179
§ 30: 2179

343. VO. über die Ausübung der Rechte des Staates bei der Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens v. 24. Okt. 1924:
§ 1: 2179

344. Anordnung zur Ausführung des Ges. über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens v. 24. Okt. 1924: 2178

345. KommBeamtG. v. 30. Juni 1889:
§§ 7, 18 IV: 1250[16]

346. Ges. zur Milderung und Aufhebung der Einbehaltungsbestimmungen v. 26. März 1934: 1388

347. Ges. betr. die Pensionierung der unmittelbaren Staatsbeamten v. 27. März 1872: 2047[21]

348. HinterblFürsG. v. 20. Mai 1882/27. Mai 1907:
§ 20: 1156[13]

349. PolBeamtG. v. 31. Juli 1927:
§ 31: 1720[17]

350. Ges. betr. die Gebühren der Medizinalbeamten v. 14. Juli 1909:
§ 13: 1746[50]

351. AusfAnw. v. 6. Juni 1928 zum MittelschullehrerbesoldG. v. 30. April 1928: 1718[16]

352. FluchtlG. v. 2. Juli 1875:
§§ 12, 15, 17: 2108[14]

353. Ges. gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden v. 15. Juli 1907:
§ 1: 1845[139]
§§ 1—4: 1587[45]

354. VO. über Baugestaltung v. 10. Nov. 1936: 1587[45]

355. WohnG. v. 28. März 1918:
Art. 4 § 1 Ziff. 4: 1587[45]
Art. 6 §§ 1, 3: 1589[46]

356. Ges. v. 8. Juli 1875 betr. Ausführung der §§ 5, 6 des Ges. v. 30. April 1875 wegen Dotation der Provinzial- und Kreisverbände:
§ 18 III: 1314[12]

357. WegereinG. v. 1. Juli 1912: 1260[28]
§ 5 I: 1813[71]

358. WegeO. für die Provinz Ostpreußen vom 10. Juli 1911:
§§ 9—11: 1314[12]

359. FeuerwehrG. v. 15. Dez. 1933:
§§ 6, 17: 1813[73]

360. DurchfVO. v. 16. Dez. 1931 zum RMilchG.:
§§ 6, 73 II: 1354[66]

361. Ges. über Neuregelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiete des Pferderennens vom 8. Sept. 1933: 1721[20]

b) Thüringen

362. StBeamtG. v. 14. März 1923:
§§ 34, 39: 1717[15]
Abschn. XIII: 2048[22]

363. Gemeinde- und KreisO. v. 8. Juli 1926:
§ 74: 2048[22]

c) Baden

364. DurchfG. zum BWHB. v. 29. Jan. 1934.
§ 5 I: 1249[15]

365. GemO. v. 5. Okt. 1921:
§ 27: 1249[15]

E. Internationale Verträge und Vertrag von Versailles

366. Haager Eheschließungsabk. v. 12. Juni 1902:
Art. 8: 2039[9]

367. Haager Ehewirkungsabk. v. 17. Juli 1905:
Art. 2 I: 1973[9]

368. Deutsch-Schweizer Verrechnungsabk. vom 26. Juli 1934: 1592[48]

369. Zusatzabk. zum Schweizer Goldhypothekenabk. v. 25. März 1923:
Art. 2, 6: 1636[8]

370. Warschauer Abk. zur Vereinheitlichung des Luftprivatrechts v. 12. Okt. 1925: 1304

371. Deutsch-polnisches Abk. über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen v. 30. Aug. 1924 (Wiener Vertrag):
Art. 5, 6, 7, 8: 1979[13]

372. Minderheitenschutzvertrag zwischen Polen und der Entente v. 28. Juni 1919:
Art. 3: 1979[13]

373. Rigaer Friedensvertrag v. 15. März 1921:
Art. VI: 1325[18]

374. Vertrag von Versailles v. 28. Juni 1919:
Art. 91: 1979[13]

IV.

Alphabetisches Verzeichnis der Verfasser von Abhandlungen, kleineren Beiträgen und Entgegnungen (mit Ausnahme der Anmerkungen)

Adler, RA. Dr. Hans, Berlin: Maklerprovision beim Grundstückskauf und Beurkundungspflicht 1300

Arnold, RA. Dr. Walther, Leipzig: Geschwindigkeit als Schadensursache 1761

Barz, RA. Dr. Carl Hans, Frankfurt a. M.: Das Mindestgrundkapital im neuen AktG. unter besonderer Beachtung der Übergangsregelung 1688

Baur, Assessor Dr. F., Tübingen: Zum Problem der Vorteilsausgleichung 1463

Beckmann, LGR. Dr., Berlin: Versicherungsangestellte und § 157 ZPO. 1379

Bengs, RA. Dr., Köln: Die sog. „Tätige Reue" im Steuerstrafrecht (§ 410 RAbgO.) 1610

Benz, vgl. unter Kaemmel

Bergmann, LGDir. Dr., Lübeck: Fristen und Termine, Versäumung und Wiedereinsetzung im Erbhofverfahren 2079

Bohn, GerAss. Dr., Stettin: Das Schiedsgutachtenverfahren des Reichsnährstandes 2083

Brombacher, RA. Wilhelm, Karlsruhe i. B.: Zur Gestaltung des deutschen Eherechts 2012

Clemens, RA. Dr., Hamburg: Der Umfang der notwendigen Verteidigung 1390

Cordes, AGR. Dr., Leiter des EntschuldA. Detmold: Die Beseitigung der relativen Rangverhältnisse mit Hilfe des Art. 31 der 7. DurchfVO. zum SchuldReglG. 1867

Crisolli, ORegR. Dr., stellv. Leiter des Landessteueramts in Danzig: Die Übertragung der steuerlichen Rechte und Pflichten 1218

Dänzer-Vanotti, Dr., Vorsitzender b. ArbG. Karlsruhe i. B: Die Kündigung in der Rechtsprechung der Arbeitsgerichte 1122

Dietrich, RA. und Notar Dr. jur. et rer. pol. Hugo, Berlin: Zum neuen Aktiengesetz 1455

Droege, Reichsgruppenwalter RA. Dr. H., Hamburg: Zur Neugestaltung des deutschen Eherechts 2009

Eckelt, RA. und Notar Dr. Ernst, Berlin: Der Konzernbegriff im Ges. über AktG. und KommGes. auf Aktien v. 30. Jan. 1937 1198

Ehrhardt, RA. und Notar, Magdeburg: Kann ein jüdischer Anwalt vor den Schiedsgerichten des Reichsnährstands auftreten? 1951

v. Elbe, PrOVGR. i. R. Dr.: Der Ersatzanspruch der Fürsorgeverbände gegen die Angestelltenversicherung 1464

Erler, Stadtinspektor Fritz, Berlin: Zurechnung der vom Erwerber übernommenen Wertzuwachssteuer zum Einheitswert? 1221

Féaux de la Croix, RA. und LR. Dr. Ernst, Berlin: Zum Inhalt der Reichshinterlegungsordnung 1369

Frank, Reichsrechtsführer, Reichsminister, Reichsleiter der NSDAP. Dr. Hans: Rasse als Grundlage und als Gegenstand des Rechts 1140

Franke, AR., Vorsitzender des ArbG. Frankfurt a. M., Dr. Robert: Die Verwirkung im Arbeitsrecht systematisch besprochen unter Berücksichtigung der neuesten reichsarbeitsgerichtlichen Rechtsprechung 1118

Friedrich, Dr. Werner, München: Die steuerlichen Auswirkungen von Rentenverträgen 1685

Gaedeke, KGR. Dr., Berlin: Die Beweisgebühr bei Aktenbeiziehung 1616
— Gegen die Verweigerung des Parteirechts auf Anwesenheit bei Erhebungen im Armenrechtsverfahren 1692
— Die Möglichkeiten der Beendigung von Eheprozessen 1934 2019
Gerold, OLGR. Dr., Dresden: Die Beweisgebühr bei Aktenbeiziehung 1615
Goedel, RGR., Leipzig: Prozeßbetrug 1760
Goedel, Fakultätsassistent an der Universität Berlin, Dr. jur. Hans-Joachim: Die Verpflichteten bei der Kündigungswiderrufsklage 1128
Groos, RA. Dr., Düsseldorf: § 898 RVO. und die Haftung des Unternehmers für Betriebsunfälle 1204
Groschuff, OAR., Berlin: Die Ergänzungen des Umwandlungsrechts durch die 4. DurchfVO. v. 24. Juni 1937 1942
Gülde, RA. Dr., Dresden: Geschwindigkeit als Schadensursache 1762

Haars, Assessor Walter, Hamburg: Das Einzelhandelsschutzgesetz und die Ausdehnung des Verkaufs auf eine „artfremde Ware" 1137
Hammann, Dezernent der Industrie- und Handelskammer Krefeld, Dr. K.: Unlauterer Wettbewerb und die Ehrengerichtsordnung der gewerblichen Wirtschaft 1762
Haver, RA. Dr., Berlin: Wie wirkt sich die Behandlung eines Tatbestandes als verdeckte Gewinnausschüttung im Steuerrecht aus? 1295
Hawlitzky, RA. Dr., Forst i. L.: Rechtsbetreuung und Armenrecht 1618
Helm, RA. und Notar Erich, Küstrin: Was ist bei dem Abschluß von Rechtsgeschäften mit einer katholischen Kirchengemeinde zu beachten? 2178
Hennig, GerAss., Hilfsarbeiter im R.- und PrWirtschMin. Dr. Werner: Die Zwangsstundung von Hypothekenzinsen auf Grund des Ges. über Verbrauchergenossenschaften v. 21. Mai 1935 2077
Herschel, Prof. Dr. Wilhelm, Köln: Das mittelbare Arbeitsverhältnis 1115
Hetzell, beim Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Schlesien: Kündigungsschutz leitender Angestellter 1131
Hoffmann, RA. Dr. Kurt, Altona: Die Überzeugung des Verteidigers 1950
Holthöfer, LGDir., Münster i. W.: Verfahrensfragen zum VollstrMißbrG. v. 13. Dez. 1934 2180
Huber, Prof. Dr. Ernst Rudolf, Kiel: Betriebsgemeinschaft und Arbeitsverhältnis 1111

Janberg, Dr. Hans, Mannheim: Zur Urkundensteuerpflicht von rechtsgeschäftlichen Erklärungen, die in Aktennotizen niedergelegt sind 1373
Junghanß, RA., Dresden: Die Behandlung von Bürgschaften im landwirtschaftlichen Schuldenregelungsverfahren nach der VO. v. 16. Febr. 1937 1526

Kahlert, Assessor Hans, Berlin: Das Zahlungsverbot bei Zweckspartunternehmungen 1459
— Die Versicherungs- und Bausparkassenaufsichtsnovelle v. 5. März 1937 1679
Kallfelz, AGR. Dr. Walter, Cottbus: Ist der Verkauf einer ärztlichen Praxis als Verstoß gegen die guten Sitten (§ 138 I BGB.) nichtig? 1513
Kalsbach, RA. Dr. Werner, Wuppertal: Privates Verbandsstrafrecht 1753
Kaemmel, ORegR. im RFM., Berlin, und RegR. Benz, Braunschweig: Umwandlung und Auflösung von Kapitalgesellschaften 1193
— Der gegenwärtige Rechtszustand und die Verwaltungsübung im Umwandlungssteuerrecht 1943
Kiesow, SenPräs. am RG. Dr., Leipzig: Die Genehmigung von obligatorischen Verträgen, die für den Gemeinschuldner vor der Eröffnung des Konkurses ohne Vertretungsmacht abgeschlossen sind 1375 2025
Körting, RA. Dr. Ehrhart, Berlin: Der Versicherungsfall in der Haftpflichtversicherung 1206

Lehmann, Prof. Dr. Heinrich, Köln: Das Anerkenntnis verjährter Forderungen 2169
Leifeld, Steueramtmann, Münster i. W.: Das Meistgebot und die Abtretung der Rechte daraus im Grunderwerbsteuerrecht 1530
Loesch, MinR. im Reichskriegsministerium: Ein Wegweiser durch die Reichsversorgungsgesetze 1532
Lützeler, Notar Dr. Wilhelm, Düsseldorf: Vorsorgende Rechtspflege 1376

Mansfeld, MinDir. Dr., Berlin: Vierjahresplan und Arbeitsrecht 1097
Maßfeller, AGR., Berlin: Die Ehescheidung von tschechoslowakischen Staatsangehörigen 1297
Megow, RA. Dr. Dr., Küstrin: Die sogen. „Tätige Reue" im Steuerstrafrecht (§ 410 RAbgO.) 1614
Meißinger, RA. Dr., Berlin: Zur Normenwirkung der Betriebsordnung 1132
Mertens, RA. Dr., Kolberg: Komplizierte Berufsethik? 1389
Messer, RA. Dr., Lüneburg: Zur Einstellung des Strafverteidigers bei Schuld oder Geständnis des Angeklagten 1389
Meyer-Wild, RA. Dr. H., Zürich: Zum neuen Schweizerischen Aktienrecht 1536
Mezger, Prof. Dr. Edm., München: Vermögensberechnung bei Sachwucher und Betrug 1289
Moschel, RA. und Notar Dr. Werner, Berlin: Spätfolgen nach Abschluß eines Vergleichs über Ansprüche aus Körperverletzungen 1214
Müller, RA., Seidenberg (O.-L.): Urkundensteuer bei Grundstückskäufen mit Zubehör 1693
Müller, KGR. Dr. H., Berlin: Übersicht über die Rechtsprechung zur RKostO. 1929
Mumm, GerAss., Berlin: Die Stellung des RA. als Verteidiger und Berater im Dienststrafverfahren gegen Beamte auf Grund der RDienstStO. v. 26. Jan. 1937 1382

Pinzger, RA. Dr. Eberhard, Berlin: Die verfahrensrechtliche Wirkung des Verbots weiterer Patentverletzungsklagen aus anderen Patenten (§ 54 PatG.) 1851
Presser, JR. Dr., Düsseldorf: Verwirkung und Ersitzung im Warenzeichenrecht 1862

Randebrock, RA. und Notar Dr., Münster: Gesamthandsbeteiligungen (Erbengemeinschaft und eheliche Gütergemeinschaft) bei der Umwandlung von Kapitalgesellschaften 1600
Recke, AGR. Dr., Berlin: Kann das GBA. die Vorlegung des Hypothekenbriefs verlangen und erzwingen, wenn die Hypothek infolge einer Zwangsversteigerung erloschen ist? 2073
Reichardt, AGR. Dr., Ohrdruf (Thür.): Gebührenfreie Benutzung des Schuldnerverzeichnisses durch einen armen Gläubiger 1532
Reinhold, RA. Dr., Düsseldorf: Die Genehmigung von obligatorischen Verträgen, die für den Gemeinschuldner vor der Eröffnung des Konkurses ohne Vertretungsmacht abgeschlossen sind 1374 2024
Reuß, RA., Berlin: Die Stellung des RA. als Verteidiger und Berater im Dienststrafverfahren gegen Beamte auf Grund der RDienstStO. v. 26. Jan. 1937 1385
Rilk, RA. Dr. Otto, Berlin: Ist der Hinweis auf die Tatsache, daß ein Wettbewerber Jude ist, als unlautere Wettbewerbshandlung anzusehen? 1864
— Zur Neugestaltung des deutschen Eherechts 2013
Ristow, RA. Dr. Erich, Berlin: Die Bedeutung der Eintragung in die Patentrolle bei der Übertragung eines Patentes 1858
Ritter, RA. Dr. Wilhelm, Berlin: Die Pfändbarmachung unpfändbarer Sachen durch Hingabe eines Ersatzgegenstands 1673
Röhl, Dr. Kurt, Berlin: Der einzelhandelsschutzrechtliche Begriff der Verkaufsstelle 1601
Römer, LGDir, Abteilungsleiter beim Reichskommissar für die Preisbildung, Dr,: Leistungen und Entgelte im Rahmen der Preisbildung und -überwachung 1593
Roquette, RA. und Notar Dr., Königsberg i. Pr.: Herabsetzung übermäßig hoher Zinsen aus alten Urteilen 1938
Roth, RA. Dr. Alfons, Berlin: Unlauterer Wettbewerb und die Ehrengerichtsordnung der gewerblichen Wirtschaft 1202 1763
Rothe, AR. und LR. Dr., Naumburg a. S.: Schadensersatzanspruch und Gemeinschaftsgedanke 1449
v. Rozycki-v. Hoewel, AGR. Dr., Leiter des EntschuldA. Magdeburg, Dr.: Der Wechselanspruch im Rechtsstreit während eines Schuldenregelungsverfahrens 1466
— Ist für den Erlaß eines Versäumnisurteils Voraussetzung der Nachweis der Genehmigung nach der VO. über die Veräußerung von Entschuldungsbetrieben v. 6. Jan. 1937? 1531
Rudorf, RA. Dr. Hans Wolfgang, Berlin: Das Zahlungsverbot bei Zweckspartunternehmungen 1456

Schack, RGR. Dr. H., Leipzig: Der Versicherungsfall in der Haftpflichtversicherung 1208
Scheld, LGR. Dr., Dresden: Gegen die Verweigerung des Parteirechts auf Anwesenheit bei Erhebungen im Armenrechtsverfahren 1690
Schelp, RegAss. im R.- und PrArbMin. Dr. Günther: Neue Durchführungsvorschriften zum ArbOG. 1595
Scholtz, KGR. i. R. Dr., Berlin: Hat die geschiedene Mutter, der nur die Personensorge zusteht, Anspruch auf einen Beistand? 2022
Schramm, RA. Dr. Carl, München: Kartell- und Patentmonopol (zur Auslegung des § 54 PatG.) 1849
Schröter, RegR. Dr., Karlsruhe: Das Härte- und Billigkeitsverfahren im Reichssteuerrecht 1764
Schulz, RA. Dr. Günther, Berlin: Die entgeltliche Überlassung einer Rechtsanwaltspraxis 1377
Schütz, LGR., Justititiar beim Reichskommissar für die Preisbildung, Walther: Preisschleuderei und PreisstopVO. 1947
— Gebotene und verbotene Rabattgewährung 2171

Seeliger, RegAss. Hans, Berlin: Die Feststellung der devisenrechtlichen In- und Ausländereigenschaft 1608
Siebert, Prof. Dr. Wolfgang, Kiel: Grundfragen des Arbeitsverhältnisses im Lichte der neueren Rechtsprechung 1103
Spohr, Dr. Werner, Kiel: Das Einkommensteuerrecht der Sozietät 2172
Steffen, RA. Walther, Berlin: Das Schiedsgutachtenverfahren des Reichsnährstands 2086

Tasche, OLGR. Dr., Celle: Ruhen des Zwangsversteigerungsverfahrens? 1527
Thoß, Intendanturrat Dr., Breslau: Wehrmacht und RStraßVerkO. 1293
v. d. Trenck, RA. Dr., Berlin: Erteilungspatent und Verletzungspatent. Prüfung, Umgrenzung und Auslegung nach dem neuen Patentgesetz 1860
Trumpler, Prof. Dr., Justitiar der Industrie- und Handelskammer für das Rhein.-Main. Wirtschaftsgebiet und der Wirtschaftskammer Hessen: Die Wertbegriffe und Bewertungsbestimmungen für die Bilanz der AktG. nach dem neuen Aktienrecht 1453

Vogel, Richter Dr. Hermann, Hamburg: Die Zuständigkeit der Zinssenkungsstelle bei der Einwendung des Vergleichs 1607
Voß, RA. Dr. Hermann, Berlin: Die Ärzte und wir 1949

Wacke, RegR. Dr. jur. habil. Gerhard, Breslau: Die Reichsangestelltentarifordnung 1134
Weber, PatAnw. DiplIng. Dr. Dr. L., Dortmund: Kann der § 54 PatG. dem Inhaber einer ausschließlichen Lizenz entgegengehalten werden? 1854
Wechmann, Carl-Herbert, Berlin: Der NSRB. auf der Ausstellung „Gebt mir vier Jahre Zeit!" 1223
— Reichstagung der Reichsberufsgruppe Rechtsbeistände in Düsseldorf 2029
Weniger, RA. Helmut, Berlin: Die zahlenmäßige Entwicklung der Anwaltschaft seit 1933 1391
Wetzel, AGR. Dr., Rassenpolitisches Amt, Reichsleitung der NSDAP.: Zur Frage der Rechtswirksamkeit des § 1594 BGB. 2016
Witte, JustBezRev., Berlin: Können Armenanwaltsgebühren, insbes. die Prozeßgebühr, aus der Reichskasse erstattet werden, wenn ein Probeassessor oder ein Anwaltsassessor den RA. vertritt? 1382
— Urkundensteuer bei Grundstückskäufen mit Zubehör 1526
Witten, RGR. i. R., Leipzig: Sind private Versicherungsleistungen auf Haftpflichtansprüche anzurechnen? 1866
Wurst, GerAss. Dr. Bruno, Berlin: 700 Jahre Rechtsanwaltschaft in Berlin 2026
Würtenberger, Assessor Dr. Th., Karlsruhe: Die Fassung des Klagantrags bei der Anfechtung von Hypothekenbestellungen während des Zwangsversteigerungsverfahrens 1528

Zeiler, RGR. a. D. Dr. A., Leipzig: Zur Lehre von der Wahlfeststellung 1758
Zeller, Dr., Berlin: Partei, Recht und Politik 1870
Zeller, PatAnw. Dr. jur. Dr.-Ing., Hamburg: Die Sechsmonatsfrist im neuen Patentrecht 1856
Zielke, SenPräs. Dr., Berlin: § 898 RVO. und die Haftung des Unternehmers für Betriebsunfälle 1205

V.

Verfasser der Anmerkungen zu den Entscheidungen

I. Ordentliche Gerichte

A. Reichsgericht

a) Zivilsachen

Barz, RA. Dr. Carl Hans, Frankfurt a. M.: 1311[10] 1990[17]
Bley, Prof. Dr., Gießen: 1507[18]
Boesebeck, RA. und Notar Dr. Ernst, Frankfurt a. M.: 1493[12]
Breithaupt, GerAss. im RJM. Dr., Berlin: 1701[1] B
Büttner, RA. Wolfgang, Berlin: 1239[8]
Carl, RA., Düsseldorf: 1313[11] 1416[10] 1633[5] 2194[7] 2221[37]
Culemann, RA. Dr., Düsseldorf: 1886[5]
Dietrich, RA. und Notar Dr. jur. et rer. pol. Hugo, Berlin: 1987[16]
Dörinkel, RA. Dr. Wolfram, Berlin: 1558[18]
Fraeb, LGR. Dr., Hanau: 2131[36]
Gaedeke, KGR. Dr., Berlin: 2229[49]
Groschuff, OAR., Berlin: 1985[14] 1986[15]
Gülde, RA. Dr., Dresden: 1965[3]
Harmsen, RA. Dr. Heinz, Hamburg: 1910[16]
Hartenstein, ORegR. Dr., Berlin: 1404[3]
Hoffmann, RA. Dr. Willy, Leipzig: 1320[13]
Hübschmann, SenPräs., Berlin: 2105[10]
Jonas, MinR. Dr., Berlin: 1432[36] 1440[54] 1442[55] 1665[31] 1666[32] 1669[34] 1995[21] 2227[47]
Kersting, SenPräs., Berlin: 1155[12] 1495[13]
Lehmann, Prof. Dr. Heinrich, Köln: 1306[1] 2224[44]
Lindemann, MinDir. i. R., Berlin: 1478[3]
Maßfeller, AGR., Berlin: 1324[16]
Meyer-Collings, Ass. Dr., Berlin: 1698[1] A
Mößmer, RA. Dr. Ferdinand, München: 1711[8]
Möller, Doz. Dr. jur. habil. H., Hamburg: 1556[17]
Müller, MinR. Geh. RegR. Dr., Berlin: 1317[12] 1769[1]
Noack, Prof. Dr., Halle a. S.: 1628[1]
Oppermann, RA. Dr. W., Dresden: 1148[5]
Prölß, RA. Dr. Erich R., Hamburg: 1497[14] 1505[17] 1715[11]
Reuß, RA., Berlin: 1967[5]
Rilk, RA. Dr. Otto, Berlin: 1488[6]
Ruth, Prof. Dr., Frankfurt a. M.: 1648[14] 1998[26]
Süß, Prof. Dr. Theodor, Berlin: 1499[15] 1959[1]
Titze, Prof. Dr., Berlin: 1963[2]
Vogels, MinR. Dr., Berlin: 1560[19] 2099[3]
Wagner, RA. Dr. Kurt, Breslau: 1778[7]
Wittland, MinR. Dr., Berlin: 1321[14]
Würdinger, Prof. Dr. Hans, Breslau: 1638[9]

b) Strafsachen

Carl, RA., Düsseldorf: 1820[86]
Gülde, RA. Dr., Dresden: 1347[56] 1815[77] 1824[94]
Hartenstein, ORegR. Dr., Berlin: 1339[47 48]
Megow, RA. Dr. Dr., Küstrin: 1160[22] 1349[58] 1350[59] 1827[101] 1828[102 103] 1830[106]
Mezger, Prof. Dr. Edm., München: 1333[34] 1787[21]
Müller, MinR. Geh. RegR. Dr., Berlin: 1342[49]
Rilk, RA. Dr. jur. O., Berlin: 1358[79]
Schäfer, OLGR. Dr. K., Berlin: 1328[19] 1352[63] 1790[25] 1796[36]
Schwinge, Prof. Dr. Erich, Marburg: 1804[56] 1805[57] 1810[64]
Turowski, GerAss., Berlin: 1157[15]
Volkmann, RA. Dr. K., Düsseldorf: 1349[57] 1818[80]

B. Erbhofgerichte

Schieck, Notar, München: 1582[39] 1583[40] A
Schlie, EhGR. Dr., Berlin: 1583[40] B
Vogels, MinR. Dr., Berlin: 1260[63]

C. Erbgesundheitsobergerichte

Rodenberg, Dr., Facharzt für Psychiatrie, Leiter der Abteilung Erb- und Rassenpflege im Reichsausschuß für Volksgesundheitsdienst, Berlin: 2054[34]
Rumpf, Dr., SenPräs. am ObGer. und Vorsitzender des ErbgesObGer., Danzig: 2063[51 52]

D. Oberlandesgerichte

a) Zivilsachen

Berghold, RegAss. Gerhard, Berlin: 1252[17]
Breithaupt, AGR. i. RJM. Dr., Berlin: 1973[8]
Carl, RA., Düsseldorf: 2117[19]
Culemann, RA. Dr., Düsseldorf: 1264[30]
Gaedeke, KGR. Dr., Berlin: 1652[18] 1655[21] 1657[24] 2003[31] 2239[69] 2243[77]
Groschuff, AGR., Berlin: 1269[33] 1993[19]
Gülde, RA. Dr., Dresden: 1771[2]
Herschel, Prof. Dr. Wilhelm, Köln: 1407[4]
Hoffmann, RA. Dr. Willy, Leipzig: 1412[8]
Jonas, MinR. Dr., Berlin: 2134[37] 2237[66]
Kahlert, Assessor H., Berlin: 1512[20]
Kallfelz, AGR. Dr., Cottbus: 1970[6]
Kubisch, RA. und Notar Kurt, Lübben (Spreewald): 1428[30] 1661[27] 2238[67]
Lindemann, MinDir. i. R., Berlin: 1439[52]
Maßfeller, OLGR., Berlin: 1977[11] 1979[12]
Nebel, RA. Dr., Köln: 1659[26]
Nebermann, RA. Dr., Hamburg: 2137[39]
Oppermann, RA. Dr. W., Dresden: 1163[21]
Pätzold, MinR. Dr., Berlin: 2127[33]
Ristow, RA. Dr., Berlin: 1266[31]
Roquette, RA. und Notar Dr., Königsberg i. Pr.: 1641[11] 2108[13]
Ruth, Prof. Dr., Frankfurt a. M.: 1162[23]
Süß, Prof. Dr. Theodor, Berlin: 1326[18] 1975[10] 1980[13]
Titze, Prof Dr., Berlin: 1632[3]

Vogels, MinR. Dr., Berlin: 2098[1] 2099[2]
Wagner, RA. Dr. Kurt, Breslau: 1774[5]
Wittland, MinR. Dr., Berlin: 1644[12]

b) Strafsachen

Gülde, RA Dr., Dresden: 1344[53]
Mitzschke, LGDir. Dr., Berlin: 1832[112]
Schaefer, OLGR. Dr. K., Berlin: 1812[69]
Schlüter, AR. und LR. Dr. Franz, Berlin: 1837[131]
v. Schroeter, Erster StA. Dr., Berlin: 1164[26]

E. Landgerichte

a) Zivilsachen

Bergmann, RA. Dr., Frankfurt a. M.: 1271[35]
Dietrich, RA. und Notar Dr. jur. et rer. pol. Hugo, Berlin: 1273[36]
Gaedeke, KGR. Dr., Berlin: 2216[31] 2220[35]
Groschuff, OAR., Berlin: 1991[18]
Henke, KGR. Dr., Berlin: 2122[27]
Hercher, RA. und Notar, Berlin: 1651[17]
Jonas, MinR. Dr., Berlin: 1442[56] 2215[28] 2233[61]
Kallfelz, AGR. Dr., Cottbus: 1310[9]
Kubisch, RA. und Notar Kurt, Lübben (Spreewald): 1426[29]
Maßfeller, AGR., Berlin: 1307[6]
Rilk, RA. Dr., Berlin: 1413[9]
Schulz, RA. Dr. Günter, Berlin: 1419[14] 1436[47] 1437[48]

b) Strafsachen

Schäfer, OLGR. Dr. K., Berlin: 1167[31] 1800[50]

F. Amtsgerichte

a) Zivilsachen

Gaedeke, KGR. Dr., Berlin: 1565[25]
Roquette, RA. und Notar Dr., Königsberg i. Pr.: 1737[34]

b) Strafsachen

Schäfer, OLGR. Dr. Karl, Berlin: 1802[51]

II. Arbeitsgerichte

a) Reichsarbeitsgericht

Nikisch, Prof. Dr. Arthur, Dresden: 1174[43]
Oppermann, RA. Dr. W., Dresden: 1180[51]

b) Landesarbeitsgerichte

Bertermann, Dr. jur. Helmuth, Essen-Duisburg: 1189[63]
Oppermann, RA. Dr. W., Dresden: 1186[61] 1190[65]

c) Arbeitsgerichte

Bertermann, Dr. Helmuth, Essen-Duisburg: 1190[66] 1191[67]

III. Verwaltungsgerichte und Verwaltungsbehörden

A. Reich

Reichsfinanzhof

Bandow, ORegR., Berlin: 1925[31]
Delbrück, RA. Dr., Stettin: 1282[47] 2008[38]
Fürnrohr, RA. Dr., München: 1277[40]
Keßler, RA. Emil, München: 1363[90 91]
Megow, RA. Dr. Dr., Küstrin: 1280[45] 1288[52] 1750[53] 1924[29]
Meilicke, RA. Dr. Heinz, Berlin: 1283[48] 1285[49]
Nieberl, ORegR. Dr., Düsseldorf: 1275[39]
Thiesing, RA. Dr., Berlin: 1285[50]

B. Länder

Preußisches Oberverwaltungsgericht

Carl, RA., Düsseldorf: 1367[96]
Hecht, RA. Dr. Günter, Berlin: 1588[45]
Reuß, RA., Berlin: 1590[46] 1842[138] 2164[68]

VI.

Alphabetisches Verzeichnis des besprochenen Schrifttums

A. Nach den Namen der Verfasser geordnet

Achilles-Greif: BGB. nebst JugWohlfG. 14. Aufl. hrsggb. von RGR. in Leipzig Josef Altstötter, LGR. Dr. Joachim Greiff, Görlitz, LGDir. Dr. Joachim Kieckebusch, Marburg, u. SenPräs. am RG. i. R. Dr. Otto Strecker, Leipzig 1872
Adam vgl. unter Fischer
Albrecht vgl. unter Stuckart
Altstötter vgl. unter Achilles
Arbeitsfront, Deutsche, Amt für Berufserziehung und Betriebsführung: Die Protokollführung im Zivilprozeß. Verteiler: Lehrmittelzentrale des Amtes für Berufserziehung und Betriebsführung der DAF. 1542
— Das Kostenrecht 2096
Arens, MinR. im PrFinMin. Dr. Richard: Hog-Arens, Das Gewerbesteuerrecht 2185
Armstroff vgl. unter Volkmar
Aubele vgl. unter Meuckel

Bassenge, Dr. jur. Dr. phil. Friedrich: Ehre und Beleidigung 1957
Baumbach, SenPräs. beim KG. a. D. Dr. Adolf: AktG. v. 30. Jan. 1937 1695
Becksche Verlagsbuchhandlung: GewO. 1144
— RStraßVerkO. 1303
— RErbhofG. mit ErbhofRechtsVO., ErbhofVerfO. 1472
— PrPolVerwG. 2032
Berghofer vgl. unter Fischer
Berghold vgl. unter Flad
Betriebswirte-Verlag, Deutscher: Wichtige Steuerfragen der Praxis. Bd. 4 der Schriftenreihe „Betriebswirtschaft und Steuer" 1622
Beuck, Wirtschaftsprüfer und Diplomsteuersachverständiger Dr. W., Berlin: Bewertungsgrundsätze und Bewertungsbeispiele für das gewerbl. Betriebsvermögen 1229
Blümich, MinR. im RFM. Dr. Walter: Das EinkStG. v. 16. Okt. 1934 mit DurchfVO. und VerwAnweisungen 1696
— u. OVGR. im PrOVG. Walter Boyens: Das GewStG. v. 1. Dez. 1936 2186
Bodenstein vgl. unter Koffka
Boehmer vgl. unter Staudinger
Bohnenberg, AGR. Dr. Heinrich: Der Vergleichsrichter und seine Abteilung 1768
Boruttau, ORegR., Vorst. des FinA. Börse, Berlin: Das UrkStG. v. 5. Mai 1936 1472
Boschan, AGR. Dr. Siegfried: Nationalsozialistische Rassen- und Familiengesetzgebung 2182
Boesebeck, RA. und Notar Dr. Ernst, Frankfurt a. M.: Betrachtungen zur Umwandlung von Kapitalgesellschaften 1228
Boyens vgl. unter Blümich
Bree, Amtmann Max, Berlin: Die Reichshinterlegungsordnung 2096
Bühler, Prof. Dr. Ottmar, Münster: Bilanz und Steuer 1227
Bühler, OStA. Dr. Josef, vgl. unter Vogels
Bülow vgl. unter Kriege
Buwert vgl. unter Merkel
Bychelberg, Dr. Udo-Horst: Zulassungs- und Prüfungsordnung für Wirtschaftstreuhänder RSRB. 1873

Carl, RA. Hermann, Düsseldorf: Straßenverkehrs- u. Verkehrshaftpflichtrecht 1695

Dahm, RA. Dr. August, Düsseldorf: Maß- und Gewichtsgesetz nebst den Eichvorschriften 1542
Daniels, RA. Dr. Hans: Deutsches Beamtengesetz v. 26. Jan. 1937 1542
Daubenspeck vgl. unter Sattelmacher
Deerberg, SenPräs. am KG. Dr. Friedrich: Konkurs- und VerglO. 2093
— u. LGR. Dr. Friedrich Preiser: Kraftfahrer vor dem Richter 1624
Demelius, Prof. Dr. Heinrich: Das allgemeine HGB. III. Band der Manzschen Taschenausgabe der österr. Gesetze 2032
Dietz, Prof. an der Univ. Gießen, Dr. Rolf: Ehrengerichtsordnung der gewerblichen Wirtschaft v. 20. Jan. 1937 1397
Dietz vgl. unter Kapferer
Dikow, Prof. an der Univ. Sofia, Dr. Lüben: Die Neugestaltung des Deutschen Bürgerlichen Rechts 1695
Döring, Dr. jur. Hermann: Luftverkehrsgesetz und VO. über Luftverkehr 1394

Eckert vgl. unter Engel
Eckhardt, Karl August, Herausgeber im Auftrag der RMin. Rust und Dr. Hans Frank: Deutsche Rechtswissenschaft. Zeitschrift. II. Band 1620
Egger, Prof. Dr. A., Prof. Dr. A. Escher, Prof. Dr. R. Haab, Bundesrichter Dr. H. Oser (†), Prof. Dr. W. Schönenberger und Prof. Dr. A. Siegwart: Kommentar zum Schweiz. Zivilgesetzbuch. II. Bd.: Das Familienrecht, von Prof. an der Univ. Zürich Dr. A. Egger. 6.—8. Lief. III. Bd.: Das Erbrecht, von Prof. an der Univ. Zürich Dr. A. Escher. 7. u. 8. Lief. 1958
Ehm, SenPräs. am KG. i. R. Kurt: Jahrbuch für Entscheidungen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und des Grundbuchrechts. Bd. 14 1395
— Entscheidungen des KG. und des OLG. München in Kosten-, Straf-, Miet- und Pachtschutzsachen 2032

Eichelsbacher, RegR. Dr. Franz: RVO. 16. Aufl. Ergänzungsblätter März 1937 1232
Elster vgl. unter Volkmar
Engel-Eckert: Die Reichsversicherungsgesetze in jeweils neuestem Stande 1395 2032
Engelsing-Glißmann: Preisbildung und Preisüberwachung 1538 2032
Esch, SteuerDir. E.: Einführung in die Praxis des Bürgersteuerrechts 1144
Escher vgl. unter Egger

Fabricius vgl. unter Flad
Feßler vgl. unter Wulff
Fischer, Dr. L., vgl. unter Haidn
Fischer, Stadtrat Dr. Karl, Nürnberg, unter Mitarbeit von Dr. Robert Adam, Leo Berghofer, Dr. Werner Grams und Dr. Hanns Hastler: Handkommentar zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in neuester Fassung 1142
Fischinger, RA. Dr. Helmuth: Kurzgrundriß des UrkStG. v. 5. Mai 1936 1539
Flad, RegR. a. D. Dr. Wolfgang, RegAss. Gerhard Bergholdt und RegAss. Dr. Helmut Fabricius: Das neue Devisenrecht 2184
Foerster, Geh. RegR., MinR. im R.- und PrMdJ. Fritz: Die Rechtsprechung des RDisz H. v. Jan. bis Dez. 1936, auf der Grundlage der Sammlung von Geheimrat Dr. Schulze und RGPräs. i. R. Dr. Simons 1768
Frank, RMin. Reichsrechtsführer Dr.: Vorwort zu: Das Recht der NSDAP. von AGR. Dr. C. Haidn und Dr. L. Fischer 1394
Freisler, StSekr. Dr. Roland: Der Volksrichter in der neuen deutschen Strafrechtspflege. Gemeinschaftsarbeit 1767
— vgl. auch unter Hopp
Freudling vgl. unter Ringelmann
Friedrich vgl. unter Klauer

Galland vgl. unter Ulrich
Glißmann vgl. unter Engelsing
Goßner vgl. unter Hollwich
Goettel, stellv. Vors. des ArbA. Berlin-Mitte, Dr. Kurt: Arbeitsvermittlung und Arbeitseinsatz 1143
Goetz, Dr. Harry: Die Deutsche Gemeindeordnung v. 30. Jan. 1935 2184
Goetze, AR. und LR. in Berlin Dr. Fritz, und LGR. im RJM. Dr. jur. Hellmuth Meeske: Reichsgesundheitswesen 1767
Grams vgl. unter Fischer
Greiff vgl. unter Achilles
Grünewald, ORegR. Dr., und ORegR. Dr. Kilian: Das neue deutsche Sozialversicherungsrecht, Lief. 32—34 1538

Haab vgl. unter Egger
Haidn, AGR. Dr. C., und Dr. L. Fischer: Das Recht der NSDAP., mit einem Vorwort von RMin. Reichsleiter Dr. Frank 1394
Hastler vgl. unter Fischer
Henning, RA. Dr. Franz: Praktischer Führer durch das Nährstandsrecht 2095
Hermann, Dr. Rudolf: Manzsche Taschenausgabe der österreichischen Gesetze.
I. Bd.: Das allg. Bürg. Gesetzbuch und die wichtigsten Nebengesetze
III. Bd.: Die Jurisdiktionsnorm und die ZPO.
IV. Bd.: Die ExekO. 2032
Hirt, Dr. med. Eduard: Rassenkunde, Erbbiologie, Rassenpflege 1958
Hoche, MinR. Dr. Werner: Die Gesetzgebung Adolf Hitlers. Heft 22 1542, Heft 23 2186
Hoffmann, Oberfeldarzt der Pol. beim Amt des Chefs der Ordnungspolizei im R.- und PrMdJ. Dr. Kurt: Alkoholnachweis bei Verkehrsunfällen 1394
Hog vgl. unter Arens
Hollwich, Dr. jur. A., und RA. S. Goßner: Urkundensteuerrecht 2186
Hopp, EhGR. und OLGR. im RJM. Dr. Karl: EhRV. und EhVfO. 1395
— Verkehr mit land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken. Mit Einführung von StSekr. Dr. Freisler, Preuß. Staatsrat, M. d. R. 1956
Huber, Prof. Dr. Ernst Rudolf: Verfassung 1397
Hueck, Prof., Mitglied der Ak. f. Dtsch. Recht, Dr. Alfred: Recht der Wertpapiere 1397

Jaeckel-Güthe vgl. unter Volkmar
Jaeger, Prof. Dr. Ernst: Reichszivilgesetze. 9. Aufl. Ergänzung bis 1. März 1937 1768
Jannot, Kurt, Gotha: Kraftfahrzeughaftpflichtrecht und -versicherung im In- und Ausland 2089
Jeszke vgl. unter Siemianowski
Imhof vgl. unter Meikel
Industrie- und Handelskammer Krefeld: Merkblatt für gewerblichen Rechtsschutz 1873
— Umsatzsteuer-Merkblatt 2186
Jung, Prof. Dr. Erich: Rechtsquellenlehre und Judentum. Bd. 8 der Schriftreihe: Das Judentum in der Rechtswissenschaft, Ergebnisse der Tagung der Reichsgruppe Hochschullehrer des NSRB. 1224

Kallee, AGDir. Dr., Stuttgart: Arbeitsrechts-Kartei 1143 2185
Kaemmel, ORegR. im RFM. Ernst: Die Reichssteuergesetze 1226
Kapferer, Dr., und Dr. Dietz: Das Recht des Kaufmanns im Ausland. Heft 5: Frankreich 2031
Kersten, Notar F.: Formularbuch und Praxis der Freiwilligen Gerichtsbarkeit 2094
Kieckebusch vgl. unter Achilles
Kiefersauer, Dr. Fritz: Die Miete 1957
Kilian vgl. unter Grünewald
Klauer, Präs. des RPatA., Mitgl. der Ak. f. Deutsches Recht, Georg, und RA. am KG. Berlin Notar Dr. jur. Phil. Möhring: Patentgesetz v. 5. Mai 1936. Mit Anhang GebrMustG. v. 5. Mai 1936 mit Anmerkungen von FakAssist. a. d. Univ. Berlin Dr. Rudolf Friedrich 1231
Klausing, o. Prof., Mitgl. d. Akad. f. Deutsches Recht, Dr. Friedrich: Unternehmer und Betriebsführer, Wirtschaftsordnung und Arbeitsordnung 1538
— Gesetz über Aktiengesellschaften und KommGes. auf Aktien nebst EinfG. und „Amtlicher Begründung" 1952
Kleinjorg, VerwRechtsrat Dr. Dr. Franz Josef, Essen (Ruhr): Verkehrsrecht im Dritten Reich. Erster Nachtrag 1394
Koffka, RA. Otto, RA. Hans Georg Bodenstein und Dr. jur. E. Koffka: Luftverkehrsgesetz und Warschauer Abk. 1304
Kohlhammer, Verlag W.: Deutsches Beamtengesetz und Reichsdienststrafordnung v. 26. Jan. 1937 1396
König, Ziv.-Ing. Ad.: Technische Erläuterungen zu §§ 25, 26, 27 RStraßVerkO. nebst AusfAnw. v. 29. Sept. 1934 und späteren Änderungen 1540
Koppe, RA. Schriftleiter Dr. Fritz: Die neuen Steuern 1227
Krapf, Dr. jur. Georg: Der Kontokorrentvertrag 1873
Krauthausen, MinR. im R.- und PrMdJ. Dr. Udo: Deutsches Beamtengesetz und Reichsdienststrafordnung 1225
Kriege, MinR. im RJM. Dr. Walter, und LGR. im RJM. Dr. Arthur Bülow: Hinterlegungsordnung v. 10. März 1937 1395
Küch, Dr. Otto: Aktiengesetz v. 30. Jan. 1937 1396
Küchenhoff vgl. unter Volkmar
Kuhn, GerAss. Dr. Roland: Die Nebenkosten des Handelsverkehrs im Deutschen Devisenrecht 2184
Künne, Synd. Dr. jur. Karl: Außergerichtliche Vergleichsordnung. Richtlinien für die Bearbeitung außergerichtlicher Vergleiche 1472

Laforet, Prof Dr. Wilhelm: Deutsches Verwaltungsrecht 2182
Lammers, StSekr. Dr., und StSekr. Pfundtner: Die Verwaltungsakademie, Gesamtwerk mit 52 Lieferungen 2183
Lechner, RA. in München, Mitgl. der Ak. f. Deutsches Recht Dr. Ludwig: Kraftfahrzeuggesetzgebung 1874
List, Prof. Dr. jur. Friedrich: Verwaltungsrecht technischer Betriebe 1230

Manz vgl. unter Demelius, Hermann
Matthes, Dipl.-Volkswirt Gewerbeassessor Dr. Willy: Der Arbeitsschutz und seine Durchführung 1142
Medicus vgl. unter Pfundtner
Meeske vgl. unter Goetze
Meikel-Imhof: Kommentar zur GBO. v. 5. Aug. 1935 1395
Melsheimer, LGDir. im RJM. Dr. Ernst: Kostenrecht Teil I: Kosten der freiwill. Gerichtsbarkeit 1539
Mende, Leiter des Sozialamts der Deutschen Arbeitsfront Franz: Monatshefte für NS.-Sozialpolitik. Jahrgang 4, Heft 1 bis 6 1399
Mentzel, SenPräs. beim RG. a. D. Franz: Kommentar zur RKO. 2094
Merkel, Dr. H., und Dr. H. Buwert: Allgemeine Volkswirtschaftspolitik 2030
Meuckel, MinR., und SenPräs. beim OLG. München Dr. Leonhard: Reichserbhofgesetz. 2. Aufl. bearb. von OLGR. Raimund Aubele, München 2095
Meyer-Collings vgl. unter Sack
Möhring vgl. unter Klauer
Möller, Doz. Dr. jur. habil. Hans: Summen- und Einzelschaden 1621
Mönckmeier, Reichsgruppenwalter Wirtschaftsrechtler im NSRB. Dr. Otto: Kongreß-Archiv 1936 des deutschen Prüfungs- und Treuhandwesens 1228
— Jahrbuch der nat.-soz. Wirtschaft 2029
Moschel, RA. Dr. Werner: Die zivilrechtliche Bedeutung der Rentenneurose 1541
Müller, RegR. Dr. Eugen: Die Betriebsprüfung und das Betriebsprüfungsarchiv der Reichsfinanzverwaltung 1229
Müller, Geh. RegR., MinR. im R.- und PrVerkMin. Dr. Fritz: Straßenverkehrsrecht mit einem techn. Leitfaden 2089
Müller, SenPräs., Dresden vgl. unter Reinhard
Münz, ORegR. im R.- und PrArbMin. Dr. Ludwig: Die gesamten Vorschriften über den Arbeitseinsatz nach dem Vierjahresplan 1143

Nat.-Soz. Rechtswahrerbund vgl. unter R.
Neubert vgl. unter Pfundtner
Neumann, Dr. jur. Carl: Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen v. 6. Juni 1931 1538

Oeftering, RegR. im RFinMin. Dr. Heinz: Das gesamte Lohnsteuerrecht 1227
Oser vgl. unter Egger

Pfundtner, StSekr., RA. Dr. Neubert und MinR. Dr. Medicus: Das neue deutsche Reichsrecht. Lief. 56—60 1696
— vgl. auch unter Lammers
Preiser vgl. unter Deerberg
Pridat-Guzatis, Dr. jur. H. G.: Berufsständisches Strafrecht 1225
Prölß, RA. Dr. Erich R.: Probleme des Haftpflichtversicherungsrechts 1956
Provinciali, Prof. für Zivilprozeßrecht a. d. Univ. Rom Renzo: Il Giudizio di Rinvio 1304

Quandt, RA. und Notar, Rummelsburg i. Pr.: Entscheidungsmagazin 2184
Quassowski, MinDir., und LGR. Dr. Schröder im RJM.: Bankdepotgesetz 1953

Rechtswahrerbund, Nat.-Soz.: Neuordnung des Strafverfahrensrechts, Denkschrift zum Entwurf einer Strafverfahrensordnung, einer Friedensrichter- und Schiedsmannsordnung und eines GVG. der amtlichen Strafprozeßkomm. des RJM. 1302
Reichsjustizministerium: StGB., StPO., GVG. Ergänzungsheft 1303
Reinhard und Müller, beide SenPräs., Dresden: Das Zwangsversteigerungsgesetz. Nachträge 2091
Rennebaum, Beigeordn. a. D. in München, RA. Ernst, und RFinR. Dr. Ubber, Beigeordneter a. D. in München: Handbuch des Reichssteuerrechts 1539
Reuß, Dr. jur. Karl-Ferdinand: Luftrecht 1541
Riecke, RA., Karl-Heinz: Bankdepotgesetz 1953
Rilk, RA. und Notar Dr. Otto: Judentum und Wettbewerb. Bd. 9 der Schriftenreihe: Das Judentum in der Rechtswissenschaft, Ergebnisse der Tagung der Reichsgruppe Hochschullehrer des NSRB. 1224
Ringelmann, MinR. Dr. Richard, und RegR. 1. Kl. Dr. Fritz Freudling, beide im Bay. StaatsMin. d. Fin.: Gewerbesteuergesetz 2185
Ristow, RA. Dr. Erich, Berlin: Rasse und Recht. Monatsschrift. 1. Jahrgang 1537
— Textsammlung zum Wettbewerbsrecht einschließlich des Aufbaus der deutschen Wirtschaft 1955
Rogge, Dr. jur. Heinrich: Kollektivsicherheit, Bündnispolitik, Völkerbund 1468
v. Rozycki-v. Hoewel, AGR. und Leiter des EntschuldA. in Magdeburg Dr., und RegR. Dr. v. Rozycki: Das Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse v. 1. Juni 1933 1622
Ruppert, MinR. im R.- und PrMdJ. Fritz: Vorwort zu den Dienstvorschriften der Fürsorgebehörde Hamburg 1304

Sack, RA. und Notar Dr., Berlin, und Assessor Dr. Joachim J. Meyer-Collings, Berlin: Gold- und Valutaklausel in deutscher und niederländischer Gerichtspraxis 1873
Sartorius, Prof. Dr. Carl: Sammlung von Reichsgesetzen staats- und verwaltungsrechtlichen Inhalts 2032
Sattelmacher, OLGPräs. Dr. Paul, Naumburg: Bericht, Gutachten und Urteil. 15. Aufl. von Daubenspeck: Referat, Votum und Urteil 1623
Schäfer, OLGR. im RJM. Dr. K.: Das PolVerwG. und das Gesetz über die Geheime Staatspolizei 1226
Schaefer, Dr. jur. Hans-Ulrich: Die Gesetze der Reichsautobahnen 1540
Schaeffer vgl. unter Stuckart
Schantz, Prof. RA. Dr. Arno, Frankfurt a. M.: Verlängerter Eigentumsvorbehalt — wie lange noch? 1952
Scheerbarth vgl. unter Stuckart
Schmidt, Verlag Dr. Otto: Schnellkartei des Staats- und Verwaltungsrechts 1226
— Schnellkartei des Reichsrechts. Bd. 2: Handelsrecht 1955
Schönenberger vgl. unter Egger
Schönfelder, AGR. Dr. Heinrich: Deutsche Reichsgesetze. 1. Ergänzungslieferung v. Febr. 1937 zur 7. Aufl. 1396
Schrieber, RA. Dr. Karl-Friedrich, Berlin: Das Recht der Reichskulturkammer. Bd. 5. Vom 1. Juli bis 31. Dez. 1936 1541
Schröder, LGR. Dr. Georg, Berlin: Gesetz über Aktiengesellschaft und Kommanditgesellschaft auf Aktien 1143
— vgl. auch unter Quassowski
Schulze vgl. unter Foerster
Schwarz, RGR., Mitgl. der Ak. f. Deutsches Recht, Dr. O. G.: Handelsrecht. I. Teil: Einzelkaufmann, Handelsgesellschaften. — II. Teil: Handelsgeschäfte, Seerecht, Recht der Wertpap. 2031
— Das neue Aktienrecht 2031
Siegwart vgl. unter Egger
Siemianowski, Josef, Danzig, und AR. Konrad Jeszke, Skarszewy, Polen: Gläubigerschutz in Polen 1542
Sieveking, Dr. Johannes: Die Haftung des Gemeinschuldners für Masseansprüche 1231
Simons vgl. unter Foerster
Singer, RegR. J., Berlin: Rechtspfleger-Jahrbuch 1937 2032
Spohr, Dr. Werner: Das Recht der Steuerberatung 1400
Staenicke vgl. unter Zeitler
v. Staudinger: Kommentar zum BGB. und dem EinfG. 10. Aufl. Bd. V. Lief. 1: Erbrecht, Einleitung und § 1922, erläutert von Prof. Dr. G. Boehmer, München 1621
Stöckmann, AGR. Dr. Albert: Der Zwangsversteigerungsrichter und seine Abt. 1623
Strecker vgl. unter Achilles
Stuckart, StSekr. im RMdJ. Dr. Wilhelm, und ORegR. z. D. Wilhelm Albrecht: Neues Staatsrecht. Heft 13 von Schaeffers Neugestaltung von Recht und Wirtschaft 2183
— und ORegR. Dozent Dr. Walter Scheerbarth: Neues Verwaltungsrecht. Heft 14 von Schaeffers Neugestaltung von Recht und Wirtschaft 2184

Trumpler, Prof. Dr. Hans: Die Bilanz der AktG. 1954

Ubber vgl. unter Rennebaum
Ullrich, Patentanwalt Dr. A., Berlin: Gewerblicher Rechtsschutz 1231
Ulrich, ORegR. Dr. Hans, und RegR. Dr. Theodor Ulrich: Lehrbuch für Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe. Teil 1: Die unterstützende Arbeitslosenhilfe und die Statistik in der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 1143

Vogels, MinR. im RJM., Mitgl. der Ak. f. Deutsches Recht und des RErbhofGer.: Reichserbhofgesetz v. 29. Sept. 1933 1956
— und OStA. und Leiter des Ministeramts des RMin. Dr. Frank, Mitgl. der Ak. f. Deutsches Recht Dr. Josef Bühler: Deutsche Rechtskartei 1872
Volkmar, Geh. RegR., MinDir., Mitgl. der Ak. f. Deutsches Recht, Dr. E.: ZPO. 1622
— und KGR. Ernst Armstroff, Berlin: 7. Aufl. von Jaeckel-Güthes Kommentar zum Zwangsversteigerungsgesetz 2090
— Verlagsdirektor Dr. jur. A. Elster, AGR. und LGR. Dr. jur. G. Küchenhoff: Die Rechtsentwicklung der Jahre 1933 bis 1935/36 1224

Warneyer, RGR. a. D. Dr. Otto, Leipzig: Die Zivilprozeßordnung 1470
— und RA. Dr. Koppe: Warneyers Jahrbuch der Entscheidungen. 35. Jahrgang 2096
Weber, SenPräs. a. KG. Dr. Conrad: Häuserschäden durch Grundwassersenkung beim Untergrundbahnbau 1542
Weber, Prof. Dr. Werner, Berlin: Preuß. Verwaltungsrecht 2183
Webler, Dir. des Deutschen Jugendarchivs Dr. Heinrich i. Verb. m. AGR. und LGR. Dr. Karl Hagemann und Prof. Dr. Arthur Wegner: Jahrbuch des Jugendrechts, Bd. VIII, für das Jahr 1935 1232
v. Wedelstädt, Landeshauptmann in Königsberg i. Pr. Helmut: Deutsches Beamtengesetz v. 26. Jan. 1937 1767
Wehner, Dr. jur. Friedrich, Hamburg: Wettbewerb und Wirtschaftsordnung 1624
Weigand, ORegR. Joseph, Würzburg: Entstehen und Bildung der Jagdbezirke 2095
Weimar, RA. Dr. jur. Wilhelm, Köln: Klausurschemata und Rechtsprobleme für die Referendarprüfung 1144
— Reichsnebengesetze. Die Rechtswahrerprüfung 2096
Wiers, Dr. Heinz, Berlin: Das Steuerrecht für die Praxis 1144
Witte, JustVerwRevisor Robert: Kostengesetze und Gebührenordnungen der Rechtspflege 2032
Wolf vgl. unter Wulff
Wulff, MinR. Hans, GerAss. Ernst Feßler und ORegR. Dr. Kurt Wolf, sämtlich bei dem Reichskommissar für das Kreditwesen: Die allgemeinverbindlichen Zinsabkommen und das Wettbewerbsabkommen der Kreditinstitute v. 22. Dez. 1936 1469

Zahn, RA. Dr. jur. Johannes C. D., Berlin: Die Deutsche Bank- und Kreditgesetzgebung 1396
Zeitler, Vizepräs. des Deutschen Gemeindetags Dr. Ralf, und Synd. des Reichsverbandes kommunaler und anderer Arbeitgeberverbände Deutschlands Ernst Staenicke: Das neue deutsche Arbeitsrecht, Ergänzungslieferungen 19—22 1142

B. Nach den Namen der Besprecher geordnet

Bach, RA. Dr. P., Freiburg i. Br.: 1872 2032
v. Bohlen, RA. Dr., Berlin: 1144 2183 2184
Boesebeck, RA. Dr. Ernst, Frankfurt a. M.: 1873
Carl, RA., Düsseldorf: 1303 1540 1874 2089 2184

Dahmann, KGR., Berlin: 1957
Danielcik, RA. Dr., Berlin: 2029

Delbrück, RA. Dr., Stettin: 1227 1304 1622 1696
Dietrich, RA. und Notar Dr. jur. et rer. Hugo, Berlin: 1143 1228 1396 1469 1954
Domke, RA. Dr., Berlin: 1873

v. Elbe, OVGR. i. R. Dr., Berlin: 1304

Fraeb, LGR. Dr., Hanau: 2090 2091
Franke, Richter Dr. Robert, Frankfurt a. M.: 1538
Frege, OVGR. Dr., Berlin: 1226

Gaedeke, KGR. Dr., Berlin: 1470 2096
Gebhard, RA. Dr. Eduard, Karlsruhe: 1622
Groschuff, OAR., Berlin: 1695
Gütde, RA. Dr., Dresden: 1540 1624 1695

Hecht, RA. Dr. Günter, Berlin: 1624
Heydtmann, OVGR., Berlin: 2185
Hoffmann, RA. Dr. Willy, Leipzig: 1541

Jacob, RA. Dr. Heinz, Dortmund: 1542 1952

Kaden, Prof. Dr. Erich-Hans, Genf: 1958
Kahlert, Assessor H., Berlin: 1538
Kallfelz, AGR. Dr., Cottbus: 1394 1541
Kirchmann, Dr. Hanns, Sulzbach-Rosenberg: 1395 1539 2095 2096 2186
Klug, Dr. Oskar, Berlin: 2030
Koffka, RA., Berlin: 1541

Langen, RA. Dr. Eugen, Berlin: 1952 2184
Leitner, DiplVolkswirt Hans, Berlin: 1228 1229 1873

Lemme, GerAss., Berlin: 1767 1958
Leppin, Assessor R., Berlin: 1394 1542 2032 2096 2183
Leuchs-Mack, RA. Dr., Frankfurt a. M.: 2184
Luley, Dr. jur. W., Berlin: 1230

Maßfeller, AGR., Berlin: 1537 2032 2182
Matzke, RA. Dr., Berlin: 2093
Megow, RA. Dr. Dr., Küstrin: 1144 1226 1227 1229 1400 1538 2185
Mitzschke, LGDir. Dr., Berlin: 2095

Nerreter, RA. Dr., Nürnberg: 1955
Noack, Prof. Dr., Halle a. d. S.: 1957

Oppermann, RA. Dr. W., Dresden: 1142 1143 1399 2185

Pauli, RegR. im RLM., Berlin: 1304
Peterßen, Dr. jur. Werner, Magdeburg: 1956
Prause, RA. und Notar Dr. jur. F., Breslau: 1542
Prölß, RA. Dr. Erich R., Hamburg: 2089

Reuß, RA., Berlin: 1225 1226 1396 1397 1767 1768 2182
Rilk, RA. Dr. O., Berlin: 1144 1225 1397 1623 2031 2096

Ristow, RA. Dr., Berlin: 1873
Roquette, RA. und Notar Dr., Königsberg i. Pr.: 1542
Roth, RA. Dr. Alfons, Berlin: 1302 1397 1621
Ruth, Prof. Dr., Franfurt a. M.: 1953

Schieck, Notar, München: 1539 1956 2095
Scholz, SenPräs. Dr. Franz, Berlin: 2186
Schwinge, Prof. Dr. Erich, Marburg: 1767
Seybold, Notar Dr., Sulzbach-Rosenberg: 1395 1472 1956 2094
Süß, Prof. Dr. Theodor, Berlin: 1231

Thiesing, RA. und Notar Dr., Berlin: 2094 2186
Titze, Prof. Dr., Berlin: 1621

Ullrich, PatAnw. Dr. A., Berlin: 1231

Vogel, Richter Dr. Hermann, Hamburg: 1623
Vogels, MinR. Dr., Berlin: 1472 1768
Volkmann, RA. Dr. K., Düsseldorf: 1394 2031

Wißmann, Dr. jur. Herbert, London: 1468

Zeller, Dr., Berlin: 1224 1620 1695 2032
Zeller, PatAnw. Dr. Dr., Hamburg: 1231

VII.

Verzeichnis der abgedruckten Entscheidungen

A. Reichsgericht

a) Zivilsachen.

1936

23. Juni: II 296/35: 1959[1]
20. Okt.: III 57/36: 1156[13]
3. Nov.: II 281/35: 1145[2]
13. " III 332/35: 2047[20]
20. " II 110/36: 1146[5]
24. " II 109/36: 1146[4]
25. " I 59/36: 1152[10]
27. " II 41/36: 1149[7]
1. Dez.: III 27/36: 1721[20]
*8. " II 147/36: 1988[17]
8. " III 67/36: 1321[14]
15. " II 149/36: 1479[4]
15. " III 88/36: 1443[59]
*18. " II 170/36: 1242[11]
*19. " I 62/36: 1149[8]
*22. " VII 137/36: 1649[15]

1937

*4. Jan.: I 128/36: 1149[9]
5. " II 105/36: 1237[7]
*5. " II 182/36: 1637[9]
*8. " VII 138/36: 1507[18]
8. " II 122/36: 1492[12]
*8. " II 140/36: 1233[1]
8. " III 110/36: 1249[15]
*8. " III 128/36: 1721[18]
*8. " VII 177/36: 1667[34]
*9. " VII 192/36: 1493[13]
11. " I 90/36: 1247[14]
11. " IV 214/36: 1447[68]
12. " VI 162/36: 1432[36]
" II 128/36: 1876[2]
*12. Jan.: III 131/36: 1250[16]
*12. " VII 208/36: 1504[17]
*13. " I 140/36: 1245[12]
14. " IV 219/36: 1233[3]
14. " VI 247/36: 1559[19]
15. " II 251/36: 1548[7]
*18. " I 200/36: 1554[16]
*18. " VI 329/36: 1240[9]
19. " VII 186/36: 1645[13]
*21. " IV 237/36: 1663[30]
22. " II 180/36: 1485[6]
*22. " III 353/35: 1706[5] 1967[5]
22. " III 152/36: 1922[27]
22. " V 151/36: 1235[6]
23. " I 141/36: 1246[13]
25. " VI 258/36: 1414[10]
25. " VI 296/36: 1155[12]
25. " VI 320/36: 1490[10]
26. " II 159/36: 1911[17]
26. " II 161/36: 1878[3]
26. " III 300/35: 1233[2]
26. " III 41/36: 1234[4]
26. " III 61/36: 1145[3]
26. " III 155/36: 1491[11]
27. " I 101/36: 1153[11]
27. " I 134/36: 1318[13]
27. " V 160/36: 1241[10]
28. " IV 254/36: 1309[8]
28. " VI 283/36: 1633[5]
29. " II 173/36: 1305[1]
29. " III 24/36: 1307[4]
29. " V 123/36: 1307[5]
29. " V 174/36: 1401[1]
1. Febr.: VI 331/36: 1235[5]
4. " VI 277/36: 1769[1]
*5. " II 192/36: 1901[15]
5. " II 302/36: 1671[40]
5. Febr.: III 126/36: 1548[8]
5. " V 156/36: 1707[6]
*5. " V 233/36: 1433[40]
*5. " VII 168/36: 1557[18]
6. " I 157/36: 1628[2]
8. " IV 265/36: 1434[41]
*8. " VI 291/36: 1408[5]
9. " II 139/36: 1489[7]
*9. " II 162/36: 1882[5]
*9. " II 209/36: 1645[14]
9. " III 362/35 u. III 99/36: 1543[1]
*9. " III 30/36: 1314[12]
9. " III 103/36: 2226[46]
*9. " III 149/36: 1720[17]
9. " VII 160/36: 1721[19]
9. " VII 250/36: 1701[2]
10. " I 116/36: 1892[9]
*10. " V 108/36: 1440[54]
11. " IV 253/36: 1717[14]
11. " VI 233/36: 1435[44]
11. " VI 281/36: 1550[10]
*12. " III 105/36: 1626[1]
12. " V 180/36: 1306[3]
12. " VII 195/36: 1639[10]
*12. " VII 238/36: 1145[1]
13. " I 224/36: 1893[10]
*15. " I 188/36: 1555[17]
*16. " II 213/36: 2212[26]
*16. " III 33/36: 1717[15]
*16. " VII 213/36: 1311[10]
*16. " VII 216/36: 1474[2]
*16. " VII 233/36: 1149[6]
17. " V 222/36: 1306[2]
18. " IV 280/36: 1716[13]
*18. " IV 288/36: 1562[23]
*18. " IV 297/36: 1322[15]
19. " II 197/36: 1881[4]

*19. Febr.: V 205/36: 1484[5]
*19. „ VII 211/36: 1476[3]
19. „ VII 231/36: 1496[14]
19. „ VII B 1/37: 1437[49]
20. „ I 237/36: 1895[11]
*22. „ IV 270/36: 1401[3]
22. „ VI 325/36: 1964[3]
23. „ II 142/36: 2111[15]
*23. „ VII 204/36: 1501[16]
*23. „ VII 222/36: 1473[1]
*24. „ V 168/36: 1712[9]
24. „ V 191/36: 1715[12]
*25. „ IV 186/36: 1726[23]
25. „ VI 336/36: 1490[9]
*26. „ II 127/36: 1999[27]
26. „ II 200/36: 1986[16]
26. „ II 207/36: 2101[6]
26. „ III 107/36: 1713[10]
26. „ V 209/36: 1547[5]
26. „ VII 228/36: 1489[8]
27. „ I 220/36: 1915[19]
*27. „ I 18/37—IA 3/37: 1898[13]
1. März: IV 306/36: 1708[7]
*1. „ VI 353/36: 1312[11]
2. „ II 226/36: 1905[16]
2. „ III 146/36: 2048[22]
2. „ III 191/36: 1633[4]
2. „ VII 179/36: 2189[4]
*3. „ V 259/36: 1723[22]
4. „ IV A 52/37: 1324[16]
4. „ VI 371/36: 1410[6]
4. „ VI 377/36: 2190[5]
5. „ VII 229/36: 2214[27]
5. „ VII 279/36: 1996[22]
8. „ IV 333/36: 1547[6]
8. „ IV 3/37: 1429[32]
8. „ VI 351/36: 1776[7]
*9. „ VII 235/36: 1498[15]
*10. „ V 218/36: 1237[8]
11. „ IV 308/36: 2036[4]
11. „ VI 232/36: 2234[64]
*12. „ II 190/36: 1997[26]
*12. „ III 81/36: 2048[23]
*12. „ III 90/36: 1704[4]
*12. „ III 132/36: 2047[21]
12. „ III 142/36: 2222[40]
*12. „ III 168/36: 1922[28]
12. „ V 231/36: 2113[16]
12. „ V 229/36: 2121[25]
15. „ IV 277/35: 1433[39]
*15. „ IV 334/36: 1697[1]
16. „ II 248/36: 2118[20]
*16. „ III 195/36: 2192[6]
*16. „ VII 239/36: 1714[11]
17. „ V 243/36: 2038[8]
18. „ IV B 4/37: 1438[51]
*18. „ VI 364/36: 1718[16]
18. „ VI B 4/37: 1439[53]
19. „ II 244/36: 2220[37]
19. „ V 217/36: 2114[17]
20. „ I 81/36: 1664[31]
20. „ I 202/36: 1920[25]
20. „ I 228/36: 1889[7]
*20. „ I 26/37: 1898[12]
22. „ IV 310/36: 2222[39]
22. „ IV 318/36: 2104[10]
22. „ VI 390/36: 1917[22] 2194[7]
*23. „ II 240/36: 1723[21]
23. „ VII 285/36: 2228[49]
*24. „ V 232/36: 1966[4]
24. „ V 271/36: 1917[23]
5. April: IV 316/36: 2201[15]
*5. „ IV 18/37: 1920[26]
*5. „ VI 342/36: 1703[3]
5. „ VI B 5/37: 1663[29]
*6. „ II 238/36: 1961[2]
*6. „ VII 269/36: 1920[24]
7. „ I 235/36: 1890[8]
*7. „ V 185/36: 2208[23]
*7. „ V 290/36: 1993[20]
*8. „ IV 317/36: 1710[8]
8. „ IV B 10/37: 1667[33]
8. „ VI 388/36: 1916[21]
8. April: VI B 6/37: 1666[32]
*9. „ II 247/36: 1994[21]
*10. „ V 251/36: 2123[30]
10. „ V 281/36: 2101[7]
13. „ VII 32/37: 2002[29]
*14. „ I 165/36: 1915[20]
14. „ I 169/36: 1996[23]
*14. „ I 221/36: 1913[18]
14. „ V 249/36: 2036[5]
19. „ IV B 5/37: 1997[25]
*19. „ IV B 8/37: 2046[18]
19. „ VI 344/36: 2226[45]
21. „ I 142/36: 1887[6]
*21. „ V 297/36: 2102[8]
22. „ IV 31/37: 2106[11]
23. „ II 54/36: 2223[42]
23. „ II 187/36: 1875[1]
23. „ VII 169/36: 2230[54]
*24. „ V 24/37: 2108[14]
*26. „ IV B 9/37: 2033[1]
*27. „ VII 333/36: 2001[28]
*28. „ V 296/36: 2037[6]
29. „ IV 22/37: 2040[10]
29. „ IV 49/37: 2227[47]
30. „ II 279/36: 229[50]
30. „ III 169/36: 2228[48]
*3. Mai: VI 333/36: 2223[44]
4. „ III B 3/37: 2222[41]
*5. „ V 206/36: 2235[65]
7. „ II 6/37: 2195[8]
*11. „ II B 5/36: 1982[14]
*12. „ V 289/36: 2130[36]
12. „ V 301/36: 2188[3]
13. „ IV B 14/37: 2223[43]
13. „ IV 33/37: 2040[11]
*24. „ I B 3/37: 1899[14]
24. „ IV b 7/37: 2099[3]
2. Juni: V 292/36: 2187[1]
3. „ IV 59/37: 2100[4]
3. Juli: I 132/37: 2248[34]

b) Strafsachen

1936

27. Okt.: 1 D 822/36: 1157[14]
*17. Nov.: 1 D 826/36: 1785[18]
4. Dez.: 1 D 903/36: 1157[15]
*18. „ 4 D 566/36: 1789[24]
22. „ 1 D 960/36: 1289

1937

8. Jan.: 4 D 943/36: 1328[19]
*18. „ 2 D 813/36: 1806[59]
19. „ 4 D 986/36: 1336[40]
*21. „ 5 D 763/36: 1808[61]
*25. „ 5 D 953/36: 1158[17]
28. „ 5 D 679/36: 1338[45]
28. „ 5 D 859/36: 1160[22]
29. „ 1 D 573/36: 1351[61]
*1. Febr.: 5 D 1000/36: 1159[18]
2. „ 1 D 1092/36: 1160[20]
2. „ 4 D 27/37: 1334[36]
4. „ 3 D 12/37: 1332[32]
4. „ 3 D 31/37: 1352[63]
4. „ 5 D 940/36: 1337[43]
5. „ 4 D 39/37: 1360[82]
*5. „ 4 D 54/37: 1797[40]
8. „ 2 D 8/37: 1356[71]
*8. „ 5 D 826/36: 1350[59]
*8. „ 5 D 932/36: 1784[16]
9. „ 1 D 876/36: 1783[13]
9. „ 1 D 1076/36: 1358[78]
9. „ 1 D 2/37: 1358[79]
*11. „ 5 D 950/36: 1796[37]
*11. „ 3 D 11/37: 1829[105]
11. „ 3 D 42/37: 1360[83]
*12. „ 1 D 331/36: 1829[106]
12. „ 1 D 1103/36: 1357[74]
12. „ 4 D 5/37: 1349[58]
12. „ 4 D 9/37: 1822[90]
15. „ 3 D 8/37: 1160[21]
15. „ 5 D 30/37: 1359[81]
16. Febr.: 1 D 92/36: 1338[47]
16. „ 1 D 973/36: 1357[77]
*16. „ 1 D 14/37: 1332[34]
*18. „ 3 D 36/37: 1784[15]
18. „ 5 D 25/37: 1159[19]
*22 u. 27. Febr.: 2 D 291/36: 1809[64]
23. Febr.: 4 D 69/37: 1329[24]
25. „ 3 D 71/37: 1328[20]
*25. „ 5 D 729/36: 1826[101]
25. „ 5 D 885/36: 1827[102]
*1. März: 2 D 711/36: 1786[21]
1. „ 2 D 759/36: 1339[48]
*1. „ 2 D 811/36: 1346[56]
*1. „ 3 D 26/37: 1802[54]
*2. „ 1 D 557/36: 1353[64]
2. „ 1 D 42/37: 1329[22]
*4. „ 2 D 5/37: 1329[25]
*4. „ 2 D 12/37: 1334[37] 1805[57]
4. „ 2 D 81/37: 1328[21]
5. „ 1 D 41/37: 1331[30]
8. „ 3 D 1093/36: 1832[110]
8. „ 3 D 55/37: 1781[9]
8. „ 5 D 984/36: 1334[35]
9. „ 1 D 843/36: 1158[16]
9. „ 1 D 942/36: 1338[46]
9. „ 1 D 1080/36: 1791[26]
9. „ 4 D 905/36: 1336[39]
* 9. „ 4 D 17/37: 1828[103]
9. „ 4 D 138/37: 1330[28]
*11. „ 2 D 852/36: 1803[55]
*11. „ 2 D 89/37: 1334[38]
*11. „ 3 D 109/37: 1336[42]
11. „ 5 D 869/36: 1804[56]
12. „ 4 D 881/36: 1329[26]
*15. „ 2 D 126/37: 1330[29]
15. „ 3 D 704/36: 1825[95]
15. „ 3 D 1082/36: 1357[73]
15. „ 3 D 120/37: 1332[33]
*15. „ 5 D 927/36: 1833[115]
*15. „ 5 D 152/37: 1330[27]
16. „ 1 D 60/37: 1329[23]
16. „ 4 D 871/36: 1336[41]
*18. „ 2D 888/36: 1341[49]
*18. „ 2 D 86/37: 1831[109]
19. „ 1 D 84/37: 1836[126]
*19. „ 1 D 85/37: 1348[57]
20. „ 2 Ss 23/37: 1799[44]
23. „ 1 D 28/37: 1836[128]
*23. „ 1 D 102/37: 1795[35]
3. April: 2 Ss 25/37: 1799[45]
5. „ 2 D 786/36: 1814[77]
*5. „ 2 D 887/36: 1788[22]
5. „ 2 D 137/37: 1799[48]
5. „ 2 D 163/37: 1836[127]
5. „ 5 D 756/36: 1819[85]
6. „ 1 D 176/37: 1785[17]
6. „ 4 D 980/36: 1798[41]
6. „ 4 D 48/37: 1813[75]
*8. „ 2 D 905/36: 1824[94]
8. „ 2 D 140/37: 1826[96]
*8. „ 2 D 141/37: 1792[31]
9. „ 1 D 500/36: 1834[118] [119]
*12. „ 2 D 32/37: 1793[32]
12. „ 2 D 146/37: 1789[23]
12. „ 3 D 971/36: 1835[121]
*12. „ 3 D 145/37: 1791[27]
*12. „ 3 D 215/37: 1837[130]
*12. „ 5 D 174/37: 1784[14]
15. „ 2 D 869/36: 1823[92]
15. „ 2 D 127/37: 1820[86]
16. „ 1 D 1051/36: 1831[108]
16. „ 1 D 153/37: 1834[117]
*16. „ 1 D 204/37: 1786[20]
*16. „ 4 D 106/37: 1817[80]
16. „ 4 D 222/37: 1785[19]
20. „ 1 D 904/36: 1792[28]
20. „ 1 D 200/37: 1802[52]
*22. „ 2 D 10/37: 1808[62]
22. „ 2 D 164/37: 1781[11]
22. „ 5 D 1001/36: 1836[124]
*22. „ 5 D 130/37: 1796[36]
23. „ 1 D 211/37: 1797[38]
23. „ 1 D 227/37: 1811[65]

*23. April: 4 D 228/37: 1800[49]
*23. " 4 D 235/37: 1798[43]
*26. " 2 D 846/36: 1813[76]
26. " 2 D 201/37: 1792[29]
26. " 3 D 187/37: 1811[67]
*26. " 5 D 264/37: 1836[129]
27. " 1 D 120/37: 1819[34]
27. " 4 D 762/36: 1797[39]
29. " 3 D 255/37: 1798[42]
*29. " 3 D 268/37: 1807[60]
3. Mai: 2 D 147/37: 1833[116]
3. " 3 D 245/37: 1821[87]
3. " 3 D 274/37: 1834[120]
3. " 5 D 288/37: 1781[10]
4. " 4 D 877/36: 1811[63]
4. " 4 D 297/37: 1799[47]
5. " 2 D 239/37: 1826[97]
7. " 1 D 243/37: 1794[33]
7. " 4 D 331/37: 1809[63]
13. " 3 D 306/37: 1822[89]
13. " 3 D 308/37: 1792[30]
*13. " 3 D 309/37: 1799[46]
24. " 2 D 240/37: 1819[83]
*28. " 1 D 1075/36: 1794[34]
31. " 5 D 243/37: 1782[12]
*3. Juni: 3 D 260/37: 1812[68]

B. Reichserbhofgericht

1936

16. Okt.: 2 RB 738/34: 1574[32]
10. Nov.: 2 RB 1302/35: 1571[29]
10. Dez.: 3 RB 1016/35: 1581[37]
10. " 3 RB 1761/35: 1576[34]
10. " 3 RB 2390/35: 1580[36]
10. " 3 RB 408/36: 1577[35]
17. " 3 RB 505/36: 1575[33]
17. " 2 RB 832/34: 1569[28]
17. " 2 RB 633/35: 1568[27]
22. " 2 RB 1075/35: 1573[30]
" 2 RB 753/35: 1573[31]

1937

*20. Jan.: 3 RB 236/35: 2146[50]
*26. " 2 RB 36/35: 2151[55]
*26. " 2 RB 2464/35: 2140[43]
*28. " 1 RB 1116/35: 2147[51]
*12. Febr.: 2 RB 389/35: 2143[46]
*12. " 2 RB 1406/35: 2145[49]
*12. " 2 RB 2126/35: 2142[44]
*18. " 2 RB 2053/35: 2145[48]
*5. März: 2 RB 1608/35: 2149[53]
*22. " 2 RB 434/35: 2147[52]
*22. " 2 RB 2433/35: 2139[40]
*24. " 3 RB 1207/35: 2150[54]
*24. " 3 RB 386/36: 2153[56]
*3. April: 1 RB 1187/36: 2158[62]
*15. " 2 RB 1046/35: 2143[45]
*22. " 2 RB 1041/35: 2156[59]
*22. " 2 RB 2271/35: 2140[42]
*3. Mai: 2 RB 543/35: 2157[61]
*3. " 2 RB 1895/35: 2139[41]
*4. " 1 RB 2297/35: 2155[58]
*4. " 1 RB 2569/35: 2154[57]
*5. " 2 RB 1869/35: 2144[47]
*19. " 1 RB 824/36: 2157[60]

C. Erbhofgerichte

1936

14. Okt.: We 362/35 Nürnberg: 1586[43]
4. Nov.: We 187/36 Nürnberg: 1582[38]

1937

15. Jan.: 4 We 272/36 Celle: 1583[40]
21. " 2 (6) We 1511/36 Celle: 1582[39]
4. Febr.: 3 (5) We 1036/36 Celle: 1584[41]
17. " 3 We 1072/36 Celle: 1586[44]
25. " 5 We 56/37 Celle: 1585[42]
30. April: We 6/37 Zweibrücken: 2159[63]

D. Erbgesundheitsobergerichte

1936

23. Okt.: Wg 277/36 Naumburg: 2054[34]
12. Nov.: Wg 1032/36 Hamm: 2063[51]
10. Dez.: 1 Wg 857/36 Berlin: 2063[52]

1937

3. Febr.: Wg 1474/36 Hamm: 2062[50]
3. " Wg 1630/36 Hamm: 2062[49]
4. " Wg 1063/36 Berlin: 2060[45]
8. " Wg 683/36 Berlin: 2051[26]
15. " Wg 121/37 Berlin: 2064[54]
27. " Wg 1114/36 Berlin: 2055[36]
5. März: Wg 135/36 Oldenburg: 2059[42]
10. " Wg 792/36 Berlin: 2053[31]
10. " Wg 1166/36 Berlin: 2068[59]
19. " 1 Wg 905/36 Naumburg: 2061[48]
19. " Wg 184/37 Jena: 2060[46]
31. " Wg 1140/37 Berlin: 2054[35]
5. April: Wg 2/37 Darmstadt: 2066[56]
10. " Wg 764/36 Berlin: 2052[30]
14. " Wg 464/36 Jena: 2060[44]
14. " Wg 236/37 Jena: 2061[47]
16. " Wg 232/37 Jena: 2058[40]
24. " Wg 788/37 Berlin: 2052[29]
26. " Wg 363/37 Berlin: 2065[55]
28. " WG ER 3/37 Jena: 2067[57]
29. " Wg 191/37 Berlin: 2059[43]
5. Mai: Wg 906/35 Berlin: 2055[37]
5. " Wg 736/36 Berlin: 2052[23]
7. " Wg 787/36 Berlin: 2064[53]
12. " Wg 547/36 Jena: 2057[39]
12. " Wg 9/37 Jena: 2068[60]
26. " Wg 169/37 Jena: 2053[32]
26. " Wg 388/37 Jena: 2053[33]
2. Juni: Wg 442/36 Jena: 2056[38]
9. " Wg 533/36 Jena: 2051[27]
9. " Wg 432/37 Berlin: 2051[25]
23. " Wg 682/36 Jena: 2058[41]
28. " Wg 331/37 Berlin: 2051[24]

E. Erbgesundheitsobergericht Danzig

1936

19. Febr.: 2 WE 78/35: 2069[61]

F. Erbgesundheitsgerichte

1937

10. April: XIV 15/36 Frankenthal: 2067[58]

G. Oberlandesgerichte

a) Zivilsachen

1935

6. Nov.: 5 II 73/35 Stuttgart: 1511[20]

1936

27. Mai: 1 U 15/36 Kassel: 1642[12]
10. Juli: 4 U 1849/35 Breslau: 1260[28]
7. Okt.: 17 U 3039/36 KG.: 1260[27]
12. " 1 U 76/36 Zweibrücken: 1265[31]
20. Nov.: 4 W 165/36 Frankfurt a. M.: 2129[35]
24. " Wx 147/36 München: 1268[33]
25. " 5 U 245/36 Hamburg: 1251[17]
30. " 13 U 742/36 KG.: 1973[9]
10. Dez.: 5 U 174/36 Hamm: 2133[37]
14. " 13 U 7733/34: 1325[18]
16. " 17 U 5370/36 KG.: 1254[20]
18. " 1 a Wx 2004/36 KG.: 1267[32]
21. " 13 U 3032/35 KG.: 1979[13]
21. " 13 U 4371/35 KG.: 2039[9]
22. " 13 U 6867/36 KG.: 1974[10]
23. " 1 W 386/36 Düsseldorf: 1435[46]
23. " 1 Wx 618/36 KG.: 1410[7]
23. " 30 U 5488/36 KG.: 2040[12]
23. " 6 U 186/36 Naumburg: 1258[25]

1937

6. Jan.: 5 U 257/36 Hamburg: 1441[55]
7. " 1 Gen IV 236/5 KG.: 1162[24]
7. " 9 U 5742/36 KG.: 1256[23]
11. " 3 U 209/36 Hamm: 1263[30] 1512[21]
14. " 1 Wx 605/36 KG.: 1161[23]
14. " 9 U 6126/36 KG.: 1270[34]
14. " 27 U 5888/36 KG.: 1411[8]
14. " 9 U 2/37 Köln: 1438[52]
15. " 1 a Wx 2100/36 KG.: 1551[11]
19. " 8 U 6152/36 KG.: 1255[22]
21. " 9 U 6382/36 KG.: 1253[19]
20. " 2 U 131/36 Jena: 1432[37]
20. " 9 U 301/36 Köln: 1418[12]
22. " 4 W 26/36 Darmstadt: 1424[27]
22. " 1 U 175/36 Jena: 1659[26]
25. " 7 U 5378/36 KG.: 1631[3]
26. " 2 W 429/37 KG.: 1446[64]
27. " 3 W 5/37 Braunschweig: 1420[19]
28. " 3 U 210/36 Köln-Saarlautern: 1780[8]
29. " 11 W 436/37 KG.: 1253[18]
3. Febr.: 17 U 6341/36 KG.: 1255[21]
4. " 4 U 344/36 Hamburg: 1635[6]
4. " 1 Wx 716/36 KG.: 1728[25]
9. " 1 U 199/36 Zweibrücken: 1434[42]
10. " 17 Y 1/37 KG.: 1259[26]
10. " 6 U 206/36 Naumburg: 1740[39]
11. " 1 Wx 639/36 KG.: 1549[9]
11. " 1 Wx 718/36 KG.: 1739[38]
11. " 1 Wx 44/37 KG.: 1553[14]
11. " 1 Wx 52/37 KG.: 1734[31]
12. " 1 a Wx 2152/36 KG.: 1552[13]
12. " 8 W 7016/36 KG.: 1446[63]
12. " 1 a Wx 47/37 KG.: 2205[19]
12. " 1 a Wx 118/37 KG.: 1551[12]
12. " 1 W 29/37 Zweibrücken: 1433[38]
15. " 13 U 222/37 KG.: 1430[34]
15. " 2 a W 10/37 Kiel: 1655[20]
16. " 7 U 205/36 Naumburg: 1775[6]
17. " 1 U 156/36 Hamburg: 1434[43]
17. " 6 U 362/36 Hamburg: 1731[28]
18. " 1 Wx 699/36 KG.: 2045[17]
18. " 1 Wx 8/37 KG.: 1512[22]
18. " 1 Wx 18/37 KG.: 1735[32]
18. " 1 Wx 73/37 KG.: 1733[30]
18. " Wx 55/37 München: 1732[29]
19. " 2 U 181/36 Marienwerder: 2126[33]
23. " 1 Ws 57/37 KG.: 1422[22]
23. " 8 W 6500/36 KG.: 1428[31]
24. " 20 U 6205/36 KG.: 1405[4]
25. " 1 Wx 703/36 KG.: 1730[27]
25. " 1 Wx 705/36 KG.: 1744[44]
25. " 1 Wx 726/36 KG.: 1743[43]
25. " 1 Wx 1/37 KG.: 1553[15]
25. " 1 Wx 64/37 KG.: 1560[20]
26. " 3 W 14/37 Braunschweig: 1420[17]
26. " 1 b Wx 33/37 KG.: 1745[47]
26. " II U 176/36 Marienwerder: 1972[8]
26. " Wx 464/36 München: 1635[7]
27. " 12 W 6914/36 KG.: 1509[19]
1. März: 8 W 296/37 KG.: 1445[60]
1. " 13 U 1280/37 KG.: 1324[17]
2. " 4 U 1784/36 Breslau: 1773[5]
3. " 1 W 52/37 Nürnberg: 1419[16]
4. " 3 U 7/37 Frankfurt a. M.: 1261[29]
4. " 1 Wx 6/37 KG.: 1735[33]
4. " 1 Wx 40/37 KG.: 1401[2]
5. " 1 W 52/37 Düsseldorf: 1671[42]
5. " 227 T 2214/37 Berlin: 1426[29]
5. " Wx 266/36 München: 2043[15]
8. " 13 UH 242/36 KG.: 1727[24]
10. " 1 W 63/37 Hamburg: 1429[33]
10. " 5 U 344/36 Hamburg: 1970[6]
10. " 1 U 60/36 Kassel: 1651[18]
10. " 1 U 3/37 Kassel: 1770[2]
10. " Wx 99/37 München: 2043[14]
11. " 1 Wx 28/37 KG.: 1636[8]
11. " 1 Wx 36/37 KG.: 1742[42]
11. " 1 Wx 74/37 KG.: 1745[48]
11. " 9 U 278/35 Köln: 1257[24]
12. " 1 a Wx 221/37 KG.: 2207[21]
16. " 8 W 2674/36 KG.: 2097[1]

16. März: 8 W 1024/37 KG.: 1445[62]
16. „ 7 W 32/37 Naumburg: 1658[25]
17. „ 1 W 38/37 Hamburg: 1447[66]
17. „ 24 W 521/522/37 KG.: 1446[65]
18. „ 1 Wx 75/37 KG.: 2199[13]
18. „ 1 Wx 127/37 KG.: 1738[36]
18. „ 2 U 252/36 Kassel: 1417[11]
19. „ 1 a Wx 263/37 KG.: 2204[18]
20. „ 17 U 1515/37 KG.: 2108[13]
22. „ 13 W 1464/37 KG.: 1979[12]
25. „ 1 Wx 56/37 KG.: 2035[3]
25. „ 1 Wx 61/37 KG.: 2120[23]
25. „ 1 Wx 78/37 KG.: 2118[21]
25. „ 1 Wx 129/37 KG.: 1561[21]
31. „ 3 U 96/36 Braunschweig: 1438[50]
2. April: 1 a Wx 238/37 KG.: 2198[12]
2. „ 20 W 1566/37 KG.: 1660[27]
3. „ 20 W 1590/37 KG.: 1425[28]
6. „ 7 U 8/37 Naumburg: 1772[3]
6. „ 7 U 22/37 Naumburg: 1773[4]
7. „ 17 U 5854/36: 2107[12]
8. „ 1 Wx 57/37 KG.: 2128[34]
8. „ 1 Wx 66/37 KG.: 1985[15]
8. „ 1 Wx 68/37 KG.: 2100[5]
8. „ 1 Wx 145/37 KG.: 2115[18]
9. „ 11 U 2/37 Dresden: 1430[55]
9. „ 1 a Wx 346/37 KG.: 2197[11]
9. „ W 30/37 Oldenburg: 2221[38]
10. „ 20 Wa 66/37 KG.: 1427[30]
10. „ 20 W 1791/37 KG.: 1421[20]
10. „ 20 W 1838/37 KG.: 1662[28]
12. „ 1 W 93/37 Zweibrücken: 1655[21]
13. „ 1 W 75/37 Zweibrücken: 1746[49]
14. „ 17 U 7441/36 KG.: 2104[9]
14. „ 17 W 1666/37 KG.: 2216[30]
14. „ 17 W 1918/37 KG.: 2135[38]
14. „ 4 U 30/37 Stettin: 2211[25]
15. „ 1 Wx 102/37 KG.: 2187[2]
15. „ 1 Wx 159/37 KG.: 1992[19]
15. „ 8 W 1667/37 KG.: 2232[59]
15. „ 17 Y 2/37 KG.: 1564[24]
16. „ 4 U 167/36 Celle: 2116[19]
16. „ 1 W 122/37 Düsseldorf: 1657[24]
16. „ 1 a Wx 357/37 KG.: 2206[20]
16. „ 8 W 1925/37 KG.: 2233[62]
17. „ 20 W 1777/37 KG.: 2219[34]
17. „ 20 W 1849/37 KG.: 1653[19]
17. „ 20 W 1895/37 KG.: 1670[39]
20. „ 1 Ws 156/37 KG.: 1422[21]
21. „ 1 W 131/37 Düsseldorf: 1424[26]
22. „ 1 Wx 113/37 KG.: 2203[16]
22. „ 8 W 1690/37 KG.: 2229[51]
23. „ 3 W 46/37 Köln: 1419[15]
23. „ 1 W 97/37 Zweibrücken: 2242[77]
24. „ 20 Wa 76/37 KG.: 1670[38]
24. „ 20 Wa 77/37 KG.: 2135[39]
24. „ 20 W 984/37 KG.: 1435[45]
24. „ 20 W 1867/37 KG.: 1422[23]
24. „ 20 W 2073/37 KG.: 2237[67]
27. „ 8 W 1412/37 KG.: 2231[57]
28. „ 1 W 143/37 Düsseldorf: 1447[67]
28. „ 1 W 144/37 Düsseldorf: 1424[25]
29. „ 1 Wx 114/37 KG.: 2207[22]
30. „ 227 T 3740/37 Berlin: 2216[31]
30. „ 8 W 1577/37 KG.: 1669[36]
30. „ 20 Wa 88/37 KG.: 1671[41]
30. „ 20 W 2115/37 KG.: 2004[33]
30. „ 20 W 2122/37 KG.: 1656[22]
30. „ 20 W 2165/37 KG.: 1423[24]
3. Mai: 1 a Gen IV 1 37/63 KG.: 2203[17]
4. „ 13 W 2009/37 KG.: 1977[11]
5. „ 1 Wx 144/37 KG.: 2125[32]
5. „ 1 Wx 157/37 KG.: 2200[14]
7. „ 1 W 152/37 Düsseldorf: 1650[16]
7. „ 1 a Wx 503/37 KG.: 2042[13]
7. „ 1 W 78/37 Kassel: 2004[32]
8. „ 17 U 1034/37 KG.: 1545[3]
14. „ 20 W 2423/37 KG.: 2004[34]
14. „ 7 W 116/37 Köln: 2003[31]
19. „ 20 Wa 97/37 KG. 2248[85]
20. „ 2 U 114/36 Kassel: 2038[7]
22. „ 20 W 2530/37 KG.: 2005[36]
24. „ 13 W 2624/37 KG.: 2239[72]
27. Mai: 1 Wx 167/37 KG.: 2121[26]
27. „ 1 Wx 173/37 KG.: 2045[16]
27. „ 1 Wx 182/37 KG.: 2098[2]
28. „ 1 W 423/37 Jena: 2236[66]
28. „ 1 a Wx 573/37 KG.: 2119[22]
29. „ 20 W 2663/37 KG.: 2241[76]
29. „ 20 W 2721/37 KG.: 2243[78]
2. Juni: 20 W 2742/37 KG.: 2240[74]
3. „ 1 Wx 179/37 KG.: 2035[2]
3. „ 1 Wx 221/37 KG.: 2121[24]
3. „ 1 Wx 233/37 KG.: 2233[60]
4. „ 20 W 6691/37 KG.: 2233[63]
5. „ 3 W 58/37 Braunschweig: 2245[80]
8. „ 7 AR II 47/37 Köln: 2238[68]
8. „ 7 AR II 48/37 Köln: 2239[71]
11. „ 1 W 196/37 Düsseldorf: 2238[69]
12. „ 20 W 2930/37 KG.: 2217[32]
15. „ 7 U 76/37 Naumburg: 2122[29]
15. „ 8 W 2706/37 KG.: 2216[29]
16. „ 1 W 201/37 Düsseldorf: 2239[70]
16. „ 20 W 2564/37 KG.: 2220[36]
19. „ 20 W 3066/37 KG.: 2244[79]
19. „ 20 W 3118/37 KG.: 2240[75]
22. „ 20 W 2585/37 KG.: 2218[33]
28. „ 20 W 3226/37 KG.: 2247[83]

b) Strafsachen

1936

3. Dez.: SSs 12/36 Saarlautern: 1164[26]
9. „ Ss 166/36 Naumburg: 1343[53]
23. „ 6 Ss 221/36 Dresden: 1354[67]
24. „ Ws 71/36 Braunschweig: 1357[76]

1937

8. Jan.: 1 Ss 307/36 KG.: 1357[75]
14. „ 2 Ss 137/36 München: 1805[58]
15. „ 1 Ss 294/36 KG.: 1832[111]
15. „ 1 Ss 297/36 KG.: 1361[86]
15. „ 1 Ss 310/36 KG.: 1354[65]
16. „ 2 Ss 133/36 KG.: 1835[122]
22. „ 1 Ss 328/36 KG.: 1342[50]
22. „ 1 Ss 332/36 KG.: 1356[69]
29. „ 6 Ss 247/36 Dresden: 1835[123]
3. Febr.: 2 Ss 3/37 KG.: 1332[31]
3. „ 2 Ss 4/37 KG.: 1338[41]
5. „ 1 Ss 1/37 KG.: 1818[81]
5. „ 1 Ss 10/37 KG.: 1826[99]
9. u. 23. „ 1 Ss 13/37 KG.: 1356[70]
11. „ 6 Ss 281/36 Dresden: 1355[68]
12. „ 6 Ss 263/36 Dresden: 1358[80]
12. „ 1 Ss 325/36 KG.: 1813[73]
12. „ 1 Ss 16/37 KG.: 1816[79]
12. „ 1 Ss 17/37 KG.: 1813[71]
12. „ 1 Ss 19/37 KG.: 1816[78]
12. „ 1 Ws 29/37 KG.: 1836[125]
15. „ Ss 1/37 Hamburg: 1356[72]
19. „ Ss 21/37 Jena: 1837[131]
23. „ 1 Ss 15/37 KG.: 1342[51]
24. „ Ss 11/37 Naumburg: 1345[54]
26. „ 1 Ss 32/37 KG.: 1838[132]
2. März: 1 Ss 40/37 KG.: 1343[52]
5. „ Ss 27/37 Jena: 1832[112]
5. „ 1 Ss 36/37 KG.: 1826[100]
5. „ 1 Ss 39/37 KG.: 1822[91]
9. „ 1 Ss 51/37 KG.: 1354[66]
16. „ 1 Ss 52/37 KG.: 1360[84]
19. „ Ss 34/37 Jena: 1812[69]
19. „ 1 Ss 59/37 KG.: 1824[93]
19. „ 1 Ss 61/37 KG.: 1813[74]
6. April: 1 Ws 107/37 KG.: 1839[135]
6. „ 1 Ws 112/37: 1360[85]
9. „ 1 Ss 66/37 KG.: 1813[72]
9. „ 1 Ws 87/37 KG.: 1839[134]
16. „ 1 Ss 65/37 KG.: 1833[113]
16. „ 1 Ss 67/37 KG.: 1833[114]
16. „ 1 Ss 77/37 KG.: 1831[107]
23. „ 1 Ss 83/37 KG.: 1812[70]
30. „ 1 Ss 93/37 KG.: 1818[82]
4. Mai: 1 Ss 97/37 KG.: 1826[98]

H. Landgerichte

a) Zivilsachen

1936

29. Juli: 209 T 8150/36 Berlin: 1166[29]
29. Aug.: 205 T 9378/36 Berlin: 1436[48]
2. Okt.: 1 S 175/36 Dortmund: 1309[9]
6. „ 7 S 16/36 Plauen: 1412[9]
24. „ 1 O 38/36 Tübingen: 1544[2]
24. Nov.: 7 T 960/36 u. 971/36 Altona: 1166[27]
25. „ 209 T 11812/36 Berlin: 1445[61]
7. Dez.: 1 O 71/36 Rudolstadt: 1546[4]
22. „ 7 T 1075/36 Altona: 1418[14]

1937

9. Jan.: 241 R 233/36 Berlin: 1307[6]
9. „ 4 T 640/36 Guben: 1566[26]
11. „ 1 R 63/36 Rudolstadt: 1308[7]
13. „ 209 T 6/37 Berlin: 1443[58]
18. „ 5 S 112/36 Hamburg: 1996[24]
22. „ 7 T 49/37 Altona: 1670[37]
27. „ 7 T 1054/36 Altona: 1669[35]
8. Febr.: 2 R 278/36 Erfurt: 1442[56]
16. „ 264 O 341/36 Berlin: 1442[57]
17. „ 209 T 14587/36 Berlin: 1166[28]
23. „ 1 T 637/36 Hamburg: 1730[26]
24. „ 3 T 75/37 Schneidemühl: 1562[22]
3. März: 2 T 49/37 Hagen: 1656[23]
4. „ 221 Q 9/37 Berlin: 1737[35]
5. „ 408 T 1732/37 Berlin: 1271[35]
8. „ 18 T 250/37 Dresden: 1650[17]
9. „ 3 R 239/36 Duisburg: 1971[7]
10. „ 2 S 2/37 Hamburg: 1166[30]
12. „ 227 T 2097/37 Berlin: 2219[35]
12. „ 408 T 2248/37 Berlin: 1272[36]
13. „ 1 T 53/37 Hamburg: 1742[40]
13. „ 1 T 54/37 Hamburg: 2122[28]
13. „ 1 T 98/37 Hamburg: 1745[45]
15. „ 7 T 124/37 Altona: 1436[47]
19. „ 227 T 2622/37 Berlin: 2005[35]
1. April: 203 T 2647/37/244 Berlin: 2047[19]
1. „ 18 T 339/37 Dresden: 2230[53]
2. „ 6 T 130/37 Saarbrücken: 2125[31]
9. „ 5 T 146/37 Bonn: 2121[27]
9. „ 5b T 54/37 Wiesbaden: 1745[46]
13. „ 408 T 3464/37 Berlin: 1739[37]
16. „ 408 T 3346/37 Berlin: 2211[24]
23. „ 227 T 3870/37 Berlin: 1746[50]
28. „ 282 S 1015/37 Berlin: 1640[11]
28. „ 1 S 51/37 Prenzlau: 2196[9]
14. Mai: 408 T 3158/37 Berlin: 1991[18]
20. „ 281 S 1484/37 Berlin: 2002[30]
25. „ 408 T 4772/37 Berlin: 2230[52]
28. „ 257 T 5037/37 Berlin: 2232[58]
4. Juni: 5b T 273/37 Münster i. W.: 2215[28]
10. „ 1 S 15/37 Hamburg: 2245[81]
11. „ 257 T 5325/37 Berlin: 2233[61]
14. „ 5 R 81/37 Hamburg: 2197[10]
14. „ 3 T 345/37 Schneidemühl: 2240[73]
7. Juli: 2 T 122/37 Hamburg: 2246[82]

b) Strafsachen

1936

31. Dez.: 7 M 63/36 Aachen: 1345[55]

1937

13. Jan.: 1 Ls N 24/36 Stolp (Pomm.): 1167[32]
29. „ R Ls 6/37 Ulm: 1800[50]
9. März: 3 Ns 2/37 Chemnitz: 1167[31]

J. Schöffengerichte

1937

9. März: 7 Ms 12/37 Kassel: 1829[104]

K. Amtsgerichte

a) Zivilsachen

1937

6. Jan.: 61 M 4177/36 Schöneberg: 2231[55]
19. „ 5 VII R 191 Lübben: 1564[25]
27. „ UR II 14/36 Nürnberg: 1742[41]
12. Febr.: 309 M 3947/36 Berlin: 1274[38]
9. März: M 149/37 Eßlingen: 2231[56]
15. „ 308 M 456/37 Berlin: 1274[37]
8. April: 11 C 61/37 Münster i. W.: 1737[34]
19. „ 252 C 245/37 Berlin: 1418[13]
26. Juni: 309 M 1268/37 Berlin: 2006[37]

b) Strafsachen

1937

19. Jan.: 13 Ds 39/36 Bautzen: 1838[133]
26. „ Ds 41 a—c/36 Traunstein: 1801[51]
9. Febr.: 3 Ds 2/37 Mücheln (Geiseltal): 1802[53]
25. März: C 36/36 Saalfeld-Leutenberg: 1821[88]
19. Mai: 7 Cs 495/37 München: 1790[25]

L. Arbeitsgerichte

a) Reichsarbeitsgericht

1936

*30. Sept.: RAG 26/36: 1171[38]
*11. Nov.: RAG 150/36: 1179[51]
*21. „ RAG 162/36: 1182[55]
*25. „ RAG 144/36: 1169[35]
*25. „ RAG 152/36: 1182[53]
*25. „ RAG 1571/36: 1176[47]
*2. Dez.: RAG 130/36: 1173[41]
*2. „ RAG 172/36: 1181[52]
*9. „ RAG 1471/36: 1185[59]
*9. „ RAG 156/36: 1179[50]
9. „ RAG 165/36: 1175[45]
9. „ RAG 170/36: 1169[36]
*16. „ RAG 171/36: 1183[56]
*19. „ RAG 105/36: 1182[54]
*19. „ RAG 161/36: 1175[44]
*19. „ RAG 166/36: 1172[39]

1937

9. Jan.: RAG 199/36: 1174[43]
9. „ RAG 207/36: 1173[42]
*16. „ RAG 184/36: 1184[58]
16. „ RAG 203/36: 1172[40]
20. „ RAG 174/36: 1176[46]
*20. „ RAG 219/36: 1170[37]
*27. „ RAG 195/36: 1177[48]
*27. „ RAG 213/36: 1184[57]
27. „ RAG 255/36: 1168[34]
6. Febr.: RAG 186/36 Köln: 2069[62]
6. „ RAG 222/36 Köln: 2070[65]
*10. „ RAG 192/36: 1168[33]
*20. „ RAG 191/36: 1178[49]
*20. „ RAG 236/36: 1747[51]
*20. „ RAG 250/36: 2072[67]
*24. „ RAG 193/36: 1747[52]
*10. März: RAG 243/36: 2071[66]
*13. „ RAG 254/36 Köln: 2070[64]
*20. „ RAG 246/36 Hannover: 2070[63]

b) Landesarbeitsgerichte

1936

12. März: 13 Sa 25/36 Duisburg: 1188[63]
16. Okt.: Sa 25/36 Koblenz: 1189[65]
27. Nov.: Sa 49/36 Bremen: 1186[61]
18. Dez.: 12 Sa 127/36 Dortmund: 1187[62]

1937

2. Febr.: 102 Ta 6/37 Berlin: 1186[60]
4. „ 9 Ta 1/37 Gleiwitz: 1189[64]

c) Arbeitsgerichte

1936

11. Aug.: 2 Ca 173/36 Hindenburg: 1192[70]
26. Okt.: 2 Ca 415/36 Duisburg: 1190[66]

1937

18. Jan.: 2 Ca 486/36 Duisburg: 1191[67]
30. „ 2 Ca 258/36 Hindenburg: 1191[68]
10. März: 2 Ca 270/36 Hindenburg: 1192[69]

M. Verwaltungsgerichte und Verwaltungsbehörden

a) Reichsbehörden

Reichsfinanzhof

1936

*21. Okt.: VI A 30/36: 1275[40]
*11. Nov.: VI A 579/36: 1279[43]
*10. Dez.: III cA 74/36 S: 1286[51]
*12. „ V A 404/36 S: 2008[41]
*16. „ VI A 725/36: 1279[42]
*19. „ GrSD 10/36 S: 1286[52]
*21. „ V A 563/36 S: 2008[42]
*23. „ VI A 890/36: 1925[30]

1937

8. Jan.: II A 126/36: 1283[49]
*8. „ III A 187/36 S: 1364[92]
*8. „ III A 192/36 S: 1752[56]
8. „ III A 218/36 U: 1278[41]
*8. „ III A 220/36 S: 1364[93]
*8. „ V A 104/36 S: 1285[50]
*8. „ V A 565/36 S: 1362[91]
*21. „ III A 208/36 S: 1361[88]
*22. „ V A 497/36 S: 1362[89]
*22. „ V A 550/36 S: 2008[43]
*19. „ I A 296/36: 1751[55]
*26. „ I A 111/36: 1281[47]
*27. „ IV A 164/36 S: 1926[32]
28. „ VI A 554/36: 1751[54]
*29. „ II A 227/36 S: 1282[48]
29. „ V A 302/36 U: 1275[39]
*3. Febr.: VI A 80/37: 1279[44]
*4. „ III A 212/36 S: 1361[89]
*11. „ III A 19/37 S: 1924[29]
*12. „ V A 592/36 S: 2008[44]
*16. „ VI A 14/37: 1280[46]
*26. „ V A 453/36 S: 2008[45]
*26. „ V A 22/37 S: 2008[46]
*2. März: I 305/36: 1279[45]
*2. „ I A 314/36: 1361[87]
*9. „ I A 236/36: 2008[39]
*15. März: V A 374/36 S: 2008[47]
*16. „ I A 383/36: 2008[40]
*19. „ V A 62/37 S: 1925[31]
*9. April: III e A 32/36 S: 2160[64]
10. „ Gr SD 1/37 Gutachten: 1748[53]
*13. „ I A 211/36: 2007[38]

Reichsversicherungsamt

1936

4. Nov. II K 75/36 BS: 1365[94]
7. „ II a K 154/35[1]: 1366[95]
21. Dez.: II a 1286/36[2]: 1672[47]

1937

13. Jan.: II K 97/36 BS: 1672[44]
20. „ II a K 29/36[1]: 1672[45]
20. „ II a 1767/36[10]: 1672[46]
3. Febr.: II a K 73/36[1]: 1672[43]
18. März: II a KE 37/36[1]: 1839[137]
18. „ II a KE 91/36[1]: 1839[136]
20. Mai: II[1] 2266 a 1/36—977: 2162[67]
25. „ II a K 141/36[1]: 2162[65]
28. „ II a 2710/36[3]: 2162[66]

b) Landesbehörden

Preußisches Oberverwaltungsgericht

1936

29. Okt.: IV b 133/35: 1845[139]
26. Nov.: IV b 132/35: 1589[46]
3. Dez.: kein AktZ.: 1592[47]
17. „ IV C 85/35: 2163[68]
17. „ IV C 107/36: 1366[96]
21. „ IV C 12/36: 1587[45]

1937

28. Jan.: IV C 131/36: 2168[70]
11. Febr.: III C 241/36: 2166[69]
22. April: IV C 30/37: 1839[138]

Sächsisches Oberverwaltungsgericht

1936

4. Dez.: 101 I 35: 1368[97]

1937

19. Febr.: 192 I 36: 1672[48]

Hamburger Oberverwaltungsgericht

1937

9. Juni: V G 175/36: 1847[140]

N. Ausländische Gerichte

Bundesgericht Zürich

1936

23. Sept.: 1. ZivAbt., aus Entsch. Bundesgericht 62 II 317 ff.: 1927[33]

Bezirksgericht Zürich

1937

2. Febr.: kein AktZ.: 1592[48]

VIII.
Fundstellenverzeichnis der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Band 153

RGZ. 153, 1: 14. Nov. 1936, I 124/36, Schallplatten und Rundfunk: **JW. 1937, 690** [8]

RGZ. 153, 29: 30. Okt. 1936, IV 126/36, Nießbrauch an einem Vermögen, Vermögensteuer: **JW. 1937, 462** [5] (m. Anm. Boesebeck)

RGZ. 153, 38: 4. Jan. 1937, VI 274/36, Berufsgenossenschaft. Forderungsübergang: **JW. 1937, 745** [8] (m. Anm. Kersting)

RGZ. 153, 47: 4. Nov. 1936, I 15/36, Patentbeschränkung: **JW. 1937, 309** [9]

RGZ. 153, 52: 6. Nov. 1936, II 69/36, Schuldverschreibungsbesitzer. Versammlungsbeschlüsse: **JW. 1937, 537** [4]

RGZ. 153, 57: 10. Nov. 1936, II 57/36, Prozeßgebühr: **JW. 1937, 625** [12] (m. Anm. Eulemann)

RGZ. 153, 59: 12. Nov. 1936, IV 202/36, Formmangel. Arglisteinrede: **JW. 1937, 1057** [4]

RGZ. 153, 62: 20. Nov. 1936, VII 111/36, Versicherungsbedingungen. Auslegung: **JW. 1937, 673** [1] (m. Anm. Prölß)

RGZ. 153, 65: 10. Nov. 1936, VII 97/36, Anfechtung eines Prozeßvergleichs: **JW. 1937, 544** [13] (m. Anm. Jonas)

RGZ. 153, 71: 2. Dez. 1936, I 332/35, Bearbeitung älterer Volksliedmelodien: **JW. 1937, 933** [9] (Rechtssatz)

RGZ. 153, 78: 3. Dez. 1936, IV 220/36, Eheanfechtung. Erbkrankheit: **JW. 1937, 616** [6] (m. Anm. Maßfeller)

RGZ. 153, 85: 8. Dez. 1936, VII 116/36, Osthilfeverfahren. Entschuldungsplan: **JW. 1937, 934** [10] (m. Anm. Vogels)

RGZ. 153, 93: 17. Dez. 1936, IV B 58/36, Beschwerderecht in Vormundschaftssachen. Blutprobe: **JW. 1937, 623** [11] (m. Anm. Roquette)

RGZ. 153, 101: 1. Dez. 1936, III 271/35, Anschlußberufung. Verjährung: **JW. 1937, 815** [9]

RGZ. 153, 113: 5. Dez. 1936, I 67/36, Ursächlicher Zusammenhang: **JW. 1937, 877** [4] (m. Anm. Naumann)

RGZ. 153, 123: 17. Dez. 1936, VI 257/36, Zeitbürgschaft. Gesetzliche Stundung: **JW. 1937, 676** [3] (m. Anm. Weimar)

RGZ. 153, 129: 8. Dez. 1936, III 74/36, Beamtenrechts-Änderungsgesetz: **JW. 1937, 935** [11]

RGZ. 153, 135: 11. Dez. 1936, VII 172/36, Einbruchsdiebstahlversicherung. Beweislast: **JW. 1937, 880** [5] (m. Anm. Prölß)

RGZ. 153, 139: 15. Dez. 1936, II 70/36, Rabattgesetz. Konsumverein: **JW. 1937, 931** [8] (m. Anm. Eulemann)

RGZ. 153, 147, 8. Dez. 1936, III 44/36, Haftpflichtversicherung: **JW. 1937, 874** [2] (m. Anm. Kersting)

RGZ. 153, 153: 18. Dez. 1936, V 60/36, Notarshaftung: **JW. 1937, 873** [1]

RGZ. 153, 162: 8. Dez. 1936, III 322/35, Kommunalbeamte. Vorbescheid. Entlastung: **JW. 1937, 939** [13]

RGZ. 153, 167: 18. Dez. 1936, V 190/36, Vorläufige Eigentümergrundschuld. Übergang in Gläubigerhypothek: **JW. 1937, 615** [4] (m. Anm. Boesebeck)

RGZ. 153, 171: 19. Dez. 1936, I 99/36, Zinsanspruch. Schiffszusammenstoß: **JW. 1937, 931** [7]

RGZ. 153, 174: 19. Dez. 1936, I 62/36, Neuheitschädliche Patentbenutzung: **JW. 1937, 1149** [8]

RGZ. 153, 176: 21. Dez. 1936, IV 241/36, Anerbenordnung: **JW. 1937, 698** [9] (m. Anm. Vogels)

RGZ. 153, 179: 22. Dez. 1936, VII 137/36, Kundenwechsel und Kaufpreisforderung im Vergleichsverfahren: **JW. 1937, 1649** [15]

RGZ. 153, 184: 8. Jan. 1937, VII 192/36, Rückversicherung. Konkursvorrecht: **JW. 1937, 1493** [13] (m. Anm. Kersting)

RGZ. 153, 193: 22. Dez. 1936, VII 178/36, Schiedsrichter oder Schiedsgutachter: **JW. 1937, 531** [1] (m. Anm. Jonas)

RGZ. 153, 197: 4. Jan. 1937, I 127/36, Börsentermingeschäft. Sicherheitsleistung: **JW. 1937, 743** [6]

RGZ. 153, 200: 5. Jan. 1937, VII 138/36, Pfändungspfandgläubiger. Auslandskonkurs. Schadensersatz: **JW. 1937, 1507** [19] (m. Anm. Bley)

RGZ. 153, 210: 8. Jan. 1937, VII 177/36, Rechtsnachfolge bei der Feststellungsklage: **JW. 1937, 1667** [34] (m. Anm. Jonas)

RGZ. 153, 216: 12. Jan. 1937, III 131/36, Kommunalbeamte. Vorbescheid: **JW. 1937, 1250** [10]

RGZ. 153, 220: 12. Jan. 1937, VII 208/36, Lebensversicherung. Bezugsrecht: **JW. 1937, 1504** [17] (m. Anm. Prölß)

RGZ. 153, 231: 13. Jan. 1937, V 201/36, Maschinen. Eigentumsvorbehalt: **JW. 1937, 987** [1]

RGZ. 153, 238: 14. Jan. 1937, IV B 69/36, Persönlicher Verkehr mit dem Kinde: **JW. 1937, 928** [6] (m. Anm. Roquette)

RGZ. 153, 244: 8. Jan. 1937, III 110/36, Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Ruhegeld: **JW. 1937, 1249** [15]

RGZ. 153, 252: 20. Jan. 1937, V 194/36, Zwangsversteigerung. Zuschlagsbeschluß: **JW. 1937, 993** [6]

RGZ. 153, 257: 15. Dez. 1936, III 88/36, Gerichtsvollzieher. Pfandversteigerung: **JW. 1937, 1443** [59]

RGZ. 153, 264: 18. Jan. 1937, VI 329/36, Schadensersatz. Fürsorgeeinrichtung bayerischer Notare: **JW. 1937, 1241** [9]

RGZ. 153, 267: 5. Febr. 1937, VII 168/36, Kartellschiedsgerichte: **JW. 1937, 1557** [18] (m. Anm. Dörinkel)

RGZ. 153, 271: 5. Febr. 1937, V 223/36, Wirkung der Streitverkündung: **JW. 1937, 1433** [40]

RGZ. 153, 274: 18. Dez. 1936, II 170/36, Offene Handelsgesellschaft. Übernahme des Geschäfts: **JW. 1937, 1242** [11]

RGZ. 153, 280: 24. Nov. 1936, II 131/36, Verkauf einer Rechtsanwaltspraxis. Sittenwidrigkeit: **JW. 1937, 921** [1]; Aufs. Schulz: **1937, 1377**

RGZ. 153, 294: 8. Jan. 1937, II 126/36, Verkauf einer ärztlichen Praxis: **JW. 1937, 923** [2]; Aufs. Kallfelz **1937, 1513**

RGZ. 153, 305: 5. Jan. 1937, II 182/36, Offene Handelsgesellschaft. Haftung für Gesellschafterforderungen: **JW. 1937, 1637** [9] (m. Anm. Würdinger)

RGZ. 153, 315: 18. Jan. 1937, I 200/36, Patentnichtigkeitsverfahren: **JW. 1937, 1554** [16]

RGZ. 153, 321: 4. Jan. 1937, I 128/36, Patentrecht. Vorbenutzungsrecht: **JW. 1937, 1149** [9]

RGZ. 153, 329: 9. Jan. 1937, I 90/36, Vereinbarungen im Patentverletzungsprozeß: **JW. 1937, 1247** [14]

RGZ. 153, 333: 21. Jan. 1937, IV 237/36, Kirchenpatronat. Gebietsabtrennung: **JW. 1937, 1663** [30]

RGZ. 153, 338: 8. Febr. 1937, VI 291/36, Erlöschen der Bürgschaft und des Pfandrechts: **JW. 1937, 1408** [5]

RGZ. 153, 348: 10. Febr. 1937, V 108/36, Anschlußberufung: **JW. 1937, 1440** [54] (m. Anm. Jonas)

RGZ. 153, 350, 12. Febr. 1937, VII 238/36, Gläubigeranfechtung. Treuhandverhältnis: **JW. 1937, 1145** [1] (Rechtssatz)

RGZ. 153, 354: 15. Febr. 1937, I 188/36, Gebrauchsmuster. Eigene Vorbenutzung: **JW. 1937, 1555** [17] (m. Anm. Möller)

RGZ. 153, 356: 16. Febr. 1937, VII 233/36, Vergleich. Unrichtige Rechtsausübung. Gemeindehaftung: **JW. 1937, 1149** [6] (Rechtssatz)

RGZ. 153, 361: 18. Febr. 1937, IV 288/36, Wohnlaubenentgelt. Zwischenpacht: **JW. 1937, 1562** [23]

RGZ. 153, 366: 19. Febr. 1937, V 205/36, Treuhandvertrag. Widerspruchsklage: **JW. 1937, 1484** [5]

RGZ. 153, 371: 8. Jan. 1937, II 122/36, Stille Gesellschaft: **JW. 1937, 1492** [12] (m. Anm. Boesebeck)

RGZ. 153, 375: 19. Febr. 1937, VII 211/36, Verjährung. Wiederkehrende Leistungen: **JW. 1937, 1476** [3] (m. Anm. Lindemann)

RGZ. 153, 384: 22. Febr. 1937, IV 270/36, Devisenrecht: **JW. 1937, 1401** [3] (m. Anm. Hartenstein)

RGZ. 153, 395: 23. Febr. 1937, VII 222/36, Außergerichtlicher Vergleich. Rücktritt: **JW. 1937, 1473** [1]

Band 154

RGZ. 154, 1: 5. Febr. 1937, II 192/36, Warenzeichen. Schutzumfang: **JW. 1937, 1901** [15]

RGZ. 154, 11: 9. Febr. 1937, III 149/36, Polizeiverwaltungsbeamter. Dienstunfall: **JW. 1937, 1720** [17]

RGZ. 154, 16: 9. Febr. 1937, III 30/36, Warnungstafeln. Wegeunterhaltungspflicht: **JW. 1937, 1314** [12] (m. Anm.: MinR. Müller)

RGZ. 154, 28: 9. Febr. 1937, II 162/36, Zugabe. Gewährung von Freigas: **JW. 1937, 1882** [5] (m. Anm.: Culemann)

RGZ. 154, 41: 12. Febr. 1937, III 105/36, Schriftform. Rechtsanwaltshaftung: **JW. 1937, 1626** [1] (m. Anm.: Noack)

RGZ. 154, 50: 16. Febr. 1937, II 213/36, Preisbindungen der zweiten Hand: **JW. 1937, 2212** [26]

RGZ. 154, 58: 16. Febr. 1937, VII 216/36, Auftragloser Vertreter: **JW. 1937, 1474** [2]

RGZ. 154, 65: 8. Dez. 1936, II 147/36, Aktiengesellschaft. Gründerhaftung: **JW. 1937, 1988** [17] (m. Anm.: Barz)

RGZ. 154, 72: 9. Febr. 1937, II 209/36, Verschmelzung von Genossenschaften. Vergleichsverfahren: **JW. 1937, 1645** [14] (mit Anm.: Ruth)

RGZ. 154, 87: 16. Febr. 1937, III 33/36, Berufsbeamtentumsgesetz. Ruhestandsbeamte: **JW. 1937, 1717** [15]

RGZ. 154, 92: 18. Febr. 1937, IV 297/36, Scheidung tschechoslowakischer Staatsangehöriger: **JW. 1937, 1322** [15] (Anm.: Maßfeller als Aufsatz S. 1297)

RGZ. 154, 99: 23. Febr. 1937, VII 204/36, Lebensversicherung. Verstoß gegen die guten Sitten: **JW. 1937, 1501** [16]

RGZ. 154, 110: 24. Febr. 1937, V 168/36, Beamtenhaftung. Nachlaßpflegschaft: **JW. 1937, 1712** [9] (Berichtigung: JW. 1937, 1928)

RGZ. 154, 117: 22. Jan. 1937, III 353/35, Beamtenhaftung: **JW. 1937, 1706** [5], **1967** [5] (Anm.: Reuß)

RGZ. 154, 126: 1. März 1937, VI 353/36, Vorfahrtsrecht: **JW. 1937, 1312** [11] (mit Anm.: Carl)

RGZ. 154, 129: 25. Febr. 1937, IV 186/36, Verschwendung. Entmündigung. Antragsberechtigung: **JW. 1937, 1726** [23]

RGZ. 154, 133: 26. Febr. 1937, II 127/36, Deutsches Arzneibuch. Gesetzesänderung: **JW. 1937, 1999** [27]

RGZ. 154, 140: 27. Febr. 1937, I A 18/37, Berufung in Patentnichtigkeitssachen: **JW. 1937, 1898** [13]

RGZ. 154, 144: 3. März 1937, V 259/36, Sprungrevision. Reichshaftung. Rechtsweg: **JW. 1937, 1723** [22]

RGZ. 154, 155: 9. März 1937, VII 235/36, Pensionsversicherung: **JW. 1937, 1498** [15] (m. Anm.: Süß)

RGZ. 154, 161: 10. März 1937, V 218/36, Raucheinwirkungen und Landwirtschaft: **JW. 1937, 1237** [8] (m. Anm.: Büttner)

RGZ. 154, 167: 12. März 1937, III 90/36, Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands: **JW. 1937, 1704** [4]

RGZ. 154, 187: 15. März 1937, IV 334/36, Dollarschuldverschreibungen: **JW. 1937, 1697** [1] (m. Anm.: Meyer-Collings und Breithaupt)

RGZ. 154, 193: 16. März 1937, III 130/36, Beamter auf Widerruf. Wichtiger Grund: **JW. 1937, 2303** [6] (m. Anm.: v. Bohlen)

RGZ. 154, 201: 12. März 1937, III 81/36, Amtshaftung. Arbeitsamt und Gemeinde: **JW. 1937, 2048** [23]

RGZ. 154, 209: 12. März 1937, III 132/36, Ruhegehaltsfähige Dienstzeit: **JW. 1937, 2047** [21]

RGZ. 154, 212: 16. März 1937, VII 239/36, Feuerversicherung. Verjährung: **JW. 1937, 1714** [11] (m. Anm.: Prölß)

RGZ. 154, 219: 18. März 1937, VI 364/36, Preußische Landes-Mittelschulklasse: **JW. 1937, 1718** [16]

RGZ. 154, 225: 20. März 1937, I 26/37, Sicherheitsleistung im Patentstreit: **JW. 1937, 1898** [12]

RGZ. 154, 228: 23. März 1937, II 240/36, Antrag auf Parteivernehmung: **JW. 1937, 1723** [21]

RGZ. 154, 229: 20. April 1937, III 206/36, Berufsbeamtentumsgesetz. Ruhegeldanspruch: **JW. 1937, 2293** [20]

RGZ. 154, 236: 5. April 1937, VI 342/36, Tötung. Schadensersatz. Erwerb der Witwe: **JW. 1937, 1703** [3]

RGZ. 154, 242: 6. April 1937, VII 269/36, Lebensversicherung. Aufwertung: **JW. 1937, 1920** [24]

RGZ. 154, 253: 8. April 1937, IV 317/36, Tragweite der Verzeihung: **JW. 1937, 1710** [8] (m. Anm.: Mößmer)

RGZ. 154, 257: 12. März 1937, III 168/36, Haftung bayerischer Gemeindebeamten. Verjährung: **JW. 1937, 1922** [28]

RGZ. 154, 266: 24. März 1937, V 232/36, Staatshaftung: **JW. 1937, 1966** [4]

RGZ. 154, 269: 5. April 1937, IV 18/37, Umbettung einer Aschenurne: **JW. 1937, 1920** [26]

RGZ. 154, 276: 7. April 1937, V 185/36, Beamtenhaftung. Aktiengesellschaft: **JW. 1937, 2208** [23]

RGZ. 154, 291: 7. April 1937, V 290/36, Amtspflichtverletzung. Konkursrichter: **JW. 1937, 1993** [20]

RGZ. 154, 299: 9. April 1937, II 247/36, Einrede der örtlichen Unzuständigkeit: **JW. 1937, 1994** [21] (m. Anm.: MinR. Jonas)

RGZ. 154, 304: 10. April 1937, V 251/36, Vorkaufsrecht: **JW. 1937, 2123** [30]

RGZ. 154, 309: 16. März 1937, III 195/36, Geschäftsbesorgung. Stillschweigender Vertragsschluß: **JW. 1937, 2192** [6]

RGZ. 154, 319: 27. April 1937, VII 333/36, Prozeßvergleich. Auslegung: **JW. 1937, 2001** [28]

RGZ. 154, 321: 14. April 1937, I 221/36, Geschmackmuster. Gegenstand. Schutzfrist: **JW. 1937, 1913** [18]

RGZ. 154, 325: 10. April 1937, I 211/36, Patentnichtigkeitsurteil. Nahrungs- und Genußmittel: **JW. 1937, 2292** [18]

RGZ. 154, 330: 19. April 1937, IV B 8/37, Erbschein: **JW. 1937, 2046** [18]

RGZ. 154, 334: 20. April 1937, II 233/36, Geschäftsübernahme-Aufrechnungsverbot: **JW. 1937, 2270** [8]

RGZ. 154, 340: 23. April 1937, VII 296/36, Haftpflichtversicherung: **JW. 1937, 2362** [15] (m. Anm.: Carl)

RGZ. 154, 343: 26. April 1937, IV B 9/37, Vereinsregister. Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb: JW. 1937, 2033 [1]

RGZ. 154, 355: 21. April 1937, V 297/36, Ankaufsrecht — Auflassungsvormerkung und Hypothek: JW. 1937, 2102 [8]

RGZ. 154, 370: 28. April 1937, V 296/36, Vorkaufsrecht — Vermögensübernahme: JW. 1937, 2037 [6]

RGZ. 154, 378: 11. Mai 1937, VII 304/36, Anfechtung gegen den Rechtsnachfolger: JW. 1937, 2269 [6]

RGZ. 154, 385: 24. April 1937, V 24/37, Vertrag über Anliegerbeiträge: JW. 1937, 2108 [14]

RGZ. 154, 397: 12. Mai 1937, V 289/36, Zwangsversteigerungsrichter. Amtspflichtverletzung: JW. 1937, 2130 [36] (m. Anm.: Fraeb)

Fundstellenverzeichnis der Entscheidungen des Reichserbhofgerichts

Band 3

RErbhGer. 3, 1: 20. Juni 1936, 2 RB 280/35, Bäuerliche Verbundenheit: JW. 1936, 3235 [5]

RErbhGer. 3, 13: 28. Mai 1936, 1 RB 50/35, Bauernfähigkeit nur eines Ehegatten: JW. 1936, 2732 [23]

RErbhGer. 3, 22: 28. Mai 1936, 1 RB 1476/35, Abmeierung des Nießbrauchers: JW. 1936, 3241 [10]

RErbhGer. 3, 29: 29. Mai 1936, 3 RB 811/34, Erbhofzugehörigkeit von Miteigentumsanteilen: JW. 1936, 3252 [22]

RErbhGer. 3, 37: 29. Mai 1936, 3 RB 532/35: Erbhofzugehörigkeit abgegebener Grundstücke: JW. 1936, 3238 [7]

RErbhGer. 3, 44: 28. Mai 1936, 1 RB 1230/35, Teilung eines Erbhofes: JW. 1936, 3244 [14]

RErbhGer. 3, 52: 28. Mai 1936, 1 RB 457/35, Geschwisterausstattung und Altenteil: JW. 1936, 3248 [17]

RErbhGer. 3, 60: 29. Mai 1936, 3 RB 23/35, Anerbenbestimmung beim Ehegattenerbhof: JW. 1936, 2731 [32]

RErbhGer. 3, 65: 28. Mai 1936, 1 RB 2340/35, Beschwerderecht des Landesbauernführers und des Bruders des Anerben: JW. 1936, 3245 [15]

RErbhGer. 3, 71: 4. April 1936, 1 RB 653/35, Tod des Hofübergebers im Genehmigungsverfahren: JW. 1936, 2722 [24]

RErbhGer. 3, 76: 29. Mai 1936, 1 RB 1079/35, Beschwerderecht des Gläubigers im Genehmigungsverfahren: JW. 1936, 3247 [16]

RErbhGer. 3, 81: 5. Mai 1936, 2 RB 126/35, Einspruchs- und Feststellungsverfahren: JW. 1936, 2716 [17]

RErbhGer. 3, 84: 26. Nov. 1935, 1 RB 640/35, Bauernfähigkeit eines fast blinden Eigentümers: JW. 1936, 3239 [8]

RErbhGer. 3, 89: 5. Mai 1936, 2 RB 180/34, Entscheidung über Bauernfähigkeit trotz Versteigerung des Hofs: JW. 1936, 2720 [21]

RErbhGer. 3, 97: 29. Mai 1936, 3 RB 762/34, Treuhandeigentum. Veräußerungsgenehmigung: JW. 1936, 3236 [6]

RErbhGer. 3, 112: 29. Mai 1936, 3 RB 27/35, Bestimmung des Stiefsohnes zum Anerben: JW. 1936, 2730 [31]

RErbhGer. 3, 118: 29. Mai 1936, 3 RB 306/35, Verfahrensmangel. Veräußerungsgenehmigung: JW. 1936, 3252 [21]

RErbhGer. 3, 121: 5. Mai 1936, 2 RB 813/34, Alleineigentum des Vermächtnisnehmers?: JW. 1937, 998 [13] (m. Anm. Vogels)

RErbhGer. 3, 127: 10. Juli 1936, 3 RB 175/35, Genehmigung der Anerbenbestimmung: JW. 1936, 3244 [13]

RErbhGer. 3, 135: 10. Juli 1936, 3 RB 137/35, Genehmigung der Anerbenbestimmung: JW. 1936, 3244 [12]

RErbhGer. 3, 139: 10. Juli 1936, 3 RB 513/35, Veräußerungsgenehmigung gegen Stellung von Ersatzland: JW. 1936, 3250 [19]

RErbhGer. 3, 142: 10. Juli 1936, 3 RB 34/35, Feststellung der Anerbensitte: JW. 1936, 3242 [11]

RErbhGer. 3, 156: 9. Juli 1936, 2 RB 472/35, Erbhofeigenschaft und Vorerbschaft: JW. 1936, 3552 [19]

RErbhGer. 3, 160: 10. Juli 1936, 3 RB 825/35, Veräußerungsgenehmigung: JW. 1936, 3249 [18]

RErbhGer. 3, 169: 28. Mai 1936, 1 RB 470/35, Keine Sachprüfung durch das RErbhGer. bei unzulässiger Beschwerde: JW. 1936, 3251 [20]

RErbhGer. 3, 173: 16. Juli 1936, 2 RB 1396/35, Beschwerdegrund. Alleineigentum. Bäuerliche Verbundenheit: JW. 1936, 3550 [18]

RErbhGer. 3, 184: 6. Febr. 1936, 2 RB 1755/35, Rechtskraftwirkung der Entscheidungen: JW. 1936, 2717 [18]

RErbhGer. 3, 190: 28. Juli 1936: 1 RB 1778/35, Rechtskraftwirkung der Entscheidungen: JW. 1936, 3554 [21]

RErbhGer. 3, 198: 29. Sept. 1936, 3 RB 426/35, Übergehung des ältesten Sohnes: JW. 1937, 102 [14]

RErbhGer. 3, 203: 29. Sept. 1936, 3 RB 356/35, Bestimmung der Adoptivtochter zur Anerbin. Vorkaufsrecht: JW. 1937, 100 [12]

RErbhGer. 3, 208: 29. Sept. 1936, 3 RB 953/35, Anerbenstellung unehelicher Kinder: JW. 1937, 101 [13]

RErbhGer. 3, 219: 28. Juli 1936, 1 RB 320/35, Bauernfähigkeit eines der Brandstiftung Verdächtigen: JW. 1936, 3556 [23]

RErbhGer. 3, 225: 19. Aug. 1936, 2 RB 879/35, Hohe Verschuldung und Erbhofeigenschaft: JW. 1937, 1001 [17]

RErbhGer. 3, 230: 16. Okt. 1936, 2 RB 364/35, Ehegattenerbhof: JW. 1937, 105 [19]

RErbhGer. 3, 235: 28. Juli 1936, 1 RB 1508/35, Antragsrecht des Osthilfekommissars: JW. 1936, 3558 [26]

RErbhGer. 3, 242: 20. Aug. 1936, 1 RB 1004/35, Beschwerderecht eines am Verfahren nicht beteiligten Gläubigers: JW. 1936, 3557 [25]

RErbhGer. 3, 247: 28. Juli 1936, 1 RB 82/36, Aussetzung des Verfahrens: JW. 1937, 104 [17]

RErbhGer. 3, 255: 12. Juni 1936, 1 RB 32/35, Neuer selbständiger Beschwerdegrund: JW. 1937, 103 [16]

RErbhGer. 3, 259: 29. Sept. 1936, 3 RB 735/36, Bauauflage bei Veräußerungsgenehmigung: JW. 1937, 103 [15]

RErbhGer. 3, 263: 29. Sept. 1936, 3 RB 165/35, Bestimmung der Adoptivtochter zur Anerbin: JW. 1937, 105 [18]

RErbhGer. 3, 273: 15. Okt. 1936, 1 RB 405/35, Keine Reallast zur Sicherung des Altenteils: JW. 1937, 1007 [23]

RErbhGer. 3, 279: 28. Okt. 1936, 3 RB 263/35, Entziehung der Erbhofeigenschaft bei Ausstattung von Kindern: JW. 1937, 1008 [24]

RErbhGer. 3, 286: 20. Nov. 1936, 1 RB 526/35, Bauernfähigkeit: JW. 1937, 1000 [16]

RErbhGer. 3, 296: 23. Okt. 1936, 2 RB 1599/35, Bäuerliche Verbundenheit: JW. 1937, 998 [14]

RErbhGer. 3, 303: 16. Okt. 1936, 2 RB 494/35, Erbhofzugehörigkeit eines Wohnhauses: JW. 1937, 1002 [18]

RErbhGer. 3, 309: 16. Okt. 1936, 2 RB 738/34, Erbhofzugehörigkeit von Ersatzland: **JW. 1937, 1574** [32]

RErbhGer. 3, 314: 10. Nov. 1936, 2 RB 1381/35, Erbhofzugehörigkeit von Grundstücken: **JW. 1937, 1003** [19]

RErbhGer. 3, 325: 4. Dez. 1936, 2 RB 207/35, Doppelbetrieb: **JW. 1937, 1000** [15]

RErbhGer. 3, 337: 4. Dez. 1936, 2 RB 1815/35, Anlegungs- und Feststellungsverfahren: **JW. 1937, 1004** [20]

RErbhGer. 3, 342: 10. Dez. 1936, 3 RB 1622/35, Sofortige Beschwerde. Vollmachtserteilung: **JW. 1937, 1013** [28]

RErbhGer. 3, 348: 20. Nov. 1936, 1 RB 75/35, Kostenentscheidung auch nach Zurücknahme der Beschwerde: **JW. 1937, 1013** [29]

RErbhGer. 3, 352: 17. Dez. 1936, 2 RB 633/35, Städtische Entwicklung und Erbhofeigenschaft: **JW. 1937, 1568** [27]

RErbhGer. 3, 365: 16. Dez. 1936, 1 RB 1208/35, Übergehung des Anerben. Beschwerderecht: **JW. 1937, 1010** [27]

RErbhGer. 3, 377: 10. Dez. 1936, 3 RB 2390/35, Abveräußerung einer Parzelle: **JW. 1937, 1580** [36]

RErbhGer. 3, 382: 10. Dez. 1936, 3 RB 459/36, Veräußerung des Erbhofs: **JW. 1937, 1010** [26]

RErbhGer. 3, 388: 10. Dez. 1936, 3 RB 1761/35, Feststellung des Fehlens gesetzlicher Anerben: **JW. 1937, 1576** [34]

RErbhGer. 3, 393: 16. Dez. 1936, 1 RB 624/36, Wegzugrecht des Altenteilers: **JW. 1937, 1009** [25]

RErbhGer. 3, 397: 16. Dez. 1936, 1 RB 945/35, Anerbenbestimmung bei Ehegattenerbhof: **JW. 1937, 1005** [21]

RErbhGer. 3, 403: 10. Dez. 1936, 3 RB 371/35, Beschwerderecht des Anerben bei Teilveräußerung: **JW. 1937, 1006** [22]

RErbhGer. 3, 408: 10. Dez. 1936, 3 RB 1016/35, Ausstattung der Tochter mit Land: **JW. 1937, 1581** [37]

RErbhGer. 3, 412: 17. Dez. 1936, 2 RB 1075/35, Sielrente. Ackernahrung: **JW. 1937, 1573** [30]

RErbhGer. 3, 424: 10. Dez. 1936, 3 RB 408/36, Ausscheiden des Anerben: **JW. 1937, 1577** [35]

RErbhGer. 3, 438: 22. Dez. 1936, 2 RB 753/35, Erbhofzugehörigkeit von Ausstattungsland der Tochter: **JW. 1937, 1573** [31]

RErbhGer. 3, 444: 10. Dez. 1936, 3 RB 505/36, Vollmacht des Notars: **JW. 1937, 1575** [33]

RErbhGer. 3, 449: 17. Dez. 1936, 2 RB 832/34, Erbhofeigenschaft einer Baumschule: **JW. 1937, 1569** [28]

RErbhGer. 3, 459: 10. Nov. 1936, 2 RB 1302/35, Unehrlich erworbenes Gut kein Erbhof: **JW. 1937, 1571** [29]

IX.
Richtlinien für die Mitarbeit

1. Die Aufgabe der „JW." ist die Darstellung und Erörterung des geltenden Rechts, wobei die Berufsfragen der Anwaltschaft besondere Berücksichtigung erfahren.

   Beiträge, die die künftige Rechtsgestaltung behandeln, sind für die „JW." grundsätzlich nicht geeignet.

   Die „JW." kann nur Allein- bzw. Erstdrucke bringen. Aufsätze, Buchbesprechungen und Anmerkungen zu Entscheidungen, die bereits an anderen Stellen abgedruckt sind oder gleichzeitig an anderer Stelle zur Veröffentlichung kommen sollen, müssen ausgeschlossen bleiben.

2. Mit der Annahme eines Beitrages durch die Schriftleitung erhält der Verlag das ausschließliche Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung. Der Verfasser darf gemäß § 42 Abs. 2 des Verlagsgesetzes über den Beitrag erst anderweit verfügen, wenn seit dem Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Beitrag abgedruckt wurde, ein Jahr verstrichen ist. Sofern für den Verfasser ein berechtigtes Interesse besteht, die Frist nicht abzuwarten, wird anheimgestellt, die Zustimmung des Verlages einzuholen.

3. Der Aufsatzteil soll zuverlässige Erläuterungen neuer Gesetze und Abhandlungen über praktisch-bedeutsame Fragen der Rechtsentwicklung bringen. Theoretische Aufsätze ohne praktischen Wert sind nicht erwünscht.

4. Es wird gebeten, die Einsendung nicht angeforderter Buchbesprechungen zu unterlassen. Wünsche der Verfasser oder Verleger von eingesandten Büchern bezüglich der Auswahl der Besprecher können nicht berücksichtigt werden. Arbeiten zur Erlangung der Doktorwürde (Dissertationen) können grundsätzlich nicht zur Besprechung gelangen.

5. Die Schriftleitung ist bestrebt, den Teil „Rechtsprechung" so zu gestalten, daß wichtige Entscheidungen möglichst beschleunigt zum Abdruck kommen. Für einzelne Gerichte, so Reichsgericht, Zivil- und Strafsachen, Kammergericht, Reichsarbeitsgericht, Reichserbhofgericht, Landeserbhofgericht Celle und die bayerischen Erbhofgerichte, Reichsfinanzhof, Reichsversicherungsamt, Reichsversorgungsgericht, Reichspatentamt, sowie die Oberverwaltungsgerichte, sind ständige Mitarbeiter bestellt, die die Aufgabe haben, die wichtigsten Entscheidungen auszuwählen und der Schriftleitung zu übersenden. Alle anderen Mitarbeiter werden deshalb gebeten, davon abzusehen, Entscheidungen dieser Gerichte an die Schriftleitung zu liefern.

   Für die übrigen Gerichte und alle wichtigen Verwaltungsbehörden ruft die Schriftleitung alle Rechtswahrer zur Mitarbeit durch Einsendung von Entscheidungen auf.

   Es können aber nur solche Entscheidungen zum Abdruck angenommen werden, die über den Einzelfall hinaus grundsätzliche Bedeutung haben. Es ist dringend erforderlich, daß jeder Einsender einer Entscheidung vorher gerade diese Frage genau prüft. Vor allem können Entscheidungen, die eine bereits wiederholt erörterte Rechtsfrage im Sinne der herrschenden Meinung behandeln, ohne Neues zu bringen, nicht zur Veröffentlichung kommen. Bei der Einsendung von Entscheidungen ist erwünscht, daß eine vollständige Abschrift des fraglichen Urteils oder Beschlusses beigefügt und gleichzeitig ein möglichst kurzer Auszug übermittelt wird, der eine zur Veröffentlichung geeignete Form darstellt, d. h. mit einem Rechtssatz unter Voransetzung der betreffenden Gesetzesstellen versehen ist. Die Einsender werden noch gebeten, die Gerichte, den Tag der Verkündung und das Aktenzeichen genau anzugeben. Die Schriftleitung der „JW." kann auch nach einem streng durchgeführten Grundsatz nur rechtskräftige Entscheidungen zum Abdruck annehmen.

6. Die Schriftleitung behält sich in jedem Einzelfall die Entschließung darüber vor, ob eine Entscheidung besprochen werden soll oder nicht. Die Einsendung nicht erbetener Anmerkungen zu Entscheidungen ist unerwünscht.

   Grundsätzlich werden niemals Besprechungen aus der Feder von Personen veröffentlicht, die an dem Verfahren in irgendeiner Weise, z. B. als Partei, Prozeßbevollmächtigter, Richter oder Gutachter beteiligt gewesen sind.

7. Die Vergütung der Beiträge ist so gehalten, wie es die wirtschaftliche Lage der „JW." ermöglicht. Für Aufsätze, Buchbesprechungen und Anmerkungen beträgt der Satz 12 *RM* je Druckspalte, für Bearbeitung von Entscheidungen 6 *RM* je Druckspalte, höchstens 15 *RM* je Entscheidung. Eine besondere Vergütung

für Schreibauslagen, Postgebühren u. dergl. wird nicht gezahlt. Der Bearbeiter ist verpflichtet, die Korrektur zu lesen und diese postwendend auf seine Kosten an den Verlag zurückzusenden.

Für die Übersendung von einfachen Entscheidungsabschriften ohne eigene für die Zeitschrift geleistete Bearbeitung kann ein Honorar nicht gezahlt werden.

Der Verlag leistet die Zahlung etwa zwei bis drei Wochen nach Erscheinen des Heftes, in dem der Beitrag veröffentlicht ist. Die Mitarbeiter, die Zahlung im Wege des bargeldlosen Verkehrs wünschen, werden gebeten, dies unter Angabe der Postscheknummer oder des Bankkontos auf der Korrektur zu vermerken, sofern das Konto nicht schon angegeben worden ist.

Jedem Verfasser eines Aufsatzes, einer Buchbesprechung oder Anmerkung wird auch ohne besondere Aufforderung ein Belegstück des vollständigen Heftes vom Verlag zugestellt.

Wünsche um Sonderdrucke sind spätestens bei Rücksendung der Korrekturfahnen unmittelbar an den Verlag zu richten.

8. Der gesamte Schriftwechsel, der den Textteil betrifft, ist nur mit der Schriftleitung (Hauptschriftleiter Rechtsanwalt Rudolf Hensen), Berlin W 35, Lützowufer 18/II (Fernsprecher 21 3718), zu führen. Die Einsendung von Handschriften an den Verlag verursacht Zeitversäumnis, Mehrarbeit und Kosten.

   Bücher, deren Besprechung gewünscht wird, sind zweckmäßig unmittelbar an die Schriftleitung zu senden.

9. Alle Angelegenheiten, die Anzeigen betreffen oder die Versendung der „JW.", Bestellungen und Abbestellungen, Beschwerden über unterbliebene und verspätete Lieferung der Hefte, Bestellungen auf Einzelhefte oder Jahrgänge, ebenso Einbanddecken sind nur an den Verlag W. Moeser Buchhandlung, Leipzig C 1, Dresdner Straße 11—13, Fernsprecher 72566, zu richten.

10. Nicht zum Arbeitsbereich der „JW." gehört die Erteilung von Rechtsbelehrungen, Erstattung von Rechtsgutachten, Namhaftmachung von Schrifttum oder Entscheidungen, die sich auf eine bestimmte Frage beziehen, oder dgl.

Berlin und Leipzig, den 31. Oktober 1936.

Rechtsanwalt Rudolf Hensen, Hauptschriftleiter.	W. Moeser Buchhandlung, Verlag der „Juristischen Wochenschrift".

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig